

Tagebuch 1946

Mittwoch, 2. Januar 1946

Bei der Militärregierung Neujahrsglückwünschend. Ich besuchte die vier Herren, die vom letzten März noch übrig geblieben sind. Wilson war sichtlich gerührt von meinem Besuch, da ich ja sonst mit ihm persönlich nichts abzumachen habe, und sprach von seiner Freude, daß er nun endlich der deutschen Polizei Waffen verschafft hat.¹ Mit Irvin anregendes Gespräch wie immer. Er will möglichst lange bleiben.

Freitag, 4. Januar 1946

Ein Regierungsrat aus Kurhessen (Rohrbach) kam wegen Beamtenschule und Verwaltungsakademie. Er meinte, man sollte die Verwaltungsakademie-Arbeit einer zentralen Leitung übertragen. Ich protestierte stark: eine Stelle, die sich als Amt auftue, suche immer Arbeit und mache unnötige Arbeit. Ich sei gegen solche Bürokratisierung, worauf er billigend zusammenklappte. Ich betonte, daß wir hier eine Verwaltungsakademie gehabt hätten, in Anlehnung an die T.H. und Uni Frankfurt. Er ließ eine Denkschrift hier. Die Lehrpläne hatte er vergessen. „Mein Kampf“ für Darmstadt fängt an, mir Spaß zu machen. Vorher Faber aus Wiesbaden berichtend. Comedia tragica! Die Herren dort bekommen einfach Mitarbeiter in ihre Büros gesetzt von der Militärregierung. Dabei sollen sie die Verantwortung tragen. Faber hat ihnen gesagt, so etwas sei bei uns nie vorgekommen, und sie sollten ihnen doch einfach den Bettel vor die Füße werfen.

In der Sache Hamberger hatten die Minister noch nichts erfahren (zuständig Innenminister [Venedey] und Denazifizierungsminister Binder!). Sie waren erstaunt, billigten und waren schließlich gar nicht unerfreut. Bei dieser Gelegenheit sagte Binder, ob ich etwas gegen ihn habe; ich sei in Wiesbaden gewesen bei Mueller im selben Haus und hätte ihn nicht besucht. Er sei sich keiner Schuld bewußt. Ich sagte, ich hätte keine Zeit gehabt. Er will das hinübergeben. Venedey sagte Faber nach der Dienstbesprechung, er bedauere die Friktion mit mir und möchte sie gern aus der Welt schaffen. Er hat von seinem Vater² seinerzeit nur das günstigste über mich gehört und hätte sich gefreut, mit mir, dessen politische Bedeutung

¹ Die deutsche Polizei wurde zunächst mit amerikanischen Karabinern ausgestattet. Die „vier Herren vom letzten März“ waren die verbliebenen Offiziere der ursprünglichen Regierungsbezirkseinheit Hillman, Irvin, Wilson und Old.

² Martin Venedey, Rechtsanwalt und Politiker.

er anerkenne, zusammenzuarbeiten. Als der Jüngere sei er zum ersten Schritt bereit. Ich sagte Faber, er solle hinübergehen, ich sei bereit, darauf einzugehen. Sowohl im Interesse des Dienstes als vor allen Dingen im Interesse der Partei. Venedey sagte ihm übrigens, als die Sache mit Geiler hin und her ging, der sich nicht entschließen konnte, hat er den Amerikanern gesagt, sie hätten doch in mir den führenden Kopf und geeigneten Mann. Darauf hätten sie entrüstet abgewinkt: Niemals. Nur wegen Heimerich. Es ist ein behagliches Gefühl, daß Hamberger Heimerichs Schützling war. Einige von Hambergers Kreaturen werden noch ins Gras beißen müssen. Wir waren behaglicher Stimmung. Die beiden sagten mir übrigens, die amerikanische Militärregierung dort würde mich gern herausbeißen, aber das ginge nicht. Im Lauf des Gesprächs hatte Faber gesagt, bei mir bestehe keinerlei Animosität, daß ich nicht Ministerpräsident geworden sei, und hatte von sich aus hinzugefügt, ich hätte ja auch gar keinen Grund dazu, daß ich für eine viel höhere Stelle in Berlin in Aussicht genommen sei, worauf die Minister antworteten, davon hätten sie auch schon gehört.

Sonntag, 6. Januar 1946

Parteikonferenz in Frankfurt. Ausgezeichnetes Referat Schumacher, scharf ablehnend gegen Verschmelzung mit Kommunisten. Ich vierter Diskussionsredner mit großem Applaus. Dann Venedey, für Verschmelzung, unklar, unpointiert und gänzlich abfallend. Resolution gegen 6 angenommen.³ Wir alle sehr befriedigt. Zinnkann noch am Montag richtig begeistert, was er auch Gisela sagte, die ihn besuchte wegen des Frauenausschusses, und der er sagte, sie müsse an maßgebender Stelle mitarbeiten. Es ist eine für die Partei wichtige Entscheidung, daß sie 1.) die Demokratie als Dauerform festhält, nicht nur als Durchgangsstadium und daß sie 2.) die Möglichkeit gibt, aus der Isolierung der Arbeiterklasse als politischer Faktor herauszukommen. Labour Party als Modell. Interessant war, daß der alte Simon, Nürnberg, früher unabhängige SPD, gegen die Vereinigung sprach und ebenso Markscheffel aus Paris. Aus sehr beachtlichen politischen Gründen heraus. Überhaupt war es doch sehr interessant zu sehen, wie das außenpolitische Denken in der Partei sich gerade unter dem Einfluß Schumachers immer mehr durchsetzt. Genau wie die nationale Note immer stärker betont wird. Natürliche Folge der Verantwortung, die man trägt. Knothe auch sehr gut für Linie Schumacher.

³ Die Resolution dieser Konferenz der US-Zone gegen die Einheitspartei wurde, soweit feststellbar, mit 144 : 6 Stimmen angenommen; B. notierte später, wohl irrtümlich, 114 : 6; vgl. Eintragung 20.3.1946. Dazu Mühlhausen, Hessen, S.85. Auszüge des Schumacher-Referats im Artikel von Knothe in: 'Frankfurter Rundschau' 11.1.1946 (Klare Entscheidung); vgl. ebd. 8.1.1946 (Sozialdemokraten gegen Verschmelzung).

Nachmittags in Groß-Rohrheim. Ahl leider bedrückt, da Intrigen gegen ihn in Groß-Rohrheim gesponnen werden und man behauptete, er sei in der NSV gewesen, während nur seine Frau [Marie] drin war.⁴ Ich habe ihm den Rat vom Götz von Berlichingen gegeben.

Montag, 7. Januar 1946

Beerdigung Hansen. Pfarrer schlecht, trotzdem er ihn gut kannte. Ich kurz, Landgerichtspräsident Gros breiter. Grauenhafte Kälte in der Kapelle. Nachher Meldung, Ahl sei im Auto verunglückt. Große Bestürzung im ganzen Haus, die sich abends in Wohlgefallen auflöst, da nur sein schlechtes Benzin eingefroren war. Nachmittags Besuch zweier Amerikaner, mit denen Denazifizierung, Demilitarisierung eingehend besprochen wurde. Höchst interessant. Sie deuteten an, daß sie zu mir kämen, weil ich auf der weißen Liste stehe. Sie wollen nächste Woche mit ihrem Chef wiederkommen. Es ist doch immer wieder spaßig, daß diese Leute alle zu mir kommen und nicht zu anderen. In Wiesbaden, so entnehme ich aus vielen neuen Indizien, ist man innerlich unsicher. Das Regieren dort besteht aus Tauziehen. Mit Venedey habe ich am Sonntag Versöhnung gefeiert. Ich sagte ihm allerdings dabei, daß ich für ihren Zentralismus kein Verständnis hätte. Ulkig, daß ich nun in die Situation komme, für Darmstadt zu kämpfen.

Dienstag, 8. Januar 1946

Morgens M.G.: Sheehan sagte, daß Metzger nun gebilligt sei, doch sei Kelly gegen ihn, und Landin, der mit Kelly befreundet sei, folge dessen Meinungen. Ich sagte ihm, ich würde alles tun, daß Metzger wieder eingesetzt werde; willkürliche, von persönlichen Launen getragene Entscheidungen seien für mich unmöglich.⁵ Nachmittags mit Zinnkann und Ahl über die Sache gesprochen. Zinnkann billigte, daß wir heute hinfahren und sehr energisch fordern. Das Ansehen der Partei hänge davon ab. Hillman kommt nun auch nach Wiesbaden. Schade! Er berichtete über seinen Aufenthalt in der Schweiz und den Eindruck des Friedenslandes, wo es alles gäbe.

⁴ Die Spannungen stammten aus der Zeit unmittelbar nach der Parteienzulassung, als in Groß-Rohrheim zwei sozialdemokratische Gruppen konkurrierten; vgl. Mat. Bergsträsser: Vermerk Ahl, 9.3.1946.

⁵ UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 8.1.1946. Sheehan meinte, daß USFET Metzger lediglich als nominelles Parteimitglied betrachten würde, so daß seine Wiedereinsetzung erfolgen könne.

Wenn die Franzosen auf ihren Plänen über das Rheinland bestehen, ist es fast unmöglich, in Deutschland die Gesinnung zu demilitarisieren. Überdies besteht dann die Gefahr, daß der von mir erstrebte Anschluß an den Westen unmöglich wird, weil er geistig nicht durchgesetzt werden kann, vielmehr die Hoffnung sich trotz allem Geschehenen durchsetzen könnte, daß in Verbindung mit Rußland mehr erreicht werde. Die Möglichkeit einer deutschen Sowjetrepublik, d.h. eines ungeteilten Deutschland im Anschluß an Rußland. Wo Generale Politik machen, ist es Irrsinn.⁶ Nach Anzeichen scheint die außenpolitische Spannung zwischen Frankreich und den anderen beiden Westmächten stark zu sein. Ich überlege mir, was man tun könnte. Leider tun alle anderen nichts in dieser Beziehung.

Die Männer vom Arbeitsamt kamen und wollten, daß ich das Amt besichtige und feststelle, daß sie nicht arbeiten könnten. Sie mußten umziehen, das Haus ist unfertig. Ich lehnte ab, da es nicht zu meiner Kompetenz gehöre. Es ist Sache von Binder.

Abends erzählte Gisela, daß ihr Debattier-Club⁷ jetzt in den Formen eines Parlamentes arbeitet, daß aber das Übersetzen der amerikanischen Ausdrücke Schwierigkeiten macht, weil fast niemand von den Anwesenden die deutschen Ausdrücke mehr kennt. Typisch!

Donnerstag, 10. Januar 1946

Gestern abend Feier der [Ernennung Giselas zur] Kustodin. Feigel von der lebenswürdigsten Plauderseite, machte mir das Kompliment, ich sei unverändert trotz der Stellung. – Heute morgen nach Wiesbaden. Venedey war bereit, Wiedereinstellung Metzger dem Ministerpräsidenten vorzuschlagen, machte den Schrieb aufgrund meines Entwurfes sofort fertig, dann zu Geiler. Geiler sagte, er sei 100%ig bereit, und wollte eben anfangen zu diktieren, als den beiden Mutigen Bedenken ob ihres Mutes kamen. Sie mußten das doch der Militärregierung sagen. Ich sagte, nach den amerikanischen Bestimmungen sei es seit dem 1. Januar kompetenzmäßig ausschließlich Sache der Regierung.⁸ Sie bestritten das mit windigen Grün-

⁶ Anspielung auf General de Gaulle und die französischen Pläne zur Abtrennung des Ruhrgebietes; vgl. Oswald Post, Zwischen Sicherheit und Wiederaufbau – Die Ruhrfrage in der alliierten Diskussion 1945–1949, Gießen 1986, S. 20.

⁷ Jugendgruppe in Darmstadt, die unter der Leitung von B.s Tochter Gisela in Zusammenarbeit mit den Amerikanern staatsbürgerliche Fragen diskutierte.

⁸ Vgl. Organisationsanweisung Nr. 12 des OMGH vom 28. 12. 1945: „... 3. Die Ernennung und Entlassung aller Beamten mit Ausnahme der Wahlbeamten wird von dem Ministerpräsidenten oder von den Stellen, denen er diese Befugnisse übertragen hat, vorgenommen, vorbehaltlich der Zustimmung dieses Hauptquartiers“, in: Kropat, Hessen, S. 40 (Dok. 26).

den, die nicht in der Rechtslage, sondern in der Tatsachenlage beruhten, und ich sagte noch, wenn ich so zwischen zwei Juristen säße, so sei es ja an sich [ab]sonderlich, wenn ich von der Rechtslage redete. Beschlossen wurde, daß ich autorisiert wurde, Metzger zu benachrichtigen, er solle sofort seine Tätigkeit kommissarisch aufnehmen. Ich tat das nachmittags um 5 Uhr. Weiter wurde gesagt, man werde der Militärregierung Mitteilung machen und dann sofort die Bestallungsurkunde schicken. Ministerpräsident fragte mich über Sache Hamberger. Ich sagte, alles, was von hier geschehen sei, sei von mir gebilligt, [ich] trüge die Verantwortung. Die Sache liege so, daß er unmittelbar vor der Machtergreifung sich mit den Nazis verbunden habe. Dies sei in ganz Darmstadt bekannt. Besonders bei der Polizei. Er sei infolgedessen völlig unmöglich und sei sein Nichtverbleiben eine Sache der Staatsautorität. Geiler sagte mir, Polizeipräsident Siegert in Frankfurt habe ihm auf seine Frage dasselbe geantwortet. Siegert war über diese Sache nicht in Verbindung mit uns. Geiler wollte die Fotokopien beim M.G. benutzen. Venedey widersprach von sich aus. Das gehe unsertwegen nicht. Geiler bat dann, ihm die Tatsachen als Gedächtnishilfe zusammenzustellen. Ich sagte, ich würde Faber damit beauftragen. Dann fragte Geiler, was ich über Ahl dachte. Ich antwortete, er sei ein ausgezeichnete Beamter, eine ungeheure Arbeitskraft, umfassende Kenntnisse der Verwaltung. Er deutete an, daß Ahl vielleicht zu selbständig arbeite. Ich sagte, ich trüge die Verantwortung, und alle wichtigen Fragen, besonders die politischer Natur, würden vor der Entscheidung mir vorgetragen. Ich träfe die Entscheidung. Ich sagte dann, wenn gegen Ahl gearbeitet werde, könne das nur von den Kommunisten kommen, die mit ihm unzufrieden seien, aber ungerechterweise, denn die Maßregelung einiger kommunistischer Beamter sei nicht erfolgt, weil sie Kommunisten seien, sondern weil sie entweder unseren Weisungen nicht nachkamen oder sich strafbare Handlungen zuschulden kommen ließen. Zählte einige Fälle⁹ auf und sagte, unser oberstes Bestreben sei, die Staatsautorität zu stabilisieren und den Beamtenkörper sauber zu halten. Wir gingen ebenso entschieden auch gegen Sozialdemokraten vor und erwähnte den Fall Hildebrandt, der Sozialdemokrat sei.¹⁰ Der gesamte Eindruck war der alte, unerfreuliche,

⁹ Prominenteste Fälle waren der im Oktober 1945 als Landrat des Kreises Groß-Gerau suspendierte ehem. KPD-Landtagsabgeordnete Wilhelm Hammann und der entlassene Leiter der Forstverwaltung, Leonhard Daum. Zur Entlassung Hammanns: StA-DA, H 1 RP Liste 21/26: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Reg.-Dir. Ahl, 5.12.1945; Mat. Bergsträsser: Briefwechsel Hammann/Ahl Oktober 1945. Zur Entlassung Daums vgl. Eintragung 7.2.1946 mit Anm. 58/1946.

¹⁰ Hugo Hildebrandt, Treuhänder der Firma Merck, wurde wegen unterlassener Angaben im Fragebogen angeklagt. Er war während der amerikanischen Besatzung kurzzeitig Landrat in Saarbrücken und hatte nach Übergabe des Gebietes an die Franzosen bei B. um Verwendung gebeten; vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memo-

daß sie Angst haben und sich nicht durchsetzen. Ich besprach das mit Zinnkann auf der Rückfahrt, der ganz meiner Meinung war. Metzger nimmt seine Tätigkeit wieder auf, wird sich selbst, nachdem er es getan hat, bei Kelly als wieder im Amt vorstellen. Fährt nächste Woche 3 Tage nach Essen – HEAG.¹¹

Freitag, 11. Januar 1946

Äußerst bewegter Tag. 10 Uhr M.G. Mit Sheehan gesprochen über Kasus Ahl.¹² Alles genau gesagt. Dann über Metzger genau erzählt, was ich für Befehle von Wiesbaden bekam. Sheehan sagte, das sei eine merkwürdige, unentschiedene Entscheidung. Ich widersprach nicht. Sheehan ist der Ansicht, daß die endgültige Einsetzung Metzgers die Unterschrift des Ministerpräsidenten, des Innenministers und Landins tragen müsse.¹³ Ich hatte in Erinnerung, daß das nicht nötig sei, aber mag sein, daß ich nicht ganz im Bild bin. Das Wesentliche bleibt, daß nunmehr wirkliche Gründe nicht vorliegen, und ich sagte Sheehan, wenn er nicht genehmigt würde, sei das ein Akt der Willkür, und da Gerechtigkeit die Grundlage jeden Staates sei, so müsse ich das auf das schärfste ablehnen. Ich hätte ja allerdings nichts dabei zu sagen. Ich betonte energisch, daß ich in der Angelegenheit jetzt nur Briefträger gewesen sei, und ich bat, Frl. Reuleaux diesen bestimmten Satz zu übersetzen. Ich sagte, ich hätte das Recht „suggestions“ zu machen, was ich auch getan hätte, aber nicht mehr. Eben abends kam Reiber und erzählte, daß er heute auf 11 Uhr zum Ministerpräsidenten Geiler angesagt war, dort warten mußte, weil dieser bei der Militärregierung war. Geiler kam um 1 Uhr. Empfang ihn doch. Reiber sagte, die Hauptsache,

random on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 8.2.1946. Auch OMGH 5/7-3/2: Historical Report E-3, January 1946, S.6. Zum Fortgang siehe Eintragung 22.1.1946 mit Anm. 33/1946.

¹¹ Metzger war als Oberbürgermeister Aufsichtsratsvorsitzender der Hessischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (HEAG) und reiste in dieser Eigenschaft nach Essen, um mit dem dortigen Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), der Hauptaktionärin der HEAG, zu verhandeln; vgl. Metzger, In guten und in schlechten Tagen, S.78 und S.97.

¹² UB-MR, NL Bergsträsser: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 11.1.1946. Außer der Entlassung von Kommunisten wurde Ahl die Verbindung zu einem Freund des ehemaligen Gauleiters vorgeworfen. Die Civil Administration Division des OMGH drängte auf Ahls Entlassung; vgl. HStA, 502/1874: Aktenvermerk einer Besprechung von Geiler, Hilpert und Landin, 10.1.1946.

¹³ Darauf hatte Landin in einer Besprechung mit Geiler am Tag zuvor nachdrücklich hingewiesen. Aktenvermerk vgl. Anm. 12/1946.

weswegen er komme, sei ja nun erledigt, nämlich die Frage Metzger, worauf Geiler sagte: „Nein, leider nicht“, sie stehe sehr schlecht. Er habe gestern abend noch den Befehl bekommen, Metzger sofort wieder aus dem Amt zu entfernen. Er wisse nicht, was man machen könne. Er gehe in derselben Angelegenheit um 2 Uhr nochmals zur Militärregierung. Inzwischen war Metzger von Darmstadt aus angerufen worden. Das Gespräch hatte ihn verfehlt, er fuhr zurück und erfuhr hier von dem völlig erledigten Schrauth, daß dieser morgens bei der Militärregierung war und dem Capt. Dumkow oder so ähnlich, nachdem er Sachliches mit ihm besprochen hatte, sagte, Herr Metzger sei seit gestern wieder im Amt, worauf dieser ihn anbrüllte, Herr Metzger müsse sofort raus. Am Telefon mit Kelly sprach [?], wütende Unterhaltung. Die Herren vom städtischen M.G. waren über die Wiedereinsetzung von Metzger sichtlich nicht informiert. Die Entscheidung von gestern abend gegen Metzger beim Wiesbadener M.G. ist also nicht von ihnen, sondern von Landin [und] Newman gefallen. Reiber bekam im Laufe des Tages den Befehl, Metzger sofort zu eröffnen, daß er keine Amtshandlungen vornehmen dürfe und nicht Bürgermeister sei. Ich bekam nachmittags 4.30 Uhr dieselbe Weisung. Reiber kam zu mir, und wir besprachen, daß er Metzger einen Brief schreibe, er solle morgen früh, ehe er aufs Amt gehe, bei ihm vorbeikommen, um zu verhindern, daß Metzger das Amt wieder betrete, und solle Reiber ihm sagen, daß der Auftrag sowohl von der Militärregierung wie durch mich von der Zivilregierung komme. Ich solle Bestätigung des Gesprächs in einem Schreiben bekommen. Anrufer war Dr. Swart.

Ich selbst war nachmittags 14.30 Uhr bei der Militärregierung, eine Stunde Gespräch mit Leggatt und Dengler über König. Königs Benehmen ist höchst kindisch, wohl unter dem Einfluß seiner Frau [Maria].¹⁴ Schade. Kaum im Amt zurück, wurde ich nochmals zu Col. Copeland befohlen, der mir sagte, ich solle nun jeden Dienstag um 10 Uhr zu ihm kommen zur Besprechung. Zurück, mehrere Besuche. Morgens längere Unterhaltung mit dem französischen liaison-officer, Capt. Trotouin, angenehm. Wir sprachen noch über Politik, und ich sagte ihm klar meinen Standpunkt, daß die Franzosen, gegen die Angelegenheit Deutschland sich stellend, die Entmilitarisierung unmöglich machen. Er stimmte zu. Ich sagte, ich würde mich freuen, ihn in meinem Hause zu sehen. Immer wieder seltsam

¹⁴ B.s Bemühungen um Wiedereinsetzung des wegen persönlicher Spannungen von der örtlichen Militärregierung suspendierten Landrats König in Heppenheim hatten keinen Erfolg; vgl. Bericht an Militärregierung Darmstadt, 24.11.1945, in: Mat. Bergsträsser. Im Kreis Bergstraße verblieb der zum 1.12. als kommissarischer Landrat eingesetzte Erbacher Bürgermeister Dengler. König wurde statt des Anfang November von der Militärregierung entlassenen Landrats Rosenkranz nach Alsfeld geschickt, mußte aber auf Anordnung der Militärregierung am 22.2.1946 erneut abberufen werden.

der Unterschied zwischen dem Benehmen und der ganzen Art sich zu geben, der Amerikaner und der Franzosen. T. sagte überdies, daß die kriegsgefangenen Franzosen, die aus Deutschland zurückkehren, so gut wie alle mit ihrer Behandlung sehr zufrieden waren. Besonders die, die auf dem Lande arbeiteten. Ich sagte ihm, daß wir uns gefreut hätten, wie anständig sich nach dem Zusammenbruch die Franzosen benommen hätten gegenüber anderen, speziell den Polen. Er schimpfte auch auf die Polen. Ich werde den Krügehandel mit ihm inszenieren für Steinhagen.¹⁵ Die Wiesbadener Geschichten machen uns alle kaputt, und ich überlege mir, ob es nicht besser wäre, sich auf eine Professur zurückzuziehen. Ich werde morgen mit Hoffmann darüber sprechen. Zu arbeiten, ohne Erfolg zu haben, weil andere einem die Erfolge unmöglich machen, ist eine auf die Dauer unhaltbare Situation. Zur rechten Zeit auszusteigen, ist die Aufgabe eines verantwortungsbewußten Politikers.

Samstag, 12. Januar 1946

Zinnkann und Metzger. Wir kamen überein, er müsse zu Knothe fahren, und dieser solle eine Parteisitzung veranlassen, zu der die Regierungspräsidenten hinzugezogen würden. Zum Teil aussteigen. Ich glaube nicht daran. Habe ihm das auch gesagt. Aber machen soll man es natürlich. Ich habe [...] gesagt, und Metzger sagt dasselbe, wenn die Partei ihre in besonderen Stellungen befindlichen Mitglieder nicht stützen kann, kann man mit der Partei auf die Dauer nicht arbeiten. Er begriff das durchaus. Wie ich weggehen wollte, kam Häbich mit einem Ministerialrat, der als Vertreter für Großhessen nach Berlin gehen soll.¹⁶ Ich gab ihm Adressen und Hilfsstellungen, was er nicht erwartet hatte und was ihn mordsersaunte. Abends Erbachs. Sie erzählten mancherlei, was man gut verwenden kann. Die Gräfin¹⁷ hat Angst, die Nazis kämen wieder zu Einfluß.

¹⁵ Karl Niederstadt, Besitzer einer Spirituosenfabrik in Steinhagen und ehemaliger Schüler B.s an der Universität Greifswald, hatte B. darauf aufmerksam gemacht, daß die Steinhäger-Krüge aus dem Kannebäcker-Land im jetzt zur französischen Zone gehörenden Bezirk Montabaur wegen der Zonengrenzen nicht mehr geliefert wurden.

¹⁶ Wohl Victor Pröstler, der als Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten im Auftrage des Hessischen Staatsministeriums nach Berlin ging; Leiter der hessischen Wirtschaftsvertretung war seit November 1945 Julius Segel.

¹⁷ Gräfin Christa von Erbach-Erbach.

Sonntag, 13. Januar 1946

Zwei Amerikaner (aus Berlin von der Kontrollkommission)¹⁸ erkundigten sich bei mir nach geeigneten Leuten für das Staatssekretariat der Wirtschaft. Sie sprachen sehr gut deutsch, wollten aber partout mit mir englisch sprechen, und wie sie weggingen, sagte der eine, ich hätte das Examen gut bestanden. Sie hatten alle meinen Namen ersichtlich sehr ernst genommen. Von mir selbst war ihnen fälschlich gesagt worden, ich sei Professor der Nationalökonomie. Sie hatten aber schon daran gezweifelt, und ich sagte ihnen, für das Wirtschaftliche käme ich ja nicht in Betracht. Mich interessierten Außenpolitik und Education und allgemeine Politik. Samstag nachmittags Bieberfeld. Er erzählte, was Geiler in seiner Neujahrsansprache darüber gesagt habe, daß Presse und Rundfunk, Nachrichtenwesen, Lizenzierungen usw. auf die deutschen Behörden übergingen, sei falsch.¹⁹ Geiler sei wegen dieser Äußerungen der Kopf gewaschen worden. Fragte, ob ich wüßte, warum Geiler das gesagt hätte. Ich sagte ihm, ich sei mit Wiesbaden überhaupt nicht in Fühlung. Man frage mich grundsätzlich nicht, auch die anderen Regierungspräsidenten nicht, mich noch am allerwenigsten wegen der Spannung mit dem Landeshaus.²⁰ Er fragte warum. Ich machte die nötigen Angaben. Dann fragte er, was ich darüber denke, wenn die von Geiler angekündigten Maßnahmen verwirklicht würden. Ich sprach mich offen darüber aus, betonte, daß ich immer offen sei. Ja, deswegen komme er ja immer zu mir. Sagte ihm dann auch, daß die Veröffentlichung des Testamentes Hitlers Blödsinn sei²¹, da es doch wieder die Tränendrüsen in Bewegung setze, und sagte, man müsse den Nürnberger Prozeß durch einen deutschen Historiker ausschlichten lassen.²² Ich hätte einen auf Lager. Nannte auch den Namen. Sprach dann über die Lage an den Hochschulen Göttingen, Tübingen, was ihn sehr interessierte, und über die böse Wirkung der französischen Politik auf den deutschen Militarismus, der wieder aufwache. Über beides soll ich ihm

¹⁸ Vermutlich der deutsche Emigrant Karl F. Bode und der später wiederholt genannte Wollkiser, beide Mitglieder der Economics Division OMGUS, die Personal für die im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Zentralverwaltungen rekrutieren sollten.

¹⁹ Vgl. ‚Darmstädter Echo‘ 5.1.1946 (Neujahrsbotschaft der Groß-Hessischen Staatsregierung), auch ‚Hessische Nachrichten‘ (Übergang der Zivilverwaltung).

²⁰ Im Wiesbadener Landeshaus, dem ehem. Sitz der Bezirksverwaltung Nassau, residierte OMGH.

²¹ Vgl. ‚Darmstädter Echo‘ 1.1.1946 (Hitlers Testament und Trauschein gefunden).

²² Ein von B. wiederholt gemachter Vorschlag, den die Militärregierung ablehnte; vgl. dazu den Schriftwechsel in UB-MR, NL Bergsträsser 3; dazu, ebd. 11, eine umfangliche Materialsammlung zu den Nürnberger Prozessen.

Darlegungen machen. Wieder mehr Arbeit. Aber kurios ist es doch, daß die Leute immer zu mir kommen.

Wie schon erwähnt, waren Sonntag nachmittags zwei Amerikaner aus Berlin bei mir. Nachher gingen sie zu Walk, der mir dann auch sehr bestutigt über die inquiry erzählte. Abends Theater „XYZ“²³, die Kaun in voller Fahrt.

Montag, 14. Januar 1946

Im Bett, erkältet. Besuch des Bodenreform-Predigers und des Dr. Steinecke, unbedarfter Jüngling.²⁴ Er hat in seinen Kursen weder Rechtswissenschaft noch Nationalökonomie vorgesehen und Politik auch nur am Rand, dafür Philosophie und viel Ästhetik.

Mittwoch, 16. Januar 1946

Morgens in Gießen Sitzung der Landräte-Vereinigung. Lange Ansprache Dr. Geiler über allgemeine Fragen. Jetzt weiß ich, warum er das Ministerpräsidium annahm. Ich habe selten einen so gefallsüchtigen und eitlen Redner gesehen. Persönlich war er angenehm, formvoll, freundlich wie immer. Ich hatte Gelegenheit, kurz mit ihm über die Behandlung von Behörden in Darmstadt zu berichten und soll ihm darüber persönlich schreiben. Mit Venedey vorher gesprochen, der sich sehr beklagte, daß die Partei ihn so schlecht behandle, auch persönlich, worauf ich ihm sagte: „Sehen Sie, wie gut reinigend die Gewitter sind, ich tue das nun nicht, obwohl ich auch ihre Haltung für sehr dumm halte.“ Er suchte offenbar Anlehnung und ist jetzt sehr freundlich. Die Landratssitzung: Referat sehr gut des Landrats [Treibert] von Ziegenhain; Tendenz war, Regierung in Wiesbaden, Verwaltung bei den Regierungspräsidenten und Landräten, fand verdienten Beifall.²⁵ Venedey antwortete, ließ die Kernpunkte aus und bewegte sich in allgemeinen Meinungen. Ich möchte nicht so dastehen. –

²³ ‚XYZ – Spiel zu dreien‘ von Klabund, die zweite Premiere des Landestheaters in der Darmstädter Orangerie, in der Ingeborg Kaun zusammen mit R. Kalvius (Regie) und R. Bohnet spielte.

²⁴ Dr. Wolfgang Steinecke, seit Sommer 1945 Kulturreferent der Stadt Darmstadt, trug B. das Programm der am 3.2. eröffneten Volkshochschule vor, bei dessen endgültiger Vorstellung (vgl. ‚Darmstädter Echo‘ 23.1.1946) die politischen Vortragsreihen in den Mittelpunkt gerückt wurden. – Mit dem „Bodenreform-Prediger“ ist wohl Weisgerber oder Keil gemeint.

²⁵ Vgl. ‚Gießener Freie Presse‘ 22.1.1946 (Treffen der Landräte von Groß-Hessen).

Nachmittags Vortrag in Nauheim, DANA²⁶ und Rundfunk anwesend. Abends hübsches kleines Essen, Meller, Bach, Seelbach.

Donnerstag, 17. Januar 1946

Morgens Eröffnung der TH, feine Rede von Irvin, ich nur ein paar Sätze, weil die übrigen Ansprachen sehr lang waren.²⁷ Dann Lunch bei uns. 4 Amis, Böhm, Reuleaux. Sie schienen sich bei Domänenwein sehr behaglich zu fühlen. Hillman machte beim Hinausgehen mir ein Kompliment über die feine Küche, die wir hätten. Durchbruch des Hoteliers. Nachmittags trug Boll lange vor über die falschen Zentralisationsbestrebungen von Mattes. Ich erbat Denkschrift für Geiler, evtl. müssen wir die Presse mobil machen. So geht es nicht. Ich komme mir als Kämpfer für Darmstadt immer kurioser vor. Abends Mülheim, über 700 Menschen, andächtige Gemeinde, einer hielt mich wieder für 73. Böhm sagte, daß die Höheren Schulen nun endgültig bei den Regierungspräsidenten bleiben.

Freitag, 18. Januar 1946

Morgens bei Copeland. Nichts besonderes. Bei Sheehan neue Intrige gegen Frl. Pfannmüller und Frl. Herget. Ich stelle fest, daß [das] von der Monnard bei der Stadt ausgeht. Berichtete dann dementsprechend hinüber und hatte den Eindruck, daß Frl. Wantz sehr im Bilde über Frl. Monnard war. Deutsches Lumpengesindel.²⁸

Dr. Wollkiser hier, telefonierte bei uns; die Wiesbadener, wohl die Militärregierung, haben Heimerich vorgeschlagen für Berlin.

Mit Dr. Wadsack Erwachsenen-Bildung besprochen. Ich brauche unbedingt jemand dafür. Meine Schulabteilung ist der schlechteste Teil meiner Regierung. Ich suche krampfhaft einen Kopf für sie. Kopf in doppelter Bedeutung. Wenn doch B[orn] möglich wäre. Abends Rüsselsheim. Saal

²⁶ Die Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur (DANA, später DENA) war am 29. 6. 1945 als Nachrichtenagentur für die amerikanische Zone in Bad Nauheim begründet worden, da das Reichspropagandaministerium seine Ausrüstung dorthin verlagert hatte; sie fusionierte im Herbst 1949 mit dem Deutschen Presse Dienst der britischen Zone zur dpa. Zu B.s Vortrag im Rahmen der 3. akademischen Vortragswoche in Bad Nauheim vgl. „Darmstädter Echo“ 26. 1. 1946 (Deutschlands staatliche Zukunft).

²⁷ Die Reden in: Darmstädter Hochschulblatt. Rundschreiben der Technischen Hochschule Darmstadt, Febr. 1946, S. 1–7; vgl. „Darmstädter Echo“ 19. 1. 1946.

²⁸ Vgl. Eintragung 28. 1. 1946 mit Anm. 37 und 218/1946.

polizeilich abgesperrt wegen Überfüllung. 12–1500 Menschen. Auf die Frage, ob jemand was zu fragen habe, kam niemand.²⁹

Samstag, 19. Januar 1946

Abends Sprendlingen. Die dortigen Genossen wollten eine Resolution über Vereinigung mit der KPD verlesen. Ich sagte ihnen, entweder diese Resolution oder ich. Wenn ihr die Resolution verlest, spreche ich in der Versammlung offen darüber, daß ihr auf dem falschen Weg seid. Darauf unterblieb die Resolution, und ich sprach deutlich gegen die KPD. Auch gegen ihre unfaire Agitation.

Montag, 21. Januar 1946

Morgens nach Wiesbaden, Parteivorstand, auch Nischalke. Knothe hatte natürlich alles wieder vermässelt und die Minister nicht eingeladen. Ich habe die Affaire Hamberger und die Sache Metzger sehr scharf vorgetragen. Knothe wird die nötigen Schritte tun. Dann Nischalke und ich über die Zentralisierungswut der Regierung. Es wurde beschlossen, dies in größerem Maßstab noch einmal in Anwesenheit der Minister zu behandeln. Auf dem Wege Gespräch mit Zinnkann. Er stimmte sehr zu, als ich sagte, wenn wir nicht allein eine Regierung bilden könnten nach den Wahlen, wäre jetzt die Zeit, sie mit der KPD zu bilden. Wenn wir die hereinnähmen, wäre die Opposition von links unmöglich. Zinnkann schmunzelte und freute sich offenbar, daß gerade ich das sagte. – Abends Kolleg über die Grundlinien deutscher Dinge, aber ich hatte sie völlig in der Hand. Dann Seeheim. Sehr voll. Das ganze Theatervolk, das nachher mit den üblichen Komplimenten aufwartete. Frau Pierenkämper war auch da, und ich sagte, ich freue mich, bei ihr politische Erziehungsversuche anstellen zu können. „Die wievielte politische Versammlung war es, die Sie besuchten?“ „Die erste!“ Allgemeines Hallo!

²⁹ Über B.s Versamlungsreden zu den Gemeindewahlen wurde in der noch auf wenige Seiten beschränkten Zeitung, die nur zweimal wöchentlich erschien, nicht gesondert berichtet; vgl. jedoch B.s Leitartikel zum ersten Wahlsonntag, „Darmstädter Echo“ 19.1.1946 (Die große Bedeutung der Gemeindewahlen).

Dienstag/Mittwoch, 22./23. Januar 1946

Morgens bei Copeland und Sheehan und beide sehr befriedigt über die Wahl.³⁰ Ich sagte zu Copeland, die richtige Folgerung sei nun, die Wahlen für Groß-Hessen früher anzusetzen. Er meinte, Clay habe sie mit guten Gründen auf den Oktober angesetzt. Man wolle organisch von unten aufbauen. Ich: „Das könnte man ja auch etwas schneller tun.“ Er hatte Bedenken und bewies damit, daß er kein Kopf ist. Ich mußte meine Ansichten über die Wahl auseinandersetzen und sagte, erstens sei die Wahlbeteiligung ein Beweis des politischen Interesses, was ich ja immer vorher gesagt hätte, daß es stimulierend wirken werde. Zweitens sei der Mißerfolg der KPD auf die Nachrichten aus der russischen Zone zurückzuführen. Der Erfolg der SPD ist darauf zurückzuführen, daß man von ihr eine ruhige Entwicklung erwarte und daß alle Leute, die sich vor Radikalismen der KPD fürchten, eben zu uns gingen. Ungeklärt sei die Lage nach rechts. Dort werde sich neben christlichen Parteien wohl mit der Zeit eine reaktionäre auftun. – Wie recht ich damit hatte, zeigte sich am selben Nachmittag, wo ich in Nauheim wegen des für das Pädagogium vorgeschlagenen Professor Buchenau eine Untersuchung anstellte, wobei herauskam, daß die Nationaldemokraten unter Leuchtgens seltsames Gemisch aus früheren Wirtschaftsparteien und deutschnationalen Kreisen sind, bei denen man von Wiedererrichtung der Monarchie spricht und das gar für eine Erziehungsanstalt hält, die unentbehrlich sei. Dem Buchenau wird das wohl mit seinen unüberlegten Äußerungen den Kopf kosten.³¹

Abends in Friedberg sehr gute Versammlung. Man hatte mich telefonisch hierher zitieren wollen wegen Dr. Dorn. Den besuche ich nun Mittwoch morgens in Frankfurt. Sehr freundliche Aufnahme. Erst über die Wahlen wie oben. Dabei hervorhebend, daß ich mich seinerzeit dagegen ausgesprochen hätte, sie zu verschieben. Dann sagte er mir, daß die Zeitungsnachrichten, die Landeswahlen sollten schon im Juni sein, zutreffen. Ich freute mich sehr und sagte ihm das und freue mich auf Dienstag, wo ich Copeland sagen kann: „I am in the same line with General Clay.“ Dann über die Wiesbadener Regierung. Ich sagte, sie sei noch nicht eigentlich gefestigt, frage uns Regierungspräsidenten zu wenig, mache in folgedessen in personellen Dingen (Fall Hamberger und anderes) ebenso-

³⁰ UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 22. I. 1946. Die Gemeindewahlen fanden in zwei Etappen statt. Im Regierungsbezirk Darmstadt wurde am 20. I. in den Kreisen Alsfeld, Gießen und Büdingen, am 27. I. 1946 in den Gemeinden der übrigen Kreise gewählt.

³¹ Zur Gründungsphase der NDP vgl. Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.) Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik 1945–1980, Bd. II, Opladen 1984, S. 1892–1921. Ein Exzerpt der Rede Buchenaus vom 20. I. 1946 in: Mat. Bergsträsser.

viel Fehler wie in sachlichen. Das Zentralisieren von Behörden in Wiesbaden und Frankfurt sei Unsinn. Wir kennen die Verhältnisse, die Minister, insbesondere die, die aus anderen Gegenden kommen, gar nicht. Ich sagte ihm auch, warum die Militärregierung gegen mich voreingenommen sei, und daß wir doch, wenn wir auf Denazifizierungsnotwendigkeiten hinweisen, nur unsere Pflicht täten. Das Gespräch war über eine Stunde. Er sagte im Laufe, die Regierung in Wiesbaden werde erst nach den Wahlen umgebildet. Dann aber offenbar sehr.

Nachmittags bei Sheehan, wo Hillman zugegen, über mein Gespräch referierend. Sie waren erfreut, da sie am Dienstag abend Dr. Dorn genau dasselbe gesagt hatten. Vorher Bieberfeld auch meine Meinung über die Wahlen einholend. Angenehmer Mensch. Man kann hübsch offen mit ihm sprechen. Gegenseitiges Vertrauen. C.I.C. verlangt von mir Bericht über Heimerich.³² Soll heute abgeholt werden. Er hat es nun wirklich fertig gebracht, durch den üblen Hildebrandt Rechtsvertreter von Merck zu werden, und dabei übernimmt er noch die Verteidigung von Hildebrandt.³³ Höher geht der Mangel an Feingefühl überhaupt nicht. Ich sagte das den Amerikanern, und sie stimmten alle zu. Na endlich! Wolkiser ist, wie Walk mir berichtete, an Heimerich nicht interessiert.³⁴ Ein Glück! – Abends in Michelstadt ungeheuren Beifall nach meiner Rede. Dann bei Neff Wein. Späte Heimkunft. – Beim Gespräch mit M.G. wurde mir gesagt, daß man statt Hildebrandt jetzt Peter Reinhold haben will. Das geht auf meine Initiative zurück.³⁵ Minister Mueller hat ihn vorgeschlagen. Hillman sagte, für diesen Posten müsse man einen prima Mann haben.

Donnerstag, 24. Januar 1946

Abends Griesheim. Ein Kommunist sprach lange. Meist Gewäsch. Erwähnte aber pathetisch, ich hätte in einer Bürgermeisterversammlung des Landkreises Darmstadt gesagt, ich hätte keine Angst vor den Kommunisten. Ich griff das im Schlußwort auf, bestätigte und sagte, der letzte Sonn-

³² B.s Bericht an das Counter Intelligence Corps (CIC), den amerikanischen Besatzungsgeheimdienst, vom 24. I. 1946 in: Mat. Bergsträsser.

³³ Vgl. Anm. 10/1946. Heimerich verteidigte Hildebrandt vor dem Darmstädter Militärgericht, das ihn im Februar zu einem Jahr Haft und 10000 RM Geldstrafe verurteilte; „Darmstädter Echo“ 23.2.1946 (Fälle vor dem Militärgericht). Siehe auch OMGH 5/7-3/5: Weekly Summary Mil. Gov. RB Darmstadt, 20.–26.2.1946.

³⁴ Heimerich stand nicht mehr auf der von der hessischen Landesregierung an OMGUS übermittelten Liste, auf der wiederum Walk für eines der geplanten Zentralämter empfohlen wurde. HStA, 1126 NL Geiler 13.

³⁵ B. hatte Reinhold schon früher um seine Bereitschaft zur Übernahme der Treuhänderschaft von Merck gebeten; Mat. Bergsträsser: B. an Reinhold, 27.11.1945.

tag habe ja bewiesen, daß ich recht habe. Brüllendes Gelächter. Darauf sagte ich, die Vereinigung sei sehr einfach, wenn der Kleinere zum Größeren komme, d.h. die KPD in uns aufginge. Zweite Lachsalve.

Freitag(?)/Samstag, 25.(?)/26. Januar 1946

Letzte Wahlversammlung, Groß-Gerau. Riesensaal der Helvetia gut besucht. Ich merkte aber doch ein wenig die Müdigkeit. Vielleicht weil ich zuvor 1½ Stunden spazieren gelaufen war. – Samstag morgens lange Besprechung mit Friedrich und Faber. Über Schulabteilung. – Samstag nachmittag, wie ich eben ausgeschlafen hatte, Gespräch aus Nauheim wegen Buchenau, der in Friedberg vor seinen Schülern gesagt hat, er habe es den Amerikanern in einer öffentlichen Versammlung gründlich gegeben. Daraufhin habe ich ihn telefonisch über Bach suspendiert.

Sonntag, 27. Januar 1946

Morgens vor 10 Uhr im Auto los, Roßdorf, Dieburg, dann bis Schöllimbach hinunter. Nachmittags Kailbach, Unter-Sensbach, Beerfelden, Fürth. Überall sehr große Wahlbeteiligung. Selbst in Gemeinden mit Einheitslisten, die nicht eben häufig waren, und in solchen mit unpolitischen Listen, die ich nur auf dem oberen Odenwald fand, Winterkasten zum Beispiel. In einigen Orten, die abgelegen sind, sind überhaupt keine Wahlversammlungen gewesen. Es fehlt halt auch hier an Rednern. Allgemein war man ersichtlich erfreut, daß der Regierungspräsident selbst kam. In Beerfelden wurde mir ein Glas Wein angeboten. Die Leute waren da sehr lustig bei schon 92% Wahlbeteiligung.

Montag, 28. Januar 1946

Wahlergebnisse sehr günstig für uns (SPD).³⁶ – Abends kam Faber, aus Frankfurt zurückkommend, wo er mit Knothe gesprochen hatte. Er sagte, die Partei wolle nicht darauf drängen, daß jetzt das ganze Ministerium umgebildet werde, sie wolle aber Geiler und Mattes jetzt stürzen durch Angriffe in der Öffentlichkeit. Ich solle Nachfolger Geilers werden. Es sei klar, daß ich der Einzige sei, der in Betracht komme. Er selbst wolle Redakteur bleiben und in keine solche Stellung hinein. Reibold teilte mir mit, daß der Kommunist Keil in Ober-Ramstadt Ahl und mich scharf angegriffen habe. Ahl, weil er 12-Ender einstelle, mich, weil ich eine BDM-

³⁶ Gesamtergebnis der Gemeindewahlen in Hessen: SPD 44,5%, CDU 31%, KPD 5,7%, LDP 2,7%, Sonstige 16,0%.

Führerin als Sekretärin habe.³⁷ Echte Vereinigungsapostel, sie hauen wieder auf die SPD, statt auf die anderen.

Dienstag, 29. Januar 1946

Morgens. Gestern Artikel über die Wahl durchgesehen.³⁸ Faber und Ahl halten ihn für gut und finden die Äußerungen über die Umbildung der Regierung nicht zu scharf. Gestern abend traf ich B[orn], der mir sagte, ich hätte mich bei der Vorlesung glänzend durchgeschlängelt. Bei der Militärregierung unbedeutende Gespräche. Der zweite [Teil der Wahl] ist ihnen nicht mehr bedeutsam. Sie sind wie ihre Presse. Die Sensation ist wichtig, dann wird es weggeworfen.³⁹

Prof. Herzfeld aus Wiesbaden, dort Jugendreferent, er hat das richtige Alter dazu. Beinahe 70. Ein Mensch des Wasserfalles. Als Tischgast Herr Wilke, der Dora Kießhauer aus Dresden mitbrachte am letzten Samstag. Interessant über russische Zone. Die vielen abmontierten Maschinen, zum Teil Präzisionsmaschinen, stehen auf allen Bahnhöfen und werden nicht verladen. Oft uneingepackt und gehen kaputt. Keinerlei Disziplin. Soldaten kehren sich nicht an Befehle, nur die GPU schafft ab und an Ordnung in ihrer drastischen Art. Auch Fabriken arbeiten. Vor allem Untergrundbahnen usw., das ganze Verkehrssystem in Berlin wieder glänzend in Ordnung gebracht. Nachmittags Schulabteilungssorgen. Dann interessanter Bericht unseres Delegierten zum Landwirtschaftsamt, der auf die Stellung verzichtet, da ihm kein Einfluß gegeben sei. Minister Dr. Mueller ist wieder umgefallen. Der Einfluß des Opel-Kreises scheint zu stark zu sein.⁴⁰ Verstärkter Eindruck des Gegeneinander und Durcheinander in Wiesbaden.

Morgens Besuch Hermes [und] Vockel. Interessante Abgrenzung dessen, was ich konservative Partei nenne gegen die Bewegungspartei. Sie sagten, sie wären mit der Enteignung einverstanden gewesen, wenn sie wirklich den Grundbesitzern das Restgut von 100 ha gelassen hätten.⁴¹ Aber sehr

³⁷ B.s Sekretärin Irmgard Pfannmüller gab noch im Februar ihre Tätigkeit auf und fand eine Anstellung in Heidelberg; vgl. Eintragung 21.7.1946.

³⁸ Veröffentlicht in ‚Darmstädter Echo‘ 30.1.1946 (Das Probestück).

³⁹ UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 29.1.1946.

⁴⁰ Auf eine Wirtschaftsgruppe um Fritz von Opel, der nach dem Verkauf der Firma 1928/29 Generaldirektor der Opel-Werke geworden war, finden sich sonst keine Hinweise.

⁴¹ Der ehem. Reichsfinanzminister Andreas Hermes war wegen seiner Weigerung, der in der sowjetischen Zone im September 1945 eingeleiteten Bodenreform zuzustimmen, am 19.12.1945 als Vorsitzender der Ost-CDU abgesetzt worden und anschließend nach Westdeutschland gekommen.

viele würden einfach vertrieben. Ungünstige Entwicklung der SPD. Ich klärte sie darüber auf, daß wir hier dies absolut nicht mitmachten. Im Gegenteil. Hermes behauptete, Schäffer habe viel gelernt. Ich sagte, seine Regierung habe diesen Eindruck nicht hinterlassen. Hoegner gab ich natürlich preis, mit seinem Föderalismus.

Mittwoch, 30. Januar 1946

Zinnkann teilte mir mit, daß der pp Gedat, der in der Bessunger Kirche Vorträge hält, Nazi sei, und gab mir ein Buch aus dem Jahr 1934, in dem er Hitler als dem deutschen Volk von Gott gesandt usw.⁴² Trotzdem hat die Militärregierung, der ich es sofort vortrug, seinen Vortrag nicht verboten. Sie läßt ihn nur überwachen. Immer wieder wird die Kirche, die doch eine Hauptbrutstätte zum Nationalsozialismus war, geschont. Der Mann scheint übrigens einen falschen Fragebogen abgegeben zu haben. Wenn das der Fall sein sollte, lasse ich ihn anzeigen. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß so ungerecht verfahren wird. Die Pfaffen werden dadurch immer frecher. Sie sind die größte Gefahr. – Meller erfreut über mein Eingreifen gegenüber städt. Wohnungsamt Nauheim.⁴³ Kammer alle meine Ansichten über Schulfragen weitgehendst billigend. Meine Instruktionen haben Schule gemacht. Auch der Schulmann in Kassel hat sie übernommen.⁴⁴

Donnerstag, 31. Januar 1946

Morgens Verhandlung mit M.G. wegen Gedat.⁴⁵ Am folgenden Tag erfuhr ich, daß sie ihm das Reden verboten haben. Hoffentlich führt das dazu, daß der Kirche mehr auf die Finger geklopft und Gerechtigkeit geübt wird. Ich hatte morgens noch eine ganz kurze Denkschrift über die kirchli-

⁴² Vgl. Gustav Adolf Gedat, Ein Christ erlebt die Probleme der Welt. Versuch einer volkstümlichen Einführung in das Weltgeschehen unserer Tage, Stuttgart 1934. Dazu 'Darmstädter Echo' 2.2.1946 (Ein seltsamer Heiliger) und die Erwiderung der Landeskirchenleitung, ebd. 16.2.1946.

⁴³ Anscheinend hat hier B.s Eingreifen nicht viel bewirkt, denn geraume Zeit später beschwerte sich Meller erneut, daß das Wohnungsamt in Bad Nauheim trotz der hohen Frequentierung durch Militär- und andere Behörden weiterhin Wohnungen beschlagnahme, so daß eine Unterbringung der Kurgäste erhebliche Schwierigkeiten bereite. Mat. Bergsträsser: Briefwechsel Meller/B., Mai/Juni 1946.

⁴⁴ Der „Schulmann in Kassel“ war wohl Hermann Schafft, Leiter der Erziehungsabteilung im dortigen Regierungspräsidium.

⁴⁵ UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 31.1.1946.

chen Verhältnisse geschrieben, die ich übersetzen ließ, um sie dem M.G. zu geben.⁴⁶

Nachmittags wollte ich gleich nach Worms fahren zum Vortrag, wurde aber angerufen, daß Dr. Dorn mich sprechen wolle. Langes Gespräch erst allein mit ihm, dann unter Zuziehung Ahls. Dorn fragte mich über die Wahlen und die Folgerungen, die aus den Wahlen zu ziehen seien für die nächsten Wahlen. Ich sagte ihm, man solle die Landtagswahlen vor dem Juni abhalten und mit den Kreiswahlen in den Großstädten verbinden. Das häufige Wählen nutze das politische Interesse ab. Er fand das „sehr vernünftig“ und wies auf seine eigenen Erfahrungen in Deutschland 1932 hin.⁴⁷ Er fragte dann nach den Wahlterminen. Ich sagte 1. Hälfte März. Er war erstaunt und fragte, ob das möglich sei, ich sagte, bei uns ist alles in Ordnung, bei uns können Sie in 8 Tagen wählen lassen. Ich begründete den Termin damit, daß der Zwischenzustand unmöglich sei. Er meinte, ob die Regierung Geiler nicht bestehen könne, da doch 4 Sozialdemokraten darin seien und die übrigen Christliche Union. Ich sagte darauf, Geiler und Mattes, die eigentlich Leitenden, gehörten meines Wissens keiner Partei an. Venedey gegenüber bestehe eine Spannung in der eigenen Partei. Überdies sei die Bevölkerung erbittert darüber, daß sie von Landfremden, d. h. von Badenern, regiert würde.⁴⁸ Auch sei das Ministerium in allem völlig uneinheitlich und absolut unpopulär. Über das Wahlrecht gefragt, sagte ich, ich sei für den Einerwahlkreis mit Stichwahl. Wenn Listenwahlsystem, müßten unbedingt die drei Regierungsbezirke je einen Wahlkreis bilden. Meine Absicht ist dabei zu verhindern, daß alle möglichen Leute auf eine allgemeine Landesliste kommen, z. B. die landfremden Minister. Ich sprach mich für das Panaschieren aus; er ist dagegen, weil es umständlich und unklar sei. Ich sagte ihm, das Ministerium Geiler sei tot. Nur habe das Begräbnis noch nicht stattgefunden. Er war der angenehme, lebenswürdige Unterhaltungspartner wie immer und dankte mir, ehe Ahl hereinkam, für meine Darlegungen und betonte, daß er sich besonders gefreut habe, mit mir allein all dies habe erörtern zu können. Mit Ahl be-

⁴⁶ Ebd. die angesprochene Denkschrift B.s „Die evangelische Kirche und die demokratische Zukunft“, 31. 1. 1946, in der er Passagen aus Gedats Buch wiedergibt. Offensichtlich hat B. der Militärregierung ein Exemplar zugesandt, denn im darauffolgenden wöchentlichen Bericht der Darmstädter Einheit wird noch ausführlicher aus Gedats Buch zitiert. Gedat erhielt umgehend Redeverbot; vgl. OMGH 5/7-3/5: Weekly Summary E-3 for Period 30. 1.–5. 2. 1946, S. 2/3.

⁴⁷ Vgl. Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen. Aus dem Nachlaß übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, Einleitung S. 10; Dorns Notizen zur Inspektionsreise durch Hessen im Januar ebd., S. 64.

⁴⁸ Mit den „Landfremden“ sind Geiler, Mattes und Venedey gemeint.

sprachen wir dann wesentliche Verwaltungsprobleme, insbesondere die Kompetenz der Regierungspräsidenten, wobei Ahl mehrere Details, ich mehr die allgemeine Linie behandelte. Von allem hat sich Dorn bis ins einzelne gehend Notizen gemacht. Ich gab ihm meinen Artikel über die Wahlergebnisse und die kleine Denkschrift über die Kirche, die ich am Vormittag geschrieben hatte.⁴⁹

So kam ich erst nach 5 Uhr dazu, nach Worms zu fahren. Die Kontrolle auf der Brücke in Oppenheim behandelte uns bei Hin- und Rückfahrt gleich freundlich. Auch die Franzosen. Bei dem Vortrag, dem gleichen wie in Mainz, waren 2 französische Offiziere anwesend, die nachher dem Stadtbibliothekar [Illert] als dem Veranstalter die größte Anerkennung über meine Rede sagten. Mir sagte der Hauptmann [Soutou], ich solle ja doch sehr bald wiederkommen. Er werde sich freuen, mich wieder zu hören. 350 Zuhörer etwa. Die Einleitung des Bürgermeisters Schmitt, eines früheren Arbeiters, ganz vorzüglich. Nachher saßen wir zusammen. Ich hatte von Schmitt den Eindruck eines außerordentlich klugen und befähigten Menschen. Man sagte mir, dort sei kein Separatismus, wohl aber in Mainz und in Neustadt. Verhältnis zu den Franzosen angenehm, sie versuchten, auch die Industrie zu fördern. Lebensmittelverhältnisse gespannt. Die Franzosen hätten wohl noch weniger.

Freitag, 1. Februar 1946

Morgens nach Frankfurt. Erste Fakultätssitzung mit Sauermann, Gerloff, Skalweit und einem Lehrbeauftragten. Als die Frage über dessen Zulassung als Privatdozent erörtert wurde und er deswegen hinausging, wollte ich mich als nicht offizielles Mitglied anschließen, wurde aber dringend zum Dableiben gebeten. Die Herren behandelten mich alle sehr als Präsident, was ich sehr ablehnte, da ich ja nur Mitglied der Fakultät sei. Für meine Vorlesung soll die Aula genommen werden.⁵⁰ Eröffnung: Blaum begrüßte erst die Militärregierung, dann den Ministerpräsidenten, taktloses Gekrieche. Die beste Rede hielt Capt. Vent von USFET in deutscher Sprache mit starkem amerikanischen Anklang. Geiler gut und wirkungsvoll. Es war sehr viel davon die Rede, daß die Religion uns aufhelfen müsse. Man will Theologie-Fakultäten begründen. Nachkriegskonjunktur-Gewäsch! Rektor [Hohmann] sprach nicht ganz durchdacht und schwach, Gerloff ist

⁴⁹ Vgl. Anm. 38 und 46/1946.

⁵⁰ B. las im Rahmen seines Lehrauftrags an der Frankfurter Universität über „Gegenwartsfragen der Politik“.

wohl der nächste Rektor.⁵¹ Ich soll Vortrag im Forum academicum⁵² halten über Verfassungsprobleme. Giese noch nicht zugelassen. Nachmittags Härting gesagt, daß ich den dreckigen Denunzianten Keil (KPD) und die ganze Denunzier-Verdächtigungsmanier der KPD in öffentlicher Versammlung anprangern werde und in wirkungsvollem Gegensatz zu dem Verhalten von Ahl und mir stellen werde, wenn's nicht aufhört. Er soll's ihnen sagen. Seiner Versicherung, daß er damit nichts zu tun habe, glaube ich und sagte ihm das auch. [...]

Mittwoch, 6. Februar 1946

Abends in Frankfurt bei Weyand, lauter Partei. Der alte Noske ungemein frisch. Langes Gespräch mit Markscheffel, der die französische Kabinettskrise auch für uns als günstig ansieht.⁵³ Ich bin sehr der Meinung, daß es klug ist, von unserer Seite aus nichts zu tun, den Friedensvertrag zu beeinflussen. Die Stimmung kann nur besser werden. Ein Genosse Richter aus Düsseldorf auf der Durchfahrt nach der Schweiz, wo er ein Hilfswerk organisieren will.⁵⁴ Auch das ist bezeichnend für die Situation. Ebenso, daß Gisela einen sehr hübschen Brief einer Schweizer Dame bekommen hat, die in einer Zeitung, die wir zufällig bekamen, sich über Deutschland geäußert hatte.⁵⁵ Ein Anknüpfungspunkt mehr. Gespräch bei Weyand mit Knothe. Er will gegen Geiler in der Zeitung vortreten. Ich würde es für die Partei nicht für günstig halten, wenn vor den Wahlen noch eine Änderung käme. Jetzt hätten wir ausgezeichnetes Agitationsmaterial. Knothe scheint zu wollen, daß Metzger Kultusminister wird. Das wäre ein Unglück, denn er ist ein reiner Moralist, was ihm den Weg für die Politik oft verbaut. Ich sehe überhaupt ein Problem darin, daß die Partei meint, Mi-

⁵¹ Die Reden von Blaum, Geiler und Hohmann in: Die Bildungs- und Erziehungsaufgabe der heutigen Universität. Drei Reden gehalten zur Feier der Eröffnung der Frankfurter Universität am 1. Februar 1946. Frankfurter Universitätsreden Heft 1, Frankfurt 1946. Nächster Rektor wurde nicht Gerloff, sondern Hallstein.

⁵² Das im November 1945 ins Leben gerufene 'Forum academicum' der Frankfurter Universität sollte nach amerikanischem Vorbild Persönlichkeiten des In- und Auslandes die Möglichkeit zu allgemeinen Vorträgen geben, die nicht nur für die Hochschulöffentlichkeit bestimmt waren.

⁵³ Am 21. 1. war de Gaulle zurückgetreten.

⁵⁴ Georg Richter hatte bereits während seines Schweizer Exils dort ein Hilfswerk aufgebaut.

⁵⁵ UB-MR, NL Bergsträsser 30: Lily Biermer an Gisela B., 21. 1. 1946. Lily Biermer, die bis 1944 als Auslandsschweizerin in Frankfurt gelebt hatte, hatte in einem Artikel der 'Weltwoche' (13. Jg. Nr. 625, 2. 11. 1945, S. 10, Briefe an Claudine) zur Völkerverständigung, insbesondere aber zu einer internationalen Front der Frauen aufgerufen. Gisela B. nahm daraufhin mit ihr Kontakt auf.

nisterposten müßten nach ihren Vorschlägen, d.h. denen des Parteivorstandes besetzt werden. Das kann nur der Ministerpräsident, sonst kann er nicht arbeiten. Ein Kabinett muß personell abgestimmt sein. Sonst gibt es unnötige Reibungen. Ich sehe es an der Zusammenarbeit mit meinen Männern.

Montag, [4. 2., hielt ich] Vortrag in der Volkshochschule über die innerpolitische Entwicklung. Ich hörte viele günstige Urteile darüber.⁵⁶

Donnerstag, 7. Februar 1946

Venedey wegen Metzger. Traf den amerikanischen Offizier des Stadtteams [Musgrove] nicht. Kommt heute wieder. Er erzählte sehr hübsch von der politischen Ungewandtheit Geilers. Der erste Satz des Grundgesetzes, daß Hessen ein Teil von Deutschland, war von ihm nicht vorgesehen. Ebenso war eine Formulierung darin, die die französisch besetzten Gebiete endgültig von Groß-Hessen ausschloß.⁵⁷ Beides wurde auf Antrag von Venedey geändert und zeigt die völlige politische Unfähigkeit Geilers.

Klage Ahl – Daum. Daum zieht zurück.⁵⁸ Ich formuliere eine sehr deutliche Erklärung und verlange eine angemessene Zahlung an das Rote Kreuz. Dieses Gelichter muß man zertreten. Sonst geht es uns wie 1918ff. Ich habe schon am Dienstag, als ich bei Copeland war, diesem gesagt, daß es auf die Dauer nicht tragbar sei, daß die Militärregierung jede Kommunistenverleumdung ernst nimmt. Das störe uns ungeheuer in der Arbeit und erschüttere unsere Autorität. Copeland fragte mich darauf, ob andere Parteien auch so vorgingen. Ich sagte nein. Christliche hätten den Wahlkampf nach der Personenseite absolut anständig geführt. Er wollte Schritte unternehmen. Mir ist es klar, daß man hier sehr deutlich werden muß, sonst kommen wir unter die Räder.

⁵⁶ Im Rahmen der Darmstädter Volkshochschul-Reihe „Gegenwartsfragen“ sprach B. zum Thema „Vom Untertan zum Staatsbürger – 150 Jahre einer Politik“; „Darmstädter Echo“ 9. 2. 1946.

⁵⁷ In Art. 2 des am 22. 11. 1945 verkündeten Staatsgrundgesetzes heißt es: „Die in der französischen Besatzungszone liegenden Gebietsteile der ehemaligen Provinz Nassau und des ehemaligen Volksstaates Hessen gehören zur Zeit nicht zu dem Staatsgebiet des Staates Groß-Hessen“; vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt Groß-Hessen (GVbl) 1945, S. 23.

⁵⁸ Daum, den B. im Oktober 1945 als Leiter der Forstabteilung entlassen hatte, machte Ahl dafür verantwortlich; vgl. Mat. Bergsträsser: B. an Militärregierung Darmstadt, 15. 2. 1946; auch OMGH 5/7-3/6: Weekly Summary Military Government for Regierungsbezirk Hessen, 14.–20. 10. 1945.

Montag, 11. Februar 1946

Als ich Sonntag abend nach Hause kam, erzählte Gisela, die Partei habe ihre Minister zurückgezogen.⁵⁹ Es sei durch das Radio gegangen. Montag bestätigte Zinnkann. Anlaß, daß die Partei gefragt worden sei, lag am Kultusminister, da offenbar die Militärregierung mit Dr. Böhm nicht mehr einverstanden. Warum dies, konnte ich nicht genau erfahren. Dr. Wadsack meinte, weil er besonders in der Frage der christlich-simultanen Schule keine klare Linie halte, überhaupt nicht entschieden klar sei. Die Entscheidung fiel samstags auf der Konferenz, die ich nicht besuchte, mir jetzt ein genehmer Zufall, da ich dadurch rein stehe als Nicht-Intrigant. – Weitere Nachricht: Landin nach Amerika auf Nimmerwiedersehen.⁶⁰ Freitags sollte nachmittags eine Besprechung sein, die abgesagt wurde. Nun soll heute ein anderer Mann aus Wiesbaden kommen.

Montag morgens die Jugendkonferenz. Drott sprach sehr gut. Ich habe das Gefühl, daß bei der ganzen Sache wenig herauskommt. Herzfeld von der Wiesbadener Regierung sprach zweimal tödlich langweilig und völlig diffus, absolut senil, geistiger Zustand: wilhelminisches Zeitalter. – Donnerstag war Venedey da, um in der Metzger-Sache mit der städtischen Militärregierung zu sprechen, kam aber nicht zum Zuge, Freitag auch nicht. Er ist jetzt immer sehr liebenswürdig mir gegenüber und erzählte mancherlei Wiesbadener Einzelheiten. – Im Jägerhaus interessantes Gespräch mit Pfarrer Heinrich, Gonterskirchen, der sich sehr scharf gegen die Kirchenregierung aussprach. Man setzt die jungen BK-Pfarrer direkt und absichtlich zurück. – Abends Gespräch mit Duderstadt über wirtschaftliche Fragen, speziell der Textilindustrie und über das üble Benehmen kommunistischer Investigatoren. Ich bat um eine Darlegung. Man muß dieser Agitationshydra den Kopf umdrehen, sonst kommen wir wieder zu den Verhältnissen der Weimarer Zeit.

Dienstag, 12. Februar 1946

Morgens bei Sheehan, über die Krise gesprochen.⁶¹ Hervorgehoben, daß das Ministerium Geiler auf die Dauer unmöglich ist. Dann Besuch von Bieberfeld. Über denselben Gegenstand gesprochen. Bieberfeld ging dann zu Zinnkann, kam nachmittags wieder und hatte das Kommuniqué.

⁵⁹ Das Landespräsidium der hessischen SPD hatte am 9.2. beschlossen, die sozialdemokratischen Minister zurückzuziehen, um eine Neubildung des Kabinetts und die Ablösung Geilers einzuleiten; vgl. Knothe an Geiler, 10.2.1947, in: Kropat, Hessen, S. 105 (Dok. 73); zu dieser Februarkrise auch Mühlhausen, Hessen, S. 148.

⁶⁰ Landin ging doch nicht nach Amerika, sondern blieb vorerst beim OMGH und wechselte 1947 als Consultant zur Civil Administration Division von OMGUS.

⁶¹ Vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 12.2.1946.

Ich sagte ihm, die Erklärung von Newman, da noch kein parlamentarisches Regime bestehe, dürften die Parteien solche Forderung nicht stellen, hielte ich für falsch.⁶² Die Parteien seien befragt worden bei der Bildung der Regierung, sie könnten also jederzeit sich zur Bildung äußern und auch solch einen Schritt tun. Ich verwies auf die Analogie in Frankreich. Man verfare eben nach den parlamentarischen Bräuchen, auch wenn keine Konstitution bestehe. Auf die Frage, ob ich für richtig hielte, den Beschluß aufrechtzuerhalten, bejahte ich aufs schärfste. Hin und her sei unmöglich für die Partei. Ich betonte natürlich, daß ich persönlich unbeeilteilt sei. – Dann Zinnkann, dem ich meine Auffassung für den kommenden Tag sagte. Im Gespräch ergab sich, daß er sich Bieberfeld gegenüber genauso geäußert hatte wie ich, das war sehr erfreulich. – Nachher bei Faber. Gleiches besprochen, gleiche Übereinstimmung. Vor dem Abendessen in Borneo. Es wurde mir vorgeschlagen, einen Artikel zu schreiben über das Verhältnis von Produktion und Geldumlauf und Währungssicherung.⁶³ Das ist richtig. – Nach dem Abendessen d'Hooge. Über radikale Strömungen in der Studentenschaft.

Mittwoch, 13. Februar 1946

Morgens Wagenbach, erzählte, daß Superintendent Knodt einen Pg, der merkwürdigerweise das Mitteilungsblatt der Stadt [Gießen] herausgibt, fördert, indem er ihm, gegen die Abmachung mit dem Landratsamt, die kirchlichen Anzeigen, auch des ganzen Landkreises, gibt. Bezeichnend. – Abends Vorlesung in Frankfurt/M. über die französische Krise. Seltsame andere Stimmung wie in Darmstadt. Als ich von Léon Blums Haltung⁶⁴ sprach, wurde geklatscht, ebenso am Schluß, und das ist doch sonst in diesen Hallen nicht möglich. Etwa 400 Hörer. Es sind noch viel neue Studenten im Anzug.

⁶² Erklärung Newmans vom 11.2.1946, in: Kropat, Hessen, S.105 (Dok. 74): „Das hiesige Hauptquartier fühlt sich zu der Feststellung verpflichtet, daß die politischen Schritte, die kürzlich von einer Partei unternommen wurden, jeder rechtmäßigen Grundlage eines parlamentarischen Verfahrens entbehren, da die Landtagswahlen und die Annahme der Verfassung noch ausstehen. Ferner lassen sie auch die bestehenden Richtlinien über die Zusammenarbeit der Militärregierung und der Zivilregierung außer acht“.

⁶³ Offensichtlich nicht verfaßt.

⁶⁴ Léon Blum hatte in einer Leitartikelserie im Organ der sozialistischen Partei Frankreichs ‚Le Populaire‘ gegen französische Forderungen nach Abtrennung des Ruhrgebietes Stellung bezogen und für eine Internationalisierung der Ruhr plädiert; vgl. Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977, S.95.

Donnerstag, 14. Februar 1946

Abends in Wolfsgarten, Vossler jun. wohnt dort, da seine Frau in Lich. Er wird auch in Darmstadt lesen.

Freitag, 15. Februar 1946

Williver tatsächlich zurück. Ich habe ihn noch nicht gesehen. Telefongespräch von Friedrich aus Wiesbaden. Dort sei große Krise, kommt um 7 abends. Kurios, aber nicht unerwartet.

Samstag, 16. Februar 1946

Freitag abend erzählte Friedrich, daß die Militärregierung den Rücktritt von Böhm und von ihm verlange. Mit Böhm ist man wohl unzufrieden, weil er unentschieden ist. Er, Friedrich, soll fallen, weil es sonst aussehe, als hätte die SPD einen Erfolg. Daraufhin habe sich Geiler entschlossen zu demissionieren. Ich sagte Friedrich gleich, Geiler bleibt doch, denn er ist einer von denen, die an Unersetzlichkeitskomplexen leiden. Samstag morgen kam Friedrich noch einmal. Er sprach mit Böhm und schlug diesem vor, dann als Regierungsdirektor und Leiter der Schulabteilung hierher zu gehen, womit ich einverstanden bin. Über Geilers Demission war noch nichts weiter bekannt. Ich war der Meinung, daß man Geiler sicher halten wolle von der Militärregierung aus und daß die Zeit für die Umbildung des Kabinetts noch nicht gegeben sei, nachdem man den Fehler gemacht habe, unsere Minister nicht wirklich zurückzuziehen. Man müsse sich bei einem solchen Schritt die Konsequenzen, und zwar für jeden möglichen eintretenden Fall genau überlegen.

Dann langes Gespräch mit Williver, der sehr gut aussieht. Er soll nach Wiesbaden oder Frankfurt kommen, und ich riet ihm sehr zu, nach Wiesbaden zu gehen. Er hat alle meine Zusendungen aufmerksam gelesen und weitergegeben. Sein Schwager wünsche weiteres von mir, um es zu verwenden. Also ein neuer Anker. Sein Schwager ist deutscher Herkunft. Die Stimmung in den USA bezüglich Deutschlands sei im Fließen. Sehr günstig wirkten die Erzählungen der rückkehrenden Soldaten, die allgemein mehr für Deutschland inklinierten als für Frankreich oder England. Er erzählte interessant von den inneren Schwierigkeiten in Amerika, dem Kampf um die Stellung des Kapitalismus, und sagte, die meisten Leute hätten noch nicht begriffen, was die Stunde geschlagen habe, und seien zu sehr in privat-kapitalistischen Gedanken befangen. Seine innere Selbständigkeit erfreulich wie je.

Dann eine Stunde gesprochen mit einem Offizier von der Berliner Kontroll-Kommission, der mir einen Plan entwickelte, wie man nach dem Ende der Besatzung die deutsche Industrie kontrollieren könne. Der Plan

ist klug, auch darin, daß er die Kontrolle möglichst wenig in Erscheinung treten lassen will. Das Technische war nicht zu kritisieren. Ich machte ihn aber darauf aufmerksam, daß die Wirksamkeit dieses Planes abhängig von der Einigkeit der Alliierten ist, worauf er mich erstaunt und zustimmend ansah und sagte, ja das sei der Haken, und das sei ihm auch schon aufgegangen. Dann nahm ich die Gelegenheit wahr, ihm zu sagen, daß die Um-erziehung des deutschen Volkes zu einer friedlichen Demokratie das Wichtigste sei, denn das sei die Möglichkeit, auf die Dauer zu arbeiten. Darauf fußend kritisierte ich die Denazifizierungsmethoden, zum Teil ziemlich deutlich. Letztlich machte ich ihn darauf aufmerksam, daß durch die Umschichtung des landwirtschaftlichen Besitzes uns die Autarkie in der Getreideversorgung genommen sei und daß das auf unsere auswärtige Politik einwirken werde. Wir könnten jetzt keine freie Politik mehr treiben, sondern nur im Anschluß an West oder Ost. Dadurch sei die größte Gefahr, von außen gesehen, jetzt weggefallen, denn Deutschland müsse sich binden.

Abends „Orpheus“, glänzende Aufführung.⁶⁵ Das Ewige immer modern.

Sonntag, 17. Februar 1946

Parteitag in Offenbach.⁶⁶ Knothe in seinem Referat oberflächlich und rein demagogisch. Es fehlt ihm die Fähigkeit, das Grundsätzliche herauszuarbeiten, und er sagte kein Wort über das, was wir in Zukunft tun müßten. So kann eine große Partei auf die Dauer nicht arbeiten. Ich ging aus dem Referat weg und unterhielt mich mit vielen Menschen privat, hörte dabei allerlei, und es war interessant.

Montag, 18. Februar 1946

Morgens neues Gespräch mit Zinnkann und Friedrich über die Wiesbadener Situation. Friedrichs Entlassung ist durch den Rundfunk gegangen, ebenso daß Hilpert vorläufig das Kultusministerium übernimmt. Von Geiler war nicht die Rede. Ich bin sicher, daß er sich zum Bleiben beschwätzen läßt. Käme es so, wäre für die Partei die Situation sehr verschlechtert. Ich sagte ausdrücklich, daß ich das Minister-Präsidium jetzt nicht übernehmen möchte, d. h. vor den Wahlen, und daß ich, wenn eine Anfrage an

⁶⁵ „Orpheus und Eurydike“ von Christoph Willibald von Gluck, die erste Opern-Inszenierung des neueröffneten Landestheaters in der Orangerie (Premiere am 9. 2. 1946).

⁶⁶ Es handelt sich hierbei um die zweite Landeskonferenz der hessischen SPD; vgl. „Volksstimme“ 6. 3. 1946, „Darmstädter Echo“ 20. 2. 1946.

mich kommt, zwei Bedingungen stellen würde: 1.) Völlige Umbildung des Kabinetts nach meinen Wünschen, 2.) das Recht für mich, alle Ministerien personell durchzukämmen. Ziel: Entgreisung und Harmonisierung. Ich soll das Zinnkann aufschreiben. Das habe ich inzwischen getan. (Denkschrift vom 19.2.)^{66a}

Zum Mittagessen Williver, reizend wie immer. Er weiß noch nicht, wohin er kommt, und ich redete ihm wieder zu, nach Wiesbaden zu gehen, weil er da den praktischen Dingen näher sei.⁶⁷ Ich bewunderte wieder seinen erstaunlich schnellen, klaren und praktischen Verstand. Über Wiesbaden waren wir uns einig, daß es für mich richtig sei, jetzt nichts zu erstreben und zu warten, bis die Dinge sich geklärt hätten. Ich fragte ihn über Newman, und er sagte, er habe napoleonische Allüren. Das stimmt ja mit dem überein, was man merkt. Interessant war, was er über Amerika wußte, daß dort die wirtschaftlichen Gegensätze jetzt sehr scharf würden und daß die Unternehmer die Lohnerhöhungen, die sie gewähren mußten, zu solchen Preisaufschlägen benutzten, daß die Lohnerhöhung dadurch vollständig unwirksam gemacht werde. Typischer Hochkapitalismus. Er ist durchaus der Meinung, daß mit diesen Methoden gebrochen werden müsse, sonst werde die Demokratie durch die wirtschaftliche Macht der Scheindemokratie herabgewürdigt. Man rede in Amerika sehr viel von dem kommenden Krieg mit Rußland, besonders in den Zeitungen, und es sei völlig falsch, das zu tun, denn mit dem Reden könne man eine solche Situation herbeiführen, die abzuwenden im Interesse der ganzen Welt liege.

Nachmittags der Bezirks-Jugendausschuß. Frage der Abgrenzung der Jugendorganisationen und ihrer Arbeit gegen die der politischen Jugendorganisationen. Wir sind uns einig darüber, daß die politischen Organisationen sich am besten auf die Politik beschränken. – Abends Vorlesung über parlamentarische Regierungssysteme. Dann das erste Sinfonie-Konzert. Lange ausgezeichnet. Hindemith-Suite sehr interessant und traditionsgebundener, als man eigentlich erwarten sollte.

Dienstag, 19. Februar 1946

Um 10 beim M.G. Besprechung über die Polizei-Ordnung. Die Amerikaner wollen unbedingt die Polizei der Gemeinde überlassen und bezeichnen meine Einwendungen als zentralistisch und der Demokratie widersprechend, stimmten aber mit mir dahin überein, daß die Zentralisierung der Gendarmerie in Wiesbaden falsch sei, und wollen in diesem Sinne vorstellig werden. Swarm sagte, sie würden das tun, auch wenn sie mit ihren

^{66a} Nicht ermittelt.

⁶⁷ Williver ging für kurze Zeit zum OMGH, ehe er demobilisiert wurde.

Köpfen gegen steinerne Wände rennen täten, das seien sie nun gewohnt. Ich sagte, ich sei es auch gewohnt. Nachmittags lange Besprechung wegen Oberrechnungskammer und Gemeinderechnungskammer.⁶⁸ Ich koordinierte die Vorschläge. – Dazwischen Gespräch mit Venedey wegen Metzger. Er wollte telegrafieren, ich bat um Telefonnachricht, die am 20. 2. vormittags kam und mich zur Einsetzung ermächtigte. Endlich!

Mittwoch, 20. Februar 1946

Langes Gespräch mit Friedrich und Zinnkann über die Krisis. Sie sind beide der Meinung, daß Knothe unbedingt weg muß. Aus den Darlegungen von Friedrich ging auch deutlicher hervor, wie dumm er sich benahm. Die ganze Geschichte beruht auf einer Intrige, die nach meinem Vermuten von der KPD, nach Friedrich vielleicht von der CDU eingeleitet wurde und auf die der platte Bursche plättlings hereinfiel. Dann übereingekommen, daß auch ein politischer Weg gesucht werden muß, um aus der Sache herauszukommen. Faber wieder da. Auch mit ihm die Sache diskutiert.

Donnerstag, 21. Februar 1946

Nachmittags Ober-Ramstadt, allerlei Einkäufe. Plexiglas-Verarbeitung angesehen, Gespräch mit Braband, auch über die Partei. Verständiger Mann. Auf dem Amt dann Besuch von Dr. Uffelbein – Referentin im Justizministerium – die sich nach Literatur über Verfassungen usw. bei mir erkundigte. Wir kamen noch auf die allgemeinen Fragen zu sprechen, und sie sagte von sich aus, daß die Regierung dort so schwer und schlecht arbeite und daß das zum Teil damit zusammenhänge, daß man alles tue, was die Amerikaner befehlen, ohne Gegenvorstellungen zu machen. Ich sagte, das wüßte ich längst und bei mir sei es anders. Merkwürdig ist die Idee, die so viele Leute jetzt haben, nach den Wahlen müßten SPD und CDU zusammen regieren. Das ist eine völlige Verkennung des parlamentarischen Systems und würde bedeuten, daß beide Parteien zugleich sich abnutzen. Wenn die SPD die Mehrheit bekommt, muß sie allein regieren, evtl. mit den Kommunisten, damit die sich auch mit abnutzen. Dann ist die CDU

⁶⁸ Obwohl es sich auch hier um eine der sonst so angefeindeten Zentralisierungsmaßnahmen handelte, stimmte man in Darmstadt zu, da der künftige Landesrechnungshof in Darmstadt blieb. Die Auflösung der auf den Volksstaat Hessen zurückgehenden Gemeinderechnungskammer war relativ problemlos, weil die Dienststelle beim Bombenangriff vom 11.9.1944 völlig zerstört, die Akten vernichtet worden waren. Das Personal war nach dem Einmarsch der Amerikaner in den Ruhestand versetzt oder anderen Dienststellen zugewiesen worden. Die Auflösung wurde im Juni 1946 angeordnet. Vgl. StA-DA, O 24 NL Hesse 126/1: Ahl an Innenministerium, 11.7.1946. Zur Einsetzung des Landesrechnungshofs Eintragung vom 19.3.1946 mit Anm. 102/1946.

Opposition und kommt bei den nächsten Wahlen dran. Alles andere ist Gemütsgefasel und darum wohl echt deutsch. Ich kam mir auch mal wieder vor wie der Fuchs, der den Enten predigt, dabei ist das Mädchen durchaus gescheit. Nachmittags hörte ich von Nischalke, daß die Krise sich wohl noch einige Wochen hinziehen, aber dann doch wohl zum Klappen kommen werde.

Morgens Telefonat mit Innenministerium: der Ministerialdirektor [Rost] war über die Frage der Besetzung der Landratsämter natürlich nicht unterrichtet.⁶⁹

Samstag, 23. Februar 1946

Gratulationscour.⁷⁰ Friedrich mit Nachrichten aus Wiesbaden. Wir beschließen, Montag hinzufahren. Montags wird der Beschluß umgestoßen, da ich inzwischen zur Eröffnung der Beratenden Landesversammlung⁷¹ auf Dienstag eingeladen bin und wir beides miteinander verbinden wollen. Friedrich fährt allein nach Wiesbaden als Kundschafter.

Dienstag, 26. Februar 1946

Den ganzen Tag in Wiesbaden. Ich fahre mit Friedrich hin. Ich gehe zuerst ins Kultusministerium, er zu Zinn. Im Kultusministerium Besprechung mit Wadsack über Bibliothekswesen, Jugendfragen etc. Dazwischen kommt Friedrich und zieht mich zu Zinn hinüber. Zinn war entrüstet. Die Liste für den vorbereitenden Verfassungsausschuß ist nicht von ihm, sondern im Büro des Ministerpräsidenten gemacht, wahrscheinlich von Swart. Es beginnt sofort ein großes Telefonieren nach Frankfurt a. M., ob Giese die Lehrerlaubnis habe oder nicht, wobei sich herausstellt, was ich eben wußte, daß er sie nicht hat. Zinn schreibt sofort einen Bericht an den Ministerpräsidenten, daß ich als Verfassungshistoriker und Zinnkann als

⁶⁹ Durch Erlaß des Innenministeriums vom 22. 2. 1946 war – neben der Wiedereinsetzung Metzgers als Oberbürgermeister in Darmstadt – die Entlassung von Landrat König in Alsfeld, die Pensionierung des Dieburger Landrats Frh. von Gemmingen und die Ernennung von Landrat Moosdorf in Büdingen angeordnet worden; vgl. StA-DA, H 1 RP Liste 21/7a. Für König vgl. bereits Anm. 14/1946.

⁷⁰ B.s 63. Geburtstag.

⁷¹ Nach Art. 9 Staatsgrundgesetz (GVbl 1945, S.3) war ein Beratender Landesauschuß (BerLA) als Vorläufer eines künftigen Landesparlamentes zu bilden, der nach heftigen Kontroversen zwischen Regierung und Parteien schließlich paritätisch von SPD, CDU, KPD und LDP besetzt wurde. B. gehörte dem Landesauschuß nicht an. Protokolle des BerLA im Archiv des Hessischen Landtags (im Folgenden AHLT), BerLA 3c/08; dazu auch Mühlhausen, Hessen, S.153.

Altparlamentarier in diesen Ausschuß kommen müßten.⁷² Wir sprechen dann über die Frage Knothe. Vorher hatte mir Friedrich berichtet, daß erwogen werde, Zinn zum Ministerpräsidenten zu machen, was dieser aber strikte ablehne, weil er die Fähigkeiten zum Reden, Repräsentieren usw. nicht habe. Masse verschiedener Gerüchte. Übereinstimmung nur darüber, daß Geiler in einigen Wochen zurücktreten werde, ansonsten, daß ich oder Nischalke für das Kultusministerium vorgesehen seien, ich mit Zinn in Konkurrenz stehe für das Ministerpräsidium. Daneben auch die ganz merkwürdige Idee, die drei Regierungspräsidenten zugleich zu Ministern in Wiesbaden zu machen, ihnen also Doppelämter zu geben. Dabei sollte ich Kultus, Nischalke Inneres und Hoch Staatskanzlei übernehmen. Frage, ob das nun die Vorbereitung der Aushöhlung der Regierungspräsidien sein soll oder nur ein Übergangsstadium. Ich erklärte Zinn, daß ich auf keinen Fall ein Kultusministerium übernehmen würde, wenn ich nicht Gelegenheit hätte, vorher ein Programm vorzulegen und dieses Programm gebilligt würde, wobei Simultan-Schule, Lehrerbildung und grundsätzliche Universitätsfrage (Haltung der Studenten etc.) im Augenblick vielleicht das wichtigste wären. Mache man es anders, sei man in vier Wochen verbraucht. Überhaupt bestehe die Gefahr, wenn man jetzt Minister wäre, daß man sich verbräuche. Man habe eine ganz andere Stellung, wenn man gewählt sei, das gebe Rückendeckung.

Dann zurück ins Kultusministerium, wo man im Vorzimmer gerade wegen Giese nach Frankfurt telefonierte.⁷³ Die telefonierende Weiblichkeit wußte nicht einmal richtig den Namen, den ich erst korrigieren mußte. Daß man sich in der Staatskanzlei nicht vorher erkundigte, ist auch ein tolles Stück. Lange mit Schramm gesprochen, der mich von Vorträgen im Jahr 1929 kannte⁷⁴, mir wieder den Orden der Vitalität umhängte und mit dem ich gut auskam. Er nahm meinen Standpunkt an, daß alles Material, das bei der Reduzierung oder Aufhebung der Universität Gießen anfällt⁷⁵, in meinem Regierungsbezirk bleiben muß, weil es zu dessen Vermögen ge-

⁷² Gemäß amerikanischer Direktive sollte der vom Ministerpräsidenten zu berufende Vorbereitende Verfassungsausschuß (VVA) Vorarbeiten für eine künftige Verfassung leisten und ein Wahlgesetz entwerfen. Dem VVA gehörten an: Geiler, Hilpert, Venedey, Zinn, Swart, Hoch, Blaum, Jellinek, Vossler, Bauer, Brentano und B; Sachbearbeiter war Ulrich Noack. Zinnkann ist somit auch nachträglich nicht berufen worden.

⁷³ Giese wurde nicht mehr berufen, erhielt aber einen Lehrauftrag an der Universität Mainz.

⁷⁴ B. hatte bereits von 1929 bis 1933 einen Lehrauftrag an der Universität Frankfurt.

⁷⁵ Die alte Ludwigs-Universität in Gießen war geschlossen worden; sie wurde zum Sommersemester zunächst als Justus-Liebig-Hochschule für Landwirtschaft und Veterinärmedizin neueröffnet.

hört. Vor allen Dingen auch die Ausstattung des kunsthistorischen Lehrstuhls samt Bibliothek und die Bibliothek überhaupt. Betreffend Personalien erklärte ich, daß Hoffmann in der vorgeschlagenen Stellung hier aus politischen Gründen nicht möglich sei.⁷⁶ Ich sagte ihm, es erstaune mich, daß er dort mit den Amerikanern nicht gut auskommen solle, er sei hier glänzend ausgekommen und habe für uns viel erreicht. Es liegt offenbar wieder alles daran, daß man in Wiesbaden mit den Amerikanern nicht richtig umzugehen versteht. Spira gesehen, gerupftes Kaninchen.

Nachmittags Festakt im Theater. Ich ging in eine Loge, holte mir Nischalke, der mir interessante Gerüchte erzählte, vergl. oben, begrüßte beflissen Böhm, der auch da war. Es schien ihm wohlzutun. Geiler keine Begrüßung, amerikanischer Major gut.⁷⁷ Dann Geiler länger, lange nicht so gut wie sonst. Dann die Minister, nach ihrem Alter geordnet. Häring begann sachlich und verständig, wie vorausszusehen. Mir wurde so kalt, daß ich dann wegging und bei Didi⁷⁸ eine Tasse Tee trank, deutschen, aber er wärmte. Als ich zurückkam, war der Wagen da, ich suchte mich noch von Nischalke zu verabschieden, der aber verschwunden war. Wir fuhren zu einem Buchhändler, wo ich zufällig einige verfassungsgeschichtliche Bücher entdeckte und mitnahm, darunter den Kommentar von Anschütz⁷⁹, und fuhren heim.

Mittwoch, 27. Februar 1946

Morgens beim M.G., wo ich alle Gerüchte auspackte, zu gegenseitigem Amusement. Sie schimpften auch über den Zentralismus. Newman sei nur in Italien, nicht in Amerika.

Nachmittags: Frankfurt a.M. Erst bei der amerikanischen Filmstelle. Man begrüßte unsere Kooperationsvorschläge sehr. Ich machte mich wichtig mit gelernten Brocken. Dann bei Vizepräsident Hendlmeyer wegen der Rotkreuz-Sonderbriefmarken. Er führte mich zu seinem Major, der sich sehr wohlwollend zeigte und einen Bericht von mir will. Der Vorschlag, Block mit zerstörten Gebäuden auf der einen Seite, denselben Gebäuden in früherem Zustand auf der anderen, gefiel ihm gut. Er fragte, ob ich es nur für Groß-Hessen oder fürs Reich wollte. Als ich ihm antwortete, ich sei in diesem Fall Geschäftsmann, wenn auch nur für das Rote Kreuz, und wenn es für Groß-Hessen allein wäre, bekäme ich das ganze Geld,

⁷⁶ Hoffmann sollte die Erziehungs-Abteilung in Darmstadt wieder übernehmen.

⁷⁷ Konstituierende Sitzung des Beratenden Landesausschusses; Protokoll, in: AHLT, BerLA 3c/08; als Vertreter der amerikanischen Militärregierung sprach Arsen L. Yakoubian. Vgl. auch die Presseberichte, u. a. „Darmstädter Echo“ 2.3. 1946.

⁷⁸ Else Werner geb. Dieterle, Schulfreundin von B.s Tochter Irmgard.

⁷⁹ Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 14. Aufl. 1933.

lachte er belustigt; sehr freundlicher Abschied. – Ins soziologische Institut zu Dr. Demeter wegen Verwertung des seinerzeit von mir gesammelten Materials über das Frankfurter Parlament.⁸⁰ Rückfahrend in der Kaiserstraße in ein Kaffee, karawansereiähnlich, alter Stil Kaiserstraße nicht ganz verdeckt. Ansprechbare Mädchen. Eisgetränk. Mein männliches Gegenüber sagte: „Es wärmt wenigstens den Magen!“ – Vorlesung noch voller, hinterher Sprechstunde: 4 Mann hoch. Dann mit Abraham aus Rathenow, jetzt in amerikanischen Diensten, Interessantes, wenn auch nur vorläufig, besprochen. Er deutlich über Knothe. Entwickelte Ideen über Erziehung, die mir zu weit gehen. Ich rauchte seine Zigaretten, er meine Zigarren. Wiederholung vorgesehen.

Donnerstag, 28. Februar 1946

Nachmittags Dubensky, Bieberfeld, Metzger, Reiber, Henrich: Besprechung über Zuschüsse für das Theater. Die beiden Amis, die begeistert von den Leistungen unserer Bühne sind, helfen uns. Wiesbaden soll beschnitten werden zugunsten von Kassel und Darmstadt. – Nachher noch schnell Denkschrift über unser Rotes Kreuz für die Wiesbadener, die es nicht begreifen.⁸¹ Ahls famose Denkschrift über die Polizei, im Ton sehr deutlich.⁸² Wiesbaden wird sich freuen. – Abends „Parasit“: old fashioned.⁸³

⁸⁰ B. hatte seit 1928 im Auftrag des Reichsarchivs an einer Geschichte des Frankfurter Parlaments gearbeitet. 1929 erschien als erstes Ergebnis die Quellenausgabe: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum, Frankfurt 1929. B.s umfangreiche Materialsammlung war 1933 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt worden; vgl. Fehrenbach, Bergsträsser, S. 101; Schleier, Geschichtsschreibung, S. 336.

⁸¹ Nicht ermittelt; vgl. aber die in Anm. 62/1945 zitierte Aufzeichnung „Die Reorganisation des Roten Kreuzes“ vom 16. 4. 1946.

⁸² StA-DA, H 1 RP Liste 310/1: Ahl an Innenministerium, 27. 2. 1946, „betr. Neuaufbau und Organisation der Gendarmerie im Staate Groß-Hessen“ (mit Anlagen). Landespolizeichef Hamberger hatte die Referenten für die Polizei bei den Regierungspräsidien zur Stellungnahme zu dem von ihm entwickelten Organisationsplan über die hessische Polizei aufgefordert und sie zu einer Besprechung eingeladen. Ahl widersetzte sich in dieser Denkschrift den Planungen des Ministeriums, die Landpolizei (Gendarmerie) zu zentralisieren, von der übrigen Verwaltung abzukoppeln und dem Innenministerium direkt zu unterstellen. Er hielt die Gendarmieorganisation des ehemaligen Volksstaates für nicht revisionsbedürftig. Im Volksstaat leitet ein Ministerialrat im Innenministerium die Gendarmerie, die in 18 Bezirke, die den Kreisen in den drei Provinzen entsprachen, unterteilt war. Der Leiter des Gendarmiebezirkes unterstand dem jeweiligen Landrat (früher Kreisdirektor).

⁸³ Das Lustspiel ‚Der Parasit‘ von Louis Benoît Picard.

Samstag/Sonntag, 2./3. März 1946

Im Jägerhaus. Bei Wagenbach und Mandt Vorbereitungen zu dem Empfang getroffen, der am 30. in Schotten sein soll. Der Bürgermeister Schneider in Grünberg ist suspendiert.⁸⁴ Plem-plem! Duderstadt erzählt reichlich unsinnige Sachen über das Landeswirtschaftsamt. Wir müssen dafür sorgen, daß Wolle und Altstoffe ihrem Zweck für die Allgemeinheit zugeführt werden. Hat mir eine Darstellung versprochen.

Montag, 4. März 1946

Im Amt merkwürdig stiller Tag, ich komme zum Lesen. Abends Vorlesung über Spanien. Trotzdem ich sehr gegen Franco spreche, wird sie ruhig angehört.

Dienstag, 5. März 1946

Morgens Piepenbring, dann M.G. Das wird bis zum Juni auf 3 oder 4 Offiziere zusammenschrumpfen.⁸⁵ Williver geht wohl wieder nach Amerika zurück, da er hier keine geeignete Tätigkeit findet. Schade!

Mittwoch, 6. März 1946

Nachmittags Frankfurt a.M. Erst Präsident Köster. Gießen kommt zur RBD Frankfurt a.M. zurück. Sonst erzählt er anschaulich von der Desorganisation in Wiesbaden, ebenso von der Denazifizierung der Oberbetriebsleitung.⁸⁶ – Dann I.G.-Werk Mainkur wegen Süßstoff-Herstellung. Sie geben mir die Unterlagen über die Beschaffung der Vorprodukte. Leider hängen die mit Möglichkeiten der Exklusiv-Herstellung zusammen,

⁸⁴ Landrat Wagenbach hatte Schneider am 15.2. trotz des einmütigen Protestes des gesamten Grünberger Stadtrates des Amtes enthoben; dazu bereits Eintragung 2.11.1945; zum Fortgang vgl. Eintragung 22.7.1946 mit Anm. 219/1946.

⁸⁵ Die Regierungsbezirkseinheiten wurden im Juni 1946 ganz aufgelöst; an die Stelle der Stadt- bzw. Kreiseinheiten traten sogen. Verbindungs- und Sicherheitsbüros (Liaison und Security Offices) mit reduziertem Mitarbeiterstab und beschnittenen Aufgaben und Befugnissen.

⁸⁶ Die Reichsbahn war im November angewiesen worden, die Entnazifizierung durchzuführen. Kösters Vorgänger Georg Bauer mußte sein Amt am 1.2. zur Verfügung stellen; vgl. Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang, *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947*, Stuttgart 1973, S. 136; Walter Vogel, *Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen*, Teil III, Boppard 1983, S. 364; siehe auch: *Akten Vorgesch. BRD I*, S. 221.

das macht die Sache schwierig. Ich will mit den Amerikanern darüber verhandeln. Wiesbaden kümmert sich natürlich darum auch nicht.⁸⁷

Donnerstag, 7. März 1946

Walk und Dang über das Landeswirtschaftsamt. Walk soll säubern, Augiasstall. Abends erzählte mir Dr. Köhler ebenso über den Unsinn der dortigen Referenten. Einer habe einem Herren, der bei ihm vorsprach, gesagt, er solle doch zur Industrie- und Handelskammer gehen, die verstehe vielleicht die Verordnung, die sie herausgegeben hätten. – Rhein-Ruhr-Denkschrift.⁸⁸ – Bei Ahl [mit] Wink; Zentralisation der Polizei, die man den Landräten und Regierungspräsidenten nehmen will. Motto wäre dann für beide „auf dem Dache sitzt ein Greis“. Und dabei sollen sie die Verantwortung tragen. Wink berichtete darüber, daß man in Wiesbaden den Landräten die Kreisernährungsämter A (Landwirtschaftliche Produkte und Erfassung) nehmen und ehrenamtlichen Kreisbauernführern übertragen will, die vom Landrat völlig unabhängig und von den Bauern selbst gewählt sind. Dann hätten wir überhaupt nichts mehr zu essen, da eine Krähe der anderen die Augen nicht aushackt. Er sagte auch, man hätte festgestellt, bei richtiger Erfassung könne man 30% mehr herausholen. Schnorr ist darüber gar nicht gefragt worden, ich fahre morgen zu ihm.

Faber erzählte die neueste Phase über Wiesbaden: Höxter wolle wissen, Geiler trete zurück. In einer Besprechung von Parteifunktionären – meist Gewerkschaftlern – sei ich als einziger Nachfolgekandidat nominiert. Die Militärregierung wolle, daß der neue Ministerpräsident zugleich das Kultusministerium übernehme. Ich habe Faber gesagt, nur wenn ein Programm von der Militärregierung gebilligt sei und wenn ich Kultusminister werden solle, auch vom Ministerpräsidenten. Im übrigen sei es mein Wunsch, daß die Sache erst komme, wenn die Constituante gewählt sei, dann habe man Rückendeckung.

⁸⁷ B. hatte die Firma Merck im Herbst 1945 gebeten, möglichst bald den Süßstoff Saccharin herzustellen. Merck führte daraufhin erste Laborversuche durch und setzte sich mit den I.G. Farben zwecks Rohstofflieferung in Verbindung, verzichtete dann aber auf weitere Versuche, da das I.G.-Werk Mainkur bereits Dulcin produzierte und die Aufnahme der Produktion von Saccharin zu erwarten war. Mat. Bergsträsser: Firma Merck an B., 20.12.1946.

⁸⁸ UB-MR, NL Bergsträsser 1: Denkschrift „Ruhr, Rhein und Friede“, 7.3.1946. Gegen die französischen Forderungen nach Separation des Ruhrgebietes führte B. neben wirtschaftlichen vor allem politische Argumente an. Zum einen sei bei der Umsetzung der französischen Ansprüche eine „kommunistische Welle“ zu befürchten, zum anderen eine Verschärfung der inneralliierten Konflikte, in der ein geeintes Deutschland möglicherweise die Anbindung an den Osten suchen könnte.

Nachmittags drüben gesprochen mit Williver. Schade, daß er keinen geeigneten Posten findet. Er war frisch und frank wie immer, schimpfte gründlich auf die Professoren, sodann über seine Reibungen mit E-5⁸⁹ und begrüßte es sehr, daß ich in den Krisenschritt der Partei nicht verwickelt war. Durch ihn geht Rhein-Ruhr-Denkschrift nach Amerika und an Steed. – Kammer berichtete von einer Sitzung in Wiesbaden über Schulfragen und dortige Zentralisationsbestrebungen, was mich veranlassen wird, zur nächsten Sitzung selber zu gehen.

Freitag, 8. März 1946

Morgens Eröffnung des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. Beste Rede von Zinn.⁹⁰ Dann beim Essen. Geiler sagte mir, daß ich in den vorbereitenden Verfassungsausschuß berufen sei, Zinn, daß Giese ausgeschifft ist. Man hat mich also geschluckt. Vorher bei Dr. Schnorr, Landesernährungsamt. Er ist über die Neuerung der Erfassung, die man vorhat, durch ehrenamtlich tätige Kreisbauern, unabhängig vom Landrat, auch nicht gefragt worden und hält sie ebenso verrückt wie ich.

Nachmittags Lorenz, dann Heidelberg Jellinek. Ein wenig Kriegsplan vorbereitet. Als Mitglied des Verwaltungsgerichtsausschusses kann er in der Zivilmesse der Militärregierung essen. Ich aß mit und befand mich nachdem im Zustand einer genudelten Gans.

Samstag, 9. März 1946

Walk berichtet, daß die Bayern beim Ausschuß gesagt haben, entweder müsse die Industrie-Statistik von Nauheim nach München kommen oder auffliegen. Der Ausschuß wollte sie sachgemäß nach Stuttgart haben.⁹¹ Ich

⁸⁹ E-5 war die Bezeichnung des nunmehrigen Office of Military Government Greater Hesse, der Landesmilitärregierung in Wiesbaden.

⁹⁰ „Frankfurter Rundschau“ 12.3.1946 (Eröffnung des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M.).

⁹¹ Walk hatte in Vertretung von Wirtschaftsminister Mueller an der Sitzung des Hauptausschusses Gewerbliche Wirtschaft am 4.3. in Stuttgart teilgenommen, auf der über die Verlegung des Statistischen Reichsamtes, Abt. Bad Nauheim (Institut für Berichterstattung), im Zuge der Bildung eines zonenumfassenden statistischen Amtes verhandelt wurde. Das während des Krieges nach Bad Nauheim verlagerte Amt arbeitete nach Kriegsende unter amerikanischer Aufsicht als Statistical Office of German Industries. Der Unterausschuß Planung und Verbrauchslenkung empfahl auf einer Sitzung am gleichen Tag, auf der sich Walk als Abgesandter Hessens vertreten ließ, das Nauheimer Institut nicht wie vorgesehen nach München, sondern nach Stuttgart zu verlegen, damit die statistischen Unterlagen für die Planungsarbeiten des Länderrats zur Verfügung ständen; Protokoll in: HStA, 528/114. Im Hauptausschuß votierten die Vertreter Württemberg-Badens und Hessens für Stuttgart als künftigen Sitz des Instituts für Industrieberichterstattung. Bayern

sagte, ich würde nach München telegrafieren, sie müsse in Stuttgart bleiben, und ich würde das Telegramm veröffentlichen, wenn die Bayern nicht nachgeben. Kurz darauf rief Magnus aus Wiesbaden bei Walk an, Hilpert habe gesagt, man solle den Bayern nicht nachgeben. Walk sagte, ich hätte dasselbe gesagt und den Publizierungsvorschlag gemacht, worauf Magnus über den Vorschlag sehr erfreut war und sagte, wenn zwei so hervorragende Politiker, dann!

Montag, 11. März 1946

Clemm wegen Archivalien-Schutzgesetz.⁹² Abends nach meiner Vorlesung Vortrag von Laird in englischer Sprache, wie die Amerikaner die Deutschen sehen. Ungeheuer lustig.

Dienstag, 12. März 1946

Morgens lange bei Sheehan, der mich eines Berichtes wegen über alles mögliche und unmögliche ausfragte.⁹³ Ich gab ihm einen Überblick über das Rhein-Ruhr-Problem, über die Hochschulfrage und die Notwendigkeit, daß die Zonen fallen, meine Ansicht über den Nürnberger Prozeß. Das wird nun alles weitergegeben.

Nachmittags Wiesbaden, vorbereitender Verfassungsausschuß. Geiler hat noch Professor Vossler und einen mir unbekannten Professor Noack hinzugezogen.⁹⁴ Beide waren stumm wie die Fische. Was sollen Professoren auch bei praktischen Dingen mitreden! Geiler las einen Schrieb vor, aus dem hervorging, daß er für Zweikammersystem und für ständigen Einspruch der ersten Kammer ist. Wahrer Unsinn! Die Verhandlungen über

konnte sich der Erklärung nicht anschließen. Protokoll in: HStA, 528/57. Das projektierte Amt für die amerikanische Zone kam nicht zustande; vgl. Vogel, Westdeutschland III, S. 301/302; Akten Vorgesch. BRD I, S. 187 (3. Tagung Länderrat US-Zone, 4. 12. 1945).

⁹² B. hatte den Direktor des Staatsarchivs mit Schreiben vom 21. 2. 1946 um Berichterstattung über die rechtlichen Regelungen im Archivalienschutz ersucht, um zu verhindern, daß „wertvoller archivaler Besitz alter Familien“ aus Not auf den Markt komme. Clemm gab am 6. 3. einen ersten Bericht und konzipierte nach mündlicher Besprechung mit B. anhand eines preußischen Entwurfs von 1936 ein „Gesetz zum Schutz von Archivgut“ in Großhessen. Der Entwurf ging den Staatsarchiven in Marburg und Wiesbaden mit Schreiben vom 18. 3. 1946 zur Stellungnahme zu. Der daraufhin modifizierte Entwurf ging mit Schreiben vom 18. 9. 1946 an B., der die Sache offenbar nicht weiterverfolgt hat. Vgl. StA-DA, Dienstakten 431/1 und Mat. Bergsträsser.

⁹³ UB-MR, NL Bergsträsser 3: Memorandum on the discussion between Major Sheehan and Prof. Dr. Bergsträsser, 12. 3. 1946.

⁹⁴ Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3. Zur Zusammensetzung vgl. Anm. 72/1946.

den Gang unserer Arbeiten nahm ich so ziemlich in die Hand, alle meine Vorschläge wurden genehmigt und zumeist als dankbare und praktische Anregung von allen Seiten begrüßt; auch der, daß wir einen kontradiktorischen Bericht machen sollten, in dem alle Streitfragen besonders bearbeitet sind, und zwar jeweils der Vertreter einer Meinung selbst seine Auffassung formuliert. Bauer von den Kommunisten ist klug und offenbar auch ganz vernünftig. Venedey brachte einen besonderen Gesetzesvorschlag eines seiner Referenten, den er noch nicht gelesen hatte, in dem das passive Wahlrecht auf das 30. Jahr hinaufgesetzt war. Ich widersprach, Geiler meinte, man müsse sich doch an das Gemeindewahlrecht⁹⁵ halten, und wurde bedeutet, daß dieses auch das 25. Jahr vorsehe. Der Vorschlag wollte auf 25 000 Einwohner einen Abgeordneten. Dann hätten wir ein Parlament von etwa 130 Leuten. Ich sagte, die Hälfte genüge. Wir einigten uns auf 40 000.⁹⁶ Kluge Äußerungen von Hilpert. Leider will man allgemein das Listenwahlsystem, doch wird es gelingen, einige Elastizitäten einzubauen. Jellinek machte einen sehr müden Eindruck. Die Besprechung hatte Niveau und persönlichen Zuschnitt. Ich bin in die Unterkommission gewählt für das Wahlrecht am Donnerstag, 21.3., 9 Uhr.

Nachher im Kultusministerium wegen Bibliotheken und Archivalien-schutz. Dann Essen mit Swart, Zinn und Häring. Z. und H. einig mit mir in der Beurteilung Knothes und der Parteiführung. Ich plädierte dafür, daß ein Minister zugleich Parteiführer sein müsse, natürlich nicht Geschäftsführer. Die Unordnung ist riesig. Ich bekam erst Dienstag früh Nachricht von einer in Nieder-Florstadt angesetzten Tagung der Partei über Kommunalfragen am Mittwoch (13.3.) und erst nach der Verhandlung des Verfassungsausschusses von einem Beschluß des Vorstandes, am Listenwahlsystem festzuhalten.

Mittwoch, 13. März 1946

Bieberfeld fragte nach Eindruck und etwaiger Wirkung des Denazifikationsgesetzes.⁹⁷ Ich sagte ihm, da ich noch nicht einmal den Originaltext gelesen hatte, könne man es überhaupt noch nicht sagen. Er möge in 14 Tagen wiederkommen. Er sagte, das hätte er denen, die ihn schickten, auch schon gesagt. Gegenseitiges o. k.

⁹⁵ Text des Gemeindewahlgesetzes in: GVbl 1945, S. 7.

⁹⁶ In einem Artikel für den 'Wiesbadener Kurier' sprach sich B. für 60 Abgeordnete (je 50 000 Einwohner ein Abgeordneter) aus. Gleichzeitig präferierte er das Einerwahlkreissystem; vgl. 'Wiesbadener Kurier' 13.3.1946 (Der nächste Schritt).

⁹⁷ Am 5.3.1946 wurde in München das vom Länderrat entworfene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ unterzeichnet; Text in: GVbl 1946, S. 57 ff. Dazu Justus Fürstenau, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Neuwied/Berlin 1969, S. 58; Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 291.

Donnerstag, 14. März 1946

Friedberg. Den ganzen Tag Schul- und Bibliotheks-Angelegenheiten besprochen. Nachmittags kleine Konferenz mit den Studienräten, die staatsbürgerlichen Unterricht geben. Einer erschien gleich mit seinem ganzen Material, wohlgeordneten Zeitungsausschnitten, die er geschickt zu benutzen versteht. Der Schulrat [Köth] war auch dabei. Es gab ein wirklich hübsches Gespräch. Bach erzählte von der Kommission zur Vereinfachung der Verwaltung in Wiesbaden, wo er der einzige aus dem früheren Land Hessen ist.⁹⁸ Ich wies ihn an, dafür einzutreten, daß die höheren Schulen auch bei den Regierungspräsidenten bleiben. Er ist erschüttert über dortige Unkenntnis und über die Zentralisierungsbestrebungen von Mattes. Der kommt aus Baden und ist halt Zentralist im Sinne der napoleonischen Einrichtungen. – Die SPD in Friedberg ist völlig verrückt und hat sich mit Leuchtgens koaliert, damit sie den Bürgermeister bekommt. Dagegen wird Leuchtgens unbesoldeter Beigeordneter. Schuld daran ist schließlich die KPD, die mit ihren Stimmen ausfiel wegen der 15% und deren Stimmen sonst der SPD die Mehrheit gegeben hätten.⁹⁹ Das kann man im Wahlkampf benutzen und damit die Dummheit der eigenen Leute vertuschen.

Freitag, 15. März 1946

Dr. Boll über das Einkommensteuergesetz. Gleicher Meinung, tötet die Initiative. Stock für einen politischen Beirat der Partei. In unserem Regierungsbezirk gäbe es nur drei ernst zu nehmende Leute: mich, Zinnkann und ihn. Auch Metzger fehle der politische Instinkt.

Samstag, 16. März 1946

Über Birstein nach Richthof, dort sehr freundliche Aufnahme, reizendes Wohnen. Leider mußte ich nachmittags schon zur Konferenz in Hohenwehrrda und sonntags ebenso. Schulmänner aus der amerikanischen und

⁹⁸ Der vom Kabinett Geiler eingesetzte Ausschuß für Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsorganisation unter der Leitung von Venedey sollte eine Verwaltungsreform und Angleichung der Verwaltung in Hessen vorbereiten. Mitglieder waren Swart, Venedey, Mattes, Müller, Hoch, Treibert, Blaum, Miss (Landrat Wetzlar) und Bach, der tatsächlich als einziger aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen kam. Protokolle in: HStA, 1126 NL Geiler 5 und StA-DA, O 24 NL Hesse 120/16; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 487.

⁹⁹ Die KPD war in den Kommunalwahlen in Friedberg im Januar unter der im Gemeindewahlgesetz vom 15. 12. 1945 (GVbl 1945, S. 7) festgelegten Sperrklausel von 15 Prozent geblieben, so daß in der Stadtverordnetenversammlung nur SPD, CDU und NDP vertreten waren. Mit den Stimmen von SPD und NDP wurde am 14. 3. der Sozialdemokrat Fritz Beber zum Bürgermeister und Heinrich Leuchtgens zum 1. Beigeordneten gewählt. Protokoll der Sitzung im Stadtarchiv Friedberg.

englischen Zone. Es fehlt ihnen fast allen die letzte Klarheit, eine Spritze juristischen Denkens. Überdies nehmen sie die Erziehungsfragen viel zu wichtig. Idealistische Verschwommenheit, Schuß von Romantik. Man will jetzt wieder das Gymnasium und ist sich nicht klar darüber, daß das fehlen wird im Augenblick, wo die Parteien wieder mitreden, und zwar mit Recht. Zur Orientierung für mich war es sehr nützlich. Weniger, Göttingen, klar, Grimme natürlich auch mit politischem Instinkt, Schramm verständig. Sehr hübsches Haus, niedliches Landheim für Mädchen. Sonntag nachmittag Rückfahrt.

Montag, 18. März 1946

Nachmittags Capt. Kenry aus Wiesbaden wegen Denazifizierung der protestantischen Kirche. Er kam zu mir, weil ihm meine Denkschrift anläßlich des Gedat-Falles zugegangen war.¹⁰⁰ Der Kirche ist von der Militärregierung aufgegeben worden, für Groß-Hessen einen Denazifizierungsausschuß zu bilden unter Aufsicht der Militär-Regierung. Vorsitzender: Fricke, Frankfurt a. M. In Kassel sei es noch schlimmer wie hier. Er sah ein, daß es unmöglich ist, die Ungerechtigkeit weiter zu behalten. Falls binnen zwei Monaten nicht Ordnung geschaffen, werde man schärfer eingreifen. Ahl, Faber, ich sehr erfreut über diese Erklärung. Wir begründeten unsere Stellung nochmals und gaben Beispiele. Höchst erfreulicher Sieg über die Reaktionäre à la Müller. Ich erwähnte den unmöglichen Berger. Ich sagte auch, daß die Pfarrer aus dem Osten speziell überprüft werden müßten. Nun kann in Wiesbaden niemand mehr bei der Militärregierung uns den Vorwurf machen, wir denazifizierten nicht, da wir hier nachweislich Bannerträger sind. – Nachher Gespräch mit Ahl und Faber über Landratsbesetzung.¹⁰¹ Wir haben allmählich niemanden mehr. Der Personenmangel wird immer schlimmer.

Vor dem Kolleg Unterhaltung mit Rektor [Vieweg] über Studenten. Parallele Auffassung. Nach dem Kolleg Vortrag Major Brown über amerikanisches Schulsystem. Interessant. Abends Party in unserem Hause, ich kurz dabei. Fräulein Christ dankte sehr, fühlt sich bei Trotouin sehr wohl.

Dienstag, 19. März 1946

Dr. Boll über Oberrechnungskammer. Er hat den Eindruck, erreicht zu haben, daß sie nicht, wie geplant, nach Gießen, sondern nach Darmstadt

¹⁰⁰ Vgl. Eintragung 31. I. 1946 und Anm. 46/1946.

¹⁰¹ B. hatte der vom Innenministerium mit Erlaß vom 22. 2. – vgl. Anm. 69/1945 – vorgeschlagenen Versetzung von Landrat Bach von Friedberg nach Alsfeld unter gleichzeitiger Berufung von Dr. Theodor Marquard nach Friedberg mit Bericht vom 11. 3. widersprochen; Entwurf in: StA-DA, H 1 RP Liste 21/17a.

kommt. Er soll sie übernehmen, hat sich aber Bedenkzeit ausbebeten.¹⁰² Aus seiner weiteren Unterhaltung mit Mattes geht hervor, daß dieser die Regierungspräsidenten am liebsten abschaffen möchte, mindestens sie auf innere Verwaltung im engeren Sinne reduziert sehen will. – Bei der Militärregierung gab es von beiden Seiten nichts Neues.

Nachmittags Dr. Peters. Er übte starke Kritik an der Tätigkeit der Wirtschaftsämtter, die die Initiative der Wirtschaft töteten. Man solle das Fertigprodukt durch Bezugscheine verteilen, aber dem einzelnen Fabrikanten Freiheit darin lassen, wie er zu seinen Rohstoffen komme. Dann werde der Tüchtige sie kriegen und der Untüchtige hintunter fallen, und das wäre richtig. Gedankengänge, die sich mit meinen eigenen berühren. Ich besprach sie deswegen Mittwoch früh gleich mit Walk, der nicht so ganz weit geht, aber auch Sympathien dafür hat.

Mittwoch, 20. März 1946

Henrich wegen der Reibungen zwischen Lange und Stroux bestellt. Ihm meine Autorität als Schlichter angeboten. – Nachmittags waren in der Militärregierung zehn Russen, Journalisten, die eine Reise machen, alle Militärs, eingehendes Ausgefrage.¹⁰³ Auch über Wirtschaft, über meine Person, wobei ich meine Arbeiten von der 48er Revolution hervorhob¹⁰⁴, was ersichtlich beifällig begrünzt wurde, über die Parteien, wobei natürlich die Verschmelzung KPD-SPD berührt wurde. Ich erzählte vom Abstimmungsergebnis 6:114¹⁰⁵ und begründete, nach meiner Haltung gefragt, damit, daß die vereinigte Partei weniger Stimmen bekommen würde wie beide, wenn sie getrennt marschieren. Zwei der Herren sprachen ausgezeichnet deutsch. Lebhafter Dank ihrerseits hinterher. Mit dem einen noch ein kurzes Gespräch über Humanität, wobei ich es für richtig fand, mit meiner Kenntnis russischer Literatur zu protzen.

¹⁰² Boll wurde Leiter des Rechnungshofes für das Land Groß-Hessen, der im August 1946 seine Tätigkeit in Darmstadt aufnahm; vgl. im Detail StA-DA, H 1 RP Liste 21/18; dazu bereits Eintragung 19.2.1946 mit Anm. 68/1946.

¹⁰³ Vgl. die Zusammenfassung der Militärregierung in UB-MR, NL Bergsträsser 3: Report on a discussion with some Russian Officers, 20.3.1946; dazu „Darmstädter Echo“ 23.3.1946 (Russische Pressevertreter in Darmstadt).

¹⁰⁴ U. a. Ludwig Bergsträßer, Das schwarz-rot-goldne Parlament und sein Verfassungswerk, Berlin o. J. (1919); ders., Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart, Berlin 1923; ders., Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum, Frankfurt 1929. Vgl. im einzelnen Schleier, Geschichtsschreibung, passim.

¹⁰⁵ Gemeint ist hier das Abstimmungsergebnis der SPD-Funktionärstagung am 6.1.1946; vgl. Anm. 3/1946. Zur Bildung der SED in der sowjetischen Zone vgl. Kaden, Einheit, S.205.

Dann Professor Ritter, Freiburg, mit einem Plan, durch Bildung politisch interessierter Gruppen die in die Politik hineinzuziehen, die bisher abseits stehen, also sich keiner politischen Partei anschließen wollen.¹⁰⁶ Ich sagte, das sollten die Herrschaften eben einfach tun. Ich sei gegen solche Gruppen. Interessante Mitteilungen über die französische Besatzung. Persönlich alle überaus formvoll und liebenswürdig. Sachlich starke Einengung der Universität. Die Schreckensherrschaft 1793 soll kaschiert werden. Napoleon als Eroberer müßte übergangen werden, so daß Ritter sich offenbar von Freiburg wegsehnt. Er erzählte interessant von seiner Gefängniszeit.¹⁰⁷ Aber er ist im Grunde genommen eben doch eine professorale Natur ohne die nötige Verbindung mit dem praktischen Leben.

Abends nach der Vorlesung bei Sauermann mit Prof. Hartshorne, dem amerikanischen Beauftragten für die Hochschulen in Groß-Hessen. Ich unterstrich die Rechte meines Regierungsbezirks am Erbe der Gießener Universität. Frankfurt scheint auch hier wieder großen Hunger und einen großen Rachen zu haben. Vorher mit Sauermann über Blaum, der seine Diktatoren-Manieren sogar auf das Gesellschaftliche zu übertragen scheint. Zeichen politischer Unklugheit. Wenn man gescheit ist, macht man es umgekehrt. Sauermann klagte sehr über Mangel an Menschen. Jeder bekam eine Denkschrift.

Donnerstag, 21. März 1946

Vormittags Wiesbaden. Eine Stunde im Museum. Freudiges Wiedersehen mit den Sachen des Kaiser-Friedrich-Museums. Nofretete ist doch ein äußerstes Stück von Raffinement. Ein mir unbekannter kleiner van Eyck und Jan van Coq.¹⁰⁸ Dann zur Militärregierung zu Capt. Kenny und ihm meinen neuen Vorschlag wegen der Denazifizierung der Kirchenvorstände gesagt, worüber ich ihm schon geschrieben hatte, was er aber noch nicht erhalten hatte.^{108a} Große Freude. Jetzt kann mir keiner mehr damit kommen, ich denazifizierte nicht.

¹⁰⁶ Ritter zielte mit der von ihm konzipierten überparteilichen Studiengesellschaft „Neue Gemeinschaft“, in der sich die exponierten Führer der Parteien und die wissenschaftliche Intelligenz zusammenfinden sollten, auf die Überwindung der Kluft zwischen praktischer Politik und Bildungsschicht. Vgl. Gerhard Ritter – ein politischer Historiker in seinen Briefen. Hrsg. von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt, Boppard 1984, S. 417 (dort Anm. 2).

¹⁰⁷ Ritter war im Zuge der Nachstellungen nach dem Juli-Attentat am 2. 11. 1944 von der Gestapo verhaftet worden und blieb bis zum 25. 4. 1945 im Gefängnis; ebd. S. 10.

¹⁰⁸ Gemeint ist wohl der niederländische Maler Gonsael Cockx oder Gonzales Coques; zu den nach der Evakuierung in Wiesbaden zwischengelagerten Beständen des Kaiser-Friedrich-Museums gehörten zwei Bilder von Coques und mehrere van Eycks.

^{108a} Vgl. Anm. 53/1945.

Nachmittags Verfassungsausschuß. Ergebnis: ohne Listen – aufgrund eines Brentano'schen Vorschlages. Sehr gute Lösung, Jellinek soll sie in §§ bringen.¹⁰⁹ Mit Schramm über die Bibliotheken gesprochen und unsere Erbberechtigung. Er ist einverstanden. Der arme Geiler hat Furunkel.

Freitag, 22. März 1946

Mit Zinnkann gesprochen, daß wir zwei Garnituren Ministrator-Leute als Abgeordnete haben müssen, von denen der eine Minister werden kann, der andere als Sachverständiger im Parlament auftreten kann. Von ihm gebilligt. Auch er ist der Meinung, daß Knothe weg muß. Die Sache mit der „Rundschau“ hat ihn nun ganz unmöglich gemacht.¹¹⁰ – Walk berichtet über Stuttgart¹¹¹ und Wirtschaftsamt. Bei unserem Wirtschaftsamt wird es eine Untersuchung geben, da die Herren große Denkschriften vertreiben. Wiesbaden sehr angenehm berührt und verabredet, daß ich demnächst nach Stuttgart mitfahre, um Pollock zu besuchen. Ich sage Venedey telefonisch, daß wir natürlich Klapproth in Dieburg nicht einführen, da wir die Genehmigung nicht haben.¹¹² Das sei wieder einmal Geschwätz gewesen. Es ist aber typisch, daß das immer kommt. – Ein Bergamt kommt hierher. Ich habe durch Entgegenkommen der Militärregierung in deren Gebäude Räume für es bekommen. Wenn es auch nicht viel ist, so ist es doch etwas. Hoffentlich gibt nun auch das Wohnungsamt das nötige.

Mittags Bad Nauheim. Trotz Müdigkeit sehr gelobter Vortrag. Netter Abend mit Meller und Compagnie.

¹⁰⁹ Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3.

¹¹⁰ Knothe war als Lizenzträger der ‚Frankfurter Rundschau‘ von der amerikanischen Militärregierung wegen – wie es offiziell hieß – mangelnden Engagements entlassen worden. Das Entlassungsschreiben der Militärregierung vom 11.2.1946 in: ‚Frankfurter Rundschau‘ 15.3.1946 (In eigener Sache); vgl. Harold Hurwitz, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949, Köln 1972, S.318. Knothe führte seinen Ausschuß auf kommunistische Intrigen zurück; Mat. Bergsträsser: Knothe an Mitglieder Landesparteivorstand, 5.4.1946.

¹¹¹ Walk hatte am 18./19.3. in Stuttgart gemeinsam mit Hilpert an Sitzungen des Hauptausschusses Gewerbliche Wirtschaft und des Unterausschusses Planung und Verbrauchslenkung teilgenommen; Protokolle in: HStA, 528/57 und 114.

¹¹² Der von Innenminister Venedey mit Erlaß vom 22.2.1946 vorgeschlagenen Ernennung des Bensheimer Bürgermeisters Willi Klapproth als Nachfolger Landrat von Gemmingens in Dieburg hatte B. in seinem Bericht vom 11.3. grundsätzlich zugestimmt; StA-DA, H 1 RP Liste 21/17a. Auch der SPD-Kreisverband Bergstraße setzte sich in einer Eingabe an Zinnkann vom 26.3. nachdrücklich für Klapproth ein; Abschrift in: Mat. Bergsträsser. Zum Fortgang Eintragung 25.4.1946 mit Anm. 140/1946.

Samstag, 23. März 1946

10 Uhr Smend. Ich bringe ihn zu Ahl und Faber. Beide machen starken Eindruck auf ihn. Nachmittags langer Spaziergang mit Smend. Wir sprachen kirchliche und politische Lage durch. Selbst im kirchlichen ziemliche Übereinstimmung. Interessant, daß auch er berichtet, wie wenig eigentlich im englischen Gebiet die Dinge noch entwickelt sind. Sie haben immer noch keine anständigen Zeitungen dort. Reorganisation der Akademien. Er will die „Göttinger Mitteilungen“¹¹³ umstellen auf internationale Zusammenarbeit. Berichte führender Männer des Auslandes über den Stand dort und desgleichen führender von uns über den Stand hier. Sprechen über Verfassungen. Übereinstimmung über die Art der Kabinettsbildung. Wir sind auch beide für Einerwahlkreise und Stichwahlen, was leider nicht zu erreichen sein wird. Abends noch eine grundsätzliche Unterhaltung über Wissenschaft und ihr Wesen.

Sonntag, 24. März 1946

Morgens noch einmal zwei Stunden Unterhaltung, auch über Studenten und Hochschulen. Er ist gegenüber den aktiven Offizieren nicht so radikal, da ein Teil von ihnen von den Universitäten abgewandert sei, weil damals der Beruf des Offiziers noch die Möglichkeit [geboten] habe, außerhalb der Partei zu bleiben. Ich betone stark, daß das Militärische fast gefährlicher sei wie das Nazistische, das nun doch mehr oder minder tot sei. Auch er hält Erziehungsmöglichkeiten für gegeben und wichtig. Er bedauert, daß Haltung nach der Linksseite gegen die Universitäten ungerechtfertigt sei. Der ihn begleitende Student unterstreicht die Unorientiertheit der Studiosen in politischen Dingen. Ich werde den Göttingern anbieten, dort zu sprechen, wenn ich zum Parteitag gehe im Mai.¹¹⁴

Montag/Dienstag, 25./26. März 1946

Bei der Militärregierung wegen der ewigen Denunziationen. So gehe es nicht weiter, sie müssen unbedingt dazu übergehen, Leute, deren Angaben sich als unwahr erweisen, ins Gefängnis zu setzen. Sonst könnten wir nicht arbeiten. Der Vorschlag fand Zustimmung. Nachmittags Wiesbaden. Unterausschuß. Wir arbeiteten ein Wahlgesetz aus, das Proporz und Einerwahlkreis vereinigte. Abends in Erbach.

Am anderen Morgen neue Aussprache. Venedey war gegen diese Rege-

¹¹³ Das erste Nachkriegsheft der ‚Nachrichten der Akademie der Wissenschaften Göttingen‘ (Jg. 1945 der Phil.-Hist. Klasse) erschien noch im Jahr 1946.

¹¹⁴ B. nahm am ersten Nachkriegsparteitag der westzonalen SPD (9.–11.5.1946 in Hannover) nicht teil.

lung, ich betonte, daß wir am besten nicht abstimmen, sondern uns voreinigen. Es kam ein Kompromißvorschlag, daß 90 Abgeordnete gewählt werden sollen, 64 in Wahlkreisen, die mit den Kreisen übereinstimmen, 26 auf einer Landesliste.¹¹⁵ Ich persönlich hätte es unter diesen Umständen lieber gesehen, wenn man die größeren Wahlkreise der preußischen Provinzialvertretungswahlordnung genommen hätte. Dem einzelnen Kandidaten ist es völlig frei, ob er, wenn er auf zwei Listen steht, für die eine oder die andere sich entscheiden will. Ich habe das durchgesetzt, weil es ja wichtig sein kann, für den Gewählten, dadurch seinen Nachfolger zu bestimmen. Wir saßen auch noch nachmittags, dann hatte ich noch eine Besprechung mit Hilpert über die Landräte. Venedey will in Dieburg Weyland haben. Ich sprach mich dagegen aus, es wird aber nichts zu machen sein. Venedey gehört zu den Menschen, die immer von allgemeinen Grundsätzen und nie von der Praxis ausgehen. Mit solchen Leuten ist schwer auskommen. Dann eröffnete mir Hilpert, sie wollten einen Vizepräsidenten hierher setzen, der der CDU angehöre, und zwar haben sie einen aus Preußen vorgesehen (Kassel). Ich sprach mich sehr dagegen aus, wüßte auch nicht recht, was der Mann hier tun sollte. Es ist wieder das Prinzip, innerhalb der einzelnen Behörden die politische Macht zu verteilen. Das führt nur zu Reibung und Uneinheitlichkeit. Blöder Mechanismus. Ich werde ihm heute schreiben, daß ich es für unnötig finde, wenn aber, möchte ich mindestens einen Katholiken haben. Mit einem protestantischen CDU-Mann würde ich nicht gut arbeiten können.¹¹⁶ Der würde gleich die Verbindung zu gewissen Kreisen suchen, und ich hätte die Intrigen am Bein und im Hause.

Mittags interessantes und kluges Gespräch mit dem Kommunisten Bauer. Ich konnte ihm nur recht geben, daß Knothe bei der Regierungsbildung die Situation verpatzt habe. Geiler an Furunkel nicht unbedenklich krank. Tut mir persönlich leid.

Mittwoch, 27. März 1946

Nachmittags Faber. Er hatte Dienstag die Kreisparteivorsitzenden bei sich wegen der Denazifizierungsausschüsse. Dabei allgemein scharfe Stimmung gegen Knothe, so daß beschlossen wurde, eine Parteiausschuß-Sitzung einzuberufen, die ihn absetzt. Da kommt wohl wenigstens die Sache ins Rollen. Die Blamage Knothes mit der „Frankfurter Rundschau“ hat sehr stark gewirkt.

¹¹⁵ Dem entsprach das angenommene Wahlgesetz für die verfassungberatende Landesversammlung, in: GVbl 1946, S. 139.

¹¹⁶ Mat. Bergsträsser: B. an Hilpert, 28.3.1946.

Dann in Frankfurt Besuch bei Elliott, dem Nachfolger von Levin,¹¹⁷ den ich aber nicht traf, mit dem ich aber eine Verabredung durch seine Sekretärin traf für nächsten Dienstag nach meinem Vortrag im Forum. Dann Kolleg, bei dem Hartshorne und Sauer mann anwesend waren. Belustigende Situation. Ich sprach natürlich für den Amerikaner.

Abends in Hanau vor geladenen Gästen, teils Partei, teils Handel, Industrie etc. Allgemeine politische Rede mit starkem Hervorheben der Mittelstellung der Partei. Schien günstig aufgenommen zu werden. Hübscher kleiner Saal im Schloß Philippsruhe. Große Säle gibt es in Hanau keine mehr.¹¹⁸ Die DANA war mit.

Donnerstag, 28. März 1946

Dr. Boll über die Finanzpläne von Mattes. Der napoleonische Zentralismus macht sich überall bei ihm geltend.

Samstag, 30. März 1946

Nachmittags unser Empfang für Oberhessen in Schotten. Rege Beteiligung, gute Stimmung, offenbar allgemeine Befriedigung. Ahl und Walk waren auch da und schlugen am Montag vor, das auch für Starkenburg zu machen.

Montag, 1. April 1946

Zinnkann: Parteiangelegenheit. Er teilt meine Auffassung, daß wir eine doppelte Garnitur der Leute im Parlament haben müssen. Der „Fraktionsführer“ Knothe redet nicht in der beratenden Landesversammlung, da es ihm dazu an Kenntnissen fehlt. Ich sagte schärfstens, er müsse weg. – Keil: Ablieferung sei bei uns sehr zufriedenstellend. Ich übermittelte ihm Mandts Vorschlag, daß Selbstversorger, wenn sie schlachten, halbe Schweine in natura abliefern sollten. Da kommt besseres Schweinefleisch auf den Markt. Keil soll direkt zum Minister gehen.

¹¹⁷ John Elliott war Nachfolger Levins als Korrespondent der ‚New York Herald Tribune‘ in Frankfurt.

¹¹⁸ Hanau gehörte mit einem Zerstörungsgrad von 87 Prozent zu den am schwersten getroffenen Städten im gesamten Reichsgebiet.

Dienstag, 2. April 1946

Bei der Militärregierung nichts Neues. Wegen der Bewaffnung der Förster wiesen sie mich an Wiesbaden.¹¹⁹ Abends rief mich Faber noch an und sagte, die Partei habe in Gießen beschlossen, mich als Kultusminister vorzuschlagen. Ich sagte ihm gleich meine Bedenken. Gestern – Mittwoch, 3. 4. 1946 – in Gießen sprach man auch mit mir darüber, und ich sagte, erstens täte ich es sehr ungern, aber wenn die Partei befehle, sei ich bereit, und zweitens, Vorbedingung sei, daß die Frage der Simultan-Schule, d. h. der christlichen Simultan-Schule schnell geklärt werden muß, und zwar mit Geiler. Spira, der Kirche und Religion bearbeitet, hat mir in einem Gespräch gesagt, christliche Simultan-Schule sei nicht nur die Schule, deren Lehrer auf dem Boden der Bergpredigt stehen müßten, sondern sie sollte auch dogmatisch gebunden sein (Glaubensbekenntnis etc.). Das lehnte ich ab im Gespräch und lehne es ab aus Überzeugung, und auch die Partei lehnt es ab. Deshalb muß die Situation geklärt werden, denn ein Minister der Partei kann sich nicht auf diesen Boden stellen, und es würde nur eine Blamage für die Partei und den Minister zugleich. Des weiteren müsse vorher geklärt werden, ob die Amerikaner mich nähmen oder nicht, denn jetzt sei man noch von ihnen abhängig, nach den Wahlen sei es etwas anderes. Man stimmte zu.

Mittwoch, 3. April 1946

In Gießen lange, sehr gut und anregend verlaufende Tagung über den Verfassungsentwurf.¹²⁰ Auch Venedey sprach gut, allerdings immer wieder etwas theoretisch. Er verlangte z. B., daß die Minister, nicht nur der Ministerpräsident, vom Landtag gewählt werden, und das könnte dazu führen, daß bei einer Koalitionsregierung, wenn einige von einer Koalitionspartei abspringen, der Landtag einen Minister wählt, der gar nicht in die Koalition paßt, ganz abgesehen davon, daß ich die stärkere Stellung des Ministerpräsidenten nach dem englischen System für das reibungslose Arbeiten der Regierung für wichtig halte. Der Vorschlag von Caspary, eigentlich

¹¹⁹ Offiziell durften die Forstbeamten ab 1. 4. 1946 wieder Waffen tragen, in begründeten Ausnahmen schon früher. Aus Oberhessen wurden Überfälle von herumziehenden Banden der „displaced persons“ (DP) auf abgelegene Forsthäuser gemeldet, was eine umgehende Bewaffnung erforderlich machte; Mat. Bergsträsser: Heymeyer (Laubach) an B., 25. 3. 1946.

¹²⁰ Hier wurde die Verfassungskommission der SPD gebildet, der auch B. angehörte; vgl. Hans-Christoffer Beyer, Die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen um die Sozialisierung in Hessen 1946, Diss. Marburg 1977, S. 108. Die dort zitierten Protokolle der SPD-Verfassungskommission (S. 305) sind im Nachlaß (UB-MR) nicht mehr feststellbar.

die ganze Verwaltung zu kommunalisieren, wurde erfreulicherweise allgemein abgelehnt. Man hat eben doch allmählich Staatsgefühl bekommen. Man scheint auch mancherorts die Bedenklichkeit allzuvieler Grundrechte einzusehen. Ebenso war man einig darüber, daß unser Verfassungsentwurf in keiner Weise das zukünftige Reich [präjudizieren] dürfe, denn sonst könnte es dazu kommen, daß auch die anderen Länder sich in dieser Richtung festlegen, und das würde die Möglichkeit des Reiches überhaupt verbauen. [...]

Donnerstag, 4. April 1946

Friedrich bringt Vorschläge und Ausarbeitungen über Organisation und genaue Festlegung für Abteilung V.¹²¹ Mit Keil Ablieferungsfragen etc. besprochen. Ablieferung in meinem Gebiet gut. – Nachmittags Wiesbaden: Wir machen einen genauen Fragebogen.¹²² Interessante Diskussion. Gute Zusammenarbeit. – Abends bei Oskar Müller, nette Unterhaltung, über die Verfassungsfragen sind wir im großen und ganzen einig. – Dann in Erbach, langes interessantes und nettes Gespräch mit Otto [Crass].

Freitag, 5. April 1946

Vormittags Verfassungsausschuß.¹²³ Festlegung eines Kataloges strittiger Fragen, der der Öffentlichkeit unterbreitet werden soll, damit sie sich äußere. Es soll eine Sitzung von Vertretern der Verfassungsausschüsse der drei Länder in Stuttgart stattfinden; ich werde hineindelegiert. Dabei wird gesagt, daß Bayern und Württemberg noch weit zurück seien, was mich nicht wundert. Am Donnerstag abend wurde auch die Frage des Kultusministeriums besprochen, und man kniete auf mir herum. Auch Oskar Müller und L. Bauer. Ich machte meine Bedenken geltend und halte die Sache nach wie vor für ein Experiment. Man sagte mir allgemein, daß die Stellung der Amerikaner mir gegenüber sich durchaus gewandelt habe. Freitags nach der Sitzung langes Gespräch mit Brentano wegen der Vizepräsidenten. Ich konnte ihm meine Bedenken umso wirksamer geltend machen, als wir bei Tisch mit Jellinek über die Regierungsbildung im allgemeinen, d.h. die dazu zu erlassenden Verfassungsbestimmungen gesprochen hatten und dabei dahin übereinstimmten, daß der Ministerpräsident

¹²¹ Die künftig wieder von Friedrich geleitete Abt. Erziehung und Unterricht des Regierungspräsidiums; vgl. Anm. 139/1946.

¹²² Der Vorbereitende Verfassungsausschuß entwarf einen Fragebogen zu Problemen der Verfassung, der an 17 Institutionen und 34 Einzelpersonen gesandt wurde; vgl. Manfred Dörr, *Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/46*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1971, S. 99–122, hier S. 111.

¹²³ Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3.

seine Kabinettsmitglieder berufen solle. Ich wies auch auf die harmonische Zusammenarbeit im letzten Jahre zwischen mir und meinen Herren hin und sagte auch, daß ich ja doch mit seiner Richtung gar keine Schwierigkeiten gehabt hätte; ich sei wohl berechtigt anzunehmen, daß ich auch dort Vertrauen genieße. Er bestätigte das und war selbst der Meinung, daß ein andersgläubiger Vizepräsident nur ein Hemmnis sei. Hoch sagte mir überdies, daß der in Aussicht genommene nicht verträglich sei. Hilpert sagte zu, keine Entscheidung zu treffen, ehe er sich mit mir nochmals genau ausgesprochen habe. Als ich ins Amt zurückkam, Gespräch mit Knothe, der am selben Abend noch nach Wiesbaden fahren wollte und mich auf Mittwoch nachmittag zu sich bat, zur persönlichen Aussprache wegen meiner Kritik an seiner Amtsführung. Mindestens ein Zeichen dafür, daß mein Ansehen auch in der Partei so groß ist, daß man nicht um mich herumkommt, und das ist angenehm.

Samstag, 6. April 1946

Hoffmann bespricht allerlei mit mir. Wir kommen auch auf Spira zu sprechen. Er lehnt ihn als Wuschelkopf genau so ab wie ich. Es seien aber Erwägungen, ihn zum Kultusminister zu machen. Ich sage, ich würde mich sehr freuen, besonders auf die erste Debatte in der Constituante, wo ich gegen ihn auftreten würde. Über den Sieger sei ich mir nicht im Zweifel.

Montag, 8. April 1946

Frau Dr. Brücher von der „Neuen Zeitung“. Sie hatte beim Rektor der TH [Vieweg] erfahren, daß ich dort Vorlesungen halte. Ich schilderte ihr Art und Absicht meiner Vorlesung. Wir kamen auch auf Allgemeines zu sprechen betreffs der Hochschulen, und ich erklärte ihr meinen Standpunkt über all diese Dinge. Sie macht eine Rundreise zu den Hochschulen.¹²⁴ Ich hob hervor, daß man die Studenten mit zarten Händen anfassen müsse.

Nachmittags Prinzessin Ludwig, aus London kommend. Sie hat sehr viel Leute dort gesprochen, auch Auswärtiges Amt, auch leitende Leute der Labour-Party. Die Stimmungen ringen miteinander. Doch scheint die Vansittart-Gruppe allmählich zurückgedrängt zu werden. Sie soll demnächst maßgeblichen englischen Besuch bekommen, wozu sie mich auch bitten will. Über das Konzert am Montag fürs Rote Kreuz.

Letzte Vorlesung in der TH, massenhaftes Diskutieren. Der Rektor der TH [Vieweg] hat eine Gegenschrift gegen meine Denkschrift gemacht; er

¹²⁴ Vgl. die Berichte Hildegard Brüchers in „Die Neue Zeitung“ 17.5./27.5.1946 (Reise durch Universitätsstädte).

ist natürlich für die aktiven Offiziere.¹²⁵ Manche Leute lernen's nie. Gestern sprach Colonel Swarm mit mir über diese Sache und sagte mir, er neige meiner Auffassung zu; ich antwortete, dann sei er auf dem rechten Weg.

Dienstag, 9. April 1946

Vormittags lange Sitzung in Wiesbaden über Schulangelegenheiten. Die Wiesbadener Absichten, die Schulaufsicht zwischen Wiesbaden und den Referenten der Regierungspräsidenten zu teilen, ist unsinnig. Wir setzten ihnen das auseinander, und Schramm schien es einzusehen, behauptete aber, man könne das bei den Personalverhältnissen nicht ändern, gab uns aber zu, daß wir alle Schulen selbst besuchen könnten. Das würde einen hübschen Kuddelmuddel geben und eine hübsche Masse neuer Gegensätze. Wiesbaden ist die Organisation der Reibungsflächen. Dann über Staatsbürgerkunde, die man in Wiesbaden „Gemeinschaftskunde“ nennt. Das führt auch wieder vom eigentlichen Ziel weg. Osterdienstag soll eine Tagung sein, wo man darüber reden will, wie die Kreislehrervereinigungen, die alle Monat sein sollen, mit derartigen Fragen und Vorträgen bespickt werden. Der Redner war ein Fantast. Ich verfocht wieder einmal die Realität, plädierte für juristische und nationalökonomische Vorträge. Überdies machte ich die Bemerkung, daß man zu diesen Tagungen doch Programme aufstellen und uns vorher schicken solle, damit wir wissen, um was es sich eigentlich handele. Dann könne man diskutieren und brauche keine Vorträge. – Dann ging ich zur Forstabteilung wegen der Forstleuten. Dort war große Umwälzung. Von Schenk war vor 14 Tagen entlassen worden. Schenck selbst, von dem die Amerikaner einmal geschwärmt hatten, war vor 3 Tagen auch entlassen, und die ganze Forstverwaltung ist verwaist.¹²⁶ Komisches Verfahren. So kann man doch nicht arbeiten.

Beim Essen setzte sich Mattes neben mich und fragte mich nach Hochschulangelegenheiten von seinem Finanzstandpunkt aus. Die Gießener ha-

¹²⁵ Wohl Denkschriften zur politischen Überprüfung der Studenten. Auf Anordnung der Militärregierung mußten die Fragebogen der Studenten nach der Einschreibung durch einen Fakultätsausschuß, der aus dem Dekan und 2 oder 3 Studenten bestand, geprüft werden. Dieser Ausschuß konnte ggf. einen Ausschluß vom Studium verfügen. B., dessen Denkschrift nicht ermittelt wurde, wollte in seiner betont antimilitaristischen Haltung neben politisch belasteten Bewerbern offenbar auch die ehemaligen aktiven Offiziere zurückstellen. Eine spätere Denkschrift des TH-Rektors wies auf die Schwierigkeiten bei der Ermittlung von HJ-Tätigkeiten, NSDAP-Anwartschaften oder -Mitgliedschaften hin. Vgl. HStA, 504/374, Vieweg an Kultusminister, 17.7.1946.

¹²⁶ Carl Alwin Schencks Entlassung als Leiter der Landesforstverwaltung stand in Zusammenhang mit deren Umgruppierung vom Wirtschafts- zum Landwirtschaftsministerium.

ben den grotesken Vorschlag gemacht, die Technische Hochschule und die Universität Frankfurt/M. zu vereinigen, was natürlich Frankfurt bedeuten würde, um die daraus resultierenden Ersparnisse zur Erhaltung der Universität Gießen zu verwenden. Ich wies Mattes nach, daß das völlig unmöglich sei und daß gar keine Ersparnisse daraus erwachsen, da es bei chemischen und ähnlichen Instituten ja darauf ankomme, wie groß die Zahl der Arbeitsplätze sei, man also sich nicht mit einem bestehenden Institut bei einer Zusammenlegung begnügen könne. Ich entwickelte ihm meine Pläne, die Hinterlassenschaft der Universität Gießen nutzbringend für Darmstadt anzuwenden, die Bibliothek des volkswirtschaftlichen Lehrstuhls und die des kunstwissenschaftlichen. Er schien von alledem sehr befriedigt und bedankte sich sehr.

Nachmittags Feier für die Rotationsmaschine des „Darmstädter Echo“. ¹²⁷ Ich sprach viel mit den amerikanischen Offizieren. Sehr lustige Stimmung, die erlaubte, allerlei Kritisches in lustiger Form vorzubringen. Dann mit Poth, Lebensmittelgroßhändler aus Langen, gesprochen, der die Wirtschaftsämter-Politik treffend kritisierte. Man muß den Leuten der Wirtschaftsämter immer deutlich sagen, daß sie nicht Herrscher, sondern Diener sind. Die werden sonst so größtenwahnsinnig wie Zensoren. – Abends noch gelesen.

Mittwoch, 10. April 1946

Morgens Massenandrang. Die Sache wegen Stuttgart in Ordnung gebracht. Walk berichtet, daß L. ¹²⁸ zur Zeit unmöglich wegen Zugehörigkeit zur SA und er nicht weiß, wen er als Ersatzmann nehmen soll. Die Personalfrage spitzt sich immer mehr zu.

Nachmittags Frankfurt. Beinahe zwei Stunden bei Knothe. Lange unfruchtbare Unterhaltung über unsere zukünftige Politik. Ich habe sehr scharf herausgearbeitet, daß wir den größten Wert darauf legen müssen, Verwaltungsorganisation und Verfassung so einzurichten, daß eine wirklich arbeitsfähige Regierung möglich sei, und habe betont, daß die Einrichtung in Wiesbaden mit der politischen Besetzung der Ministerialdirektorenstellen gänzlich unlogisch sei. Was ich sagte, soll ich am 6. 5. als Referat vor einem engeren Kreis von Parteileuten halten. Knothe behauptete immer wieder, mit meinen Auffassungen völlig übereinzustimmen.

Dann Vorlesung, Riesenbesuch, lange Sprechstunde hinterher. Ein Metzgermeister erzählte mir hinterher, daß man in Alsfeld sage, König sei weggekommen, weil er für sich privat zu viel Benzin gebraucht hat und

¹²⁷ Das ‚Echo‘ wurde bis dahin in der Druckerei der ‚Frankfurter Rundschau‘ hergestellt; ‚Darmstädter Echo‘ 13.4.1946 (Die Weihe des neuen Anfangs).

¹²⁸ Name auf Initiale verkürzt.

ähnliches.¹²⁹ Ich trat ihm aufs schärfste entgegen und bat ihn, dasselbe zu tun, unter Hinweis darauf, daß er authentisch informiert sei. Es ist widerlich, was alles an Verdächtigungen gesagt wird. Knothe war auch einig mit mir, daß ein politisches Arbeiten in Wiesbaden nicht möglich sei, wenn nicht die Stellung der Regierung gegenüber der Militärregierung geklärt werde, was bisher nicht geschehen ist.

Donnerstag, 11. April 1946

Vormittags Presse-Konferenz. Ich gab einen kleinen Rückblick über das Jahr. Nachmittags nach Stuttgart zum Verfassungsausschuß der Länder. Abends mit Minister Ulrich, Cahn-Garnier etc. zusammen. Erst politisches Gespräch, dann lustige Unterhaltung.

Freitag, 12. April 1946

Morgens Tagung, Vorsitzender der alte Keil mit 76 Jahren noch sehr mobil. Die Bayern waren unter Vorwänden nicht erschienen, Saupack. Staatsrat Prof. Schmid gab eine Einleitung aufgrund seines Vorentwurfs, dann sehr anregende Diskussion hohen Niveaus. Frage der Grundrechte, Frage der Souveränität überhaupt, wobei ich die Meinung vertrat, daß die Verfassungen, wenn sie erst einmal da sind, geeignet sind, Willkürakte der Besatzungsmächte zu verhindern und eine klare Abgrenzung für deren Eingriffsrecht zu geben. Andere betrachteten das als ungerechtfertigten Optimismus. Schmid vertrat Zweikammernsystem mit halb ständischer erster Kammer, was allgemein abgelehnt wurde, wesentlich dadurch, daß alle Hessen dagegen waren. Es war überhaupt merkwürdig, daß Bauer, Bergsträsser, Blaum, Brentano ohne Verabredung eigentlich in allem dieselbe Linie hielten. Jellinek sprach sehr wenig, da es sich meist um politische Fragen handelte und er doch mehr Verfassungs-Techniker als Verfassungs-Politiker ist. Die Württemberger haben eine große Verfassung entworfen. Wir hatten Bedenken, daß dadurch der zukünftige Zusammenschluß Deutschlands erschwert werde. Einigkeit über Déclaration des droits de l'homme im Sinne von 1789. Weiterzugehen erscheint mir immer als bedenklich, weil es das Vertrauen zur Verfassung erschüttert, wenn es nicht in eine Form gebracht wird, die den Normativbestimmungen Gesetzeskraft gibt. Das Vorbild Weimar sollte man nicht nachahmen. Die Württemberger wollen einen Staatspräsidenten. Wir halten das für nicht nötig und haben gegen eine erste Kammer auch Bedenken wegen des riesenhaften Apparates. Ohne Diäten kann man sie nicht gut machen, mit Diäten wird sie beim Volk Anstoß erregen. Reizende Rückfahrt, eine Stunde in Maulbronn, Vesper in Knittlingen mit Wein. Im Mai Wiederholung.

¹²⁹ Vgl. Anm. 14/1946.

Samstag, 13. April 1946

Ahl, Faber um die Hamberger-Affäre. Ball scheint das wunderbar organisiert zu haben. Der Mann ist damit geliefert, und seine Schützer in Wiesbaden werden wohl in den Strudel mit hineingezogen werden.¹³⁰ – Samstag nachmittag Empfang, Feigel reizend. Die Hörer schienen sehr befriedigt.

Sonntag, 14. April 1946

Abends in Reichelsheim. Ich pomadisiere bürgerlich.

Montag, 15. April 1946

Special Branch¹³¹ bat mich hinüber wegen der Behandlung der Fragebogen von Leuten aus dem Osten. Ich erzählte ihnen meine Regelung, daß ich auf solche Fragebögen nichts gäbe, wenn ich nicht zwei einwandfreie und nachprüfbare Referenzen hätte, also aus einem der Westgebiete. Sie hatten vor, auf alle solche Fragebogen mit Adverse recommendation zu reagieren.¹³² Ich machte ihnen klar, daß das zu allgemein und infolgedessen ungerecht sei, womit sie auch übereinstimmten. Ball verabschiedete sich. Ich dankte ihm für seine gedeihliche Wirksamkeit. Er ermahnte mich in gespielter Väterlichkeit, mich wohl zu verhalten, worauf ich sagte, das könnte ich vielleicht fürs nächste Jahr versprechen. Er: „Warum nur für ein Jahr?“ Ich: „Weitere Versicherungen gibt ein Politiker nicht ab.“ Großes Gelächter.

¹³⁰ Ball als Special Branch Officer der Darmstädter Militärregierung war Anklagevertreter im Prozeß gegen Hans Joachim Lehr, Personalreferent im hessischen Justizministerium, vor dem Darmstädter Militärgericht. In diesem Prozeß wurde Hamberger, Lehrs Schwiegervater, durch von Ball vorgelegte Dokumente belastet, aus denen man schloß, daß Hamberger bereits im März 1933 in die NSDAP eingetreten sei. Hamberger versicherte eidesstattlich, daß er nicht NSDAP-Mitglied gewesen sei. Vgl. „Darmstädter Echo“ 13.4.1946 (Großhessischer Polizeichef schwer belastet).

¹³¹ Special Branch war die für die Entnazifizierung zuständige Unterabteilung der Militärregierung. Sie gehörte bis zum Juli 1946 der Public Safety Division an und bildete dann eine eigene Abteilung, die zunächst Special Branch Division, ab Ende 1946 Denazification Division hieß.

¹³² Im Fragebogen-Prüfungsverfahren der Special Branch wurde mit „Mandatory Removal“ die sofortige Entlassung angeordnet, während die mit der „Adverse Recommendation“ gegebene Empfehlung, von einer Anstellung oder Weiterbeschäftigung abzusehen, die letzte Entscheidung der jeweils zuständigen Militärverwaltungseinheit überließ. Vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 134; Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 150.

Dr. Häbich aus Wiesbaden wegen Vermessungsfragen. Sie wollen uns ein Meliorationsamt einrichten und uns Fonds für Meliorationen geben. Sie sind in angenehmer Weise entgegen dem sonstigen Wiesbadener Betrieb für Dezentralisieren. – Friedrich: neuestes Gerücht aus Wiesbaden, einer der jetzt schon vorhandenen sozialdemokratischen Minister soll das Kultusministerium zunächst mitverwalten. Wie angenehm wäre es, wenn das geschähe, dann wäre ich draußen.

Gegen Abend erzählte mir Stürmer, daß Hamberger wieder im Dienst sei.¹³³ Wenn das Ministerium das mitmacht, ist es politisch unmöglich. Ich gab abends die Nachricht noch an Ball im Konzert. Es wird nichts übrig bleiben als die Presse. Fragt sich nur, welche. Abends Rotes Kreuz-Konzert von Kwast-Hodapp. Improvisiertes Abendessen im Post-Hotel, ein Haufen Leute. Ich neben Kwast, auf sie und die Prinzessin redend und dankend. Dann sprach Frau Kwast selbst sehr fein über die inneren Bedingungen des Künstlertums. Es war mir angenehm, das Lob der Prinzessin gerade an diesem Abend zu singen, das wohlverdiente Lob übrigens, wo viele Angehörige ihrer Familie da waren, Prinzessin Christoph mit ihrem Verlobten, dem Prinzen von Cumberland¹³⁴, die Prinzessin Cecilie von Preußen etc. etc. Ich merkte, wie es ihnen Freude machte.

Dienstag, 16. April 1946

Militärregierung. Ich sprach über die Gefährdung der weiblichen Jugend, worüber man einen Bericht will, und darüber, daß die dauernde Gefangenhaltung von Nazis, ohne ihnen einen Prozeß zu machen, in der Bevölkerung unangenehme Vergleiche mit Nazimethoden hervorrufe. Man sagte mir, die überwiegende Mehrzahl dieser Fälle werde jetzt durch Entlassung erledigt. – Dr. Peters kündigte den Besuch von Dahrendorf an, der die Absicht hat, in Frankfurt a. M. eine überparteiliche Zeitung aufzumachen, und sagte einiges Interessante aus dem russischen Gebiet. – Nachmittags Wiesbaden: Verfassungsausschuß. Vorher nahm mich Geiler bei-seite und sagte, die Kultusministerfrage könne er im Sinne unserer Partei derzeit nicht lösen, aber wenn es Veränderungen im Innenministerium gäbe, möchte er mich als Minister haben. Ich sagte, daß das Kultusministerium an mir vorbeigehe, sei mir angenehm. Ich fühle mich in Darm-

¹³³ Hamberger wurde im Amt belassen, da kein geeigneter Nachfolger gefunden wurde und auch die Militärregierung in Wiesbaden keinen Anlaß sah, ihn zu suspendieren; er ist dann am 31. 12. 1946 auf eigenen Wunsch ausgeschieden.

¹³⁴ Sophie Prinzessin von Griechenland, die Witwe des Prinzen Christoph von Hessen (1901–1943), heiratete am 24. 4. 1946 Georg Wilhelm Prinz von Hannover, den zweiten Sohn Herzog Ernst Augusts, der bis zur Übernahme der Regierung in Braunschweig 1913 den nach der Annexion Hannovers durch Preußen 1866 geschaffenen Titel eines Herzogs von Cumberland geführt hatte.

stadt durchaus wohl, zum Innenminister hielte ich mich nicht für ausreichend. Er meinte, dreimal besser wie der bisherige Inhaber würde ich es sicher machen. Ich antwortete, ich glaubte, daß ich den Vergleich aushielte. Er meinte, ein guter Ministerialdirektor könne mir eine Stütze sein, aber ich zog nicht. Dann sagte er mir, daß die Frage des Vizepräsidenten hier vertagt sei. Ich verbarg ihm nicht meine Befriedigung darüber. Im Verfassungsausschuß sehr hochstehende Diskussion ohne parteipolitische Bindung. Auch wir Sozialisten sehr oft ungleicher Meinung. Die Wahl eines Staatspräsidenten aus dem Volke erledigte ich mit Hinweis auf Hindenburg. Geiler fiel daraufhin sofort um. Nur Swarts deutschnationales Herz blieb standhaft.¹³⁵ Geiler hatte mir übrigens gesagt, er wolle Hoch als Nachfolger von Swart, doch der hat abgelehnt. Er sagte mir gegenüber am Mittwoch, er habe doch keinen Anlaß, in Wiesbaden den jungen Mann zu spielen. Mit Vossler zurück, der meist unergiebig ist.

Abends in Bensheim. Dann mit dem Verleger Essel über seine Pläne gesprochen.¹³⁶

Mittwoch, 17. April 1946

Gießen: Verfassungsausschuß der Partei, sehr angenehme Diskussion im kleinen Kreis. Ich drang nur mit dem Antrag nicht durch, daß die Regierung die Befugnis zur Auflösung haben solle. Doch wurde die Frage vertagt. Dann die Bibliotheken des volkswirtschaftlichen und des kunstwissenschaftlichen Seminars angesehen wegen meiner Überführungspläne. – Dann bei Knothe, gegenseitiger Bericht. Dann Kolleg, dann heim, behaglicher Abend. Vorspiel der Osterferien.

Donnerstag, 18. April 1946

Morgens mit Zinnkann politische Situation durchgesprochen. Gleiche Perspektiven. Der Fall Hamberger geht weiter.

Dienstag, 23. April 1946

Sitzung in Frankfurt a.M. über Gemeinschaftskunde auf Einladung des Minister gewordenen Dr. Schramm. Das Wort „Gemeinschaftskunde“ ist schon blödsinnig, und die Leute redeten auch meistens absolut dummes Gewäsch. Der erste, der ihnen das deutlich sagte, war Dr. Ebbinghaus von Marburg, der zweite ich. Wir trafen uns beglückt im Rationalismus

¹³⁵ Protokoll VVA in: HStA, 1126 NL Geiler 3.

¹³⁶ Hermann Essel wollte eine Geschichte der hessischen Sozialdemokratie von Bergsträsser u.a. verfassen lassen und herausgeben; Mat. Bergsträsser: Essel an Zinnkann, 16.3.1946; B. an Essel, 3.4.1946.

und warfen uns immer die Bälle zu. Schramm war ersichtlich ein wenig verärgert. Entsetzlich viel Gerede über Religion, was gar keinen Sinn und Verstand hat in dieser Verbindung. Sehr hübsch war, daß Renneisen mir auch stark sekundierte, den ich nachher ansprach, worüber er sichtlich erfreut war. Er macht einen guten Eindruck. Noack sprach echt professoral dumm, man müsse das nationalsozialistische Geschichtsbild durch ein anderes ersetzen. Ebbinghaus sagte mir nachher, er hätte ihn eigentlich als Historiker nach Marburg haben wollen, aber daraufhin verzichte er. Viel verständiger war Noacks Sekretärin [Buschette], die mit uns, als wir im Garten herumspazierten, einmal sehr nett von ihrem Jugendstandpunkt aus die Frage diskutierte. Die Deutschen sind doch meistens ein unpraktisches, theoretisches Volk.

Als ich nachmittags aufs Amt kam, Einladung von Dubensky zu einer Sitzung heute nachmittag über Theaterfragen. Es scheint sich um Zuschüsse zu handeln, und ich werde für Darmstadt kämpfen wie ein Löwe und werde sagen, Wiesbaden mehr zu geben, sei ein Skandal, auch wenn Geiler da ist.¹³⁷ Mir wird das allmählich schrecklich worscht, und man kann mit manchen Leuten offenbar nur noch mit Grobheit arbeiten, daß man eben die Dinge deutlich mit Namen nennt. – Abends Pfungstadt, sehr gut besucht. Die Sevenich soll da gesprochen haben vor etwa 40 Leuten, von denen die Hälfte SPD war.

Mittwoch, 24. April 1946

Morgens mit Ahl, Faber über die Wiesbadener Verhältnisse gesprochen, auch mit Zinnkann. Ich bin der Meinung, daß ich dem Ruf, evtl. das Innenministerium zu übernehmen, nicht folgen sollte, denn in diese Bude der Unklarheiten heute einzusteigen, ist nicht richtig. Zinnkann sagte mir, daß Häring kürzlich erklärt habe, er gehe auf alle Fälle weg, und Zinn gesagt habe, er sehne sich nach dem Augenblick, wo er das auch tun könne. Wir erreichen in Wiesbaden nichts, und die Verwässerungs- und Vernebelungsbestrebungen steigen immer mehr. Die Gemeinschaftskunde ist nur ein Symptom. Es wäre richtig, jetzt allmählich zum aktiven Kampf gegen die Wiesbadener Tendenzen überzugehen. Faber machte dagegen geltend, daß sehr viel verschüttet werden könne in der Zeit. Trotzdem blieb ich bei meiner Meinung, und Zinnkann billigte sie auch. Während dieser Besprechungen hatte Faber gesagt, gegen meinen Einwand, ich verstehe von den administrativen Sachen nichts; wenn ich Ahl zum Leiter der Polizei mache, könne das alles ganz gut laufen. Als ich nachher zur Militärregie-

¹³⁷ Finanzminister Mattes hatte erklärt, daß die Finanzlage nur die Unterhaltung eines Staatstheaters gestatte, und dieses sollte Wiesbaden sein. Der Gesamtzuschuß in Höhe von 1 000 000 RM sollte wie folgt aufgeteilt werden: Wiesbaden 600 000, Kassel und Darmstadt je 200 000 RM.

rung hinüberging, sprach Colonel Swarm über einige nicht eben wichtige Fragen mit mir und kam dann plötzlich darauf zu sprechen, ob Faber nicht die Aktion gegen Hamberger mit betrieben habe, um dessen Nachfolger zu werden. Ich sagte, davon könne gar keine Rede sein, und erzählte ihm die Unterredung, die ich gerade eine Stunde vorher gehabt hatte, mit der Bitte, von ihr sonst keinen Gebrauch zu machen, gab ihm auch noch andere Gründe, warum das völlig ausgeschlossen sei. Es scheint Leute zu geben, die nicht begreifen, daß man für eine Sache streiten kann, ob das die M.G. in Wiesbaden ist oder die C[entral] G[overnment], das ist noch die Frage.

Nachher Besprechung mit Stroux über Theaterfragen wegen der Nachmittagssitzung in Wiesbaden. Diese war im Haus und unter Vorsitz von Capt. Dubensky. Fusion wurde allgemein abgelehnt, eine gewisse Abrede über Neuinszenierungen, diese unter Einschluß der Frankfurter Theater, begrüßt. Ich sagte, ich könnte nicht einsehen, warum Darmstadt und Kassel weniger Zuschuß bekämen wie Wiesbaden. Es sei ungerecht. Man ging darauf nicht ein. Ich schrieb anschließend einen Bericht an den Ministerpräsidenten in dieser Sache, wobei ich darauf aufmerksam machte, daß die ungerechte Bevorzugung von Wiesbaden vom Landtag sicher wieder umgestoßen würde.¹³⁸

Abends Rede in Homburg. Trotzdem ich vorher in der Staatskanzlei die wohlbekannten Nudeln gegessen hatte, aß ich nach dem Vortrag noch mit Behagen Selbstgeschlachtetes bei dem dortigen Parteivorsitzenden. Wunderbarer Schinken. Angenehme Rückfahrt auf der nun wieder durchgehenden Autobahn.

Donnerstag, 25. April 1946

Vormittags Friedrich wegen des Ministerialdirektor-Postens.¹³⁹ Ich billigte, daß er Bedingungen stellt, ich würde es auch tun. – Dann Architekt Theis, neue Kunstbaustoffe aus Flugasche vorführend, ein Holz sehr ersparendes Bauverfahren. Ich schickte ihn zu Stork, und wenn der Bericht günstig ausfällt, werde ich ihn zu Binder bringen.

Nachmittags zwei Briefe des Innenministeriums, daß die Landratsämter in Dieburg und Alsfeld neu besetzt seien und wir die Leute einführen sol-

¹³⁸ B.s Schreiben nicht ermittelt; vgl. aber HStA, 504/828: Henrich an B., 1.5.1946.

¹³⁹ Mit der Entlassung Böhms als Kultusminister war auch Friedrich als Ministerialdirektor suspendiert worden. Man war bemüht, ihn als Ministerialdirektor des neuen Kultusministers Schramm oder auch im Innenministerium in Wiesbaden zu halten. Er blieb dann aber bis zu seiner Pensionierung 1951 Leiter der Abt. Erziehung und Unterricht des Darmstädter Regierungspräsidiums.

len. Von dem Landrat in Alsfeld wissen wir nicht einmal den Namen.¹⁴⁰ In einigen Tagen sind die Wahlen, und man weiß nicht, ob diese Leute bleiben. Man blamiert sich also noch in einer Einführung. Echt.

Freitag, 26. April 1946

Nachmittags Besuch des neuen Handelskammer-Präsidenten Euler. Ich verschuf ihm für seinen Verband der kunstwerkstoffverarbeitenden Industrie Räume hier, um den Verband in Darmstadt zu halten. In allem anderen leichte Verständigung. – Abends Rede in Vilbel, recht gute Versammlung, angenehmer Apfelweintrunk hinterher.

Samstag, 27. April 1946

Bei der Militärregierung wegen der Mädchen unter 18 Jahren und wegen der Bestrafung der Nazi-Denunzianten. Beides beeindruckte Sheehan. – Nachher Sitzung CDU/SPD. Brentano kam leider spät, so daß Sevenich und Metzger Gelegenheit hatten, sich lange über politische Theorien zu unterhalten, was mir ziemlich gleichgültig war. Ich habe mich dann mit Brentano leise sprechend über einige praktische Dinge schnell geeinigt, und das Ganze wäre eigentlich nicht nötig gewesen. Haster sprach über ihren etwaigen Übergang nach Wiesbaden mit mir. Sie hat keine Lust, was ich verstehe. Nach dem Ausgang der Wahlen wird ihre Lust noch weniger groß sein.

Samstagabend große Theater-Vorstellung „Antigone“ und Besuch des Landesdirektors von Thüringen [Paul], des Ministerpräsidenten etc. etc. Vorstellung ganz glänzend.¹⁴¹ Für mich tiefer Eindruck, echt französische Ironie über das Leben. Nachher Essen in der Post. Kleine Begrüßung von mir, sonst keine Reden. Die ganze Veranstaltung machte auf die thüringischen wie auf die Wiesbadener Beteiligten ersichtlich starken Eindruck. Auch die bewaffnete Polizei, die der Landesdirektor mitgebracht hatte, die auf uns alle recht seltsam wirkte, mich zu einer Parallele zwischen Diktaturen anregte, war sehr befriedigt und sprach sich Schork gegenüber so aus.

Nachdem der Schwarm sich verlaufen hatte, noch 1½ Stunden Besprechung über das Theater und seine Zukunft unter formeller Leitung von

¹⁴⁰ Kommissarischer Landrat in Dieburg wurde Philipp Weyland, der bereits ab 1.2. als stellvertretender Landrat amtierte; vgl. Eintragung 29.4.1946. Der Kreis Alsfeld wurde bis zur Kreistagswahl im April von Landrat Mandt in Lauterbach mitversehen; zur endgültigen Neubesetzung Eintragung 17.5.1946.

¹⁴¹ „Antigone“ von Anouilh. Zum Besuch Pauls vgl. Manfred Overesch, Gesamtdeutsche Initiativen. Hessisch-thüringische Beziehungen 1945/46, in: Nassauische Annalen 91 (1980), S.247–258, hier S.252 f.

Dubensky. Neuester Vorschlag: Darmstadt macht ganz selbständig das Schauspiel für Darmstadt und Wiesbaden, Wiesbaden ebenso selbständig die Oper für beide. Ich sagte mit betonter Deutlichkeit, was ich schon dem Ministerpräsidenten geschrieben hatte, daß das alles Provisorien seien, die nach der Wahl keine Bedeutung mehr hätten, denn die Parteien würden sich die ungerechte Bevorzugung Wiesbadens nicht bieten lassen. Im übrigen kehrte ich in bezug auf die Vertragsbestimmungen den Juristensohn heraus.

Sonntag, 28. April 1946

Von 9–18 Uhr Reise durch Wahllokale. Langen, Seligenstadt, Büdingen, Mittagessen im Jägerhaus, dann Alsfeld, Lauterbach. Bunte, hübsche Fahrt bei schönem Frühsommerwetter. Wieder festgestellt, daß die Leute von meiner Anwesenheit mit Freude Notiz nehmen. Die Repräsentation des Staates ist eben wichtig.

Montag, 29. April 1946

Besprechung mit Stadt und Landestheater über die Zukunft des Landestheaters.¹⁴² Die Stadt stellt sich auf den Standpunkt, daß sie ein vollständiges Theater behalten will und evtl. Wiesbaden anbieten will, das Wiesbadener Schauspiel zu bespielen. Steinmetz stimmt meiner Auffassung sehr zu, daß die unglückliche Verteilung des Staatszuschusses in der Landesversammlung geändert werden würde. – Das Wahlergebnis mit Ahl besprochen.¹⁴³ Wir sind beide der Überzeugung, daß die SPD die führende Partei bleibt, Ahl meint, man müsse alle Parteien heranziehen, die SPD müsse den Ministerpräsidenten stellen, und so muß es zu einer großen Koalition unter unserer Führung kommen. Ich bin aus politischem Klarheitswillen eigentlich mehr für eine Linksregierung, aber taktisch gesehen mag Ahl recht haben. Der Landesdirektor [Paul] (Thüringen) meinte übrigens, daß die Zonengrenzen bald fallen würden. Wenn er das aus Kenntnis der Intentionen der russischen Militärregierung sagt, wäre das höchst befriedigend.

Montag vormittags Eröffnung der Forstschule in Schotten. Häring hielt eine gute politische Rede. Einige sehr nette Forstleute. Bei Tisch saß ich

¹⁴² In dieser Besprechung kamen die Vertreter der Stadtverwaltung und B. überein, gegen die ungerechte Verteilung der Staatszuschüsse zu protestieren und eine Drittelung zu fordern; vgl. HStA, 504/72: Henrich, 3.5.1946, „betr.: Großhessisches Staatstheater“. Kassel und Darmstadt erhielten ab Beginn der Spielzeit 1946/47 je 300 000 RM Zuschuß.

¹⁴³ Ergebnis der Kreistagswahlen in Groß-Hessen: SPD 44,1%, CDU 38%, KPD 8,3%, LPD 6,2% und Sonstige 3,4%.

neben dem einen amerikanischen Offizier und machte teilweise noch den Dolmetscher zwischen ihm und dem Minister. Nachmittags im Amt: die Wahlresultate. Für uns im großen und ganzen befriedigend. Vorher Telefongespräch mit Minister Venedey. Weyland soll unbedingt eingeführt werden. Dabei ergibt sich aus den Wahlresultaten, daß er nicht bleiben wird, da die CDU ihn ablehnt.¹⁴⁴ Warum sollen wir uns da eigentlich mit dem Affentheater blamieren?

Dienstag, 30. April 1946

Wiesbaden: Verfassungsausschuß morgens und nachmittags. Allgemein starker Eindruck der französischen Verfassung, die auch im Original vorliegt.¹⁴⁵ – Abends Marburg, sehr stark besuchte Versammlung, auch viel Akademiker. Meine Rede mit größtem allgemeinen Beifall aufgenommen.¹⁴⁶

Mittwoch, 1. Mai 1946

Morgens bei Ebbinghaus, wieder vollkommene Übereinstimmung. Sie planen für den Herbst einen internationalen Ferienkurs. Sehr gut. Unter Mittag kleine Ansprache im Jägerhaus bei Duderstadt & Co. Abends zu Hause das Referat für Montag gemacht.

Donnerstag, 2. Mai 1946

Verfassungsausschuß in Stuttgart, etwas beeinträchtigt durch schwüle Hitze und die Zentralheizung. Merkwürdig, daß wir vier Hessen in voller Übereinstimmung waren, ohne Verabredung.¹⁴⁷ Alle gegen Staatspräsident und erste Kammer. Schmid hat doch einen stark romantischen Einschlag, verbunden mit Pathos. Auf der Fahrt mit Brentano Einzelheiten über die Prozedur der Constituante verabredet. Wir gingen ganz einig, und auch er

¹⁴⁴ Zur Amtseinführung Weylands vgl. „Darmstädter Echo“ 8. 5. 1946 (Einführung des neuen Landrats des Kreises Dieburg). Im neugewählten Kreistag hatte die CDU 16, die SPD 14 Mandate (Wahlergebnis: CDU 45,5%, SPD 41,7%, KPD 12,8%). Statt Weylands (SPD) wurde im Juni Dr. Rudolf Belzer zum neuen Dieburger Landrat gewählt; vgl. Eintragungen 26. 6. und 23. 7. 1946.

¹⁴⁵ In dieser Sitzung wurde beschlossen, bei der Militärregierung eine Verlängerung der Frist bis zum 10. 6. zu beantragen, was zugestanden wurde. Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

¹⁴⁶ „Marburger Presse“ 3. 5. 1946 (Der Glaube an Deutschlands Zukunft).

¹⁴⁷ Hessische Mitglieder im Verfassungsausschuß beim Stuttgarter Länderrat waren außer B. Brentano, Blaum und Bauer.

hielt diese Vorbereitungen für sehr wichtig. Wir stimmten dahin überein, daß man die richtigen Leute an die richtigen Stellen setzen müsse, ohne mechanisches Parteiinteresse.

Freitag, 3. Mai 1946

Morgens toller Tag. Anfangend mit Liselotte und ihrem Kümmerchen wegen Zulassung. Dazwischen gab ich ein Interview für die „Gießener Freie Presse“¹⁴⁸, das ständig durch Telefongespräche unterbrochen war. Wirrnisse wegen eines Emigrantenzuges aus der Schweiz, dem aus einem Mißverständnis die ausgewiesenen deutschen Diplomaten beigehängt waren. Wie ich hörte, haben sie sich am nächsten Tag nach vielem Hin- und Hertelefonieren doch gelöst, und die Emigranten sind hier ausgeladen worden. – Walk mit Einigungsideen, denen ich widersprach. Er geht davon aus, daß man den Gegensatz zwischen Osten und Westen in Deutschland nicht vertiefen dürfe. Ich gehe davon aus, daß eine Vereinigung nur dazu führen würde, daß die radikalen Elemente die Linie bestimmten, abgesehen davon, daß die Öffentlichkeit uns dann mit dem Kommunismus identifizieren würde und unsere Chancen kaputt gingen. – Der Bürgermeister [Giegerich] von Nieder-Kainsbach trug mir vor über den Fleischbeschauer, die Hebamme und ähnliche Dinge und die Familienpolitik eines Beamten des Landratsamtes Erbach.

Nachmittags Wiesbaden bei vielen Ämtern. Im Wiederaufbauministerium platzte ich in eine Diskussion über neue Bauten. Es war belustigend, daß alle Herren auf meine genaue Kenntnis des Bezirks und lange Erfahrung besonderen Wert legten. Beim Abendessen Gespräch mit dem großhessischen Vertreter beim Interalliierten Kontrollrat, der sich von Frommann und anderen Eseln im Ruhrgebiet dahin hatte beeindrucken lassen, der Krieg zwischen Rußland und Angloamerika komme sicher. Überhaupt ein politisch ganz unbegabtes Huhn. Ich widersprach scharf und sagte, diese Großindustriellen seien politisch immer Esel gewesen und würden nie etwas anderes sein. Vorher Besprechung über die Darmstädter Theaterfrage. Ich habe da zwar nichts zu sagen, aber die Herren wünschen mein Urteil, und ich dudelte Gerechtigkeit. [...]

Samstag/Sonntag, 4./5. Mai 1946

Theis berichtet über den guten Ausgang der Besprechung mit Minister Binder über die Herstellung von Baustoffen aus Flugasche. – Nachmittags nach Hochwaldhausen. Samstag und Sonntag Verfassungsausschuß der

¹⁴⁸ „Gießener Freie Presse“ 4.5.1946 (Zonengrenzen würgen die Wirtschaft).

Partei, sehr nette Aussprache.¹⁴⁹ – Sonntag gegen Abend Wagenbach im Jägerhaus wegen Landratswahl. Er hat zwei andere Angebote.¹⁵⁰

Montag, 6. Mai 1946

Erweiterter Vorstand in Nauheim. Mein Referat trotz Sachlichkeit günstig aufgenommen. Pompöses Schlußwort, um zu zeigen, daß ich auch so kann. Kleiner Aufstand der mittleren Beamten wegen der „Fachleute“. Ich sondierte bei den Gießenern und den Offenbachern wegen der Landratswahlen. Sie scheinen nur ausgesprochene Parteimitglieder wählen zu wollen. Beschränkt. Ellenlange Diskussion, die nicht viel Neues brachte.

Dienstag, 7. Mai 1946

Friedrich wegen Abteilung V. Auch hier lächerliche Zentralisationsbestrebungen von Wiesbaden. Meine Schreiben gingen in Abschrift an Nischalke und Hoch.¹⁵¹ Faber über die Politik der Partei. Ritzel will geholt werden. Lächerliche Überschätzung. Emigranten sind ungeeignet. – Beim M.G. eine Stunde Gespräch mit Swarm. Zu den Wahlen sagte ich, ich hätte sie in einem Rutsch gewollt; er sagte, sie hätten dasselbe gewollt, aber vielleicht gerade deswegen sei es von den höheren Autoritäten nicht gemacht worden. Ich sprach über die Unmöglichkeit der Zonengrenzen; er stimmte zu. Ich sagte, wir als Deutsche dürften uns nicht an eine Siegermacht binden, um nicht Mißtrauen hervorzurufen. Er bekräftigt diesen Standpunkt. Er sagte, Demokratie sei in Deutschland nur möglich unter wirtschaftlich nicht ungünstigen Zuständen; ich stimmte lebhaft zu und bezog mich auf meine Ansprache an Amerika. Ich sagte, die Militärregierung müsse sich gegen die Zivilregierung abgrenzen. Wenn die Militärregierung zu verantwortlichen Personen Vertrauen habe, müsse sie diese arbeiten lassen und in Einzelheiten nur eingreifen in negativem Sinne, d.h. sie haben nur die Möglichkeit zu verhindern, nicht die Möglichkeit eigener Aktion. Nur wenn diese Grenze eingehalten werde, habe die Zivilregierung das nötige Vertrauen und die nötige Autorität. Er stimmte durchaus zu, was ich zum Anlaß nehmen werde, über diese Dinge eine Denkschrift zu machen aufgrund der vielen Beschwerden bei der Diskussion in Nauheim gestern. Walk gibt mir die Stichworte. Walk gegenüber scharf betont, daß auch Listenverbindung mit der KPD unser Tod sei.

¹⁴⁹ Zum Verlust der Protokolle Anm. 120/1946.

¹⁵⁰ Dr. Wagenbach, seit Mai 1945 Landrat des Kreises Gießen-Land, entschied sich für den Landratsposten des Main-Taunus-Kreises in Frankfurt-Höchst.

¹⁵¹ Bisher nicht ermittelt.

Mittwoch, 8. Mai 1946

Morgens Bad Nauheim. Ansprache anlässlich der Schlußfeier der Abiturientenkurse. Der Sohn Bach, der für die Abiturienten sprach, sagte, unabhängig von mir, ziemlich dasselbe wie ich, was ein gutes Zusammenklingen gab. Meine Rede wird stenografiert und unter Umständen vervielfältigt.¹⁵² – Auf dem Rückweg bei Altwein von der Degussa. Interessante Besprechungen. Ich nannte ihm Walk als geeignet.

Abends Theater „Die Illegalen“.¹⁵³ Man erlebte die Zeit der eigenen Angst wieder durch und war dadurch ungemein gefesselt.

Donnerstag, 9. Mai 1946

Beim M.G. Der Schutz der weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren wird für mein Gebiet genau nach meinen Vorschlägen geregelt. Schöner Erfolg. Ich dankte dem Obersten [Swarm] und sprach Sheehan gegenüber aus, daß dies wieder einmal ein Fall, der zur Tradition in Darmstadt gehöre. – Nachmittags 3 Stunden bei Merck, interessante Besichtigung der Firma, dann lange Unterhaltung über die Schwierigkeiten der Firma. Man will mir einige Denkschriften überreichen, die ich weiter benutzen kann. Die tödlichen Auswirkungen der Zonengrenzen sind wieder deutlich geworden.

Freitag, 10. Mai 1946

Besprechung mit Raupp wegen Wiederaufbau Neu-Isenburgs. Freitag abend Offenbach. Vor der Versammlung wurde mir mitgeteilt, daß Frau Sevenich unsere Partei sehr scharf und sehr illoyal angegriffen habe. Ich ging in meiner Rede darauf ein, und da Frl. Pfannmüller gerade da war, bat ich sie, die betreffenden Ausführungen zu stenografieren. Sie gab mir das am Samstag, und ich werde es Brentano übermitteln. So geht es nicht, so kann man nicht zusammen arbeiten. Eine Renegatenpsychologie der Frau von Sevenich.

¹⁵² Gedruckt als: „Ein Wort an die Jugend“. Ansprache des Herrn Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bergsträsser, Darmstadt, anlässlich der Abiturienten-Abschiedsfeier in Bad Nauheim im Kerckhoff-Institut am 8.5.1946, Darmstadt 1946; aufgenommen in den Sammelband L. Bergsträsser, Der Weg der Jugend in unserer Zeit, Offenbach 1947, S. 4–14.

¹⁵³ „Die Illegalen“ von Günter Weisenborn.

Samstag, 11. Mai 1946

Meine Nauheimer Rede wird gedruckt. Sie ist in einem schlechten Bericht von DANA verbreitet worden.¹⁵⁴ Haster von Unterredung mit Schramm berichtet. Der klagte entsetzlich über die Verwahrlosung der weiblichen jüngeren Jugend. Sie soll einen Bericht über Abhilfe machen. Das einzige, wozu man in Wiesbaden komme, war Unterhaltungsabend für die Mädchen zu machen, natürlich ohne Buben, wodurch die Wirkung sehr herabgesetzt werden wird. Ich sprach mich ziemlich zynisch aus und wies auf meinen Erfolg hin.

Mittags bei den Ärzten in Jugenheim. Kurioses Essen, Ansprache von mir, nachher Vortrag von Drigalski unter dem Titel „Politische Fragen“, wildes Gerede über die Nazis. Taktlos und wirkungslos, rein negativ. Ich ging sehr schnell weg.

Montag, 13. Mai 1946

Faber war am Parteitag bei Knothe (12. 5.).¹⁵⁵ Sie haben das Verhältnis zur Besatzungsmacht und vor allem auch den Fall Hamberger und die übrigen Verhältnisse sehr scharf behandelt. Auch die Frage Venedey spitzt sich zu. Sie soll nachmittags entschieden werden.¹⁵⁶

Nachmittags in Wiesbaden. Nach dem Essen Gespräch mit Schramm, der sich sehr über die reaktionären Strömungen in beiden Kirchen beklagt. Ich erzählte ihm von meinen Erfahrungen in Darmstadt. Daß ich mit dem kirchlich Gebundenen in der Auffassung so übereinstimme, ist immerhin eine Pikanterie. Ich sage ihnen deutlich meine Meinung über Herzfeld und Spira.

Abends beim Essen erzählt mir Dr. Mueller lange von seiner Reise im russischen Gebiet.¹⁵⁷ Es sei ungefähr wie bei den Nazis, viel freiwilliger Zwang, sehr gutes Leben der leitenden Leute. Jeder frage den Besucher gleich, ob er mit Unterkunft und Verpflegung in Ordnung sei, lade ein und Sorge für alles. Schrecklich seien die Essen mit den Russen, wo dauernd Toaste ausgebracht würden, nach denen man das Wasserglas voll Schnaps austrinken müsse. Die Ernährungsverhältnisse in den einzelnen

¹⁵⁴ Vgl. Anm. 152/1946.

¹⁵⁵ Knothe sprach am 12. 5. nachmittags auf einer Kundgebung im Reichsbahnausbesserungswerk Darmstadt; „Darmstädter Echo“ 11. und 18. 5. 1946.

¹⁵⁶ Knothe schrieb Venedey noch am gleichen Tage, daß er den Ausschluß beantragt habe; Archiv der Sozialen Demokratie (ASD), Best. Schumacher J 18: Knothe an Venedey, 13. 5. 1946. Unmittelbarer Anlaß war ein Interview Venedeys während des Besuchs von Paul, in dem er sich für die Einheitspartei aussprach. Vgl. Ernst-Ulrich Huster, Die Politik der SPD 1945–1950, Frankfurt 1978, S. 189 (dort Anm. 30).

¹⁵⁷ Zur Reise Muellers in die sowjetische Zone Overesch (wie Anm. 141), S. 253.

Gebieten seien völlig verschieden, in der Provinz Sachsen – da agrarreich – gut, im Land Sachsen schlecht. Es darf nichts über die Grenzen der einzelnen Länder, und hamstern ist schwierig, weil man für jede Reise eine Erlaubnis brauche. Die CDU wird schon überwacht. GPU in Tätigkeit. Sehr viel Abmontage von Fabriken, zweiten Gleisen der Eisenbahn etc. Die Polen lassen die abmontierten Sachen nicht durch, die vielfach an der Grenze verkommen. Die russischen Truppen benehmen sich jetzt gut, außer wenn sie betrunken sind. Er fuhr im Auto und wurde nicht behelligt. Die russischen Truppen sind kaserniert in Kasernen und Blocks. Wenn sie Schnaps bekommen haben, dürfen sie nicht raus. Fabriken arbeiten teilweise, aber meist für Rußland auf Reparationskonto. Von den westlichen Zonen wisse man überhaupt nichts. Die Propagandamaschine gäbe keine Nachrichten. Er meint, es sei wichtig, daß viele Leute dorthin reisten und man Nachrichten hingeben soll, um die Menschen zu stärken.

Nachher noch bei Zinn, angenehme Unterhaltung. Vorher erzählte mir Fräulein Buschette über ein langes Gespräch mit Hartshorne, dem sie die Auffassung der Jugendlichen nach einer Aufzeichnung, die sie mir zu lesen gab, vortrefflich auseinandergesetzt hatte. Noack redete mir zu wie einem lahmen Schimmel, zu dem Jugendtag zu kommen.¹⁵⁸ Ich sagte, ich spielte nicht gern Statist. Ich sei durch meine Tochter würdig vertreten.

Im Verfassungsausschuß legte Jellinek einen Entwurf der Grundrechte¹⁵⁹ vor, juristisch tüpflig, redaktionell unwirksam. Nachher lange Diskussion über die Stellung der Regierung. Freudiges Kopfnicken bei Hilpert, als ich die Stellung des Ministerpräsidenten, wie sie in der alten Reichsverfassung gefaßt ist, erklärte und die dort festgelegte Verantwortlichkeit als nur für das Erreichen von Mißtrauensquoten beachtlich bezeichnete. Hilpert ist eben ein Praktiker, und die anderen verstehen die Sachen nicht. Nach längerer Diskussion [Aussprache] über einen etwaigen Wirtschaftsrat als hemmendes Moment. Die Gegner dieser Institution jagten die Freunde von einer Position zur anderen. Auch Blaum war gegen den Wirtschaftsrat, weil er Gegner der ersten Kammer ist. Merkwürdig im Gespräch mit Zinn, daß er die Hamberger-Frage nicht begreift. Spät zurück.

Dienstag, 14. Mai 1946

Walk berichtet interessant von der Reise nach Leipzig zur Messe.¹⁶⁰ Es war doch offenbar alles ziemlich Attrappe. Dr. Peters schildert launig, wie er

¹⁵⁸ Von Noack geplanter „Tag der jungen Generation“; vgl. Anm. 169/1946.

¹⁵⁹ UB-MR, NL Bergsträsser 3: Grundrechte, Entwurf für Groß-Hessen, von Walter Jellinek; Protokoll VVA ebd.

¹⁶⁰ Walk gehörte zu der von Mueller geführten hessischen Delegation auf der Leipziger Messe.

die Schuh-Maschinen aus Schopfheim nach Offenbach brachte und nur alte nach Pirmasens ablieferte.¹⁶¹ Aber es geht alles sehr langsam, und die Schwierigkeiten der Wirtschaft nehmen ungeheuer zu. Wenn die Zonengrenzen nicht fallen, kommt sie zum Erliegen. – Bei Swarm wieder langes allgemeines Gespräch. Zonengrenzen, Verhältnis zur Militärregierung. Unterschied Wiesbaden – Darmstadt etc. Diese wöchentliche Plauderei ist immer sehr hübsch, ganz abgesehen von dem Paket Zigaretten, das nun schon ständiger Brauch geworden ist.

In Mannheim bei dem Industrie-Leutnant in Sachen Bassermann.¹⁶² Mein sehr offenes Reden gefiel ihm gut. Ich hoffe, es nutzt. Daß er nicht aktiv war, konnte ich sehr nachdrücklich betonen. – In Heidelberg bei Dibelius, Schwierigkeiten der Universität. Manche Lehrstühle gar nicht zu besetzen, Neuere Geschichte z. B. – Bei Durand¹⁶³: er klagte, daß die alten Lehrer so altmodisch seien, nicht in politischer Hinsicht, aber im Gesamtverhältnis zur Welt. Die moralische Gefährdung der Mädchen schlägt auch in seine Schule über. Er muß jetzt wahrscheinlich zwei wegen Abtreibungen entlassen. – Rosenhof: interessante Besichtigung der Züchtungsversuche für eine Kartoffel, die der Kartoffelkäfer nicht anfrißt.

Mittwoch, 15. Mai 1946

Steffan: Interessant, wie wir beide unabhängig voneinander die Politik der Partei fast mit den gleichen Worten begründen. Einladung zur Eröffnung der Hochschule Mainz. Sie sei nicht separatistisch. Separatismus überhaupt ziemlich aus.¹⁶⁴ – Mit Kammer über Religionsunterricht gesprochen. Es geht nicht, daß wir unsere Lehrer damit beschäftigen, die Kirche soll aufkommen.

Nachmittags Frankfurt a. M. die Zusammenkunft über Verfassung bei der „Rundschau“ für ein paar Minuten besucht. Mich mit Caspary über unsere Haltung besprochen. Noack redete Quatsch.¹⁶⁵ Vorher Arbeitsamt noch einmal meine Unzufriedenheit mit dem hiesigen dargelegt. Kolleg

¹⁶¹ Offenbar eine Umgehung von Demontage-Auflagen, kraft deren Maschinen der Schuhfirma Tack an die Schuhfachschule in Pirmasens geliefert werden sollten.

¹⁶² B.s Vetter Fritz Bassermann betrieb in Mannheim einen Chemikaliengroßhandel.

¹⁶³ Oberstudiendirektor Karl Durand in Heidelberg war B.s Studienfreund.

¹⁶⁴ Zu den separatistischen Bestrebungen in der Pfalz vgl. Hans Jürgen Wünschel, Der Neoseparatismus in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hansmartin Schwarzmeier, Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Kriegsende und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, Karlsruhe 1980, S. 249–328.

¹⁶⁵ Zu dieser Zusammenkunft und Noacks Rede ausführlich ‚Frankfurter Rundschau‘ 17.5.1946 (Im Gedenken an die Paulskirche).

über die neue französische Verfassung. Schlecht besucht, da die meisten Studenten meinten, daß ich wie die juristischen etc. Professoren diese Woche noch nicht lese.

Freitag, 17. Mai 1946

Euler über Handelskammer und vor allen Dingen über Zonengrenzen und die übrigen Hinderungen durch die Engländer. Es ist merkwürdig, daß die so unzugänglich und stur sind.

Nachmittags Einführung des Landrates in Alsfeld. Ich redete kurz. Der Landrat Raue macht nicht den Eindruck, als wäre er der Position gewachsen. Mandt sagte zynisch, in Alsfeld gäbe es nie Ordnung. Er rechnete damit, auch bald wieder dieses Landratsamt mitversehen zu müssen, und sagte mir am Dienstag darauf, das Gescheiteste sei eigentlich, die beiden gleichgearteten Kreise zusammenzulegen.¹⁶⁶ Das könne ein Landrat machen. Er hat wohl recht in allen praktischen Dingen. Die Einführung vor der endgültigen Wahl war Unsinn. Ich ging auch auf diese Dinge nicht besonders ein. Die SPD wollte darüber eine Erklärung abgeben, was ich aber abbog. Die Feier war in einem Kinosaal, auch sehr unfeierlich, keine Musik und nichts besonderes. So etwas wirkt dann nicht und verfehlt damit seinen Zweck.

Sonntag, 19. Mai 1946

Kreiskonferenz der SPD hier. Ich soll hier Spitzenkandidat sein, aber mit der Bedingung, hier zurückzutreten zugunsten von Riegel, und man will beantragen, daß ich als erster auf die Landesliste komme. Ich konnte dagegen nichts tun. Es wäre mindestens die Möglichkeit, den gänzlich ungeeigneten Riegel von der ersten Stelle zu entfernen. Nun wollen wir in Frankfurt a. M. erreichen, daß allgemein bestimmt wird, daß die, die auf der Landesliste und auf einer Kreisliste gewählt werden, für die Kreislisten annehmen.¹⁶⁷ Dann könnte man diesen Schwätzer ausschalten. Die Partei ist sich nicht im klaren darüber, was eine Volksvertretung bedeutet.

Abends in Wiesbaden bei Oskar Müller mit Leuten von der SPD und KPD zusammen. Sehr nette politische Unterhaltung bis 12 Uhr. Mit Leuten wie Müller, Bauer und Fisch kann man gut auskommen. Wenn nur die anderen nicht wären, die blöden Schreier. Positiv ergab sich allerdings wenig. Atmosphärisch war es wirkungsvoll.

¹⁶⁶ Raue wurde zum 1.7.1946 durch den vom neuen Kreistag gewählten Landrat August Rosenkranz abgelöst, der bereits 1945 an der Spitze des Kreises gestanden hatte; vgl. Anm. 14/1946. Zur Frage der Zusammenlegung der beiden Vogelsbergkreise auch Eintragung 14.2.1948 mit Anm. 33/1948.

¹⁶⁷ B. kam nicht auf die Landesliste.

Montag, 20. Mai 1946

Landräte-Versammlung in Eltville bei Matheus Müller.¹⁶⁸ Schöne Säle. Zum Mittagessen Fisch und Sekt, glücklicherweise sehr herb. Langes Gespräch mit Regierungspräsidenten Haussmann, der mir sagte, sie hofften sehr, ich würde die Nachfolge von Venedey übernehmen. Als ich sagte, erste Bedingung wäre die Entlassung von Hamberger, meinte er, das sei bei der Militärregierung sofort zu erreichen, Venedey decke ihn. Da ich mit Haussmann vertrauensvoll zusammenarbeiten kann, trete ich diesem Projekt nun doch näher, um so mehr als es notwendig wäre, daß Geiler unter eine wirkungsvolle Kuratel gestellt wird; er macht sonst zu viel Unsinn. In seiner Rede plauderte er Dinge aus, die ich in Anwesenheit der Presse nie gesagt haben würde, auch über die außenpolitischen Verhältnisse. Daß Frankreich alles hemmt, ist richtig, aber man kann darüber nur hinwegkommen, wenn man sich mit den Franzosen ausspricht. Davon versteht er natürlich nichts. Ich gehe deswegen Mittwoch zur Eröffnung der Universität nach Mainz.

Als ich zurückkam, Bericht von Gisela über die Jugendtagung.¹⁶⁹ Der romantische Simpel Noack hat dabei als politischer Referent des Ministerpräsidenten wieder seinen ständischen Blödsinn vertreten, obwohl unser Verfassungsausschuß in der Ablehnung gerade dieser Dinge völlig einig ist. Ich werde aufs schärfste im Verfassungsausschuß protestieren. Wenn er als Privatperson spräche, wäre es anders. Aber das können wir uns nicht bieten lassen, daß ein politischer Narr in der Öffentlichkeit und gar bei der Jugend gegen uns auftritt. Im übrigen erzählte Gisela, daß man bei dieser ganzen Sitzung offenbar die jugendlichen Arbeiterkreise zu wenig berücksichtigte, Kommunisten schienen gar keine dagewesen zu sein, und daß man überdies [...] in der Leitung bestrebt war, auch die sozialistische Gruppe nicht recht zum Zuge kommen [zu] lassen. Auch das geht nicht. Sie wird einen Bericht machen.

Erste Vorlesung in der Technischen Hochschule. Sehr voll. Nachher Unterhaltung mit zwei Studenten, die mich nach Hause brachten. Abends langes Gespräch mit Lautz über Politik, Jugend etc.

¹⁶⁸ Zu dieser Sitzung in der Sektkellerei Matheus Müller ‚Darmstädter Echo‘ 25. 5. 1946 (Arbeitsgemeinschaft der Landkreise).

¹⁶⁹ Der „Tag der jungen Generation“ am 18./19. 5. 1946 in Königstein, an dem u. a. Geiler, Blaum und Brentano teilnahmen. Materialien in: HStA, 1126 NL Geiler 18. Geilers Rede in: Karl Geiler, Geistige Freiheit und soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland, Wiesbaden 1947, S. 111–120.

Dienstag, 21. Mai 1946

Militärregierung, Einladung zum Essen auf Freitag, beide besonders nett wie immer. Sie verkleinern sich, um uns mehr zu überlassen. Auch Swarm findet das richtig. – Gleich mit Ahl und Faber die Wiesbadener Situation besprochen.

Mittwoch, 22. Mai 1946

Zur Eröffnung der Universität nach Mainz. Sehr interessant, sehr gute Rede von Hallstein, vom Bischof, vom Rektor [Prélot] von Straßburg. Der Vertreter der französischen Militärregierung sprach nur von den Gebieten, die Frankreich verwaltet. Ein anderer Franzose sprach davon, daß Frankreich eine an den Rhein reichende Großmacht sei.¹⁷⁰ Die Franzosen sind vorsichtig und zurückhaltend, indem sie z. B. verboten haben, französische Fahnen auf dem Terrain der Universität zu hissen, das sei eine deutsche Sache. Langes Gespräch mit Falck. Es kann keine Rede davon sein, daß die Universität separatistisch sei. Im Regierungsbezirk überhaupt eigentlich kein Separatismus. – Abends in Gießen, sehr gute Versammlung; Aula voll.

Donnerstag, 23. Mai 1946

Mit Krapp Fragen der Brandversicherung besprochen, worauf mich Falck aufmerksam gemacht hatte. Ihm die Weisung gegeben, alle Bänder nach drüben (Rhein Hessen) zu pflegen.

Nachmittags Verfassungsausschuß in Wiesbaden. Ich habe mich sehr deutlich dagegen ausgesprochen, daß Noack als politischer Referent des Ministerpräsidenten auf der Jugendtagung ständische Ideen und Zweikammersystem vertrat. Bauer sekundierte. Geiler gab zu, daß das nicht ganz korrekt sei.¹⁷¹ Dann lange Diskussion über Grundrechte. Zum Schmerz von Jellinek wurde der Satz „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ als Privileg, und zwar ungerechtfertigtes, da es oft mißbraucht worden sei, gestrichen. Wir legten Jellineks Entwurf zugrunde, weil keiner von uns die Zeit gehabt hatte, einen eigenen zu machen. An Jellineks Ent-

¹⁷⁰ Als Vertreter der französischen Militärregierung sprachen die Generäle Pierre Koenig und Raymond Schmittlein; sämtliche Reden in: Ansprachen zur Eröffnung der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz am 22. Mai 1946, Mainz 1946.

¹⁷¹ Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3, mit ausführlicher Schilderung des Streits zwischen B. und Noack, in dem Geiler seinen Referenten in Schutz nahm.

wurf ist sehr gut, daß er die juristische Tragweite der Formulierungen scharf herausarbeitet, aber doch bemerkenswert, daß ihm der politische Sinn vielfach fehlt. – Abends Völker-Konzert in Neu-Isenburg.¹⁷²

Freitag, 24. Mai 1946

Faber berichtet über Absichten der Partei bezüglich Innenministerium etc. Ich habe sehr scharf betont, daß es von mir ein Opfer wäre, daß es aber sachlich anders nicht zu machen ist, wenn man die Regierung Geiler wenigstens unschädlich machen will. Ein anderer könnte das gar nicht leisten. Ich habe auch betont, daß ich als Bedingung stelle, auf die Landesliste zu kommen. Mich da zu übergehen, würde ich als Affront bezeichnen und Folgerungen daraus ziehen. In der Partei regen sich wieder die kleinen Sekretäre zum Unsegen. Das sind Leute, die nicht regieren können und nur einen unbeschränkten kindlichen Ehrgeiz haben.

Nachmittags wollte mich Bieberfeld über den Stand des Verfassungswerkes aushorchen. Ich sagte ihm nur, daß wir den Staatspräsidenten und die zweite Kammer abgelehnt hätten, lehnte es ab, ihm den Jellinek'schen Entwurf zu geben, da dieser vertraulich sei. Ich sagte ihm aber sehr deutlich, daß ich noch zu meiner alten Meinung stünde, nach den Wahlen müßte eine Regierungsumbildung kommen, da es unmöglich sei, mit einem unpolitischen Ministerpräsidenten und einem unpolitischen Finanzminister zu regieren. – Dr. Degen vom Landesarbeitsamt habe ich sehr deutlich meine Kritik am hiesigen Arbeitsamt gesagt. Er war derselben Meinung, und ich hoffe, es wird nun abgeholfen. – Nachmittags Bratu interessant über England erzählend. Er ist im Hauptquartier in Oeynhausen, nahm alle meine Denkschriften mit.¹⁷³

Abends bei Swarm und Sheehan in Seeheim. Frau Sheehan lebhaft, klug, anteilnehmend, angenehm. Wir werden sie viel in deutsche Gesellschaft bringen, es wird nützlich sein. Sehr angenehmer Abend. Man tat uns alles Gute an, was man konnte. Wir wurden ein dutzendmal geknipst mit Amerikaner und ohne Amerikaner, mit einfacher Kamera und mit Bewegungsfilmen.

¹⁷² Der aus Neu-Isenburg stammende Kammersänger Franz Völker konzertierte mit seinem Sohn Georg.

¹⁷³ Der aus Offenbach gebürtige Artur Bratu, den B. aus seiner SPD- und Reichsbanner-Arbeit vor 1933 kannte, lebte während des Krieges als politischer Flüchtling in England; er war von Februar bis Oktober 1946 bei der German Personal Research Branch der britischen Militärregierung in Bad Oeynhausen tätig.

Sonntag, 26. Mai 1946

Nachmittags in Offenbach, wo die Wahlen sich verhältnismäßig schnell abwickelten, da jeder Wähler eine Benachrichtigung bekommen hatte.¹⁷⁴ Man hatte die Wahllisten mit der Adrema geschrieben, und so ging das vorzüglich. Es war um so wichtiger, als infolge des Regens sich die Wähler am späteren Nachmittag stauten. In Darmstadt führte das zu Unannehmlichkeiten, da hier die Wählerlisten nur handschriftlich waren und nicht innerhalb der Buchstaben, d.h. nicht die 100 Schäfer und die 100 Müller alphabetisch durcheinander. So standen um 6 Uhr vor Schluß der Wahl an einzelnen Wahllokalen noch 100 und mehr Leute, und ich konnte in die Lokale z.T. nur unter polizeilicher Bewachung hineingehen. Das muß für das nächste Mal geändert werden. Man hat die Absicht, es nach Straßen aufzubauen. In Frankfurt a. M. sollen die Wahllisten sehr schlecht gewesen sein, massenhaft waren Menschen nicht in den Wahllisten enthalten.¹⁷⁵ Auch Hoch erklärte mir, daß in Kassel viel Unordnung gewesen sei, und gerade die Arbeiter, die spät kamen, hätten nicht mehr wählen können.

Dienstag, 28. Mai 1946

Verfassungsausschuß Wiesbaden.¹⁷⁶ Nachmittags Forum. Da ich am Abend vorher eine kleine Gesellschaft mitgemacht hatte, war ich etwas müde, und es war einigermaßen anstrengend.

Mittwoch, 29. Mai 1946

Dr. Lemmer, der Bevollmächtigte des Länderrats für Wirtschaft in Minden, gab mir eine lange und anschauliche Schilderung über die Verhältnisse in der englischen Zone, wo durch bürokratische Kleinlichkeit und dadurch, daß jeder Betrieb ein Permit haben muß, der unter Umständen nach einigen Monaten entzogen wird, die Wirtschaft in volle Unordnung gerät. Wenn sich das nicht ändert, wird in drei Monaten überhaupt nicht mehr produziert werden können. Er stellte mir eine Denkschrift in Aussicht, die ich versuchen werde auf allerlei Wegen – Geddes – nach England zu bringen. Ich fuhr noch mit ihm zusammen nach Wiesbaden, und wir setzten die interessante Unterhaltung fort. Er beklagte auch sehr und

¹⁷⁴ Ergebnis der Wahlen in den kreisfreien Städten: SPD 41,2%, CDU 34,5%, KPD 11,5%, LDP 9,8% und Sonstige 2,9%. Ergebnis für Darmstadt: SPD 51,7%, CDU 30,1%, KPD 13,3% und LDP 4,9%.

¹⁷⁵ Die Frankfurter CDU wollte Protest gegen die Wahl einlegen; vgl. „Darmstädter Echo“ 29. 5. 1946 (CDU protestiert – Unstimmigkeiten in den Frankfurter Wählerlisten).

¹⁷⁶ Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

mit Recht, daß dort die Beamten nicht politisch tätig sein dürfen, daß infolgedessen die Bevölkerung der Führung entbehrt, sagte auch, daß in den Gewerkschaften dort starker KPD-Einfluß sei.

Mittags eingeladen bei Colonel Newman. Die 3 Regierungspräsidenten, steif. Ich saß Kelly gegenüber, mit dem ich mich zeitweise ganz gut unterhielt, trotz dessen, was zwischen uns liegt, wie die Affäre Hildebrandt und sein Eintreten gegen Metzger. Er kommt nach Marburg.¹⁷⁷ Plötzlich hielt Newman eine kleine englische Rede, die dann ins deutsche übersetzt wurde, in der er den Regierungspräsidenten für ihre Zusammenarbeit mit den Militärregierungen dankte und sagte, daß die regionalen Militärregierungen nun aufgehoben würden.¹⁷⁸ Diese Aufhebung ist falsch, denn wir müssen nun alle für uns wichtigen Dinge in Wiesbaden verhandeln, und der natürliche Instanzenweg ist verbaut, da die Militärregierung in Wiesbaden bleibt und die Militärregierungen für die Kreise auch bleiben. Wir haben Wiesbaden gegenüber nicht mehr den Rückhalt an unserer Militärregierung. Man fragt sich dabei, ob dieser Zentralismus von den Amerikanern oder etwa von der großhessischen Regierung gewünscht wird. Nach dem Essen sprach mich Newman an, englisch und zu seiner Dolmetscherin gewandt, worauf ich ihm zunächst sagte, daß ich englisch spreche, was ihn erstaunte und erfreute. Dann dankte er mir noch personell, und ich sagte ihm, als ich angefangen hätte, mit den Amerikanern zusammen zu arbeiten, hätte ich mir gesagt, da ich zwölf Jahre lang meine Überzeugung unter Hitler festgehalten hätte, hätte [ich] auch keinen Grund, mich unter den Amerikanern zu ändern. So hätte ich offen mit ihnen gesprochen, auch gesagt, was ich für richtig und unrichtig hielt. Wir hätten uns ausgesprochen und dadurch gut zusammen gewirkt. Ich tat das nicht ohne Absicht. Er war sehr freundlich.

Donnerstag, 30. Mai 1946

Hochwaldhausen; Verfassungsausschuß der Partei.¹⁷⁹ Ich habe in der Eigentumsfrage stark darauf aufmerksam gemacht, daß wir zurückhaltend sein müssen und scharf präzisieren müssen, welches Eigentum wir in Gemeineigentum überführen wollen. Die französischen Verhältnisse schrecken.¹⁸⁰

¹⁷⁷ Louis G. Kelly wurde, nachdem er als Leiter der für den Stadt- und Landkreis Darmstadt zuständigen Einheit bereits im Januar durch Frank R. Musgrove abgelöst worden war, im Juni 1946 Leiter der Militärregierung in Marburg.

¹⁷⁸ Vgl. Anm. 85/1946.

¹⁷⁹ Die auf dieser Sitzung verabschiedeten „Hochwaldhäuser Beschlüsse“ der hessischen SPD in: Kropat, Hessen, S. 122 (Dok. 82).

¹⁸⁰ Der von der französischen Nationalversammlung mit 309 gegen 249 Stimmen verabschiedete Verfassungsentwurf war im Volksreferendum mit 53% abgelehnt worden.

Freitag, 31. Mai 1946

Verfassungsausschuß in Wiesbaden. Wieder interessante Diskussionen, besonders über das Auflösungsrecht der Regierung, das ich unbeschränkt forderte nach englischem Muster.¹⁸¹ – Hoch erzählte nachher, daß die Amerikaner wieder auf ihm herumgekniet hätten, er solle Innenminister werden. Er will auf keinen Fall, was ich bedauere, erstens, weil er der sachkundigste Mann ist, und zweitens, weil ich dann die Sicherheit hätte, daß ich es nicht zu werden brauche.

Samstag, 1. Juni 1946

„Frankfurter Neue Presse“ Interview gegeben.¹⁸²

Dienstag, 4. Juni 1946

Wiesbaden, Verfassungsausschuß.¹⁸³ Interessante Debatte über Staat, Kirche und Religionsunterricht. Brentano war mit den sachlichen Formulierungen, die die anderen brachten, einverstanden, nur stieß er sich an dem Ausdruck „Trennung von Kirche und Staat“. Ich schlug vor „Abgrenzung“, und darauf ging er ein, aber die anderen nicht. Der feine Unterschied, der darin besteht, daß Trennung etwas feindliches, Abgrenzung etwas loyales bedeutet, war ihm natürlich klar, mir auch, und ich wurde durch diese Debatte in dem Gedanken bestärkt, wie wichtig es wäre, wenn man in der konstituierenden Versammlung erreichen könnte, daß die beiden großen Parteien sich ganz einigen und dann gemeinsam für die Verfassung eintreten. Ich besprach das auf der Rückfahrt mit ihm, wobei herauskam, daß wir beide in Darmstadt kandidieren werden, was ja dafür garantiert, daß der Wahlkampf hier anständig geführt wird. Venedey war nicht da, was alles sehr erleichterte. Die Finanzparagrafen machten einige Schwierigkeiten, sind aber dann auch überwunden worden. Dabei kam mir sehr klar zum Bewußtsein, daß man, um manche Dinge richtig zu würdigen, einmal in einem Parlament gesessen haben muß. – Die französischen Wahlen sind sehr bezeichnend. Rückgang der Kommunisten, während sie gleichzeitig in der Tschechoslowakei eine sehr starke Stellung haben.¹⁸⁴ Das mitteleuropäische Deutschland wird dadurch in seiner Bedeu-

¹⁸¹ Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

¹⁸² „Frankfurter Neue Presse“ 6. 6. 1946 (Männer in der Verantwortung III. Der Regierungspräsident)

¹⁸³ Protokoll VVA in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

¹⁸⁴ In den Wahlen zur Verfassungsberatenden Landesversammlung in der ČSSR am 26. 5. 1946 wurden die Kommunisten mit 38% stärkste Partei. Bei den Wahlen in

tung unterstrichen. Wir bekamen den bayerischen Verfassungsentwurf. Er ist geradezu grotesk diktatorisch.

Mittwoch, 5. Juni 1946

Nachmittags in Frankfurt a.M. langes Gespräch mit dem Chef der „Neuen Frankfurter Presse“¹⁸⁵, der klug über Verwaltung und über schlechte Organisation in Wiesbaden redete. – In der Universität bei Professor Kirn wegen Reichenau und bei Prof. Böhm wegen einer Zulassung, die sich inzwischen erledigt hat.¹⁸⁶ Dann Kolleg über die Wahlen in Holland, Belgien, Frankreich, CSSR, Italien. In meinem Kolleg war man sehr erstaunt, wie mir Liselotte nachher sagte, daß ich bei Besprechung der italienischen Wahlen mich gegen eine Spezialgesetzgebung gegen politisierende Geistliche wandte.¹⁸⁷ Diese Toleranz hatte man offenbar nicht erwartet. Um so besser; man wird, was ich sage, um so mehr diskutieren.

Donnerstag, 6. Juni 1946

Interessanter Bericht von Dr. Röthe, Geschäftsführer der MIAG in Ober-Ramstadt¹⁸⁸, über wirtschaftliche Verhältnisse im englischen Gebiet, durchaus dem entsprechend, was Dr. Lemmer erzählte. Dieser meint, daß es wesentlich darauf beruhe, daß die Engländer die deutsche Konkurrenz nicht wieder hochkommen lassen wollen, gibt allerdings zu, daß sehr viele englische Offiziere keinen Hehl daraus machen, daß sie gegen die Arbeiter-Regierung stehen.

Frankreich am 2.6.1946 büßten sie 6 ihrer Sitze ein; ihr prozentualer Anteil (incl. der ihnen angeschlossenen kleinen Splittergruppen) ging von 26,2% im Oktober 1945 auf 25,9% zurück.

¹⁸⁵ Lizenzträger der am 15.4.1946 zum ersten Mal erschienenen „Frankfurter Neuen Presse“ waren August Heinrich Berning und Hugo Stenzel. Mit wem B. sprach, war nicht zu ermitteln.

¹⁸⁶ Charlotte von Reichenau ersuchte vergeblich um Wiederzulassung an der Frankfurter Universität.

¹⁸⁷ Anspielung auf den gegen die Stimmen von Christdemokraten und Monarchisten angenommenen Artikel im italienischen Wahlgesetz, wonach sich der Klerus unter Androhung von Strafen jeder Art politischer Betätigung, inbegriffen der Stellungnahme für oder gegen eine Partei, zu enthalten hatte; vgl. Keesing's Archiv der Gegenwart 1946, S. 659 (D).

¹⁸⁸ Die Mühlenbau und Industrie A.G. (MIAG) in Ober-Ramstadt war von den Amerikanern beschlagnahmt worden, da sie während des Krieges vor allem Geschützteile für die Artillerie hergestellt hatte; sie verlegte ihren Sitz später nach Braunschweig.

Dienstag, 11. Juni 1946

Verfassungsausschuß Wiesbaden, Schlußsitzung.¹⁸⁹

Mittwoch bis Samstag, 12. bis 15. Juni 1946

Mehrere Besuche in Sachen Innenminister. Ich präzierte noch einmal in einem Brief an den Parteivorstand meine Auffassung über die Bedingungen, unter denen allein ein Mitglied der Partei den Posten des Innenministers übernehmen könne, besonders in der Frage Hamberger und der Frage des Ministerialdirektors. Inzwischen hat sich die ganze Geschichte gelöst wie das Hornberger Schießen, indem nach einer Mitteilung von Faber Venedey über die Militärregierung gegen seinen Ausschluß aus der Partei protestiert, Knothe entgegen dem Parteistatut einem Schiedsgericht zugestimmt und dieses keinen Grund zum Ausschluß gefunden hat, da alles, was Knothe vorbrachte, nur Gerede war und keine Tatsache. So bleibt Venedey, und wir bleiben, wo wir sind. Die Blamage liegt natürlich bei Knothe und der Partei. Mir persönlich ist es sehr angenehm so.¹⁹⁰

Nachmittags nach Marburg. Dort die „Marburger Gespräche“ mitgemacht bis Freitag abend.¹⁹¹ Samstag morgen zurück, in Nauheim die Fahrt unterbrochen und mit dem Besitzer des Hotel „Kaiserhof“, Eilermann, Besprechung über die Möglichkeit, die Kur in Bad Nauheim wieder in Gang zu bringen. Er will mir das ganze Material geben, und ich werde wohl einmal nach Wiesbaden zu Colonel Newman in dieser Sache fahren.

Am Mittwoch vormittag wurde mir noch die Kandidatur in Gießen-Land angeboten, die ich auch annehme, weil auch das der einzige Weg ist, die Kandidatur eines Partei-Bönzleins zu hintertreiben. So muß ich in diesem Wahlkreis einige Versammlungen abhalten, was immerhin bequemer ist wie Kassel, da ich überdies am Sonntag einen ruhigen Morgen im Jägerhaus habe. Auf der Fahrt nach Marburg wurden die Einzelheiten in Gießen festgelegt. Mein Ersatzmann ist ein Landwirt, und es wäre ein ganz erfreulicher Zuwachs für die Partei, denn, wenn ich hier in Darmstadt gewählt werde, nehme ich hier an.¹⁹²

¹⁸⁹ Letzte Sitzung des VVA; Druck des in dieser Sitzung verabschiedeten Texts: Entwurf einer Verfassung für Hessen nach den Beschlüssen des Vorbereitenden Verfassungsausschusses für Groß-Hessen, Kassel 1946.

¹⁹⁰ Dem Parteivorstand in Hannover erschienen die Gründe für einen Ausschluß damals nicht ausreichend: ASD, Best. Schumacher J 18: Parteivorstand an Knothe, 18. 5. 1946. Venedey wurde schließlich am 3. 7. 1946 ausgeschlossen; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 87.

¹⁹¹ Marburger Hochschulgespräche; vgl. unten, Anm. 194/1946.

¹⁹² Vgl. dazu Eintragung 29. 6. 1946 mit Anm. 207/1946.

In Marburg war es sehr interessant, da eine Reihe Amerikaner und mehrere Schweizer anwesend waren, mit denen ich vielerlei sprach. Ich habe zweimal in die Diskussion eingegriffen, einmal in der Frage der Studentenauswahl und was damit zusammenhängt, einschließlich der politischen Ausbildung der Studenten, und ein andermal in der Frage der Freiheit der Wissenschaft, wo wir dann noch eine Sondersitzung hatten und ich Hallstein und Ebbinghaus nachher privat die politische Situation klarlegte und die Abneigung weiter Kreise gegen die Hochschulen und dagegen, daß diesen ein Privileg gegeben werde. – Besonders wichtiges Gespräch mit Professor Loewenstein von OMGUS, d.h. der amerikanischen Abteilung des Kontrollrates. Er ist der Mann, der die Verfassungen von den Amerikanern aus prüft, und erklärte sich scharf gegen den bayerischen Entwurf. Er sprach mit mir auch über die Verhältnisse in Hessen, die ich ihm sehr offen schilderte. Ich hatte sein Herz gewonnen dadurch, daß ich auf eine Frage nach Arnold Bergsträsser deutlich meine Meinung sagte.¹⁹³ Ich habe damit einen Weg zu den obersten amerikanischen Stellen, und das ist gut. Viele sonstige Bekanntschaften. Diskussionen auf sehr hohem Niveau, aber sehr theoretisch, was der amerikanischen Mentalität widerspricht, ebenso der der Schweizer, so daß meine den Einzelheiten des Lebens zugewandten Ausführungen ihrem Pragmatismus wohl gefielen. Es ist immer dieselbe Leier. Ausgezeichnetes Referat von Mitscherlich über die jetzige Jugend.¹⁹⁴ Meine Ansprache gefiel ihm sehr gut. Die Tage waren für mich erholsam.

Sonntag, 16. Juni 1946

Leuschner-Feier, ausgezeichnet verlaufen, für meine Rede vielfach beglückwünscht.¹⁹⁵ – Nachmittags Konzert Ellen Bassermann bei uns, großer Erfolg für die junge Künstlerin.

Montag, 17. Juni 1946

Viel Hin und Her über Ausführungen von Geiler im Landesausschuß, ich hätte in der Zeit meiner Selbständigkeit dem großherzoglichen Hause ei-

¹⁹³ Noch 1948 plädierte B. dafür, daß sein in die USA emigrierter Vetter Arnold keine Professur erhalten sollte; UB-MR, NL Bergsträsser 3: B. an Karsen (Dir. OMGUS Education and Cultural Relations Division), 31.5.1948.

¹⁹⁴ Mitscherlich referierte zweimal: „Politische Gesichtspunkte in Forschung und Leben der gegenwärtigen Studenten“ und „Die Not der Studenten“, beide in: Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt 1947.

¹⁹⁵ ‚Darmstädter Echo‘ 19.6.1946 (Die Gedächtnisfeier im Landestheater).

nige Hunderttausend Reichsmark ausgezahlt.¹⁹⁶ Das ist völlig falsch, und ich werde eine Erklärung dagegen loslassen. Wir haben nichts gezahlt. Meiner Meinung nach besteht die rechtliche Verpflichtung, aber wir hoffen auf ein neues Arrangement. Die falsche Darlegung von Geiler könnte mir und der Partei sehr schaden und muß infolgedessen öffentlich und sehr scharf dementiert werden.

Dienstag, 18. Juni 1946

Nachmittags bei Merck Betriebsappell, gesprochen, viel Beifall, der von den Betriebsherren mir gegenüber als etwas besonderes hervorgehoben wurde.¹⁹⁷ In der Nazizeit sei das nie vorgekommen. Auch wurde mir nachher mitgeteilt, daß meine Rede viel diskutiert worden sei. Zweck der Übung. – Abends Versammlung in Darmstadt, schlecht besucht.¹⁹⁸

Mittwoch, 19. Juni 1946

Langes Gespräch mit Konsul Gaire. Er ist sehr verständig und behauptete sehr, daß man in Frankreich mancherlei gelernt habe. Er persönlich sei gegen eine Aussonderung des Ruhrgebietes, weil er vollständig verstehe, welche politische Wirkungen das haben müsse. Gaire ist Lothringer, spricht sehr gutes Deutsch. Der alte Sekretär, der mir so manches Mal ein Visum schnell verschafft hatte, begrüßte mich lebhaft und sehr erfreut. [...]

Freitag, 21. Juni 1946

Dr. Clemm erzählt, der Finanzminister wolle ein Generalstaatsarchiv für ganz Groß-Hessen. Badisches Vorbild für hiesige Verhältnisse unmöglich. Auch aus Raumgründen wohl kaum durchzuführen. Wegen der Universität in Marburg vollständig falsch, denn die braucht am Ort ein Archiv zur Ausbildung der Studenten.¹⁹⁹

¹⁹⁶ In der Sitzung des Beratenden Landesausschusses am 7.6. hatte Geiler auf die Anfrage der KPD, welche Zahlungen das Land Groß-Hessen an das großherzogliche Haus geleistet habe, erklärt, daß die Zahlungen auf einem Vertrag beruhten, der vor der Entstehung des Landes Groß-Hessen von der von B. geführten hessendarmstädtischen Regierung abgeschlossen worden sei; Protokoll in: AHLT, BerLA 3c/08, S.83. Vgl. auch Eintragung vom 25.6.1946 mit Anm. 202/1946.

¹⁹⁷ ‚Darmstädter Echo‘ 22.6.1946 (Regierungspräsident bei Merck).

¹⁹⁸ ‚Darmstädter Echo‘ 26.6.1946 (Prof. Dr. Bergsträsser sprach).

¹⁹⁹ Der Finanzminister hatte zum Haushaltsvoranschlag des Kultusministers vermerkt, er sei dafür, zwei der drei aus den historischen Territorien erwachsenen

Samstag, 22. Juni 1946

Mit Hoffmann über Staatsbürgerkunde an den Hochschulen gesprochen. Ich werde in einem Artikel in der „Neuen Zeitung“ einiges bringen, was wir verabredet haben.²⁰⁰ – Abends Rede in Laubach.

Sonntag, 23. Juni 1946

Mittags Grünberg, abends in Hungen. Die letzte Versammlung im Verhältnis am besten besucht. Scheußliches Wetter, etwas hinderlich. In Hungen wurde mir erzählt, daß darüber geredet werde, daß ich im Jägerhaus öfters sei und da Sektgelage abhalte. In Grünberg hat ein Nazi erzählt, dem Herrn Duderstadt sei eine Menge Fleisch beschlagnahmt worden, es sei aber nachher zurückgegeben worden, weil es für mich bestimmt gewesen sei, und zwar 30 Pfund Leberwurst und noch einiges andere. Sachverhalt: dem Fahrer [Hermann Schork] vom Herrn Duderstadt, dem Bruder meines [Adolf Schork], sind einmal 4 Pfund Schinken weggenommen worden. Er konnte aber nachweisen, daß er sie ordnungsgemäß erworben und nur einem Metzger zum Einsalzen gegeben hatte, so bekam er sie wieder. Ich überlege, ob ich den Mann verklage.

Montag, 24. Juni 1946

Abends Schumacher-Versammlung, etwa 9000.²⁰¹ Er nicht so gut wie wohl sonst, mir in manchem zu scharf. Sein Gegensatz gegen Rußland wurde zu deutlich. Er würde aufgrund dieser Rede nie Ministerpräsident (Reichskanzler oder Außenminister) werden können. Agitatorisch sehr wirkungsvoll, aber doch wäre es vielleicht auch da besser gewesen, mehr zu dämpfen. Ich komme immer mehr zu der Anschauung, daß auch die Bevölkerung, d. h. gerade die, die nicht zu uns gehören und schwanken, mit sachlichen Darlegungen leichter zu gewinnen wäre als mit Schärfe.

Staatsarchive (Darmstadt, Marburg, Wiesbaden) aufzuheben „oder, wenn dies besonderen Bedenken begegnen sollte, als Abwicklungsstelle (k.w.) zu bezeichnen“; vgl. StA-DA, Dienstakten 123. Dazu Eintragungen 26.6. und 17.7.1946 mit Anm. 203 und 215/1946.

²⁰⁰ Der geplante Artikel wurde offenbar nicht gedruckt.

²⁰¹ Zu Schumachers Rede ausführlich ‚Darmstädter Echo‘ 26.6.1946 (SPD niemals Staatspartei einer fremden Gegenmacht).

Dienstag, 25. Juni 1946

Anruf vom Pressechef des Ministerpräsidenten [Bartsch]. Sie hatten eine pflaumenweiche Erklärung in der Sache der Zahlungen an das großherzogliche Haus gemacht, die mir nicht paßte, so daß ich eine Gegenformulierung machte, die er mit dem Ministerpräsidenten besprechen sollte. Inzwischen habe ich nichts von Wiesbaden gehört, aber ich habe meine eigene Erklärung im „Echo“ veröffentlicht, die auch nun durch Plakate weiter bekanntgemacht wird.²⁰² Ich lasse mir meinen anständigen politischen Namen durch derartige Mätzchen nicht kaputt machen.

Abends Rede in Allendorf a.d.Lumda. Infolge der plötzlichen Benzin-sperre durch die Amerikaner hätte ich nicht hinfahren können, wenn mir Major Sheehan nicht das Benzin zur Verfügung gestellt hätte. Nach der Rede Einladung zu der Metzgersfrau dort, die wir bei unserem ersten Aufenthalt im Jägerhaus letztes Jahr kennengelernt hatten. Es gab Beefsteaks mit Bratkartoffeln und Salat und dann noch gut belegte Brote, von denen ich auch noch zwei aß. Nach der schlechten Ernährung der letzten Tage war das eine Wohltat.

Mittwoch, 26. Juni 1946

Der neue Landrat von Dieburg [Belzer] stellt sich vor. Er kommt aus dem Badischen. Ich gab ihm gute Lehren über den Umgang mit den Amerika-

²⁰² „Darmstädter Echo“ 26.6.1946 (Erklärung): „Keinen roten Heller hat das Großherzogliche Haus im Jahre 1945 von der Regierung in Darmstadt bekommen, als diese noch selbständig war. 1946 hat der Finanzminister Dr. Mattes in Wiesbaden die Regierungshauptkasse in Darmstadt veranlaßt, eine Zahlung an dieses Haus zu machen. Wenn der Ministerpräsident Dr. Geiler meinen Namen mit dieser Angelegenheit in Verbindung gebracht hat, als er die Anfrage der KPD beantwortete, so war seine Antwort unzutreffend: er war falsch informiert von Beamten, die es nicht einmal für nötig hielten, in Darmstadt über diesen Sachverhalt anzufragen. Wer weiterhin behauptet, daß die Regierung in Darmstadt unter meiner Leitung Zahlungen an das Großherzogliche Haus gemacht hat, der lügt.“ Vgl. dazu StA-DA, O 24 NL Hesse 50/14: B. an Geiler, 18.6.1946, sowie Mattes an Militärregierung Wiesbaden, 25.5.1946 (Bericht über Zahlungen an Prinz Ludwig von Hessen). Demnach hatte B. mit Schreiben vom 9.2.1946 bei der Landesregierung angefragt, ob aufgrund des 1930 revidierten Auseinandersetzungsvertrages von 1919 weiterhin Zahlungen an das großherzogliche Haus zu leisten seien. Nach dem Vertrag waren bis einschließlich 1947 jährlich 400 000 RM als Abfindungsrate zuzüglich 190 000 RM für die Verzinsung der Restsumme zu zahlen. Die 1944 noch ordnungsgemäß erfolgten Zahlungen waren 1945 eingestellt worden. Das Finanzministerium verfügte dann, daß nicht der volle Betrag zu zahlen sei, da das auf den Volksstaat Hessen übergegangene Vermögen von 74 000 Hektar Forstbesitz zum Teil außerhalb der Grenzen des neuen Landes Groß-Hessen lag. So kamen als Tilgungsrate nur 350 000 RM zuzüglich 150 000 RM Zinsen zur Auszahlung. Der Zinsanteil floß zudem aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 zu 95% wieder in die Staatskasse zurück, während die Tilgungsrate zur Deckung rückständiger Steuerforderungen verwandt wurde. Im Juli 1946 verfügte die Militärregierung eine Zahlungssperre.

nern einschließlich Nichtverbeugen und Nichthackenklappen. Wie er wegging, klappte er doch, und ich machte ihn darauf aufmerksam. – Landrat Uebel kam wegen Räumung von Buchschlag und Neu-Isenburg. Es wird nicht viel zu machen sein. – Dr. Clemm zeigte mir den Entwurf einer Denkschrift gegen die Zentralisation der Archive.²⁰³ Ich gab ihm noch einige Punkte. Das war wieder ein Zeichen des Mattes'schen Napoleonismus; weil man in Baden ein General-Landesarchiv hat, will er es hier auch, und hier ist es unmöglich. – Abends in Offenbach. Nachher sehr nett mit Parteifreunden zusammen.

Donnerstag, 27. Juni 1946

Besuch von Severing, Mittagessen bei mir, angeregte Unterhaltung. Nicht allzuviel Politisches. – Abends Eberstadt, sehr gute Versammlung. Meine Erklärung betr. die Fürstenabfindung wirkt.²⁰⁴

Freitag, 28. Juni 1946

Morgens den amerikanischen Captain hier begrüßt, der meinen Schulleuten über dortige Lehrerbildungsanstalten erzählte. Dann Vortrag bei den Fürsorgerinnen über die Grundfehler der deutschen Politik in den letzten fünfzig Jahren.

Nachmittags in Heppenheim, Rede bei der Abiturienten-Abschiedsfeier. 500 Menschen. Dann 2½ Stunden Abendessen und guten Wein, dann im selben Lokal, Turnhalle, politische Rede, auch sehr gut besucht. Es waren viele Jugendliche vom Nachmittag wiedergekommen. Weinangeregter sprach ich sehr lebhaft. – Dann noch bei Keil.

Samstag, 29. Juni 1946 [und Folgetage]

Abends [am 28.6.] Rede in Wetzlar. Übernachtet in Nauheim, morgens von dort bis Vilbel Wahllokale besucht. In Vilbel dazwischen bei einem

²⁰³ Clemms erster Bericht an den Kultusminister vom 26.6.1946 „betr.: Die Organisation der staatlichen Archive in Großhessen“ kam dem Erlaß vom gleichen Tage zuvor; vgl. Anm. 199/1946; Entwurf StA-DA, Dienstakten 123; Kopie Mat. Bergsträsser. Clemm, der sich ausdrücklich auf die einschlägige Fachkompetenz B.s berief, brachte verwaltungspraktische und finanzielle Gründe gegen die Zusammenfassung: „Ein großräumiger Zentralismus, der ja an sich schon nicht dem deutschen Wesen entspricht und auch tatsächlich der französisch-napoleonischen und rheinbündlerischen Verwaltungspraxis mit ihren diktatorischen und absolutistischen Tendenzen entstammt, würde für die Archive bzw. ihre Wirkungsmöglichkeiten und ebenso für die Verwaltung nur eine Einengung und Hemmung bedeuten.“ Vgl. dazu die gegenteiligen Vorschläge Clemms im Vorjahr, Eintragung 1. 11. 1945.

²⁰⁴ Vgl. Anm. 202/1946.

Onkel von meinem Fahrer Schork, einem alten SPD-Mann, eingekehrt und ein Glas Wein getrunken. Sehr nette Unterhaltung. Nachmittags noch in Babenhausen, dann nach Bamberger Mühle.²⁰⁵

Am zweiten Abend [wohl 30. 6.] kam um 12 Uhr Gisela ins Zimmer, die den holländischen Verbindungsoffizier [Velleman] und einen Herrn Mozer aus Amsterdam mitbrachte, der mich von meiner Parteigeschichte her kennt, eine Reise durch Deutschland macht, über die er auch dem Auswärtigen Ministerium in Holland berichtet und mich unbedingt sprechen wollte.²⁰⁶ Wir saßen bei Wein von mir und Zigaretten von der Gegenseite bis zwei Uhr in höchst anregendem Gespräch. Er berichtete über die Arbeiterpartei dort, über die politische Stimmung und über ihre Paneuropa-Pläne, die mir den Haken zu haben scheinen, daß man sich dort an dem natürlichen Übergewicht Deutschlands stößt, das nun doch nicht beiseite zu schaffen ist. Er sagte mir, daß Holland auch einiges Besatzungsgebiet übernehmen will, aber nur unter der Bedingung, in den Kontrollrat zu kommen. Ich sagte ihm, das sei richtig und ich würde das begrüßen. Mir scheint, daß dadurch die Möglichkeit gegeben wäre, den Kontrollrat etwas elastischer zu gestalten, und das wäre richtig.

Acht Tage später besuchte mich Riegel wegen der Annahme der Kandidatur in Gießen, die der Parteivorstand von mir fordere.²⁰⁷ Ich wollte keinen Krach machen und gab es zu, es ist natürlich idiotisch. – Wenn man ein paar Tage in Bayern ist, hat man den Eindruck, als klappe dort alles nicht. Schlechte Postverhältnisse, man kann z.B. außerhalb des Kreises nicht telefonieren ohne Erlaubnis der Militärregierung. Ich telefonierte mit der Militärregierung in Alzenau, die mir sagte, für die Bamberger Mühle sei eigentlich Lohr zuständig, aber der amerikanische Offizier sagte, ich solle dem Postamt gegenüber erzählen, er habe nichts dagegen. Wenn das Postamt darauf eingehe, sei es sehr gut. Ich bedankte mich lebhaft, und es klappte.

²⁰⁵ B. machte in der Bamberger Mühle bei Schöllkrippen im bayerischen Kreis Alzenau Urlaub.

²⁰⁶ Mozer war zuvor in Begleitung des niederländischen Ministerpräsidenten Schermerhorn durch die britische Zone gereist; vgl. Walter Lipgens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. Erster Teil: 1945–1947*. Mit zwei Beiträgen von Wilfried Loth, Stuttgart 1977, S. 141.

²⁰⁷ B. blieb bei der Entscheidung für die Kandidatur im Wahlkreis Gießen-Land, so daß Riegel als sein Vertreter auf der Liste Darmstadt-Stadt in die Verfassungberatende Landesversammlung gelangte. Ergebnis der Wahlen: SPD 44,3%, CDU 37,3%, KPD 9,7%, LDP 8,1%, Arbeiterpartei 0,6%; Sitzverteilung: SPD 42, CDU 35, KPD 7, LDP 6.

Sonntag, 14. Juli 1946

Abends zurück, nachdem wir noch in Dieburg bei Ostheimers eingekehrt waren, wo wir den Landrat Belzer trafen, mit dem ich mich längere Zeit unterhielt. Angenehmer Mann. Er erzählte mir von Mattes, nicht eben Günstiges. Mattes war als badischer Finanzminister der volksparteiliche, also reaktionäre Nachfolger [von Staatspräsident Schmitt] im Jahre 1932. So sieht er auch aus.²⁰⁸

Montag, 15. Juli 1946

Morgens ab 10 Uhr Fraktionssitzung in Wiesbaden. Ich soll den Vorsitz im Verfassungsausschuß übernehmen. Ich sprach sehr häufig, wenn auch nur sehr kurz, und alle meine Vorschläge über Handhabung der Verfassungsberatungen etc. etc. wurden angenommen, und einige Mitglieder sprachen mir nachher noch ihre besondere Anerkennung aus. Auch Knothe nahm alle meine Vorschläge, ich möchte fast sagen, ungesehen an. Man scheint in diesem Fall die Empfindung zu haben, daß ich der Einzige bin, der in Betracht kommt.

Nachmittags Eröffnungssitzung mit der Unwirksamkeit, die derartige Dinge immer haben. Der 76jährige Alterspräsident [Ruhl] war nicht mehr der richtigen Konzentration fähig. Leopold Bauer dirigierte ihn etwas, da er Jugendschriftführer wurde, eine kuriose Situation. In der Fraktion war uns gesagt worden, daß Geiler eine Begrüßungsansprache halten wolle. Ich hatte daraufhin gleich gesagt, er müsse sie erst vorlegen. Es wurde uns dann gesagt, er wolle nur begrüßen, weiter gar nichts. Er machte aber dann doch einige Ausführungen, die ich als politisch erachtete, und es wäre klüger gewesen, wir hätten sie uns vorher genau zeigen lassen. Mindestens wurde ihm das Konzept insofern verdorben, als auf meine Anregung hin die Fraktion beschloß, nicht zu antworten, und dies dann die [CDU-]Fraktion dazu veranlaßte, ein gleiches zu tun. So redete er in die Luft.²⁰⁹ Leider hat sich das Haus – auch der Verfassungsausschuß – bis zum 5.8. vertagt.²¹⁰ Wir werden dann in die größten Zeitschwierigkeiten kommen, aber die CDU wollte es nicht anders. Am 5.8., evtl. auch am

²⁰⁸ Mattes hatte das Karlsruher Finanzministerium bereits im Herbst 1931 erhalten, als Josef Schmitt (Zentrum) mit der zweiten Berufung zum Staatspräsidenten statt der Finanzen das Justizressort übernahm.

²⁰⁹ 1. Sitzung Plenum Verfassungberatende Landesversammlung, in: Drucksachen der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Abteilung III: Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, Wiesbaden 1946 (im Folgenden LV-Drucks.), S. 4–8.

²¹⁰ Die eigentlichen Verfassungsberatungen wurden im von B. geleiteten Verfassungsausschuß der Landesversammlung geführt; dessen Protokolle in: LV-Drucks. IIIa.

6.8., soll erste Lesung der Verfassung und einleitende Generaldebatte sein, einige Tage vorher Fraktionssitzung.

Ich machte die Bekanntschaft des neuen Staatssekretär Brill, SPD. Er war früher in Thüringen, dann bei OMGUS, ersichtlich klug. Ich aß mit ihm zu Abend, und es war mir doch recht angenehm, da er am Tag vorher erst angekommen war, daß ich so so ziemlich der Erste war, der menschlich mit ihm redete. Seine Frau schien das sehr zu goutieren, umso besser.

Man scheint zunächst gegen das Ministerium nicht vorgehen zu wollen. Man wird aber doch betreiben müssen, daß es nichts tut, was die Partei nicht billigt, da die Wahlen ergeben haben, daß ohne die Partei Politik überhaupt nicht zu machen ist, denn eine Koalition gegen sie gibt es nicht, und die Partei kann mit jeder anderen zusammen eine Mehrheit haben. – Kurioser Zwischenfall, daß die LDP erklärte, sie wolle nicht auf dem rechten Flügel, sondern neben der SPD sitzen, sie beabsichtige auch, weitgehend mit dieser zusammenzuarbeiten. Sie saß dann doch rechts. Tagung in der Aula einer Schule²¹¹, da das Schloß noch nicht hergerichtet ist. Der Landeskonservator Bleibaum soll an der Verzögerung wesentlich schuld sein. Das wäre wieder typische Fachverblödung.

Dienstag, 16. Juli 1946

Ruhiger Tag, viel Korrespondenz aufgearbeitet, da ich wenig gestört wurde, weil mein ganzes Amt beim monatlichen Schippen war. Interessanter Besuch von Dr. Doerell, jetzt aus Hamburg, Leiter der wissenschaftlichen internationalen Superphosphatstelle, mit dem ich englisch-deutsche Probleme durchsprach. Anregend wie immer.

Dr. Hammer wegen des Abtreibungsfalles Dr. W. Die Kommunisten machen natürlich aus dieser Sache eine Skandal-Affäre.²¹² Keil ist der Typ eines Politikers, der überhaupt nicht weiß, was Politik ist und nur Theaterdonner macht, dabei denunziatorischer Charakter. Das nennt sich Ministerialdirektor.

Nachmittags Herr Gumpertz von Information-Control²¹³, der, wie sein Vorgänger Bieberfeld, offenbar öfters kommen will, um meine Ansicht über viele Dinge zu erfahren. SED-Gefahr, die ich abstriß, die er übrigens

²¹¹ Die Verfassungberatende Landesversammlung tagte in der Aula der Gewerbeschule.

²¹² Name des genannten Arztes auf Initiale verkürzt. Die KPD benutzte diesen Fall zu einer Kampagne gegen § 218; vgl. OMGH 5/7-2/1: Monthly Political Activity Report, F-12, 1.8.1946; 'Darmstädter Echo' 27.7.1946 (KPD und Paragraph 218).

²¹³ Die Information Control Division war die für Medien (Presse, Rundfunk, Film und Theater) sowie für öffentliche Meinung zuständige Abteilung der Militärregierung.

auch abstritt. Fall Sevenich längere Zeit interessant erörtert.²¹⁴ Wir kamen dabei auf ausländische Literatur, und ich sagte ihm, es sei ein wahrer Unsinn, daß man nicht wenigstens erlaube, daß unsere ausländischen Freunde uns ausländische Literatur schickten, wenn ich auch zugäbe, daß die kaufmännische Übermittlung ausländischer Literatur Währungsschwierigkeiten mache. Angenehme Unterhaltung. Er will meine Anregung bei einer Tagung der Information-Control, die am 17. stattfindet, gleich weitergeben. Er wußte davon nichts und war erstaunt.

Mittwoch, 17. Juli 1946

Dr. Clemm gibt mir seine Denkschrift gegen die Aufhebung des Staatsarchivs Darmstadt.²¹⁵ Ich mache einige Zusätze. – Lange Besprechung mit Kammer und Friedrich über die Schulabteilung und Kultus-Dinge.

Nachmittags Frankfurt a. M. bei Polligkeit wegen Salzhausen.²¹⁶ – Nach dem Kolleg eine Stunde bei Knothe. Ich werde Vorsitzender des Verfassungsausschusses und Generalreferent der Partei. Wir diskutierten alle meine Vorschläge, und er war mit fast allem einverstanden. Er war sichtlich erfreut, daß ich ihn nun als Fraktionschef behandelte, und unser früherer Gegensatz ist im Augenblick völlig ausgewischt.

Freitag, 19. Juli 1946

Heppenheim: Einführung des Landrats Steinmetz.²¹⁷ Entsetzliche Begrüßungsrede des Kreisdeputierten. Mit Steinmetz warf ich mir Bälle zu. Reizendes Abendessen im Vinzenz-Haus. Man merkte die alte Kultur in der Art des Servierens etc.

²¹⁴ Maria Sevenich hatte auf einer Kundgebung in Marburg am 26. 6. die Entnazifizierung scharf kritisiert, sie als „Vorbereitung der Bolschewisierung Deutschlands“ diskreditiert. Sie erhielt daraufhin durch die CDU-Landesleitung Redeverbot. Vgl. Rüschenschmidt, Gründung, S. 313; auch ‚Darmstädter Echo‘ 14. 8. 1946 (Der Fall Sevenich); ebd. Maria Sevenichs „Erklärung zu den Angriffen“.

²¹⁵ Entwürfe und Durchschlag der zweiten, ausführlicheren Denkschrift Clemms an den Kultusminister vom 15. 7. 1946 „betr. Einsparung von Staatsarchiven“ in: StA-DA, Dienstakten 123; vgl. Anm. 199 und 203/1946. Der Finanzminister zog den Zentralisierungsvorschlag daraufhin zunächst zurück.

²¹⁶ Im Kurhaus von Bad Salzhausen, das nun für Flüchtlinge bereitgestellt werden sollte, waren pflegebedürftige Alte und Hirnverletzte untergebracht; Mat. Bergsträsser: Meller an B., 22. 7. 1946; siehe auch Eintragung 16. 9. 1946.

²¹⁷ Manuskript der Rede B.s in: UB-MR, NL Bergsträsser 1.

Samstag, 20. Juli 1946

Pfarrer Rathgeber lehnt Referentenstelle Jugend ab, da er seinen Beruf nicht aufgeben will. Sympathisch wie immer. Von 11 Uhr ab lange Besprechung mit Viehweg, dem neuen Ministerialdirektor im Kultusministerium, über eine Unmasse von Kultusfragen, speziell [die] persönlichen meiner Abteilung V. Wir kommen sehr schnell auf eine vernünftige Linie. Mitten drin mache ich ihm den Vorschlag, das Abitur zu ändern, französisches System, scheint ihm sympathisch. Kammer, der dabei ist, sagt, er hätte mir das schon vortragen wollen, Anregung König, Gießen. Auch über Hochschule etc. Hoffentlich kommt durch ihn etwas Ordnung in den Wiesbadener Betrieb.

Samstag/Sonntag, 21. Juli 1946

Viel Verfassungssachen gelesen. Sonntags Walk berichtet. – Samstag Fräulein Pfannmüller: die unpersönliche Arbeit gefällt ihr nicht.²¹⁸

Montag, 22. Juli 1946

Duderstadt wegen Stänkereien in Grünberg.²¹⁹ Typisches kleines Klatschneß mit Haß gegen alle, die von auswärts kommen und Luft bringen. – Beim Mittagessen Wittstock, interessant über Staatsbürgerkunde erzählend. Die meisten wissen sich nicht zu helfen, weil sie keine politische Erfahrung haben. – H[ildebrandt] und die Möbel aus Saarbrücken, komischer Zufall, daß ich das durch Dr. Ludwig erfahre. Gefundenes Fressen.

Dienstag, 23. Juli 1946

Mit Merlau gesprochen über die Möbel, die Hildebrandt offenbar in großer Zahl hierher gebracht hat aus dem Saargebiet. – Nachmittags Einführung Landrat [Belzer] Dieburg mit anschließendem langen Essen, dazwischen Kognaktrinken beim amerikanischen Kommandanten [Chapin].²²⁰

²¹⁸ B.s ehemalige Sekretärin arbeitete bei Buchhändler Hannes Wilke in Heidelberg; vgl. dazu Eintragung 28. I. 1946 mit Anm. 37/1946.

²¹⁹ Nach der Entlassung Schneiders (vgl. Anm. 84/1946) hatte der Grünberger Magistrat Hermann Magel zum neuen Bürgermeister gewählt. Landrat Wagenbach berief statt dessen im April den Darmstädter Regierungsassessor Gilbert Just, der angesichts der anhaltenden Widerstände in Grünberg im August nach Darmstadt zurückkehrte. In Grünberg wurde schließlich der bisherige Beigeordnete Karl Bück Bürgermeister.

²²⁰ „Geleitwort zur Einführung des Landrates Belzer in Dieburg“ in: UB-MR, NL Bergsträsser I.

Mittwoch, 24. Juli 1946

Knothe bei mir, Verfassungsfragen besprochen. – Nachmittags beim Leiter des Landesernährungsamtes [Dietz in Frankfurt]: die Lage bessert sich. Ich sprach auch mit ihm wegen Sonderkarte für uns, da wir so viel Gäste haben. – Dann bei Stadtrat Keller wegen der wissenschaftlichen Vorbereitung des Jubiläums der Nationalversammlung.²²¹

In der Vorlesung sprach ich über die Art, wie ein Parlament arbeitet. Als ich fertig war, fragte ich, ob noch Fragen zu stellen seien, worauf sich eine fast dreiviertelstündige Aussprache entwickelte. Dabei wurde die ständische Idee vertreten, die ich aufs schärfste ablehnte. Irgendwie kam ich darauf zu sagen, daß es unanständig sei, private Angelegenheiten eines politischen Mannes in den politischen Kampf zu ziehen. Wenn mein Gegner dem Alkohol huldige oder eine Freundin habe, gehe mich das nichts an. Darauf gab es Widerspruch, und einer der Hörer sagte, der Politiker gerade müsse sich an die Moral halten. Ich betonte – was teilweise gebilligt, teilweise mißbilligt wurde –, daß der Politiker in erster Linie gute Politik zu machen habe und man bei guter Politik über solche Dinge hinwegzusehen allen Grund habe. Ich wäre bereit, selbst silberne Löffel bei sehr guter Politik auf Unkostenkonto abzuschreiben.

Donnerstag, 25. Juli 1946

Landrat Benner von Gießen, guten Eindruck machend. Ich besprach mit ihm auch die Grünberger Dummheiten. – Thesing will mich Freitag nachmittag zeichnen, möchte mich gern für eine Ausstellung malen. Die 12 Stunden-Sitzung herauszuschinden, wird schwierig sein.

Nachmittags Offenbach, Einführung des Landrats [Arnoul].²²² Wie ich erwartet hatte, verhältnismäßig unfeierlich. Von allen Seiten Anerkennung für Uebel. – Dann noch in Jügesheim, interessante Unterhaltungen mit Sahm und einem Portefeuille-Fabrikanten über die Lage der Offenbacher Industrie und die Versuche anderer Gebiete, sie abzuziehen.

Freitag, 26. Juli 1946

Gegen Mittag kam Sheehan mit Professor Edgar N. Johnson, der bald in die Staaten zurückkehrt und dort gegen die Illusionisten und für die Entwicklung der deutschen Zustände auch in der Öffentlichkeit wirken will.

²²¹ In Frankfurt wurde für 1948 eine große Jubiläumsfeier anlässlich des 100. Jahrestages der Nationalversammlung geplant. B. war Mitglied des hierfür gebildeten Ausschusses sowie des wissenschaftlichen Beirates.

²²² Das Manuskript der Rede B.s zur Einführung Arnouls in: UB-MR, NL Bergsträsser I.

Er besucht jetzt drei Wochen die amerikanische Zone, um sich im einzelnen zu informieren. Langes, sehr interessantes Gespräch. Er stellte vielerlei Fragen und war erstaunt, wie ich ihm sagte, es sei doch eine Dummheit, daß uns nicht von drüben Bücher geschickt werden dürften. Schließlich sähe ich den Grund nicht ein, warum wir nur Briefe privaten Inhalts hinüberschicken dürften. Wenn ich z. B. über politische Dinge nach drüben schreiben wolle, müsse ich Sheehan bitten, diese weiterzugeben, und könne das nicht direkt tun. Er fragte auch nach den Möglichkeiten der demokratischen Weiterentwicklung und vielen anderen Dingen. Ich betonte die wirtschaftliche Notwendigkeit, auch das Hereinkommen von Rohstoffen für unseren Export, verwies auf die Offenbacher Industrie. Er hat in der Internationalen Kommandantur in Berlin gearbeitet und erzählte, wie umständlich es sei, schon der Sprache wegen. Sie hätten allein über die Frage des Eides und das Wort „unparteiisch“, das die Russen krampfhaft als „unpolitisch“ auffassen wollten, zwei Stunden diskutiert. Meiner Meinung, daß Austausch von Professoren und Studenten, auch Lehrern im großen Maßstab geschehen müsse, stimmte er sehr zu. Als ich im Gespräch sagte, ich wäre noch nie in den Staaten gewesen, sagte er, das müsse arrangiert werden, daß ich bald einmal hinüberkomme. Er betonte sehr stark die Bedeutung der Denazifizierung für die öffentliche Meinung in USA.

Am selben Tag Brief von Lewy aus New York – große Freude.²²³ – Im Haus einiges Kopfschütteln und Hin und Her über die Verhältnisse in Wiesbaden. Mittwoch war der Abgang von Venedey mitgeteilt worden, zugleich, daß Zinnkann von der SPD vorgeschlagen sei. Donnerstag stand in den Zeitungen, Blaum würde Innenminister.²²⁴ Das wäre ein absoluter Affront gegen die Partei und ein Zeichen ihrer völlig ungeschickten Taktik. Ich verhehlte übrigens dem Professor [Johnson] durchaus nicht meine deutliche Kritik an der Regierung Geiler.

Nachmittags eine Stunde Thesing, lebhaftes Gespräch, meist französisch. Er hat 10 Jahre in Paris und 10 Jahre in Spanien gelebt. Mein Kopf ist gut geworden. – Abordnung von Ausgebombten aus Ober-Ramstadt, sie wollen einen Ausschuß gebildet sehen nach Mainzer Vorbild. Ich habe nichts dagegen.

²²³ Benno L. war Bergsträssers ehemaliger Schüler in Libau; der Brief vom 29. 5. 1946 in: Mat. Bergsträsser.

²²⁴ So u. a. die Meldung der ‚Frankfurter Rundschau‘ 25. 7. 1946 (Prof. Geiler schaltet sich ein); vgl. zur Entlassung Venedeys und der Ernennung Zinnkanns Mühlhausen, Hessen, S. 87.

Montag, 29. Juli 1946

Morgens um 7 Uhr nach Stuttgart. Drei Stunden Besprechung mit Keil und anderen Genossen. Sie sind offenbar unter dem Einfluß der Badener (Veit, Karlsruhe) vom Staatspräsidenten und der zweiten Kammer zurückgekommen. Die Bayern waren unter einem Vorwand nicht erschienen, werden wohl inzwischen die Lösungen noch einmal konferieren.

Zurück um 2 Uhr und gleich zur Einführung des Oberbürgermeisters Metzger. Das Arrangement war gut, meine Rede soll es auch gewesen sein, die von Metzger ausgesprochen schlecht.²²⁵ Schade. – Dann zwei Stunden Kolleg, dann Abendessen mit den Stadtverordneten. Gut und nett.

Dienstag, 30. Juli 1946

Vormittags Einführung des Oberbürgermeisters Mann in Gießen. Riesensammlung in der Aula. Ich hörte nachher, daß meine Rede kolossal gewirkt habe. Dönges taktlos. Der Landrat [Benner] schauerbar pathetisch. Sehr gute Musik. Concerto grosso. Nachher kleines Essen bei Dönges, sehr nett. Im Auto tief geschlafen. Nachmittags Fraktion in Wiesbaden. Sonntags hatte ich mich eingehend mit den Verfassungsfragen beschäftigt, so daß ich Dienstags das Referat in der Fraktion kurz, klar und wirkungsvoll geben konnte. Der parlamentarische Betrieb macht mir doch wieder viel Spaß.

Mittwoch, 31. Juli 1946

Große Fraktionssitzung. U. a. wurde die Rede von Knothe besprochen. Ich fürchte, sie gerät daneben. Er hat kein Maß für die Dinge und tut viel zu vielerlei. Etwas haben wir ihn davon zurückgebracht, lange geschichtliche Ausführungen zu machen. Typisch für viele Leute, daß sie immer dilettieren wollen. Er sollte über die gegenwärtigen Probleme reden. Mindestens wird mir, da ich nun endgültig zum eigentlichen Verfassungsredner bestimmt bin, diese Aufgabe ganz bleiben. Für das Wahlrecht ist nun für den Proporz entschieden, aber zugleich für kleine Wahlkreise.²²⁶ Das ist immerhin ein mögliches Kompromiß. Die Parteileitung wurde allgemein getadelt, daß sie sich nicht genügend bei den Wahlen eingeschaltet habe.

²²⁵ Manuskript der Rede B.s anläßlich der Einführung Metzgers in: UB-MR, NL Bergsträsser I.

²²⁶ Während die Wahlkreise bei der Wahl im Juni mit den politischen Kreisen übereinstimmten, wurden für die Dezember-Wahl größere Wahlkreise gebildet, in Hessen insgesamt 15; vgl. Wahlgesetz vom 14.10.1946 in: GVbl 1946, S.177.

Donnerstag, 1. August 1946

Den ganzen Tag Partei-Verfassungsausschuß in Wiesbaden. Abends als Beauftragter der Fraktion zur Militärregierung. Langes Gespräch mit Sergeant Wahrhaftig (siehe das Sonderblatt mit der Aufzeichnung darüber).²²⁷ Das Gespräch war erst im Landeshaus, dann nahm mich W. mit in seine Wohnung zum Essen. Es war ein angenehmes Gespräch, bei dem ich des Partners eingedenk vorsichtig war und mich vielfach im allgemeinen hielt. Als ich wegging, sagte ich ihm, daß mir diese Fühlungnahme nützlich und angenehm erscheine, er möge davon Gebrauch machen, ich würde es gegebenenfalls auch tun. Ich werde nach Wiesbaden schweren Wein mitnehmen und ihn dazu einladen. – Der Verfassungsentwurf, den der Phantast Noack für die CDU ausgearbeitet hat, scheint der Militärregierung bekannt und nicht sympathisch zu sein.²²⁸ Nicht verwunderlich.

Freitag, 2. August 1946

Den ganzen Tag Verfassungsausschuß der Fraktion.²²⁹ Die sozialpolitischen Fragen, die natürlich schrecklich viel Zeit kosteten, riefen viel unnötige Debatten hervor. Ich schwang gründlich den Bakel, aber es half nichts. – Abends dann noch bei Knothe in Frankfurt. Er ist derselben Meinung wie die große Mehrheit unseres Verfassungsausschusses, daß es gänzlich unmöglich ist, auf irgendeine Art von ständischem Prinzip einzugehen. Ich werde das also in meiner Rede scharf betonen. Er sprach mir von den Absichten auf Eingemeindung von Offenbach, allerdings auf meine Mitteilung hin, daß ich demnächst den Offenbacher Oberbürgermeister [Reinicke] einführen werde. Ich sagte ihm, wenn man Frankfurt a. M. so groß mache, dann könne der großhessische Staat einpacken, dann sei das ganze Hessen weiter nichts wie ein Groß-Frankfurt, und das sei ein vollkommener Unsinn. Ich werde meine Rede in Offenbach danach einrichten.

²²⁷ Dem Tagebuch ist eine Aufzeichnung über das Gespräch mit Wahrhaftig beigelegt. Danach hegte W. einige Bedenken gegen den vom Verfassungsausschuß vorgelegten Entwurf; er hielt es für wünschenswert, daß SPD und CDU die Verfassung gemeinsam gestalten würden.

²²⁸ Der Text des von Noack und Kremer entwickelten Entwurfs, der selbst in der CDU äußerst umstritten war, in: UB-MR, NL Bergsträsser 3. Vgl. Erwin Stein, Die Staatszielbestimmungen der Hessischen Verfassung, in: 30 Jahre Hessische Verfassung 1946–1976. Im Auftrag der Landesregierung und des Landtags hrsg. von E. Stein, Wiesbaden 1976, S. 183–203, hier S. 196. In dem in Anm. 227 zitierten Gespräch kritisierte Wahrhaftig den Entwurf von Noack sehr heftig.

²²⁹ Vgl. Beyer, Sozialisierung, S. 341. Die dort erwähnten Protokolle der SPD-Fraktion sind, wie bereits früher vermerkt, im Nachlaß B. der UB-MR nicht mehr feststellbar.

Mittags sprach mich Dr. Köhler beflissen an. Die CDU sucht die Verbindung mit uns, speziell jetzt mit mir als dem Verfassungsmann der Partei. Ich habe mich in dieser Beziehung in der Fraktion absolut durchgesetzt, absolut heißt: bis auf Einzelheiten, wo die Fraktion meiner Meinung nach nicht elastisch genug ist, aber dafür haben wir ja dann den Ausschuß. – Caspary wird nicht sprechen, er hat sich um seine Reputation gebracht.²³⁰ Parlamente sind eine gute Auslese.

[...] Der Ältestenrat hat beschlossen, daß wir markenfrei essen. Es geht auch einfach nicht anders. Mein Zimmer ist angenehm, groß, alte Möbel, alte Bilder. Die Wohnungsinhaberin, älteres Mädchen von altem Adel.²³¹ Sie war auf den Regierungspräsidenten reingefallen, warum auch nicht, und war dann entsetzlich erstaunt, daß er Sozialdemokrat ist. Das sagte sie mir bei einer netten Unterhaltung, in der Form, sie hätte sich Sozialdemokraten ganz anders vorgestellt, worauf ich sie fragte, ob sie denn meine, die müssen alle mit dem Messer essen. Ich hatte mich mit Kultiviertheit schrecklich in Szene gesetzt.

Montag, 5. August 1946

Wiesbaden, Fraktion, nachmittags Plenum, sehr schlechte und oberflächliche Rede von Knothe. Wohlüberlegte Rede von Dr. Köhler, gerissene von Leopold Bauer.²³² Abends Einladung zu Landin, wo auch Wahrhaftig war. Es wurde sehr dringend gemacht, echt amerikanisch, und bestand in weiter nichts als einem wirklich hübschen gesellschaftlichen Abend, wobei Landin mir in einem längeren Zusammensitzen – und uns allen sagte, er wolle das nun öfters machen, und er oder Wahrhaftig seien jeden Abend da, denn er hoffe, daß diese privaten Aussprachen uns fördern würden. Dabei lange Unterhaltung mit Dr. Köhler. Es gab Getränke – ich trank Bier, um gut zu schlafen – und nachher belegte Brötchen und Kaffee. Nach 11 zurück.

Dienstag, 6. August 1946

Morgens früh aufgewacht und meine Rede gemacht. Lustige Unterhaltung mit Frl. von Leers, der ich eine Karte gab und sagte, wenn sie Zeit habe,

²³⁰ Caspary hatte sich entschieden gegen den offiziellen Entwurf von Zinn und Arndt ausgesprochen und ihn als nicht in Einklang mit den Hochwaldhäuser Beschlüssen der SPD bezeichnet. ASD, NL Brill 5: Caspary an Landespartei Vorstand, 2.7.1946.

²³¹ B. wohnte während der Verfassungsberatungen in Wiesbaden in der Mainzer Str. 29 bei Rose von Leers.

²³² 2. Sitzung Plenum: LV-Drucks. III, S.9–31.

solle sie doch kommen, sie werde das Vergnügen haben, den komischen Sozialdemokraten sprechen zu hören. Sie kam auch, doch hatten wir nachmittags keine Zeit mehr, über die Sache zu sprechen. Ich gab ihr auch mein „Wort an die Jugend“.²³³

Ich war der erste Redner in der Sitzung und hatte dadurch, daß Knothe gar nichts präzisiert hatte, ein weites Feld, sprach $\frac{3}{4}$ Stunden und hatte nicht nur den vollen Beifall der Fraktion, deren ein jeder eigentlich nachher zu mir kam und mir das Pfötchen drückte, sondern auch sehr starken Beifall verschiedentlich bei der CDU, so daß durch diese Rede nicht nur die Stellung der Fraktion gehoben, sondern auch meine eigene Autorität als Vorsitzender des Verfassungsausschusses in gewissem Sinne begründet wurde.²³⁴ Die nachfolgenden Reden habe ich nur teilweise angehört, sie boten nichts mehr Bedeutendes.

Als die zweite Garnitur zu Ende war, sprach Staatssekretär Dr. Brill, der im Ältesten-Ausschuß nicht angesagt hatte, daß er reden wolle. Der Präsident meinte, er wolle nur im Auftrag des abwesenden Ministerpräsidenten begrüßen, aber er gab eine volle Rede über Verfassungsprobleme und, da er sich gegen die CDU wandte, wurde diese natürlich wild und fragte uns. Wir erklärten auch, daß wir der Regierung kein Recht zuerkennen könnten, und Zinnkann gab eine sehr hübsche Erklärung im Namen der Fraktion ab.²³⁵ Knothe war nicht da, ein unmöglicher Zustand. – Nachmittags in der Fraktionssitzung wurde dann beschlossen, daß wir der Regierung sagen sollten, wir würden im Verfassungsausschuß Mitglieder der Regierung als Experten zuziehen. Das bedeutet, daß die Regierung bei unserer Arbeit kein Initiative-Recht hat. Mir ist das sehr erfreulich, denn wir müssen daran halten, daß das Ansehen dieser vorläufigen Regierung herabgesetzt und nicht gestärkt wird. Ich hatte deswegen in meiner Rede auch die Vorläufigkeit dieser Regierung scharf herausgehoben, wobei ich auch bei der CDU starken Beifall fand. Die Gratulanten der CDU waren nicht nur die, die mich kannten, auch andere, mit denen ich zufällig bekannt wurde.

²³³ Vgl. Anm. 152/1946.

²³⁴ 3. Sitzung Plenum: LV-Drucks. III, S. 33–50; B.s Grundsatzrede in Auszügen in Teil II (Dok. 2).

²³⁵ Brill sprach als Beauftragter der Regierung; ebd. S.45–47. Zinnkann erklärte im Namen des Ältestenrates, ebd. S. 47: „Wir haben unserem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß der Staatssekretär hier zu Verfassungsfragen das Wort ergriffen hat.“ Der Ältestenrat hatte am Morgen den Beschluß gefaßt, daß Regierungsvertreter nur mehr als Sachverständige gehört werden dürfen.

Mittwoch/Donnerstag, 7./8. August 1946

Verfassungsausschuß, Verfassungsausschuß.²³⁶ Wir kamen immerhin am Donnerstag nachmittag so weit, daß wir den ganzen Landtag noch erledigt hatten. Jetzt müssen erst wieder die Fraktionen arbeiten. Meine Rede wirkt sich immer noch gut aus, und ersichtlich sind die Mitglieder aller Fraktionen mir gegenüber als dem Vorsitzenden überaus entgegenkommend. Da nun die Militärregierung ihren ganzen Einfluß dahin geltend macht, eine breite Grundlage zu finden, wird meine ursprüngliche Absicht auch von anderen Seiten unterstützt, was mir nur lieb sein kann. Die Fraktion ist mit meiner Art der Geschäftsbehandlung auch sehr zufrieden.

Am Mittwoch fuhr ich zur Vorlesung nach Frankfurt a. M., dann gleich wieder zurück und ins Wohnhaus der Militärregierung, wo wir uns mit einem Herrn Dayton von OMGUS²³⁷ unterhielten, der uns eine Menge Einzelheiten über den Verfassungsausschuß fragte, ungefähr ähnlich dem, was Wahrhaftig mich schon vorher gefragt hatte, wobei, da er kaum Deutsch kann, die Verständigung über die Spezialausdrücke manchmal ziemlich schwierig war. Gute Getränke! Dauerte bis gegen 12 Uhr.

Donnerstag morgen kam in den Verfassungsausschuß²³⁸ plötzlich Herr Moll von Information-Control. Ich sagte ihm, unsere Sitzungen seien nicht öffentlich, und er könne nicht teilnehmen, worauf er dann auch ohne Widerrede verschwand. Ich sagte ihm, das richte sich weder gegen die Militärregierung noch ihn persönlich, nur ein Prinzip sei zu wahren. Abends erzählte ich das Landin, und er sagte, wenn M. wiederkomme, soll ich ihn ihm zuschicken. Landin ist überhaupt steigend freundlich, was immerhin kurios wirkt.

Donnerstag abend große Einladung führender Persönlichkeiten des Verfassungsausschusses. Zu Dayton war noch ein Oberst Johnson von OMGUS gekommen. Wir aßen ausgezeichnet und tranken vorzüglich im Restaurant im Kloster Eberbach, unterhielten uns auch sehr angeregt. Rückkehr nachts um 1.

Freitag, 9. August 1946

Hauptausschuß. Es wird ein ganz unmögliches Bodenreformgesetz erwogen nach dem Bericht Geilers über den Landtag, bei dem auch die Kleinen abgeben sollen. Ich sprach scharf dagegen. Beschwerden über die Grenzpolizei konnte ich gut unterstützen.²³⁹

²³⁶ 1. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 64 ff.

²³⁷ Kenneth Dayton war von OMGUS zum amerikanischen Verbindungsoffizier für die Verfassungsberatungen in Hessen und Württemberg-Baden ernannt worden.

²³⁸ 2. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 74 ff.

²³⁹ Beschluß-Protokoll in: AHLT, LV 3c 18/05. – Das vom Länderrat verabschiedete, am 15. 10. 1946 in Kraft tretende „Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland

Montag, 12. August 1946

Morgens Vertreter der Firma Tewa. Sie stellt hygienische Gummiartikel her, und ich habe ihnen gesagt, daß ich sie sehr fördern will, weil ich schon seit Monaten darauf aus bin, daß für unser Gebiet Präservative hergestellt werden zur Verminderung der Geschlechtskrankheiten. Überdies sehe ich nicht ein, warum man in dieser Zeit nicht eine übermäßige Kinderzahl verhindern soll. Wir hatten gerade am Samstag zuvor im Hauptausschuß eine Unterredung darüber, weil eine Verordnung der Nazis, die die Herstellung empfängnisverhütender Mittel erschwerte, aufgehoben werden soll.²⁴⁰ Es war interessant, daß Dr. Köhler sich sehr für die Aufhebung aussprach.

Nachmittags Einführung des Oberbürgermeisters Reinicke in Offenbach im Nationaltheater. Auch die höheren Schulklassen waren auf meine Anregung hin anwesend. Es war wirklich feierlich, und einer der Studienräte sagte mir nachher, daß auch die Schüler davon beeindruckt gewesen seien. Man muß den Staat sichtbar machen. Ich nutzte die Gelegenheit, mich sehr deutlich gegen die Eingemeindungspläne Frankfurter Herkunft auszusprechen und dadurch Reinicke, der ihnen früher energisch anhing, das Handwerk zu legen, ebenso dem neuen Frankfurter Oberbürgermeister Kolb, von dem ich gehört habe, daß er ähnliche Tendenzen verfolge. Deswegen nahm ich auch den Vertreter der DANA mit, und es kam in die Zeitungen.²⁴¹ Es ist gut, wenn man anderen Leuten um eine Pferdelänge voraus ist.

Dienstag bis Freitag, 13. bis 16. August 1946

Verfassungsausschuß²⁴² und Fraktion. – In der Fraktion Dienstag morgens über Währung und Steuern gesprochen, mit sehr viel Beifall. Unter den

und zur Bodenreform“ zielte im wesentlichen auf die Gewinnung von Siedlungsland und konnte der politischen Intention einer grundlegenden Umverteilung von landwirtschaftlichem Grundbesitz nicht gerecht werden, da die Grundeigentümer über 100 ha nur progressiv (prozentual) abgeben sollten. Vgl. zum Gesetz: Akten Vorges. BRD I, S. 76; dazu speziell für Hessen: Onno Poppinga, Bauernland in Junkerhand. Bodenreform in Hessen, Kassel 1983, S. 105.

²⁴⁰ Irrtum B.s: Die Hauptausschußsitzung war nicht am Samstag, sondern am Freitag. Gemeint ist hier die „Verordnung zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft“ vom 9.3.1943, in: Reichsgesetzblatt, Teil I 1943, S. 140. Der Hauptausschuß richtete eine entsprechende Eingabe an den Ministerpräsidenten.

²⁴¹ So in ‚Frankfurter Rundschau‘ 16.8.1946 (Oberbürgermeister Reinicke). Arnoul hatte B. auf die Eingemeindungsbestrebungen aufmerksam gemacht; Mat. Bergsträsser: Arnoul an B., 8.8.1946.

²⁴² 3. und 4. Sitzung Verfassungsausschuß am 14. und 16.8.1946: LV-Drucks. IIIa, S. 89 ff. und S. 106 ff. Die Grundrechte wurden am 14.8.1946 diskutiert, S. 97 ff.

Blinden ist der Einäugige König, und die Fraktion leidet darunter, daß sie für diese Fragen keinen Fachmann hat. Die Beratung der persönlichen Grundrechte ging verhältnismäßig leicht und glatt vonstatten, da die CDU einen recht brauchbaren Entwurf vorbereitet hatte, in den wir Einzelbestimmungen des hessischen Vorentwurfs einarbeiteten. In der Fraktion die Sozialisierungsfragen besprochen. Ich habe mich da sehr scharf gegen Willi Richters und der Gewerkschaften Pläne ausgesprochen, der Arbeitsgemeinschaft von Gewerkschaften und Unternehmern eine offizielle Stellung innerhalb der Staatsmaschine zu geben²⁴³, und hatte die Freude, daß die Fraktion mir fast einstimmig folgte und von meinen Ausführungen ersichtlich stark beeindruckt war. – Dienstag abend bei den Amerikanern. Die Verfassungs-Fraktions-Führer, Witte und ich. Spezialunterhaltung mit Dayton über einzelne Paragraphen der Verfassung. Anregende und kluge Diskussion.

Mittwoch abend war Köhler bei mir zu einer Flasche guten Wein. Sehr anregende Unterhaltung, in der wir uns menschlich gut verstanden. Der Gedanke, daß die vier Parteien die Verfassung gemeinsam machen müßten, hat werbende Kraft. Das macht meine Stellung umso interessanter, denn ich muß ja schließlich die Leute unter einen Hut bringen. Köhler sprach auch über Noack, bedauernd, daß es nicht gelungen sei, ihm eine Professur zu verschaffen. Ich sagte, er sei für mich von meiner geschichtlichen Auffassung aus ein Verderber der Geschichtswissenschaft. Köhler sah mich erstaunt an. Dann kam noch Fräulein Buschette. Interessante Unterhaltung. Sie ist für ihre 24 Jahre merkwürdig reif und könnte ihrem Chef recht viel Realitäten beibringen.

Donnerstag abend Verfassungsfragen bearbeitet, um besser leiten und die Dinge vorwärts treiben zu können. Dann noch Unterhaltung mit Fräulein von Leers und ihrem Schwager [Behncke], einem abgetakelten Offizier, der auch erstaunt war, daß es solche Sozialdemokraten gibt. Zwei Briefe an Brill im Auftrag des Verfassungsausschusses geschrieben, die die Regierung in ihre Schranken verweisen und in dünnen Worten sagen, daß sie mit dem Verfassungswerk als Regierung nichts zu tun haben.²⁴⁴ Die Anregung ging von der CDU aus, fiel aber bei mir auf äußerst fruchtbaren Boden.

²⁴³ Seit März 1946 gab es Besprechungen zwischen Gewerkschaften und Industrie- und Handelskammern um die Bildung eines paritätisch besetzten Landeswirtschaftsrates, dem die Gewerkschaften einen offiziellen Status innerhalb einer planwirtschaftlichen Ordnung zuweisen wollten; vgl. Mühlhausen, Hessen, S.215.

²⁴⁴ AHLT, LV-Verfassungsausschuß, Allgem. Schrifttum: Bergsträsser an Brill, 16.8.1946, bezieht sich auf den Wunsch der Militärregierung, daß in den Ländern der US-Zone gleiche Grundrechte verankert werden sollten. B. informierte Brill, daß er sich deshalb direkt an die Verfassungsausschüsse der anderen Länder gewandt habe, ohne die hessische Regierung einzuschalten, was Brill in einem Schreiben vom 8.8. vorgeschlagen hatte. Brill hatte empfohlen, daß die Staatssekretäre

Samstag, 17. August 1946

Regiert. Walk und Stork wegen Wohnungsbeschlagnahme durch Flüchtlingskommissare. Der typische Wiesbadener Jammer, daß sie die Kompetenzen nicht klar zu grenzen verstehen. Sie können nicht konsequent denken. Stork ungemein verständig. – Herrn Dr. Michel über Theaterfragen gesprochen. Was er vorhat, ist verständig. Man muß von dem allzu exklusiven Spielplan, den wir im Schauspiel im Winter hatten, herunter, sonst wird der Kreis der interessierten Besucher zu eng. – Feigel, Feldbusch in Sachen Bildstelle. Dabei fiel die Sache Bleibaum ab, die mir sehr Spaß machte. Diesbezüglicher Brief an Witte.²⁴⁵ – Viehweg ein paar Minuten. Gute Verständigung, wie immer. Philosophie-feindliche Gemeinschaft. – Rasp stellte Rückführung meiner Flugschriften in Aussicht. –

Sonntag, 18. August 1946

Morgens: eine Stunde war Minister Dr. Mueller bei mir. Wir besprachen die ganze Zonenfrage. Er ist heute in Minden, um die Dinge einzuleiten, hat aber den Eindruck, daß es sehr schwierig sein werde wegen der schon sehr verschieden gewordenen Organisation im englischen Gebiet, wo man vom Politiker weiter [entfernt] ist als bei uns, selbst in den politischen Dingen. Ich betonte, daß wir neben den Staatssekretären, die kommen sollen, unbedingt einen Beirat aus den Volksvertretungen haben müßten, unter Umständen neben jedem Staatssekretär einen, wenn man es nicht zentral machen kann, wobei mir inzwischen die Möglichkeit aufging, daß ja derselbe Beirat bei den verschiedenen Staatssekretären eingerichtet werden könne, d.h. aus denselben Personen bestehend und so eine de facto Einheit erzielt werden könne. Er war ganz der Meinung, daß es dringend notwendig sei, jetzt mit Stellen in England und Amerika selbst Fühlung zu nehmen, um sie zu informieren. Amerikanische Senatoren, politische und wirtschaftliche Kreise in London. Wir überlegen, wie man das machen kann. Mueller ist der Meinung, daß es für die eigentlich politischen Leute an manchen Stellen noch zu früh sei. Sie würden sich schon so schnell ver-

unter Hinzuziehung der Verfassungsausschußvorsitzenden eine Angleichung erarbeiten sollten. Im zweiten Brief vom 16. 8. 1946 (ebd.) übermittelt B. den Beschluß des Verfassungsausschusses vom 8. 8. 1946: „Mitglieder der Regierung, Regierungsbeamte und sonstige Personen können von dem Verfassungsausschuß als Sachverständige herangezogen werden, dagegen darf die Regierung als solche nicht an den Sitzungen teilnehmen.“ Brill hatte ebenfalls am 8. 8. mitgeteilt, daß er als Vertreter der Landesregierung an den Verfassungsberatungen teilnehmen werde.

²⁴⁵ Ebd. (auch in Mat. Bergsträsser): B. an Witte, 19. 8. 1946. Bleibaum hatte sich nach B. gegenüber Feldbusch geäußert, daß das Wiesbadener Schloß für eine Volksvertretung zu schade sei. B. verlangte deshalb die Absetzung des Landeskonservators.

brauchen und man brauche sie für später. Andererseits gab er zu, daß durch die unpolitischen mancherlei verschüttet werde. Geiler sei zwar unpolitisch, das sei sein Fehler, aber er sage doch General Clay offensichtlich ganz deutlich einmal seinen Standpunkt, mehr wie die beiden anderen Ministerpräsidenten. Über Mattes denkt er wie ich: Amerikahörig. – Dann Feldbusch, Bleibaumiana bestätigend. Wenn man gegen solche Leute, die die Parlamente verächtlich machen wollen, nicht vorgeht, kommt man wieder in die Misere der Weimarer Zeit. – Dann Walk über Besprechung mit Ministerialdirektor Keil referierend, dabei mir erzählend, daß Keil sich über mich und meine Rede im Plenum usw. ersichtlich in der Absicht, daß es an mich komme, ungemein günstig ausgesprochen habe. Ich sei doch tatsächlich der leitende Kopf in der Fraktion. So haben grobe Briefe ihre amüsanten Erfolge. Keil hob auch hervor, ich arbeitete sehr gut mit der KPD und wohl auch mit den anderen Parteien zusammen.

Sonntag nachmittag bei Ahls. Mit ihm auch sachliche Gespräche. Er jammerte über die Masse der Besucher, die er abfertigen muß, wenn ich nicht da bin.

Dienstag, 20. August 1946

Im Verfassungsausschuß – Wiesbaden – erst Diskussion über den, wie sich herausstellte, von Noack verfaßten Artikel in der „Frankfurter Neuen Presse“ über die CDU und die Verfassung. In diesem Artikel hatte dieser Esel wieder die These aufgestellt, es könnten mehrere Verfassungsentwürfe zum Referendum gestellt werden, was ja auch Geiler in seiner Unkenntnis in einer Radio-Ansprache gesagt hatte. Der Kommunist Bauer sagte mit Recht, wenn die CDU das wolle, habe es keinen Zweck, daß wir uns im Verfassungsausschuß um einen Kompromiß bemühen. Die CDU zog sich zu einer Beratung zurück und erklärte dann, daß sie unsere Auffassung teile. Damit ist in dieser Beziehung eine klare Situation geschaffen. Noack war weg, kam erst am folgenden Tag, und ich sah ihn etwas als begossenen Pudel durch die Staatskanzlei spazieren. Er hat die CDU in eine sehr unangenehme Lage gebracht und taktisch sehr eingeengt. Vielleicht ist das für die Kompromiß-Verhandlungen günstig. Es wundert mich bei Noack nicht. Er hat keine praktische Erfahrung und keinen Sinn für das Praktische.²⁴⁶

²⁴⁶ Das Protokoll vermerkt zu Beginn lediglich, daß eine Aussprache über den Noack-Artikel stattfand; LV-Drucks. IIIa, S. 114. Noack hatte in der „Frankfurter Neuen Presse“ am 19.8.1946 (Um die Verfassung Hessens. Der Königsteiner Entwurf. Eine Verlautbarung der CDU) auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die CDU mit einem eigenen Entwurf ins Volksreferendum gehen könnte. Im Kommuniqué des Verfassungsausschusses hieß es, der Artikel sei kein offizielles CDU-Dokument und es werde nur ein Entwurf vorgelegt; vgl. UB-MR, NL Bergsträsser 3.

Über die Sozialisierung war eine große, auf gutem Niveau stehende Generaldebatte, bei der allerdings die SPD unelastisch und infolgedessen taktisch falsch vorging. Bauer war viel klüger, indem er sagte, eine sozialistische Verfassung sei es nicht und werde es nicht. Infolgedessen sei seine Fraktion nur bestrebt, einige praktische Ergebnisse zu sichern. Das war ganz meine Auffassung, denn insoweit wir die CDU auf die Sozialisierung binden, ist sie durchgeführt. – Dienstag abends sehr nett bei Schlitt. Guter Wein.

Mittwoch, 21. August 1946

Morgens kurz nach 8 Uhr kam schon Fräulein Buschette, die Sekretärin von Noack, um sich bei mir zu informieren, weil sie aus der Darstellung der CDU-Leute nicht klargeworden war. Ulkige Situation. Ich erfuhr aber mancherlei, was mich interessiert. Schlitt sagte mir, wie wir einmal einen Augenblick allein sprachen, seine Fraktion sei sehr erfreut über meine Führung und setze große Hoffnungen auf mich, d. h. daß es mir gelinge, die Einigung herbeizubringen. – Nachmittags lange Beratung mit Witte über den weiteren Gang der Prozedur und den Termin der Plenarsitzung. – Gespräch aus Stuttgart, daß die personellen Grundrechte nach einer Einigung, die man dort mit den Amerikanern träfe, nicht im Wortlaut übereinstimmend sein müssen, sondern nur im Inhalt. Gemeinsame Tagung wegen Zeitmangel abgelehnt.²⁴⁷

Abends in Frankfurt beim Gesellschaftsabend des Parteiausschusses. Die alte Kollegin Frau Schroeder getroffen. Einem französischen Journalisten und einer italienischen Journalistin ein Interview gegeben. Kurz mit Schumacher gesprochen. Die Partei hat zwar eine Einladung der Labour-Party nach London, die aber ohne Termin ist.²⁴⁸ Und mit Frankreich und Amerika bestehen überhaupt noch keine Verbindungen.

²⁴⁷ General Clay hatte auf der Länderratssitzung am 6. 8. 1946 den Wunsch ausgesprochen, daß die Grundrechte der Länder wörtlich übereinstimmen sollten; Akten Vorges. BRD I, S. 639. B.s Vorschlag vom 16. 8. an die Landesversammlungen in Württemberg-Baden und Bayern, gemeinsame Sitzungen durchzuführen, wurde jeweils abschlägig beantwortet. Simpfendorfer (Württemberg-Baden) wies bei dieser Gelegenheit auf ein Gespräch mit Dayton hin, daß die Grundrechte nicht im Wortlaut, jedoch inhaltlich übereinstimmen sollten. Briefwechsel in: AHLT, LV – Verfassungsausschuß, Allgem. Schrifttum.

²⁴⁸ Die SPD-Delegation mit Schumacher an der Spitze (u. a. mit Knothe und Heine) reiste dann vom 29. 11. bis 6. 12. 1946 nach London. Vgl. „SPD-Mitteilungsblatt“ 13. 12. und 20. 12. 1946 (Bericht Knothes) sowie Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982, S. 113, und Albrecht, Kurt Schumacher, S. 113.

Donnerstag, 22. August 1946

In Frankfurt a. M. den russischen Verbindungsoffizier gesucht. 12.20 Uhr gefunden, nachdem er schon weggegangen war. Zum Essen der Partei im „Tivoli“. Ich saß neben Prof. Vidal, Maire von St. Germain, der hielt eine ausgezeichnete Ansprache, die ich im Inhalt dann angab.²⁴⁹ Mit Ollenhauer darüber gesprochen, daß Besuche in den drei betreffenden Ausländern wichtig seien. So will ich es versuchen. Vidal meinte, daß es für Frankreich wohl gelingen werde. – Nachmittags zur Fraktion. Es war nicht viel Wichtiges.

Abends bei den Amerikanern mit Dayton. Drei Stunden Unterhaltung. Da Wahrhaftig erst nicht da war, mußte ich auch noch dolmetschen. Dayton sprach sich absolut klar gegen jedes ständische Prinzip aus, was der CDU höchst unangenehm gewesen ist. Als Köhler fragte, ob es für die Wirtschaftseinheit nicht hindernd sei, wenn in der einen Zone sozialisiert werde und in der anderen halb sozialisiert und in der dritten gar nicht sozialisiert, sagte er sehr deutlich, das seien Dinge, die nur die Deutschen angingen. Das war die zweite Unannehmlichkeit für die CDU. Wir sprachen dann, auf Anregung von Dayton, unsere Meinung über Beamtenwesen aus, nachdem Dayton das amerikanische Verfahren auf meine Bitte hin erklärt hatte. Wir diskutierten auch die Frage, ob ein parlamentarischer Vertretungskörper für die beiden Zonen den wirtschaftlichen Zusammenschluß fördern oder hindern werde. Alle Parteien waren der Meinung, daß es förderlich sei, schon weil die Fraktionen unter sich zu verständigen und die Dinge aufeinander abzustimmen bestrebt sein würden. Mit Köhler dann noch über die Schulfrage gesprochen. Er will das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Eltern. Ich sagte ihm, wir müßten auf der Simultanschule unbedingt bestehen, sonst könnten wir nicht mitarbeiten und würden alle Einigungs-Versuche scheitern, worauf er, verärgert wie er war, antwortete, „dann muß es eben scheitern“.

Freitag, 23. August 1946

Vormittags war Sitzung der Siebener,²⁵⁰ die nicht eben viel weiter kam. Ich hatte während des Mittagessens eine lange Unterhaltung mit Euler, LDP,

²⁴⁹ Raymond Vidal sprach anläßlich einer Sitzung von SPD-Parteivorstand und Parteiausschuß; ‚Volksstimme‘ 30. 8. 1946; ‚Hessische Nachrichten‘ 29. 8. 1946 (Um die deutschen Ostgrenzen).

²⁵⁰ Der sog. „Siebener-Ausschuß“ – eigentlich 9 Mitglieder (zunächst unter Vorsitz Casparys mit Altwein, Freidhof, Kanka, Köhler, Bauer und Euler sowie B. und Schlitt als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses) – sollte Streitfragen klären. Die Sitzungen des Ausschusses wurden erst später stenographisch festgehalten, da zunächst kein Stenograph zur Verfügung stand. Stenographische Protokolle setzen erst mit der Sitzung am 4. 9. 1946 ein (LV-Drucks. IV), die dort als 1. Sitzung genannt wird.

der auch für die Simultanschule sich aussprach, aber meinte, wenn Eltern eine Konfessionsschule wollten, solle man sie ihnen zugestehen, doch müßten sie sie selbst bezahlen. Sie seien der Meinung, daß Eltern in der heutigen Zeit dazu finanziell nicht imstande seien. Ich hielt dem entgegen, daß die katholischen Schwestern in Gotteslohn arbeiteten und daß gewisse Kreise die letzten Mittel zusammenkratzen würden, um zu verhindern, daß ihre Kinder mit den Flöhe-Kindern zusammensitzen müssen. Das leuchtete ihm durchaus ein, und er sagte, das sei so beachtlich, daß er es mit seinen Leuten am 24. auf der Homburger Tagung besprechen werde.²⁵¹ Er sagte übrigens sehr deutlich, daß seine Partei damit rechne, daß die CDU sich zersetze und sie erben könnte. Ich bestärkte ihn darin, weil ich bestrebt bin, durch die LDP einen Druck auf die CDU auszuüben, und wünschte ihm einen guten Erfolg. Wir müssen danach trachten, eine der bürgerlichen Parteien bei der Verfassung mit dabei zu haben. Das würde die Aussichten des Referendums für unser Verfassungswerk sehr erhöhen. In der Fraktionssitzung wurde Interessantes erzählt über die Verhältnisse in der englischen Zone. Unsere Leute waren über die Bedeutung des Zentrums in Westfalen nicht orientiert. – Freitag morgens in der Militärregierung. Nettes menschliches Gespräch mit Hillman. Erinnerungen an das Jahr zuvor. – Nachmittags längere Sonderunterhaltung mit Metzger über Kirchenfragen. Er sagte auch, die reformierten Kreise seien absolut für Trennung, die anderen unentschieden. Die Bergér-Frage besprochen. Er hat einen Artikel, der so kompromittierend sei, daß wir hoffen, es wird klappen. Ich werde mir diese Tage den Säbelmüller²⁵² bestellen.

Samstag, 24. August 1946

Ich gab Walk, Ahl, Faber eine Übersicht über die Lage in Wiesbaden.

Sonntag, 25. August 1946

Eröffnung der [Kranichsteiner] Musikkurse. Abends nettes Zusammensein in der Post.

Montag, 26. August 1946

Nachmittags lange Unterhaltung mit Mommsen aus Berlin, speziell über Wirtschaftsfragen. Wir waren uns einig, daß die Geldfrage vordringlich

²⁵¹ Parteitag der LDP; vgl. „Frankfurter Rundschau“ 27.8.1946 (Liberaldemokratischer Parteitag in Bad Homburg).

²⁵² Der Präsident der vorläufigen Kirchenleitung in Darmstadt, Dr. Friedrich Müller, der auch den im Herbst 1945 gebildeten Verbindungsausschuß der evangelischen Landeskirchen in Hessen und Nassau leitete; vgl. Aufzeichnung 26.8.1946.

gelöst werden müsse. Er billigte die Linie unseres eventuellen Antrages²⁵³ und sagte, wir sollten doch erst mit der Militärregierung in Wiesbaden verhandeln und ihr sagen, sie möge zwei Leute vom OMGUS nach Wiesbaden kommen lassen, um mit ihnen die Sache abzustimmen. Er meinte, daß industrielle Kreise gegen die Deflation, womöglich für Inflation, bei den Amerikanern vorstellig werden. Das wäre die Wiederholung von 1918. Es muß schnell gehandelt werden. Der Weg ist gut. Ich hoffe, wir gehen ihn. Zonenprobleme erörtert, auch die englische Politik: Mommsen stimmt mit meiner Auffassung vom Gegensatz zwischen Militär und Labour-Regierung überein. – Dann Präsident Säbelsmüller. Bergér sei liberaler Theologe. Wenn er falle, bekomme die Orthodoxie die Mehrheit. Er wie Bergér seien für Simultanschule. Das sind beachtliche Gründe, gerade in der augenblicklichen Situation. Es war eine sehr persönliche Aussprache, die ihm offenbar sehr gefiel. Der gute Wein auch. Er hat sich über die Simultanschule in einer Zuschrift für die Simultanschule ausgesprochen. Das wird man also benutzen können. Er identifiziert die BK mit der Orthodoxie, auch mit gewissen reaktionären Bestrebungen. Letzteres ist nicht ganz richtig, vergl. Weinberger. – Abends: Vertrauensmänner-Versammlung. Lauter Kohl. Es dauerte bis $\frac{1}{4}$ nach 11. Zum Kotzen. Metzger antwortete sehr energisch, Reiber sehr humoristisch. Wir wurden nur wegen Kuhn angegriffen.²⁵⁴ Faber antwortete. Heddäus sagte heute, „die Leute sind plem-plem“. Nicht mit Unrecht. Deuker hat sich in Pfungstadt geäußert, wir sollten eigentlich einen Bischofshut tragen. Rindvieh.

Dienstag, 27. August 1946

Vormittags $\frac{1}{8}$ Brentano auf eine Viertelstunde. Er geht nach Wiesbaden gegen den Willen des Arztes.²⁵⁵ Gemeinsame boshafte Bemerkungen über die Leute, die die Notwendigkeit des Kompromisses nicht einsehen und noch weniger, daß bei einem Kompromiß sie selbst auch nachgeben müssen. Ich habe ihm die Simultanschulfrage sehr deutlich erklärt. Er fuhr dann weiter zu Köhler und will den Ausschuß heute mitmachen. Ich sagte ihm, wenn es so komme, bekäme man den Kirchenkampf, und ich würde der Führer. Er versteht das alles. Es war auch nur gesagt, damit er es benutze. Als ich ihm erzählte, daß die Amerikaner gegen das Ständische seien, war er sehr erfreut und sagte „Gott sei Dank“. Es ist ein Unglück,

²⁵³ LV-Drucks. I, Nr. 34: Antrag der SPD zur Errichtung eines wirtschaftlichen Interzonenausschusses der britischen und amerikanischen Zone.

²⁵⁴ Oberregierungsrat Ferdinand Kuhn, Referent in der Inneren Abteilung, galt als strenger Katholik.

²⁵⁵ Brentano wurde aufgrund längerer Krankheit im Verfassungsausschuß von Kanka vertreten.

daß er durch Krankheit gehindert war, bisher mitzuarbeiten. Aber er sah noch schlecht aus. – Sitzung des Siebener-Unterausschusses.²⁵⁶ Behandelt wurden Grundrechte, soziales Leben und Wirtschaft. Dr. Köhler wollte nachmittags Schule behandeln, weil er offenbar wirtschaftliche Konzessionen, die er machte, gegen Schulkonzessionen der SPD aushandeln wollte, ein Ausdruck, den er selbst gebrauchte. In der Schulfrage waren die Dinge aber noch nicht so weit. Ich sprach unter Mittag nochmals mit Brentano und sagte ihm, daß wir an der Simultanschule festhalten müßten, wenigstens für die Gebiete, wo sie eingeführt ist. Das andere sei von der Fraktion noch nicht behandelt. [Ich] sprach auch nochmals mit Euler und Bleek. Bleek war sehr stark meiner Meinung. Die Dinge sind also noch in der Schwebe, und wir behandelten nachmittags diese sozialen Grundrechte weiter. Freitag nachmittag soll Fortsetzung sein. Es wurde auch beschlossen, zunächst überhaupt nur als Siebener-Kommission zu verhandeln, nicht im größeren Kreis. Bauer machte einige gute Vermittlungsvorschläge. Ich war nur zeitweise dabei, weil ich mehrfach abgerufen wurde. Eine Amerikanerin kam, Vertreterin der Congress Library, die alle unsere Drucksachen etc. sammeln will. Witte kam und erzählte, daß die Militärregierung eine öffentliche Propagandasitzung des Ausschusses wünsche mit mir als erstem Redner, im Theater. Echt amerikanische Kino-Idee. Wir sind alle dagegen. Die Amerikaner hatten abends keine Zeit, so wird die Aussprache über all dies erst nächste Woche sein.

Abends noch in Olm, Zwetschen und rote Rüben geholt. Auf der Hinfahrt über die Brücke ein deutsch sprechender Amerikaner. Sohn deutscher Eltern, auf der Rückfahrt ein überaus höflicher Franzose, Wirkung meiner Standarte. Ich fragte ihn dann, ob er Elsässer sei. Er war aus Zäbern, und wir plauderten einen Augenblick. Er revidierte nicht.

Mittwoch, 28. August 1946

Morgens in Frankfurt, beim russischen Offizier: Erstes Zimmer: ein Schreibtisch, ein Leutnant; zweites Zimmer: ein Oberst, ein Schreibtisch, ein Leutnant. Der Oberst gab mir gleich das Pfötchen, war sehr freundlich. Ich soll in einem Monat wiederkommen, dann hätte ich Nachricht.²⁵⁷ Sie wollten sich erkundigen. – Dann bei Konsul Gaire, meinen Reiseantrag ausgefüllt.²⁵⁸ Er beschenkte mich reichlich mit Büchern und Zeitschriften. Das geistige Leben in Frankreich ist erstaunlich wie immer. – Dann Verlei-

²⁵⁶ Nicht in den LV-Drucks. enthalten; Beschluß-Protokoll in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

²⁵⁷ Offensichtlich ging es hier um die Freilassung des Sohnes Ludwig aus sowjetischer Gefangenschaft.

²⁵⁸ Im Zusammenhang mit seiner geplanten Reise nach Frankreich.

hung des Goethe-Preises.²⁵⁹ Ausgezeichnete Rede von Kolb, die er aber nicht selbst gemacht hatte. Beutler neben mir und der Schweizer Konsul [Hochstrasser], dem ich für die mancherlei Hilfe für meinen Regierungsbezirk dankte. Mit Eppelsheimer 48er Sachen besprochen. Redslob eine Viertelstunde geplaudert, sehr angenehm. Großes Lob meiner Nauheimer Rede.²⁶⁰ Einen Artikel von Noack habe er nicht genommen, da dieser ein Buch geschrieben hat, daß hitleristisch sei.²⁶¹ Ich lasse es suchen durch Dr. Bammel, der nach Tübingen fährt und mich nachmittags besuchte. Das wäre ein Fressen. Mit Eppelsheimer plaudernd zurückgefahren. – Nachmittags Bammel, der dann ein langes Gespräch mit Muß hatte. Frank ganz kurz. Dann Kurz und ein Herr Sprenger, SPD-Genossen aus Wieck. Die alten Klagen aus der englischen Zone. Bestätigung des Gegensatzes zwischen Militärs und Labour-Party. Viele §-Fragen über die Notwendigkeit, die jungen und die aktiven Elemente der Partei zusammenzufassen. Scharfes Urteil über Kolb, der sich zeitweise sehr schlecht gehalten habe. Notwendigkeit der Verbindung mit den Regierungen der westlichen Besatzungsmächte. Übereinstimmende Kritik an der Haltung Schumachers gegenüber Rußland. – Dann ein junger Ingenieur, darüber klagend, daß die Leute zwischen 25 und 35 Jahren von der Mitarbeit ausgeschlossen werden. Ich regte eine Denkschrift an Befreiungsministerium etc. an. – Dann mit Bammel in der Post zu Abend gegessen, bei Reichvilser Wein getrunken, sehr angeregte Unterhaltung. Großes Lob meiner Nauheimer Rede. Kritik an doktrinäer Haltung vieler alter Genossen. Sie könnten im Rheinland nicht für die Simultanschule eintreten, die mit 80% abgelehnt worden sei. – Abends zu Hause noch langes Gespräch über Politik.

Freitag, 29. August 1946

Morgens Fraktionssitzung. Ich gab den Bericht über den Verfassungsausschuß, allgemeine Lage. Ansonsten viel Gewäsch und wenig Wolle. Über die Fahrer-Verpflegung und alle möglichen anderen Dinge, die man hätte kurz behandeln können. Beim Mittagessen Verhandlungen, dann in den Landtag und den Bericht der Kommission durchgesehen. Um ½3 kurze Gesamtausschuß-Sitzung. Wir haben beschlossen, daß in der nächsten Zeit nur der Siebener-Ausschuß tagen soll, weil die Dinge noch nicht ganz spruchreif sind. Nächsten Donnerstag ist auf Wunsch der Amerikaner

²⁵⁹ 1946 erhielt Hermann Hesse den Goethe-Preis.

²⁶⁰ Vgl. Anm. 152/1946.

²⁶¹ Gemeint ist hier: Ulrich Noack, Das politische Ethos in der europäischen Diplomatie, Hamburg 1939. B. ersuchte die Landesbibliothek um eine Liste der Veröffentlichungen von Noack; Mat. Bergsträsser: B. an Landesbibliothek, 29. 8. 1946.

eine öffentliche Sitzung. Die Einzelheiten besprach ich zwischendurch mit Präsident Witte etc. Ich brauche nur das Schlußwort zu reden. Dann wieder in den Ausschuß, wo eine lange Debatte darüber war, zum so und so vielen Male, ob man überhaupt die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte machen soll oder nicht. Die LDP ist gegen diese Grundrechte, und die CDU möchte sich davor drücken. Ich habe in einer kurzen Rede scharf betont, daß man diese Grundrechte nun doch einfach geben müsse, weil sonst die Verfassung an dem, was die Leute im Augenblick für das Wichtigste hielten, vorbeigehe, und das sei politisch unmöglich. Altwein gab durch Zeichen zu erklären, daß er sehr zustimme. – Um 6 Uhr aufs Jägerhaus gefahren. Wunderhübsche Fahrt durch den Taunus.

Sonntag, 1. September 1946

Nachmittags in Gießen. Theatereröffnung: „Don Carlos“. Für mich ein-druckslos, schrecklich lang gedauert. ½ nachts zurückgekommen.

Montag, 2. September 1946

Morgens überströmend liebenswürdiger Brief vom Präsidenten Müller (Kirche) mit der Dissertation von Bergér über die Simultanschule.²⁶² Sonst unendlich viel Kleinigkeiten, die mir die Zeit stahlen. Das Flüchtlingsproblem wird immer schlimmer, die Aufnahmefähigkeit auch des Landes erlischt. Dabei sollen jetzt noch polnische Juden hier herein gepumpt werden. Die Zivilregierung scheint der Militärregierung gegenüber nicht genug Rückhalt zu zeigen. Sodann erfahre ich, daß leider auch Zinnkann nicht so klug war, vor Übernahme des Amtes Bedingungen zu stellen. So hat die Militärregierung mitgeteilt, sie verlange, daß der Ministerialdirektor [Heckert] bleibe und ebenso Hamberger. Ein gänzlich unmöglicher Zustand. Sie hat auch gar kein Recht dazu. Mir wäre es nicht passiert. Ich erinnere mich noch, wie Geiler mir das Innenministerium anbot, daß er mir direkt sagte, ich könne mir einen Ministerialdirektor nach meinem Wunsche wählen.²⁶³

²⁶² Wilhelm Bergér, Welche Schulart ist von evangelischem Standpunkt aus zu wünschen? Mit besonderer Berücksichtigung der hessischen Verhältnisse, Darmstadt 1927. Die Arbeit wurde im November 1930 von der Universität Gießen als phil. Diss. angenommen.

²⁶³ Vgl. Eintragung 16.4.1946.

Dienstag, 3. September 1946

Nach Wiesbaden zum Siebener-Ausschuß, der schweregeburtlich über Betriebsräte verhandelte.²⁶⁴ Nachmittags spitzten sich die Gegensätze zu, und CDU und LDP setzten sich in ein anderes Zimmer. Wir arbeiteten sieben verschiedene Formulierungen aus, die ich immer hin und her trug. Der ehrliche Makler im Wandeln. Am nächsten Tag kamen wir doch zu einem guten Ende, nachdem ich Dienstag noch lange gearbeitet und dann mit der Buschette mich ebenso lang unterhalten hatte, die mir sehr interessante Sachen über CDU und andere politische Dinge erzählte.

Mittwoch, 4. September 1946

Abends bei der Militärregierung mit Dayton. Die Parteien betonten alle sehr scharf, daß eine Vertretung des Landtages bei der Zonenregierung notwendig sei.

Donnerstag, 5. September 1946

Nachmittags die Galavorstellung des Verfassungsausschusses. Die Konzilianz, mit der die Parteien sprachen, wurde von der Hörerschaft bemerkt und wirkte sich gut aus. Mein Schlußwort soll besonders auf die Jugend gewirkt haben.²⁶⁵

Freitag, 6. September 1946

Fahrt nach Stuttgart mit Zinnkann und Kanka. Wir hörten die Rede von Byrnes, die einen sehr starken Eindruck machte.²⁶⁶ Ich habe am Samstag vormittag der Militärregierung, da mich Sheehan hinüberbitten ließ, meine „reaction“ gesagt und dabei stark hervorgehoben, daß ich die Dinge so auffaßte, wenn der Staatssekretär sich für seine Rede Deutsch-

²⁶⁴ Nicht in den LV-Drucks. enthalten; Beschluß-Protokoll in: UB-MR, NL Bergsträsser 3.

²⁶⁵ Die Sitzung des Verfassungsausschusses war die von den Amerikanern geforderte öffentliche Sitzung: LV-Drucks. IIIa, S.146ff. B.s Schlußwort ebd., S.156/157.

²⁶⁶ Byrnes kündigte in seiner Stuttgarter Rede eine Friedensregelung und Vorbereitungen zur Bildung einer demokratischen deutschen Regierung an. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Zonen sollte auf der größtmöglichen Stufe erfolgen. Wenn nicht alle Zonen der Aufforderung folgen würden, sollte der Zusammenschluß nur mit den Alliierten vollzogen werden, die sich bereit erklärten. Dies wurde dann mit der Bildung der Bizone realisiert. Text der Rede in: Germany 1947–1949. The Story in Documents, Washington 1950, S.3–9; dazu Gimbel, Besatzungspolitik, S.121.

land ausgesucht habe und da eine große Anzahl maßgebender Deutscher zugegen gewesen sei, sie zu hören, so bedeute das eine Verpflichtung dem deutschen Volke gegenüber, von diesem Mindestprogramm nicht abzugehen. Überdies sei für uns wichtig, daß er nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einheit Deutschland für nötig halte und ihre baldige Durchführung für erstrebenswert. Auch daß die Ostgrenze durch die jetzige Verwaltungsregelung nicht festgelegt sei, sei für uns sehr erfreulich. Die Tatsache, daß Ruhr und Rhein bei uns bleiben sollten, sei eine wichtige Grundlage der Zukunft. Was er über die Saar gesagt habe, faßte ich so auf, daß er dadurch Frankreich von Rußland lösen und die westlichen Mächte auf eine Einheit bringen wolle, ohne Rußland zu isolieren. Ich erzählte, daß ich nach der Rede mit Geiler gesprochen hätte, der mir gesagt habe, er wolle bei dem Treffen der Ministerpräsidenten der englischen und amerikanischen Zone im Oktober eine Resolution einbringen, die diese Dinge unterstreiche.²⁶⁷ Und daß ich Geiler geantwortet hätte, man müsse da doch vorher bei Byrnes anfragen, ob das ihm opportun erschiene. Ich persönlich hätte den Eindruck, es sei besser, wir Deutschen hielten uns zurück, weil wir sonst Gegensätze neu hervorrufen oder verstärken könnten. Unsere Situation sei noch nicht derart, daß wir auch in dieser Form aktiv wirkend in die Außenpolitik eingreifen können. Ich habe übrigens mit Geiler auch darüber gesprochen, daß ich einen Einreiseantrag nach Frankreich eingereicht habe, was er sehr billigte. Das habe ich natürlich der Militärregierung nicht erzählt.

In Stuttgart sprach ich noch mit Keil, der mir den Verfassungsentwurf, zweite Lesung, und seinen Bericht gab. Sie haben die zweite Kammer abgeschafft und den Staatspräsidenten und in der Frage der Schule das badi-sche System der Simultanschule übernommen. – Langes Gespräch vor der Rede mit Oskar Müller über Heimerich. Ich sagte ihm, ich würde nicht nur persönlich, sondern auch meine Partei würde es begrüßen, wenn er überall ausgeschaltet würde. Er sei ein Mann, mit dem man nicht arbeiten könne. Oskar Müller behauptete, daß Heimerich der hauptsächliche Querschläger sei bei der Neuordnung der sozialen Versicherung.²⁶⁸ Das sieht dem Kerl ähnlich.

²⁶⁷ Am 4./5. 10. 1946 fand in Bremen die Konferenz der Länderchefs aus der britischen und amerikanischen Zone statt. Obwohl ursprünglich eine Interzonenkonferenz geplant war, konnten Vertreter aus der französischen und sowjetischen Zone nicht teilnehmen. Vgl. Akten Vorgesch. BRD I, S. 878; dazu auch Gimbel, Besatzungspolitik, S. 124.

²⁶⁸ Im Sozialpolitischen Ausschuß hatte die CDU für einen einheitlichen Sozialversicherungsträger gestimmt; Antrag in: LV-Drucks. I, Nr. 11. Im Plenum unterstützte die CDU mehrheitlich einen Antrag der LDP, der auch private Versicherungsträger zuließ; 4. Sitzung Plenum 19.9.1946: LV-Drucks. III, S. 87.

In einer Sitzung des Verfassungsausschusses letzte Woche, wo wir uns über die Frage der Beteiligung der Landtage an der Interzonenregelung unterhielten, hat Staatssekretär Brill seine rechtliche Auffassung dahin geltend gemacht, es gäbe kein Deutsches Reich mehr. Ich habe dem aufs allerschärfste widersprochen.²⁶⁹ Es ist einer der typischen Fälle, wo ein Jurist zu einer Überzeugung kommt, die er dann glaubt, seiner Politik zugrundelegen zu sollen, während das einzig richtige Verfahren doch ist, daß der Politiker sein Ziel festlegt und juristische Ausführungen benutzt, dieses Ziel zu erreichen. Je mehr ich wieder in der aktiven Politik stehe, desto mehr sehe ich, daß die Fachleute für derartige Arbeit ungeeignet sind. Wenn man bedenkt, welch ungeheure Wirkung das Gutachten der Handelskammer über die soziale Wirtschaftsordnung in den Verfassungen²⁷⁰ gegen ihren eigenen Standpunkt ausgeübt hat, begreift man das doppelt. – In Stuttgart sprach ich auch mit Pfarrer Fricke von Frankfurt a. M., den ich zufällig kennenlernte, über die Schulfrage. Er ist ganz für die Simultanschule, und auch das ist wichtig. [...]

Montag, 9. September 1946

Unter anderen Besuchern Karsten. Interessante Aufschlüsse über die Lage der Eisenbahn. Die Schwierigkeiten, mit den Reparaturen dem Bedarf nachzukommen.

Dienstag bis Freitag, 10. bis 13. September 1946

Wiesbaden.²⁷¹ In dieser Woche mit dem wirtschaftlichen Teil der Verfassung fertig geworden. Dann noch eine Generaldiskussion über zweite Kammer. Im Grunde genommen war sie so lendenlahm wie die Sache selbst. Da die CDU nun ihr ständisches Ideal nicht verwirklichen kann der Amerikaner wegen, ist sie mit anderen Gestaltungen gekommen, die

²⁶⁹ Der Disput B.–Brill um die Frage der Fortexistenz des deutschen Reiches fand wohl auf der nicht in den LV-Drucks. enthaltenen Sitzung des Siebener-Ausschusses am 4.9.1946 statt. Hinweis in der ersten (stenographierten) Sitzung des Siebener-Ausschusses: LV-Drucks. IV, S.249. In der dritten (stenographierten) Sitzung wurde der Streit fortgeführt: ebd. S. 267. Brill ging davon aus, daß mit der bedingungslosen Kapitulation die Staatsgewalt des deutschen Reiches untergegangen sei. Für B. bestand die nach der Haager Landkriegsordnung auf die Siegermächte übergegangene Staatsgewalt fort.

²⁷⁰ Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Groß-Hessens und Württemberg-Badens vom 1.8.1946, in: Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern 1946. Dokumente, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) mit Einleitung von Wolf-Dietrich Schmidt, Frankfurt 1978, S. 320. Hier sprachen sich die Kammern gegen eine Verankerung sozialistischer Grundsätze in den Verfassungen aus.

²⁷¹ 2. bis 4. (stenographierte) Sitzung Siebener-Ausschuß: LV-Drucks. IV, S.254 ff.

aber eigentlich keinen rechten Sinn haben.²⁷² Sie hängt an einem Traume. Bauer machte den guten Vermittlungsvorschlag: Ausbau des Staatsrates.²⁷³ Inzwischen ist in Württemberg die zweite Kammer und der Staatspräsident gefallen und in München der Staatspräsident. Letzteres ist von wirklich großer politischer Bedeutung, da die Freunde des Staatspräsidenten in München ihn wollten als den Vertreter der Eigenstaatlichkeit.²⁷⁴ So scheint doch das gesunde Volksempfinden gegen das partikularistische in diesem Fall gesiegt zu haben.

In unserer Fraktion gab es Widerstände gegen unser Tun, weil die 13 Mitglieder des Verfassungsausschusses²⁷⁵ sich zurückgesetzt fühlen, da wir immer nur im kleinen Kreis der sieben Leute verhandeln. Aber zu der Sitzung der Fraktion am Freitag nachmittag kam nur Willi Richter und keiner von den übrigen 13. Es gab furchtbar viel Geschrei im buchstäblichen Sinne des Wortes, hervorgerufen dadurch, daß Richter alle Formulierungen so auslegte, wie er sie begriff, und nicht so, wie sie juristisch begriffen werden müssen. Ich beteiligte mich wenig und fuhr um 5 nach Darmstadt zum Zahnarzt.

Am interessantesten war eine lange Diskussion am Donnerstag in Anwesenheit von Staatssekretär Brill über einige Schritte des Hauptausschusses in Bezug auf die demokratische Gestaltung beim bizonalen Ausschuß und im Hinblick auf die von Staatssekretär Byrnes in Aussicht gestellten Reichsregelungen. Brill vertrat wieder seine These, daß das Deutsche Reich nicht mehr existiere. Er sei aus juristischen Gründen darauf gekommen. Typisches Beispiel eines Fachmannes, der aus Fachgründen zu einem Ergebnis kommt und es durchficht, auch wenn es politischer Wahnsinn ist. Dabei lag schon die Rede von Byrnes vor, in der ausdrücklich gesagt ist, daß das Reich wieder belebt werden soll, daß es also noch existiert. Wir haben ihn – alle 4 Fraktionen – zugedeckt.²⁷⁶ Ich war der erste

²⁷² Statt der ständischen Zusammensetzung der II. Kammer forderte die CDU jetzt ein aus den kommunalen Vertretungen gewähltes Gremium; LV-Drucks. IV, S. 280; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 235.

²⁷³ Bauers Vermittlungsvorschlag vom 13.9.1946 in: LV-Drucks. IV, S. 281.

²⁷⁴ In München hatten sich ursprünglich nicht nur die CSU-Fraktion, die mit 109 von 180 Mandaten die absolute Mehrheit in der bayerischen Landesversammlung besaß, sondern auch 5 SPD-Abgeordnete (darunter Hoegner) für die Einführung des Staatspräsidenten ausgesprochen, die dann am 12.9. überraschend mit 85:84 Stimmen abgelehnt wurde, da eine starke Minderheitsgruppe von CSU-Parlamentariern dagegen votierte. Bei der zweiten Abstimmung am 20.9. war die Gegenmehrheit mit 87:81 noch höher, da nun auch die anfänglichen Befürworter aus der SPD sich der Fraktionsdisziplin fügten und der Abstimmung fernblieben. Vgl. Die Auseinandersetzung, S. 213/214.

²⁷⁵ Vertreter der SPD im Verfassungsausschuß waren außer B. Caspary, Selbert, Metzger, Willi Wittrock, Altwein, Richter, Freidhof, Nischalke, Precht, Zinnkann, Stock und Wagner.

²⁷⁶ Vgl. LV-Drucks. IV, S. 266.

Redner und sagte das Grundsätzlichste. Es gehört doch zu den wirklich reizvollen Dingen dieser parlamentarischen Politik, daß man jeden Augenblick gewappnet sein muß auf Dinge, die man nicht voraussehen kann. Unsere Diskussion stand auf hohem Niveau. – Donnerstag nachmittag, wie ich nach Hause ging, lief Herr von Fries hinter mir her, mich eifrig begrüßend, viel erzählend. Er geht nach Minden. Ich hatte den Eindruck, daß er sich der vermuteten neuen Größe versichern wollte. Anschmuser.

Sonntag, 15. September 1946

Breuberg, Vortrag vor etwa 50 jugendlichen Leitern von Jugendgruppen über Jugend und Politik.²⁷⁷ Ich machte es mit viel Einzelbeispielen, und man schien befriedigt zu sein. Einige sehr nette Leute. Auf der Rückfahrt Lager in Sandbach besichtigt und in Dieburg. Ostheimers auf ihren Brief mündlich geantwortet.²⁷⁸

Montag, 16. September 1946

Nachmittags in Bad Salzhausen. Besprechungen über das Bad. Wir kamen überein, daß das Kurhaus von den Hirnverletzten und den Altersheim-Leuten aus Frankfurt a.M. allmählich geräumt wird, daß dahin Leute kommen, Evakuierte und Flüchtlinge, die wirklich herzleidend sind. Das gleiche soll geschehen mit allem anderen im Ort verfügbaren Raum, damit wir nachweisen können, daß das Bad als Bad gebraucht wird. Das ist das Entscheidende. – Abends Sitzung in Wiesbaden wegen der Resolution zur Byrnes-Rede.²⁷⁹ Ich machte mehrere Zusätze, besonders den, daß Deutschland seine zwischen den Blocks selbständig sein wollende Außenpolitik ihm schwer geschadet habe.

Dienstag, 17. September 1946

Morgens Verfassungsausschuß. Öffentliche Sitzungen, in der die Spannungen sich steigerten und mancherlei Vernünftiges zerredet wurde. Frau Selbert hielt eine lange theoretische Rede über sozialistische Wirtschaft

²⁷⁷ Die Rede ist aufgenommen in den Sammelband: L. Bergsträsser, Der Weg der Jugend in unserer Zeit, Offenbach 1947, S. 19–27: „Jugend und Politik, eine Rede zu den Jugendleiterkursen auf dem Breuberg bei Neustadt i. Odw. am 15. September 1946“.

²⁷⁸ Konrad Ostheimer hatte sich in einem Brief vom 12.9.1946 beklagt, daß eine an Flüchtlinge vermietete Wohnung in seinem Haus nun beschlagnahmt und neu belegt werden sollte; Mat. Bergsträsser.

²⁷⁹ Die vom Hauptausschuß eingebrachte Resolution in: LV-Drucks. I, Nr. 49.

und wollte diesen Ausdruck in die Grundrechte hinein haben.²⁸⁰ Das war der Beschluß einer Sitzung unserer Dreizehn am Montag nachmittag, an der ich nicht hatte teilnehmen können. Die hatten uns überhaupt versucht zu überrennen. Richter war dabei führend, der nicht die Fähigkeit hat, einen Gesetzestext objektiv auszulegen. Er legt ihn immer so aus, wie er ihn versteht. Überdies ist er gerade so wirtschaftlich beschränkt wie sein Gegenpart, der typische Arbeitgeber. Er ist der beste Beweis gegen das ständische Prinzip. Köhler gab seinem Unmut Ausdruck, wie mir scheint, zu Recht.

Mittwoch bis Freitag, 18. bis 20. September 1946

Morgens Fraktionssitzung. Nachmittags begann das Plenum. Da der Aufnahmewagen erst spät kam, kam unsere Erklärung²⁸¹ spät auf die Tagesordnung. Ich war durch die schlechte Luft im Saal und die Tage vorher abgespannt und sprach für meine Begriffe schlecht. Es wurde mir aber nachher gesagt, es sei sehr wirkungsvoll gewesen und habe sich im Rundfunk besonders wirkungsvoll gemacht. Ich hatte allerdings meine Rede etwas auf die Außenwirkung berechnet. „Wiesbadener Kurier“ hat sie sehr gelobt.²⁸² – Abends Fraktionssitzung. Fortsetzung der Verfassungsdebatte. Es wurde kein Beschluß gefaßt, aber die Stimmung war uns gegenüber schlecht.

Am nächsten Morgen während des Plenums (Donnerstag, 19.9.) dauernde Verhandlungen und dazwischen Sitzung der dreizehn Männer unserer Fraktion, die im Verfassungsausschuß sind. Da ein paar Schreier nicht da waren, hatten wir eine überwiegende Mehrheit und also wieder Handlungsfreiheit gewonnen. – Nachmittags schwänzte ich das Plenum und war mit meiner Frau im Museum. Wundervolle Handzeichnungen und unter den Renaissance-Plastiken die herrliche Büste aus dem Kaiser Friedrich-Museum. Es war eine Erholung. Dann eine Stunde in der Sitzung, Sitzungen für den Ausschuß etc. festgelegt. Dann nach Frankfurt a.M. Städtisches Abendessen für den Soziologen-Tag. Meine Frau ging mit Frau Gerloff hin. Sehr netter Abend, für mich immer wieder amüsant, unter den Groß-Kopfeten zu sitzen. Zwischen Wiese und Hallstein. Kempner am sel-

²⁸⁰ 10. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 157; Selberts (nach dem Protokoll allerdings recht kurzer) Beitrag am Ende der Sitzung, ebd. S. 163.

²⁸¹ In der bereits in der Eintragung 16.9.1946 (mit Anm. 279) erwähnten, einstimmig angenommenen Resolution zur Byrnes-Rede heißt es u.a.: „Die Landesversammlung bittet ... die amerikanische Militärregierung zu ermöglichen, daß die Landtage nicht nur der US-Zone, sondern auch der anderen Zonen miteinander in Verbindung treten, um die Bildung eines ... Zwischen- oder Vorparlamentes einzuleiten“; in: LV-Drucks. III, S. 64/65.

²⁸² 4. Sitzung Plenum 18./19.9.1946: LV-Drucks. III, S. 51–128; B.s Rede zur Byrnes-Resolution ebd. S. 66/67; „Wiesbadener Kurier“ 20.9.1946 (Es gilt zu handeln).

ben Tisch, lange Unterhaltung mit ihm. Mit Gerloff Fakultätssachen besprochen. Geiler will Sauermann nicht bestätigen. Vermutlich Intrige von Blaum. Man will Nöll von der Nahmer als Professor nach Frankfurt a. M. haben, offenbar weil man damit rechnet, daß er bei Neubesetzung des Ministeriums weg muß. Es sei das Wort gefallen, das müsse gemacht werden, ehe die neue Regierung komme. Dabei ist Nöll von den Nazis nach Wien berufen worden, also mindestens nazi-affiliert.²⁸³ Ich werde es mit Vieh weg besprechen. Fakultät war sehr erfreut über mein Erscheinen.

In Wiesbaden hatte ich noch mit Drott verabredet, eine Bibliothek zeitgenössischer Memoiren herauszugeben.²⁸⁴ Noske, Severing, Wissell, aber auch Nicht-Sozialisten. Ich Herausgeber und verantwortlich. So komme ich zu meiner alten Idee aus einem Zufall.

Freitags Siebener-Ausschuß. Wir waren alle todmüde, kamen aber zu einer Lösung der Schulfrage, indem wir eine Formulierung fanden, die die Entscheidung vertagt.²⁸⁵ – Abends, nach dem Essen im Ministerium, noch zweites Abendessen im Ratskeller mit dem Landes-Jugendausschuß. Guter Fisch. Zu Hause $\frac{1}{2}$ 10 abends ins Bett und geschlafen bis 7 – trotz Riesenturm.

Sonntag, 22. September 1946

Stuttgart: Kulturrede – gegen proletarische Kultur, die es nicht gebe, für den deutschen Geist.²⁸⁶ Schlecht organisiert, schlecht besucht. – Nachher Forstmeister Gritz getroffen.²⁸⁷ Gutes Essen. – In Heidelberg bei Jellinek, Grundrechte durchgesprochen.²⁸⁸

²⁸³ Heinz Sauermann wurde dann doch bestätigt, während Nöll v. d. Nahmer, der 1940 eine Professur an der Hochschule für Welthandel in Wien erhalten hatte, als Volkswirt nach Mainz berufen wurde.

²⁸⁴ In der von B. herausgegebenen, von Drott im Bollwerk-Verlag verlegten „Bibliothek zeitgenössischer Memoiren“ erschien als erster Band die Übersetzung von: Oscar Meyer, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, Offenbach 1948 (1. Aufl. 1944 in den USA).

²⁸⁵ 5. (stenographierte) Sitzung Siebener-Ausschuß: LV-Drucks. IV, S.287. Hier wurde der Artikel aufgenommen, daß das Schulwesen bis zum Erlaß von Ausführungsgesetzen bei dem derzeitigen Rechtszustand bleibe; ebd. S.288.

²⁸⁶ Das Manuskript der Rede B.s auf der Kulturtagung in Stuttgart in: UB-MR, NL Bergsträsser I.

²⁸⁷ B. hatte 1935 für mehrere Monate bei Richard Gritz, seinerzeit Leiter der Forstverwaltung des Grafen Lichnowsky in Grätz bei Troppau/Sudetenland, gewohnt, um in der dortigen Schloßbibliothek Materialien zu seiner geplanten, allerdings nicht fertiggestellten Biographie über den 1848 erschossenen Fürsten Felix Lichnowsky zu sammeln.

²⁸⁸ Der Verfassungsausschuß hatte B. beauftragt, Jellinek zur Formulierung einiger Grundrechte zu konsultieren. Vgl. 11. Sitzung Verfassungsausschuß 23.9.1946: LV-Drucks. IIIa, S.163.

Montag bis Samstag, 23. bis 28. September 1946

Nach Wiesbaden; die ganze Woche dort im Verfassungsausschuß. Die Dinge entwickelten sich so, wie nach den letzten Verhandlungen anzunehmen war. Es kommt nicht zu einer gemeinsamen Verfassungs-Vorlage. Den Ausschlag gab das Verhalten der CDU, die zu keiner ihrer Vereinbarungen mehr stand. Sie hatte im Wirtschaftsteil einer Formulierung zugestimmt, daß mit Inkrafttreten der Verfassung bestimmte Betriebsgattungen in Gemeineigentum überführt werden sollten.²⁸⁹ Und plötzlich erklärte Dr. Köhler, das müsse aus der Verfassung raus. Sie hatte in der Sitzung am Freitag eine Formel für das Schulwesen selbst vorgelegt (Dr. Kanka), nach der die ganze Schulfrage auf ein Schulgesetz vertagt und bis dahin am status quo festgehalten werden solle.²⁹⁰ Auch das wurde widerrufen. Es war ersichtlich die Absicht, eine Pression auszuüben und uns zu prellen. Bei Dr. Köhler entpuppte sich die wahre Natur des ehemaligen Syndikus, der die Politik als einen Pferdehandel betrachtet. Ich habe den anderen Fraktionen später bei erneuten Verhandlungen glatt erklärt, die CDU sei für mich nicht mehr vertragsfähig. Ein derartiges Verhalten könne ich nicht mitmachen, ich sei bisher absolut loyal gewesen und könne also beanspruchen, daß andere auch loyal seien, wobei ich von den beiden anderen Parteien das Zeugnis der Loyalität bekam. Besonders verschnupft war Dr. Köhler darüber, daß ich in einer Sitzung, als wir zu der Staatsorganisation übergingen, die bisherige Diskussion über eine zweite Kammer rekapitulierte, was wir über das Wahlverfahren gesprochen hätten, und infolgedessen die Frage stellte, ob es nicht richtig sei, ehe wir in eine weitere Spezialdiskussion über die zweite Kammer eintreten, doch zunächst einmal darüber abzustimmen, ob überhaupt eine zweite Kammer eine Mehrheit finde oder nicht. Die CDU widersprach dieser Abmachung nicht, was sie jederzeit hätte tun können, d.h. sie bat auch nicht um Zurückstellung der Abstimmung. Die Abstimmung ging so aus, wie sie ausgehen mußte: SPD und KPD dagegen, also eine Mehrheit. Darauf zog sich die CDU zurück und erklärte nachher, man hätte diese Abstimmung nicht vornehmen sollen, und kritisierte mein Verhalten als nicht loyal. Ich widersprach sehr scharf und bekam auch von Bauer und der LDP in der öffentlichen Sitzung das Vertrauen ausgesprochen. Der Pferdehändler nahm das übel, daß er aus mangelnder Praxis und Geistesgegenwart hineingefallen war. Die Stimmung war bei uns (SPD) schon dadurch verdorben, daß Dr. Köh-

²⁸⁹ Vom 23. bis 29.9.1946 fanden täglich Sitzungen des Verfassungsausschusses statt: LV-Drucks. IIIa, S.163–228. Bei dem hier angesprochenen Sozialisierungsartikel (zunächst Art. 37, später als Art. 41 verabschiedet) hatte die CDU im Siebener-Ausschuß der Sofortsozialisierung einiger Leitsektoren zugestimmt, dafür im Gegenzug von der SPD die Herausnahme der Baustoff-, der chemischen und der pharmazeutischen Industrie gefordert und erhalten. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S.254.

²⁹⁰ Vgl. Anm. 285/1946.

ler sich zwar wochenlang an der Ausarbeitung eines Kompromisses über Sozial- und Wirtschaftsleben beteiligt hatte, da auch einer Formulierung zugestimmt hatte, nach der bestimmte Betriebe mit dem Inkrafttreten der Verfassung sozialisiert seien, daß er aber dann Caspary erklärte, dazu nicht stehen zu können, wörtlich: „Das muß raus.“ Überdies hatten wir ein Kompromiß über das Schulgesetz gemacht, und auch da hatte Köhler kalte Füße bekommen. Infolgedessen hatten wir kein Vertrauen mehr zu ihm. Ich habe ihn direkt als verhandlungsunfähig anderen gegenüber bezeichnet. Die ganze Situation wurde dadurch kompliziert, daß ein Schrieb von der Militärregierung kam, die Verfassung müsse unbedingt zum 30. fertig und abgeliefert sein.²⁹¹ Inzwischen ist dies widerrufen worden und uns gesagt worden, wir hätten bis zum Mittwoch, evtl. Donnerstag Zeit. Die Folge des Schriebs war, daß wir auch abends Sitzungen einlegten und ohne übermäßig viel Diskussionen alle restlichen Teile erledigten, darunter auch den Teil über das Wirtschaftsleben, soweit er noch ausstand, und den Teil über Schule und Kirche. Bei dem letzteren beteiligte sich die CDU an der Diskussion nicht mehr und enthielt sich dauernd der Stimme. Die Folge davon war, daß wir mit dem Wirtschaftsteil gut durchkamen und sehr viel mehr für uns Günstigeres darin stand, als wir bei einem Kompromiß mit der CDU hätten erreichen können, auch für Kirche und Erziehung, da wir eigentlich alles ungefähr so machten, wie wir wollten, da die LDP sich in diesem Falle auch uns fast immer anschloß. So entstand ein Verfassungsentwurf, der zwar nur damit rechnen konnte, daß SPD und KPD ihn annehmen; der aber in seinem letzten Teil auf die CDU gar keine Rücksicht mehr nahm, denn wir wurden eher von der KPD noch weiter getrieben, als wir eigentlich wollten, wobei es zu einem ulkigen, an sich für uns dummen, aber inzwischen ausgebügelten Zwischenfall kam, indem unsere Fraktion bei dem Paragraphen über das Beamtenwesen auseinanderfiel und einer Formulierung der KPD zustimmte, die eigentlich das Beamtenwesen ganz abschaffen wollte.²⁹²

Als wir am Samstag²⁹³ wieder zusammentraten, wurde von CDU-Seite mehrfach bei einzelnen von uns sondiert, ob diese Entwicklung nicht wie-

²⁹¹ AHLT, LV – Verfassungsausschuß: OMGH an Geiler, 16.9.1946; dort die Aufforderung, bis zum 30.9. die Verfassung vorzulegen. Die Frist wurde bis zum 2.10. verlängert; vgl. 12. Sitzung Verfassungsausschuß 24.9.1946: LV-Drucks. IIIa, S. 170.

²⁹² Der Verfassungsausschuß hatte am 25.9. (13. Sitzung) mit 11 Stimmen von SPD und KPD gegen 10 Stimmen von CDU und LDP den von Bauer vorgeschlagenen Art. 113 angenommen: „Zur Durchführung der Gesetze und sonstigen Aufgaben bedienen sich Staat und Selbstverwaltung des öffentlichen Angestellten.“ LV-Drucks. IIIa, S. 202; der Artikel wurde dann auf Antrag der SPD (LV-Drucks. I, Nr. 77) am 1.10. wieder gestrichen: 5. Sitzung Plenum: LV-Drucks. III, S. 200.

²⁹³ 5. Sitzung Plenum 28.9. bis 2.10.1946: LV-Drucks. III, S. 129–208.

der rückgängig gemacht werden könne. Ich sagte einem der CDU-Herren nun ganz klar, daß ich es nach dem bisherigen Verhalten von Dr. Köhler ablehnen müsse, mit diesem allein zu verhandeln. Wenn sie bereit wären, Vorstandsmitglieder zu schicken, d.h. noch einige andere Leute, so wäre das etwas anderes. Allerdings würde es sehr schwerfallen, zu einer vernünftigen Ordnung zu kommen, denn über die Simultanschule in Hessen und Nassau ließen wir nicht mit uns reden.

Sonntag/Montag, 29./30. September 1946

Am Sonntag ging der erste Teil der 2. Lesung über die Bühne, und da wurde dann von der CDU der Vorschlag gemacht, es sollten sich drei Leute von der CDU und drei von uns zusammensetzen, um zu versuchen, zu einem Kompromiß zu kommen. Wir hatten vorher beschlossen gehabt, auf keinen Fall bei der CDU Schritte zu tun, sondern sie an uns herankommen zu lassen. Sie kamen also auch, und am Montag morgen saßen wir vier Stunden: Stieler, Köhler, Kanka, Bergsträsser, Caspary und Stock. Wir wurden über alles einig und machten ein Protokoll,²⁹⁴ nachdem die Abmachung von den Fraktionen nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden könne. D.h. wir banden uns auf diese Abmachung, um nicht noch einmal mit etwaigen Änderungen Schwierigkeiten zu haben. Nachmittags waren wir in den beiderseitigen Fraktionen. In der Fraktion der CDU war es, wie ich von einigen Mitgliedern hörte, schon vorher zu schweren Auseinandersetzungen und Angriffen auf Köhler gekommen. Während wir noch verhandelten – im ganzen sprachen von den einigen 30, die anwesend waren, 20 – ließ mich Stieler herausbitten und teilte mir mit, sie seien bereit. Ich dürfte das auch benutzen. Die Fraktionsleitung hatte mich als letzten Redner zurückgestellt, nachdem ich über die Schul- und Kirchenfragen schon offiziell berichtet hatte. Ich sprach sehr lebhaft und pointierte scharf, und dann wurde der Kompromiß gegen vier oder fünf Stimmen angenommen. Wir – Caspary und ich – gingen dann zur CDU hinüber, und es gab einen komisch-feierlichen Akt, da die Herren bei unserem Eintreten alle aufstanden. Ich fragte, was los sei, und es begann ein großes Händeschütteln; Köhler sprach ein paar bewegte Worte. Wenn es nicht so gekommen wäre, wäre er wahrscheinlich abgesägt worden. In der Fraktion wurde natürlich auch viel gemeckert, da jeder gern sein besonderes Lieblingsschäfchen ins Trockene gebracht hätte, außer Stock, der die neue Formulierung über die Sozialversicherung sehr geschickt verteidigte. Die jungen Leute wissen halt noch nicht, wie man es macht; sie bilden in den beiden großen Fraktionen das schwierige Element. Aber damit hatten wir dann doch schließlich „die Kuh vom Eise“

²⁹⁴ StA-DA, O 27 NL Stock 10: „Zwischen den Fraktionen der SPD und CDU wurde heute folgendes vereinbart, 30.9.1946“.

(Lieblingsausdruck von Dr. Köhler). Für uns war das Entscheidende, daß wir von vornherein die Absicht gehabt hatten, wenn es gehe, mit der CDU die Verfassung zu machen, nicht nur weil eine Verfassung einer breiteren Basis bedarf, auch weil wir es für uns für gefährlich angesehen hätten, ein Referendum nur mit der KPD zusammen zu bestehen. Es wären uns dann sicher eine Menge Leute weggelaufen, die zu uns gehen, weil wir eben gegen die KPD sind, und der Bolschewismus ist immer noch ein Gespenst. Für uns lagen die Dinge insofern günstig, als wir weniger uns abhandeln lassen mußten, nachdem die Verfassung schon einmal von der Linken gemacht worden war, und wir hätten zugeben müssen, wenn wir von vornherein sie mit der CDU gemacht hätten. Meine Taktik, die mit der Abstimmung über die zweite Kammer begann und die CDU bei den Kulturfragen im Ausschuß völlig insolierte, erwies sich also als vollständig richtig, und da überall bekannt war, daß ich gern zu den Unterhändlern gehörte und am Kompromiß sehr aktiv mitarbeitete, so galt das nach außen hin als ein großer persönlicher Erfolg für mich. Eingeleitet worden war die Möglichkeit schon dadurch, daß auf ein paar Worte hin, die ich in meinem kurzen Generalbericht²⁹⁵ gesagt hatte über die Unterstützung durch die Mitglieder des Verfassungsausschusses, von Brentano in sehr lobenden Worten meine Tätigkeit hervorgehoben hatte, was ihm persönlich natürlich nicht schwerfiel, was aber doch auf meine Fraktion einen beträchtlichen Eindruck machte. Eine ganze Anzahl von Leuten der Fraktion, die sich gegen einzelne Punkte der Abmachungen ausgesprochen hatten, stimmten der Schlußabmachung doch zu, und im Plenum stimmte nachher die Fraktion geschlossen. Die Militärregierung war über diesen Ausgang sehr erfreut. Wahrhaftig beglückwünschte mich lebhaft und sagte, diese Verfassung sei die beste von allen deutschen Verfassungen. Wir haben die ganzen Verfassungsparagraphen mit Herrn Dayton laufend besprochen in manchmal recht anstrengenden Abendunterhaltungen – eine dauerte bis nach Mitternacht. So werden sich nicht übermäßig viel Anstände bei der Militärregierung ergeben. Die Amerikaner hatten dabei immer sehr nett Schnaps und Zigaretten aufgefahren und nachher Kaffee und belegte Brote. Als das Kompromiß fertig war, waren alle Beteiligten auch fertig.

Mittwoch, 2. Oktober 1946

Nachmittags sagte Köhler, nachdem alles vorüber war, er würde sich jetzt ins Bett legen, er könne nicht mehr. Die LDP wird wohl nicht mitmachen, aber der kluge Bauer hat sich alle Möglichkeiten offengehalten,²⁹⁶ und es

²⁹⁵ Generalbericht B.s am 28.9.; LV-Drucks. III, S. 133; Brentanos Dankeswort an B. ebd. S. 145.

²⁹⁶ Bauer ließ die endgültige Stellungnahme der KPD noch offen, während Euler für die LDP eindeutig ablehnte: LV-Drucks. III, S. 191 und S. 193.

wäre von uns aus durchaus erwünscht, wenn er schließlich noch zustimmte. Vielleicht tut er es, um einer zukünftigen Koalitionsarbeit keine Schwierigkeiten zu machen. Wie alles nun gesichert war, war die Fraktion doch sehr froh, und ich bekam viele anerkennende Worte zu hören, da man eben doch wußte, daß ich es getan habe. Eine kleine Spannung mit Bauer habe ich bei der Sitzung des Verfassungsausschusses am Mittwoch morgen ausgebügelt, wo wir die Übergangsbestimmungen berieten, ich Schlitt die Leitung überließ und wiederholt zu Bauer ging, um mit ihm gemeinsam Vorschläge zu machen. Während der ganzen Verhandlungen über die Verfassung hatte ich eigentlich die Führung der Fraktion. Knothe hat viel zu wenig Gedankenklarheit und Kenntnis, als daß er es hätte machen können, so daß mich am Mittwoch nach dem Essen Willi Wittrock direkt fragte, ob ich nicht die Führung der Fraktion im nächsten Landtag übernehmen wolle. Ich winkte ab, da es doch wohl besser sei, daß jemand, der aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sei, das tue, und wies auf Heisswolf hin, betonte allerdings sehr scharf, daß die Verbindung von Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz ebenso unmöglich sei wie die von Parteileitungssekretär und Fraktionssekretär. Es hat sich doch geltend gemacht, daß es nicht so weitergeht. Andere wieder, sowohl aus der Fraktion wie von den anderen Parteien, sagten, damit hätte ich nun doch wohl den Ministerpräsidenten nach den Wahlen in der Tasche. Brill, der wohl eine Zeitlang hoffte, Ministerpräsident zu werden, ist durch sein unkluges Auftreten und seine mangelnde Psychologie, wie mir scheint, so ziemlich erledigt. – Die Militärregierung scheint mir auch jetzt ausgesprochen günstig gegenüberzustehen. Ich hatte Mittwoch nachmittag noch ein Schlußgespräch mit Wahrhaftig, der zu mir in den Landtag hinüberkam. Wir saßen behaglich auf einem Sofa in der Wandelhalle, und er äußerte sich sehr interessant über Bauer und dessen fehlgeschlagene Taktik. Neben dem Verfassungsausschuß war ich auch im Hauptausschuß und am Mittwoch im Ältestenrat, weil wir eben Leute, die diese Dinge beherrschen, einfach sonst nicht haben.

Am Mittwoch kam es noch zu einem ulkigen Zwischenfall. Die Fraktion hatte einen Antrag vorbereitet, daß Papen und Schacht und andere Leute vor deutsche Gerichte gestellt werden müßten.²⁹⁷ Der Antrag war politisch richtig, denn man kann die Großen nicht laufen lassen und die Kleinen verurteilen in den Spruchkammern. Aber die Begründung, die Zinn gemacht hatte, sprach davon, daß die Reichsverfassung nicht mehr existiere und das war natürlich Unsinn, worauf ich sofort hinwies, als Knothe mir den Antrag zur Durchsicht gab. Knothe, der davon nichts versteht, war er-

²⁹⁷ Der Antrag, die vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg freigesprochenen Schacht und Papen umgehend vor einem deutschen Gericht wegen Hochverrats anzuklagen (LV-Drucks. I, Nr. 90), wurde dem Hauptausschuß überwiesen: LV-Drucks. III, S. 208.

staunt. Ich sagte ihm, er solle sich an die Juristen, sowohl an Selbert als auch an Brentano wenden, was er tat und wo ich die Antwort bekam, ich hätte vollständig recht. So habe ich auch das Unheil verhindert, denn die Frage ist politisch für den Neuaufbau Deutschlands von großer Bedeutung, und ich habe in dieser Beziehung ja schon gegen Brill seinerzeit vollständig gesiegt.

Beim Mittagessen, wozu ich in die Staatskanzlei gegangen war, saß ich mit Ministerialrat Berger zusammen und sagte im Gespräch, es sei richtig, wenn die beiden juristischen Fakultäten jetzt einigen Leuten, die an der Verfassung hauptsächlich mitgearbeitet haben, den juristischen Ehrendoktor gäben, d.h. den vier Fraktionsführern. Er stimmte sehr zu, und vielleicht wird es gemacht.²⁹⁸ Er will es wenigstens einleiten. Es würde sicher einen ausgezeichneten Eindruck machen. – Als ich zurückfuhr und das Radio im Wagen anstellte, hörte ich nach einiger Musik den Abgeordneten Dr. Bergsträsser seinen Generalbericht geben. Es ist immer ein komischer Eindruck, sich selbst zu hören.

Zinnkann sagte mir, ich ginge jetzt wohl einige Wochen in Urlaub. Die Möglichkeit habe ich also, aber ich muß erst ins Ruhrgebiet, dann Konferenzen halten, und die amerikanische Militärregierung in Wiesbaden drängt, daß ich einmal ein paar Tage nach Berlin fahre, was ich also auch unbedingt tun muß. Ich sprach mit Wittrock und anderen über die zukünftige Gestaltung, über die Personenauswahl für die Ministerämter etc., fand auch einmal in der Fraktion großen Beifall, wo ich gegen die politischen Ministerialdirektoren wetterte. Im ganzen kann ich auf diesen Abschnitt meiner öffentlichen Tätigkeit befriedigt zurückblicken. [...]

Freitag, 4. Oktober 1946

Nachmittags nach Dillenburg. Bei Knodt, sehr hübsch und angenehm. Langes Gespräch mit ihm über die Landtagsberatungen und die Regierungsumbildung. Dort ist die Stimmung der Fraktion wohl so, daß, wenn wir die stärkste Partei bleiben, ich den großen Besen in die Hand bekomme. Brill habe abgewirtschaftet, Zinn wolle partout nicht, und die Fraktion scheint von meinem Erfolg bei der Verfassungsmacherei stark beeindruckt zu sein. Er fragte mich direkt, ob ich mir schon Ämter-Besetzungen überlegt hätte. Wir sind einig darüber, daß die untauglichen Ministerialdirektoren politischer Herkunft verschwinden müssen. Brentano scheint ihn stark beeindruckt zu haben, so daß er möchte, wenn eine Koa-

²⁹⁸ Die juristische Fakultät in Frankfurt lehnte ab, zumal B. schließlich empfohlen hatte, nur die Fraktionsführer der drei verfassungsbejahenden Parteien zu Ehrendoktoren zu ernennen; Mat. Bergsträsser: Skalweit an B. 30.11.1946; auch HStA, 1126 NL Geiler 12: Dekan jur. Fakultät an Rektor Univ. Frankfurt, 15.11.1946.

lition zwischen CDU und SPD zustande kommt, daß er Minister würde. Ich stimmte befriedigt zu; fragt sich nur, ob B. will. Hübscher Gang durch das nette Nest. – Abends Siegen, ziemlich total zerstört, auch nach dem 20.7. Rede im Bunker, der zum Kino umgebaut ist.

Samstag, 5. Oktober 1946

Morgens wunderhübsche Fahrt durch das östliche Sauerland, Olpe, Meschede nach Steinhagen. Dort nachmittags mit den Freunden zusammen. Abends Rede in Bielefeld. Severing und Menzel leider nicht da. Aus den Gesprächen mit Niederstadt und Frau Menzel und ebenso Sonntag nachmittag mit Piepenbring ging klar hervor, wie sehr die englische Zone politisch noch zurück ist und wie sehr der politische Aufbau mit der Klärung der Zuständigkeiten zwischen Militärregierung und deutschen Regierungsstellen zusammenhängt. Man bestätigte mir auch allgemein, daß sehr viele englische Offiziere als Konservative die Tendenzen der Labourregierung sabotieren. Es geht in der englischen Zone nicht vorwärts, besonders da jeder Betrieb, wenn er arbeiten will, einen Permit braucht, der dann plötzlich zurückgezogen wird ohne Begründung. So fehlt es sehr leicht an Zwischengliedern der Produktion, und es kommt nicht zum richtigen Anlaufen.

Sonntag, 6. Oktober 1946

Morgens in Dortmund. Nachmittags in Lünen. Schöne Rückfahrt. Im ganzen war es recht erholentlich.

Dienstag, 8. Oktober 1946

Morgens Brentano. Langes Gespräch über zukünftige Gestaltung und Regierungsbildung. Wir waren uns einig, daß die beiden großen Parteien zusammen arbeiten müssen. Er ist bereit, ein Ministerium zu übernehmen, und hält Stein, Offenbach, für durchaus ministeriabel. Unter der Voraussetzung, daß die SPD die stärkste Partei wird, wäre Hilpert geeigneter Finanzminister. Er will sondieren, ob Hilpert in der Politik bleiben will oder nicht. Keine Zusammenlegung von Ministerien im Augenblick. Daran kann man in einigen Jahren denken. Zinn erhalten, die anderen wären minderer Qualität. Mattes müsse natürlich sofort weg. Ich sprach von der Unmöglichkeit Köhlers und fand Verständnis. Sie seien in der Lage, daß sie aus optischen Gründen nicht lauter Katholiken zu Ministern machen können, deshalb also Stein. – Dann mit Meller und ihm die Selters-Sache durchgesprochen. Der Finanzminister zöge den Vertrag mit der Firma, die von den Nazis hinausgesetzt wurde, hinaus, obwohl es ein reiner Akt der

Wiedergutmachung ist.²⁹⁹ Meller glaubt, daß persönliche Motive unterlägen. Brentano notierte sich den Fall. – Gegen Abend kam Hesse, hauptsächlich wegen einiger Formulierungen in der Verfassung über das Finanzwesen. Er sprach sich auch sehr deutlich über die Mattes-Politik aus, die den kulturellen Ruin herbeiführen würde. Ich tröstete ihn; die Tage dieses Mannes seien gezählt.

Abends noch eine Stunde bei Dr. Mueller, der mir bestätigte, was Walk schon angedeutet hatte, daß die Franzosen offenbar Neigung haben, dem Zweizonenabkommen beizutreten. Motiv wahrscheinlich, daß sie sonst Lebensmittel aus Eigenem liefern müssen, was sie nicht können. Es wäre ein großer Erfolg. Die Russen seien sich noch nicht klar und hielten sich beide Wege offen. Einzelverträge im Anlaufen. Die Engländer haben zugestanden, daß ihre Riesenwirtschaftsorganisation abgebaut und die wirtschaftliche Gestaltung in deutsche Hände gelegt wird. Durchführung dauere einige Zeit. Man müsse die Leute ja irgendwie unterbringen oder zurückschicken. Das wäre fast der größte Erfolg, da die wirtschaftliche Lenkungsarbeit der Engländer inkonsequent und infolgedessen von bedenklichster Wirkung ist. Über Agartz waren wir uns einig. Er ist zu theoretisch. Mueller bezeichnete die ganze Haltung der SPD im englischen Gebiet als zu theoretisch. Ich sehe einige Motive davon, aber ich billige sie nicht. Wir sprachen auch über die Führung der Partei in Hessen und waren gleicher Meinung. Man kann nur auf dem Boden der Elastizität Politik machen. Das war schon das Leitmotiv in meiner Unterredung mit Brentano. Er bestärkte mich sehr in der Absicht, nach Berlin zu fahren. Aber wann? – Kammer berichtete über den Nachprüfungsausschuß für Schulmänner, den wir auf Veranlassung des Kultusministeriums einsetzen sollten.³⁰⁰ Ich halte das schon rein juristisch für unmöglich. Es würde bedeuten, daß jemand wegen derselben Tat zweimal bestraft wird. Das ist gegen die Verfassung und gegen das Recht. Man müßte das Innenministerium zum Organisationsministerium ausbauen, sonst bleibt es dabei, daß politische Fragen von jedem Ministerium anders behandelt werden. Das ist unmöglich.

²⁹⁹ Ende 1946 wurde der Vertrag dann doch abgeschlossen.

³⁰⁰ Das Kultusministerium hatte mit Runderlaß vom 19.9.1946 die Bildung von sog. Fünfer-Ausschüssen in den Regierungsbezirken angeordnet, die die Wiederverwendung von entnazifizierten Lehrkräften erneut überprüfen sollten: Die Ausschüsse bestanden aus dem Regierungspräsidenten (oder seinem Vertreter), dem Schulrat des Kreises, in dem der Betroffene wohnte, einem ständigen Mitglied aus der Lehrerschaft und zwei Lehrern des zuständigen Kreis- oder Stadtgebietes; Materialien und ergänzende Anordnung Steins vom 23.10.1947 in: HStA, 504/442a.

Mittwoch, 9. Oktober 1946

Morgens Lt. Velleman. Er wünscht Material über Unterernährung und Elend in Deutschland, um es in Holland zu verwenden. Der Sozialdemokrat Mozer will es haben. Wir waren uns einig darüber, daß das psychologische Aufräumen nach diesem Kriege verhältnismäßig schnell geht. Er will auch Elends-Fotografien machen für dortige Blätter. – Dr. Bammel: Die Hochschule scheint an seiner Jugend Bedenken zu haben; dumm!³⁰¹

Nachmittags Sitzung des Redaktions-Komitees des Verfassungsausschusses. Dann nett zusammen in der Post gegessen, dann nach Wiesbaden gefahren zu Landin und Wahrhaftig. Clay hat in einem Schreiben an Witte keinen unbedingten Anstand unserer Verfassung gegenüber und im Schlußsatz des Schreibens uns für unsere Arbeit gedankt und unser Werk gelobt als gut demokratisch und im Zuge dessen liegend, was für uns alle richtig und nötig sei.³⁰² Landin sagte dazu, dieses große Lob würde noch viel an Wert für uns gewinnen, wenn wir die Schreiben kennten, die an Bayern und Württemberg gegangen sind. Clay legt das zur Entscheidung Washingtoner Stellen vor, was die Sachen verzögert und den Wahltermin auf Dezember hinausschiebt.³⁰³ Es war mir interessant, daß Köhler, der zuerst für den 8. 12. war, nun sehr betrübt ist, daß die Wahl hinausgeschoben werden solle. Vielleicht ist Wahrhaftig auf dem richtigen Weg, da er mir sagte, daß die Bischöfe eine Erklärung gegen die in der Verfassung festgelegte Simultanschule erlassen und evtl. dazu auffordern wollten, gegen die Verfassung zu stimmen. Das würde den Bruch in der CDU und für uns einen großen Vorteil bedeuten. Hoffentlich tun sie es.³⁰⁴ Dann wäre meine Politik noch gerechtfertigter, der Sieg noch größer. Köhler sagte mir, er werde Freitag bei einer Parteisitzung in Treysa in verklauselierten Worten, aber für Wissende verständlich, äußern, daß die gemeinsame Verfassungsarbeit die Grundlage für gemeinsame weitere politische Zusammenarbeit werden könne, und er hoffe, daß das ein Echo finde. Er sagte mir, jemand – aber kein Mitglied unserer Fraktion – habe ihm zugetragen, daß Brill oder Kolb für den Ministerpräsidenten von uns ausersehen wäre.

³⁰¹ Die TH beabsichtigte, die allgemeine Abteilung zu erweitern und eine außerordentliche Professur für Geschichte einzurichten. B. hielt einen Lehrauftrag für geeigneter, für den er den erst 23jährigen Ernst Bammel vorgeschlagen hatte; B. an Bammel, 24. 7. 1946, Mat. Bergsträsser.

³⁰² Vgl. „Frankfurter Rundschau“ 12. 10. 1946 (Militärregierung billigt hessischen Verfassungsentwurf).

³⁰³ Vgl. zur Diskussion in der amerikanischen Administration um die hessische Verfassung Mühlhausen, Hessen, S. 265.

³⁰⁴ Zu den im November tatsächlich ergangenen Hirtenbriefen Eintragungen 26. und 27. 11. 1946 mit Anm. 345/1946.

Er hätte bisher immer angenommen, daß ich der einzige in Betracht kommende sei, und würde jede andere Lösung nicht begrüßen. Ich sagte ihm, ich hielte Brill für erledigt, von Kolb hätte ich nie etwas gehört. Daß sie mich nun wollen, ist sehr lustig. Ich fragte nach Hilpert, ob der in der politischen Laufbahn bleiben wolle. Er sagte ja, und wenn sie die stärkste Partei wären, würden sie ihn zum Ministerpräsidenten präsentieren. Es war ein ersichtlich sondierendes Gespräch. Euler betonte mir wiederholt, ich hätte die Verhandlungen ausgezeichnet geführt, und daß die Sache so gekommen sei, sei mein persönlicher Erfolg. Wahrhaftig und Landin behandelten mich wieder vorzüglich.

Donnerstag, 10. Oktober 1946

Zwei Vertreter der Gewerkschaften erkundigten sich nach dem Stand der Sozialisierung von Merck wegen unserer Abstimmung, die im KPD-Blatt angegriffen wurde.³⁰⁵ Ich klärte die Kinder auf. – Dr. Wetzel will Material geben wegen der Unterernährung für Velleman. – Lange Besprechung Landrat Wink, Oberbürgermeister Metzger, Elsesser, Lang wegen Flüchtlingsfragen, Raumüberbelegung etc. Es kam nicht viel dabei heraus. Das wichtigste war halt die Bautätigkeit. – In Frankfurt a.M. Landesernährungsamt: Ich bekomme Ersatz für die verlorenen Kartoffelkarten, die meine älteste Tochter [Gisela] verlor – und etwas Zusatz für Gäste. [...]

In Wiesbaden mit Brill gesprochen – denn Hilpert war nicht da – über das Reden bei der Handelskammer-Feier in Offenbach. Er teilte schließlich meinen Standpunkt. – Dann zu Wahrhaftig. Er sagte, die KPD werde sicher der Verfassung zustimmen, weil ihr alles daran liege, den Gegensatz zwischen SPD und KPD nicht zu scharf herauszustellen. Die CDU könne in große Verlegenheit kommen, da vermutlich die Bischöfe sich wegen der Simultanschule gegen die Verfassung aussprechen würden. Wenn sie es doch täten! Über Reise nach Berlin: Er gibt mir alle Möglichkeiten. – Dann Verfassungsausschuß, keine großen Diskussionen.³⁰⁶ Freitag geht es weiter. – Ich fuhr zur Vorlesung, diesmal im Hörsaal S, der überfüllt war. Sprach über die erste Kammer und Stellung der Richter, da dies von Hörern erbeten worden war. Große Aufmerksamkeit.

³⁰⁵ Die „Informationen der KPD“ hatten am 9.10.1946 unter der Überschrift „Spaltung innerhalb der SPD-Fraktion“ einen Bericht über den im Plenum mit 33 zu 32 Stimmen abgelehnten kommunistischen Antrag gebracht, der die Staatsregierung „direkt“ ersuchen sollte, die Überführung der chemischen Fabrik Merck einzuleiten. Nach diesem Bericht stimmten 25 SPD-Abgeordnete dafür, 5 (namentlich genannt Knothe, Metzger, Stock, Caspary und B.) dagegen; der Antrag wurde lediglich dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung überwiesen; LV-Drucks. III, S. 205.

³⁰⁶ 17. Sitzung Verfassungsausschuß: LV-Drucks. IIIa, S. 235/236.

Freitag, 11. Oktober 1946

In Wiesbaden die vorläufig letzte Sitzung des Verfassungsausschusses.³⁰⁷ Es kam kaum mehr zu Diskussionen; nur bei dem Schulkompromiß über die Bedeutung des Wortes „Schulbezirk“. Das ist ein Ausdruck, der nur in Hessen vorkommt und von uns hereingesetzt wurde, weil niemand aus Preußen damals da war. Der analoge preußische Ausdruck ist „Schulverband“, und die CDU machte den Versuch, die Sache etwas zu ändern, um jeder Schule die Möglichkeit zu geben, d.h. den Eltern der Kinder jeder Schule, was wir natürlich nicht mitmachen. Die Verfassung wird nicht endgültig daran scheitern. – Nachmittags mit Schlitt, Dr. Kanka, Dr. Stein bei Söhnlein Sekt getrunken.³⁰⁸ Es war sehr nett und wurde wenig politisiert. – Abends todmüde zu Hause, früh zu Bett.

Caspary schreibt eine Broschüre, aber nur parteipolitischer Art.³⁰⁹ Ich glaube, man sollte doch den alten Plan, ein Büchlein für Schulen zu schreiben, wieder aufnehmen, und ich will mit Brentano darüber sprechen.

Montag, 14. Oktober 1946

Abends vor den Vertrauensleuten im Lokwerk gesprochen.³¹⁰ Kaum Kritik an unserer Haltung. – Die Nachricht, daß Mattes zum Chef der bizonalen Finanzen geworden sei, erregte meine Wut. Ich habe mit Brentano telefoniert, daß wir – die Fraktionen – Stellung nehmen wollen; dann machte Brentano den Vorschlag, das Parlament müsse zusammentreten deswegen. Ich billige das durchaus. So kann man nicht Politik machen, und dieses Subjekt, das genau weiß, daß alle Fraktionen gegen es sind, will sich nun doch einen Posten sichern. Solch ein Schwein!

Dienstag, 15. Oktober 1946

Morgens im Kultusministerium wegen Theater. Schramm hielt die Auffassung aufrecht, daß das hiesige Theater kein Landestheater, sondern ein städtisches Theater sei, und bestritt, daß Groß-Hessen als Rechtsnachfolger an den Vertrag gebunden sei. Unmöglich! Zeigt, daß er keinerlei Ah-

³⁰⁷ 18. Sitzung Verfassungsausschuß: ebd. S.236 ff.

³⁰⁸ In der Kellerei in Wiesbaden-Schierstein.

³⁰⁹ Friedrich H. Caspary, Vom Werden der Verfassung in Hessen. Aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Offenbach 1946.

³¹⁰ Siehe Anhang, Dok. 3.

nung von rechtlichen Dingen hat. Holl machte einen guten Eindruck, indem er uns wegen eines Intendanten beriet.³¹¹ – Bei Wahrhaftig meine Reise nach Berlin eingeleitet. Auf dem Landtag mein Geld geholt, dann bei Köhler wegen Mattes usw. Am Freitag ist Ausschuß-Sitzung, Hauptausschuß.³¹² – Nachmittags in Frankfurt bei Knothe, wo über eine Darstellung der Verfassungsberatungen beraten wurde und ich meinen Senf dazu gab. Sie lassen sich immer von Einzelheiten impressionieren. Knothe geht nicht zur Hauptausschuß-Sitzung, weil er private Angelegenheiten zu erledigen hat. Der eigentliche Grund wird sein, daß er von den Dingen nichts versteht, die die eigentlich wichtigen politischen Angelegenheiten sind. Ich gehe für ihn, und mir ist es gerade recht. Die Ernennung von Mattes zum Leiter der bizonalen Finanzen ist ein absoluter Skandal. So kann man keine Demokratie aufbauen. Ich werde so scharf wie möglich sein. – Wenn die Amerikaner sich gegen den Artikel 41 „Sofortsozialisierung“ erklären, müssen wir gegen die Verfassung stimmen. Ich werde ihnen das deutlich sagen. Apel will mit mir eine Privatunterredung haben. [...]

Samstag, 19. Oktober 1946

Sitzung der Handelskammer Offenbach. Interessantes Gespräch mit Hilpert, meinen Eindruck bestätigend, daß die CDU aufs stärkste daran interessiert ist, mit uns zusammen in Zukunft zu regieren. Sie legt alles darauf an. Hilpert war äußerst zugänglich. Der ganze Festakt war sehr hübsch, der obere Raum unbesetzt, wo man höhere Schulklassen sehr gut hätte hinschicken können. Aber dazu sind die Menschen bei uns noch zu dumm. Und doch hat sich gezeigt, daß die „Boys' Week“, die wir eine Woche zuvor hatten, recht fruchtbar verlief, wie mir meine Tochter aus ihren Berichten in ihrem Debattierklub erzählte.³¹³ Mein Jüngling schien auch ziemlich viel gelernt zu haben.

Samstag abends horchte mich Vaisseur vom CIC in Gießen über allerlei Dinge aus. Ich antwortete vorsichtig. Er fragte auch über die Zustände in der russischen Zone; ich erzählte ihm, was Dr. Mueller mir erzählt hatte,

³¹¹ Der im Sommer 1945 berufene Intendant Wilhelm Henrich war aus Gesundheitsgründen zurückgetreten.

³¹² Protokoll in: AHLT, LV 3c 18/05. In dieser Sitzung erklärte keine der vier Parteien, daß sie Mattes das Vertrauen entgegenbringe.

³¹³ Im Rahmen der auf Anregung des deutsch-amerikanischen Debattierclubs in den Herbstferien erstmalig durchgeführten „Boys' Week“ hospitierten Schüler wochenweise bei verschiedenen öffentlichen Einrichtungen; Materialien in: UB-MR, NL Bergsträsser 15.

aber ohne den Namen zu nennen. Er sagte, der Name bliebe absolut diskret. Ich sagte ihm aber, ich wüßte selber, was ich zu tun hätte.

Sonntag, 20. Oktober 1946

Grünberg: Kreisdelegiertenversammlung. Eine ganze Reihe von Dummköpfen in der Diskussion erklärte ihre Unzufriedenheit und brüllte, daß die Jugend es machen müßte. Einer dieser Jugendlichen war 48 Jahre alt, Schulmeister in Alsfeld, den wir nicht zum Schulrat gemacht haben, weil er Dreck am Stecken hat. Der Mann wird jetzt Kandidat, und wir müssen ihm das Genick brechen. Knothe weiß auch schon davon. Es war unerfreulich, aber schließlich setzte ich mich doch völlig durch in der Verfassungsfrage. Über die Personenfrage redete ich nicht mit den Leuten. – Nachmittags spazierengegangen, ebenso Montag morgens.

Montag/Dienstag, 21./22. Oktober 1946

Nachmittags in Lauterbach. Die Webschule, die Ausstellung besichtigt. Hübsche Gablonzer Sachen. – Dazwischen 10 Minuten bei einer Feier der Riedesel für alte Forstbeamte, kleine Rede gehalten zur Bewunderung von Mandt. Als ich ankam, Telefonat aus Darmstadt, ich müsse abends bei den Amerikanern in Wiesbaden sein. Im Tempo hin. Drei Schwierigkeiten wegen Artikel 41: Am 21.10. abends war eine Besprechung der leitenden Herren des Verfassungsausschusses mit Herrn Dayton, dem Referenten des General Clay für die Verfassung. Die hessische Verfassung wird von der Militärregierung im ganzen genehmigt. General Clay hat aber Anstände in bezug auf Artikel 41, Sofort-Sozialisierung; er sagt, dann stimme die Bevölkerung innerhalb der Verfassung zugleich über eine gesetzgeberische Maßnahme ab. Herr Dayton sah die Sache als ernst an. Ich sagte ihm sofort, wenn das Wort „werden sozialisiert“ durch den Ausdruck „können sozialisiert werden“ auf Wunsch der Militärregierung ersetzt werden müsse, so werde meine Fraktion, wie ich sie kenne, dieser Änderung im Landtag nicht zustimmen und werde ihre Anhänger auffordern, gegen die Verfassung zu stimmen. Die Formulierung sei, wie sie dastehe, ein Stück der Abmachung mit der CDU, die für uns hinfällig werde, wenn sie schon geändert werden müsse. Dr. Köhler bestätigte, daß es ein Stück der Abmachung sei. Euler sprach zynisch aus, der Standpunkt der Militärregierung sei richtig. Im weiteren Verlauf sagten wir, wir seien mit diesem Programm in den Wahlkampf gegangen und könnten unsere Wähler nicht prellen. Dr. Köhler sagte dann, auch sie seien mit dem Programm „Sozialisierung“ in den Wahlkampf gegangen, und Bauer sagte dasselbe. Wahrhaftig sagte zu Dayton, er verstehe, daß die Sozialdemokratie dabei beharren müsse, sie begehe sonst Selbstmord. Bauer wie Köhler betonten, daß die Verfassung gefährdet werde. Dayton fragte mich, ob die Partei es verantworten

könne, wegen dieses einen Wortes es dazu kommen zu lassen, daß keine Verfassung zustande komme. Ich bejahte.³¹⁴

Dienstag morgen besuchte ich Wahrhaftig in anderer Angelegenheit auf der Militärregierung, wobei ich Herrn Dayton nochmals traf und hinzufügte, die Sozialdemokratie sei doch die demokratisch zuverlässigste Partei, und es sei vom Standpunkt der Amerikaner ein großer Fehler, sie vor den Kopf zu stoßen. Ich sagte das nicht nur als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, sondern als Staatsmann, denn ich sei ja nicht engstirnig nur Parteimann. Landin, der dabei saß, bestätigte meine letzte Bemerkung kräftig. Ich gewann dabei den Eindruck, daß Dayton versuchen werde, General Clay in diesem Sinne zu beeinflussen. Ich ging sogar so weit – ob am Abend oder am Morgen, weiß ich nicht mehr – Dayton deutlich zu sagen, daß unsere Position als Partei gut sei, wenn bekannt werde, daß wir der Militärregierung Widerstand geleistet hätten in einer Angelegenheit, die die Interessen der Militärregierung nicht direkt berühre. Ich betonte, daß ich das persönlich um so offener aussprechen könne, als ich 1½ Jahre in anerkannter Loyalität mit der Militärregierung zusammengearbeitet hätte.

Montag abend im Wiesbaden übernachtet, am nächsten Morgen zu Knothe. Knothe war ernstlich entrüstet über Gießen und sagte, er werde alles tun, damit ich ins Parlament käme. Es ginge nicht ohne mich. Er war ungeheuer freundlich, und es ist belustigend, wie unser früherer Gegensatz dadurch, daß man mich so dringend braucht, ausgeräumt ist. Aber er ist an vielem schuld. In Grünberg war in der Diskussion gesagt worden, er habe doch die Parole ausgegeben: „Die Partei steht für sich allein“. Er läßt sich eben immer hinreißen, wenn er spricht, weil er dann nicht mehr weiß, was er sagt. – Dann zum russischen Verbindungsoffizier. Ungeheuer lebenswürdig empfangen. Mein Hut ist zwar nicht da, aber ich sollte mit dem Obersten reden, der mir sagte, er hätte veranlaßt, daß der Sohn freigegeben werde, worauf ich ihm sagte, das sei das schönste Weihnachtsgeschenk.³¹⁵ Ich soll am 15. 11. etwa wieder hinkommen. Dann sprachen wir über allerlei. Er ließ sich die Verwaltung in Deutschland erklären, fragte, was ein Regierungspräsident sei und erkundigte sich nach meiner politischen Partei. Hoffentlich wird's was. – Eine Viertelstunde im Amt, nach Hause, da kam schon das Telefongespräch, ich solle wieder nach Wiesbaden kommen. Um 3 Uhr in Landins Zimmer mit Dayton und Wahrhaftig. Clay ist obstinat. Entweder sollen wir ändern. Wenn wir nicht ändern, wird die Verfassung mit Ausnahme dieses Paragraphen angenommen. Wir sollen eine Spezialabstimmung über diesen Paragraphen selbst noch ma-

³¹⁴ Vgl. zu diesem Gespräch und dem Folgenden den Aktenvermerk B.s vom 22. 10. 1946 in: Die Auseinandersetzung, S. 145.

³¹⁵ B.s Sohn Ludwig befand sich noch in sowjetischer Gefangenschaft und kam erst im September 1947 frei. Der Hut war in Gießen liegengeblieben.

chen. Wir saßen nachher noch bei Dr. Köhler. Es waren diesmal vernünftigerweise nur die beiden großen Parteien geladen. Wir überlegten uns die Sache, kamen aber zu keinem unbedingten Schluß. Ich habe mir dann auf der Rückfahrt überlegt, daß das beste sei, daß über diesen Artikel nicht alternativ, sondern mit „ja“ oder „nein“ besonders abgestimmt wird und wir eine Erklärung abgeben, die Militärregierung habe aus Gründen der Gewaltentrennung das nicht genehmigt und wir empföhlen allen unseren Anhängern nun, dafür zu stimmen. Schwierigkeiten kommen in der Politik immer von Generälen.

Mittwoch, 23. Oktober 1946

Nach Wiesbaden, weil ich evtl. Senatoren vorgeführt werden soll. Hoffentlich! Dann hätte ich Gelegenheit, ihnen über die Wohnungsbeschlagnahme deutlich einiges zu sagen. – Interessant ist mir bei den ganzen Verhandlungen über die Verfassung, daß der vielgeschmähte Wahrhaftig offenbar ein sehr brauchbarer und ordentlicher Mensch ist, der auch politischen Takt hat. Die Schwierigkeiten, die man von deutscher Seite auf W. schob, stammen wahrscheinlich von deutscher Seite selbst her. Er ist sicherlich nicht Kommunist, und bei der Bildung der Regierung im letzten Jahr kamen die Schwierigkeiten offenbar auch von deutscher Seite, offenbar von dem Schweinehund Heimerich.

In Wiesbaden eine Viertelstunde mit den Senatoren gesprochen, nur über Verfassung. Sehr nette Leute. Gespräch mit Wahrhaftig über Artikel 41. Ich fragte, ob „sind in Gemeineigentum zu überführen“ möglich sei. Antwort kriege ich heute. Die CDU ist gegen Sonderabstimmung. Es wird sich aber wohl nicht umgehen lassen. Da müssen wir in diesem Punkt mit der KPD zusammen machen. Clay hat eine sehr unerfreuliche Situation geschaffen. Generäle in der Politik!

Donnerstag, 24. Oktober 1946

10 Uhr Hauptausschuß-Sitzung in Wiesbaden. Interessant war, daß die LDP inzwischen plötzlich die Presse hatte wissen lassen, sie habe kein Mißtrauen gegen Mattes. Der Ministerpräsident als Zeuge stellte fest, daß er auch aus der Sitzung weggegangen sei mit dem Eindruck des allgemeinen Mißtrauens und das Kabinett in diesem Sinne informiert habe. Euler ist in seinem politischen Verhalten, wie ich vermute, aus Kindlichkeit, unmöglich.³¹⁶ Wir sprachen das Pressegesetz durch; mein vernichtendes Ur-

³¹⁶ Protokoll in: AHLT, LV 3c 18/05. Der ‚Wiesbadener Kurier‘ 23. 10. 1946 (Dr. Mattes und die Parteien) hatte eine Stellungnahme der LDP verbreitet, wonach sie keinen Grund sehe, Mattes das Vertrauen zu entziehen. Dies widersprach ihrer Stellungnahme in der Hauptausschußsitzung vom 18. 10. (vgl. Anm. 312); dazu ebd.: Köhler an Schriftleitung ‚Wiesbadener Kurier‘, 24. 10. 1946.

teil war so scharf, daß es mit einigem Staunen aufgenommen wurde.³¹⁷ Ich belegte es aber mit den nötigen Zitaten. Ich war der Einzige, der es wirklich durchgearbeitet hatte. Auf Vorschlag von Bartsch stimmten wir, um keine Lücke in der Gesetzgebung zu lassen, zu, daß es trotzdem Gesetz würde, aber befristet zum 31.3. Es ergibt sich daraus eine schöne neue Aufgabe für den nächsten Landtag.

Ich fuhr hin mit Brentano, der seinerseits auch abgeneigt ist, die Sonderabstimmung zu machen. Ob wir der CDU mit einer Erklärung, daß die Sonderabstimmung aus den und den Gründen von der Militärregierung gewünscht werde, eine Brücke bauen können, ist noch nicht klar. Brentano meinte, das beste sei, überhaupt gegen die Verfassung zu stimmen, um zu zeigen, daß man so etwas nicht mitmache. Mir kamen darüber nachher Bedenken, ob man das tun könne bei einer formalen Frage. Wahrhaftig gegenüber sprach ich mich nachmittags doch, autorisiert von Brentano, aus, daß führende Mitglieder der CDU dies erwägen, verhehlte auch nicht, daß die ganze Geschichte von den Amerikanern angerührt sei und unsere politische Arbeit aufs schärfste gefährde, offenbar aus Unkenntnis der Zusammenhänge. Wahrhaftig machte ein langes Gesicht, gab mir nicht unrecht. Die Zusammenarbeit mit W. ist jetzt für mich ausgezeichnet und sehr angenehm. Vorher hatte mir Bauer die bindende Erklärung abgegeben, sie würden bei Sonderabstimmung für den Artikel 41 stimmen, wollten überhaupt aus dieser Sache gegenüber uns kein Kapital schlagen. Ich sagte das Wahrhaftig. Er sagte, er habe in diesem Sinn schon mit Bauer gesprochen, was natürlich unter uns beiden bleibt. – Nach Schluß der Hauptausschuß-Sitzung sprach ich noch mit Köhler, Stieler, Buch bei einer Flasche Wein (Geburtstag Stieler) über die Sache. Witte war leider dabei und äußerte Bedenken wegen der drei Abstimmungen. Er kann halt auch nicht politisch denken. Sonntag abend ist Fraktionsvorstand, an dem ich teilnehme.

Abends in Frankfurt Kolleg über Sozialisierung. Zuhörerschaft sehr aufmerksam. Ich begann mit dem Kommunistischen Manifest.

Samstag, 26. Oktober 1946

Abends Delegiertenversammlung. Riegel hielt eine dumme Rede für sich selbst, die das Ergebnis hatte, daß ich mit 64 von 100 Stimmen als Spitzenkandidat aufgestellt wurde, während Riegel nur 19 bekam, 18 ungültig wegen Doppelnamen. Auf der Bezirkskonferenz am Sonntag stimmten einige Delegierte nicht geschlossen, so daß ich auf die dritte Stelle kam. Ich teilte das Apel und Knothe mit, die dafür sorgen wollen, daß ich in Marburg Li-

³¹⁷ In B.s Stellungnahme zum Entwurf des Pressegesetzes hieß es, er stehe in Widerspruch zur hessischen Verfassung. Der Hauptausschuß lehnte eine Weiterberatung ab; Text des Entwurfs in: HStA, 1126 NL Geiler 12.

stenführer werde, so daß ich möglichst noch auf die Liste komme. Es ist nur eine Prestigefrage, denn ich bin in Darmstadt auch sicher.³¹⁸ Als ich es Stork erzählte, sagte er, ich solle nichts weiter dagegen tun und darf annehmen, die leitende Stelle sei mir doch sicher. Durch meine Arbeit an der Verfassung bin ich ins Geriß gekommen. Mehrfach wurde mir für den zukünftigen Landtag der Fraktionsvorsitz angeboten. Ich erwähnte Apel gegenüber, daß ich in den Hauptausschuß wolle, was er sofort billigte.

Meine Reise nach Berlin scheint mir mit zukünftigen deutschen Gestaltungen zusammenzuhängen. Geiler gesagt, daß Paris-Reise gesichert. Er will mich am Donnerstag neben den wichtigsten Franzosen setzen. Billigt die Reise sehr. Erich von Schubert, der sich in Wiesbaden bewirbt, wurde von Binder persönlich empfangen und höchst liebenswürdig behandelt.

Sonntag, 27. Oktober 1946

Zur Fröba-Feier nach Arheilgen, hübsches literarisches Programm. Schlechte Rede von Keil, sehr schlechte Besetzung. Rede vor den Flüchtlingen, Rede von Elsesser. Längere Unterhaltung mit zwei katholischen Pfarrern aus der Gegend von Karlsbad. – Dann nach Wiesbaden. 8 Uhr Sitzung des Fraktionsvorstandes. Die ganze Situation über den Artikel 41 durchgesprochen. Wir waren der Meinung, daß wir eigentlich von der Sonderabstimmung nicht abgehen könnten, daß wir aber mit der CDU verhandeln wollten, um ihr, wenn möglich, entgegenzukommen, da wir sehen, daß sie Schwierigkeiten mit der LDP bekommen wird, woran uns ja auch nichts liegt, denn die CDU bindet Wähler, die sonst in die Opposition gehen und eine größere Reaktionärpartei bilden könnten. Das ist nicht im Interesse des Staates. Abends noch zu Köhler, wo Brentano. Da lange Unterhaltung, dann gegen Mitternacht noch zu Wahrhaftig auf die Militärregierung. Dort bis 1 Uhr. Ergebnislos.

Montag, 28. Oktober 1946

Morgens um 9 Uhr im Taunus-Hotel. Hin- und Hergespräche. Dann ging die CDU in die Militärregierung, ich in den Ältestenrat. Von dort zur Militärregierung geholt. Lange Unterhaltung über etwaige Möglichkeiten einer gemeinsamen Erklärung oder sonstiger Auswege. Wahrhaftig machte den Vorschlag, Artikel 41 in die Übergangsbestimmungen zu nehmen und einen Absatz beizufügen, nach dem die Gesetze bis zum 28.2.47 dem Landtag vorgelegt werden müssen. Ich erklärte gleich, daß ich nicht glaubte, [m]eine Fraktion würde darauf eingehen. Nachmittags Fraktion mit äußerst schlechter Stimmung. Mehrere sagten, dann müsse man über-

³¹⁸ B. wurde Listenführer im Wahlkreis I (Darmstadt-Stadt, Darmstadt-Land und Groß-Gerau).

haupt gegen die Verfassung stimmen. Ich fuhr zur Militärregierung und besprach die Situation, worauf Wahrhaftig mir anbot, daß er und Dayton in die Fraktion kommen würden, um dort neue Gesichtspunkte auseinanderzusetzen. Zurück zum Taunus-Hotel, wo die Mehrzahl der Mitglieder unserer Fraktion dem Verfassungsausschuß zustimmten. Zurück zur Militärregierung und Dayton benachrichtigt. Nach 5 Uhr Fraktionssitzung im Schlachthof, warm und Bouillon. Ich mußte dolmetschen, obwohl ich völlig erledigt war. Das Dolmetschen machte auf die Fraktion großen Eindruck. Die Ausführungen der beiden Amerikaner auch. D. war ausgesprochen geschickt. Als [sie] weggingen, beriet [die Fraktion] noch kurz unter Leitung von Heisswolf^{318a} und beschloß, für die Sonderabstimmung zu stimmen gegen 1 Stimme. Ins Taunus-Hotel und Köhler mitgeteilt. Tiefer Eindruck auf ihn, wurde blaß. Berief von seiner Fraktion, was noch da war.

Dienstag, 29. Oktober 1946

Morgens Fortsetzung bei der CDU, die schließlich auch zustimmte. Dann Verfassungsausschuß, wo es bei dem Art. 17 wegen Anfechtung der Worte im Beschwerdewege noch längere Auseinandersetzungen gab.³¹⁹ Ich verbesserte die Stimmung durch schlagfertige Bemerkungen. Dann zur Militärregierung. Dayton sprach in meiner Gegenwart mit Berlin und holte deren Zustimmung ein. Zurück und Knothes Rede durchgesehen. Sie war im Thema durchaus falsch gegriffen, da sie nicht auf die Verfassung Bezug nahm. Ich änderte Einzelheiten und brachte noch die Erwähnungen der anderen drei Mächte hinein, denn er hatte sich nur mit den Franzosen beschäftigt. Aber grundsätzlich ändern konnte ich nicht mehr. Er liest alle Reden ab und kann nicht improvisieren. Dann ins Plenum [in] der [Gewerbe-]Schule.³²⁰ Abstimmung über die unstrittigen Artikel. Inzwischen kam das Schreiben von Clay³²¹, so daß wir auch die strittigen Artikel be-

^{318a} Im Manuskript verderbt: „Als wir weggingen, beriet ich noch kurz unter Leitung von Harries Wolf ...“.

³¹⁹ Art. 17 lautete in der ursprünglichen Fassung: „Auf das Recht der freien Meinungsäußerung, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie auf das Recht der Verbreitung wissenschaftlicher oder künstlerischer Werke kann sich nicht berufen, wer den verfassungsmäßigen Zustand angreift oder gefährdet.“ Aufgrund des amerikanischen Einspruchs wurde noch hinzugefügt: „Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet im Beschwerdewege der Staatsgerichtshof.“

³²⁰ 6. Sitzung Plenum am 29. 10. 1946: LV-Drucks. III, S. 209 ff.

³²¹ Witte verlas Clays Brief im Plenum, ebd. S. 212. Die Militärregierung genehmigte damit die hessische Verfassung vorbehaltlich der Umsetzung der von ihr gewünschten Änderungen und der Zustimmung der Landesversammlung, den Art. 41 einem gesonderten Volksentscheid zu unterwerfen.

handeln konnten. Schlußreden der Fraktionsführer, mit der kleinsten beginnend. Euler motivierte Ablehnung. Als er das ausgesprochen hatte, ging er hinaus. Bauer stimmte zu, was mir eine persönliche Freude war und sachlich für uns sehr viel bedeutet. Ich saß während seiner Rede bei Fisch im Hintergrund. Köhler motivierte pathetisch. Ich kam gegen das Ende und hörte gerade den sehr herzlichen Dank an mich. Händeklatschen der großen Fraktionen. Als alles vorüber war, fiel persönlicher Dank und Glückwunsch an mich, ebenso nachher im Taunus-Hotel. – Zuhause noch Bericht und Unterhaltung mit Frau Künicke-Henckels.³²² Die bekannten Klagen über die englische Wirtschaftspolitik.

Donnerstag, 31. Oktober, bis Freitag, 7. November 1946:

Bericht über die Berliner Reise (11. November 1946).³²³

Ich habe Sie hierher freundlichst eingeladen, um Ihnen ohne große Aufmachung eingehend von meiner Erkundungsreise oder Forschungsreise nach Berlin zu erzählen. Ich will mit einigen Innerlichkeiten beginnen: Die Fahrt nach Berlin im Amerikaner-Zug gilt als sicher. Da aber der Engländer-Zug von den Russen einmal nicht gerade freundlich behandelt wurde, so wird der Amerikaner-Zug durch die russische Zone jetzt von MP mit Revolvern begleitet. Es soll im Amerikaner-Zug noch nie etwas passiert sein, wird erzählt. Wo die russische Grenze beginnt, ist sichtbar, besser: fühlbar, die Gleise werden schlechter, überall eingleisiger Bahnbetrieb, die zweiten Gleise sind überall abmontiert. Im Halbdunkel sah ich Potsdam liegen – ziemlich zerstört; der schöne Teil um das Stadtschloß, Rathaus, Nikolai-Kirche. Leider ist die Garnisonkirche nicht ganz zerstört, ich hätte es ihr von Herzen gegönnt. Die Zerstörung ist teilweise auf Bombenangriffe, teilweise auf Beschuß und Granateinschlag in allerletzter Zeit zurückzuführen. In Wannsee endet der Zug.

In Berlin angekommen, war ich zuerst im Zentrum, in der Gegend des Kurfürstendamms. So zerstört wie Darmstadt ist es nicht. So paradox es klingen mag, aber mir scheint es zum Teil nicht genügend zerstört. In jedem Viertel gibt es immer noch zahlreiche Häuser, die verwertbar sind, folglich würden alle großen Baupläne mehr oder weniger Tüneff. Man wird eben das, was noch da ist, weiter ausbauen, weiter be-

³²² Ruth Henckels geb. Künicke, Schulfreundin von Gisela Bergsträsser, die 1945 nach ihrer Flucht aus Potsdam kurze Zeit bei B.s untergebracht war.

³²³ In: UB-MR, NL Bergsträsser I. Die vollständige Überschrift lautet: „Bericht über die Berliner Reise des Herrn Regierungspräsidenten, Prof. Dr. Bergsträsser, in der Zeit vom 31.10.1946 – 7.11.1946 (am 11.11. den Herren Regierungsdirektoren, Oberbürgermeister Metzger, Präsidenten Stock und Dr. v. Brentano vorgetragen)“.

nutzen müssen. Es sind noch genügend Grundmauern und Straßen da. Es wird in Berlin, ähnlich wie jetzt hier, allerlei neu aufgebaut, Wohnungen geflickt usw. Auf Merkwürdigkeiten stößt man hin und wieder. So sieht man an der Straßenkreuzung Friedrichstraße–Linden rot-gelbgrüne Lichter, die allerdings überflüssig sind, denn Autos gibt es kaum. Die Amerikaner und Engländer können in dieses Gebiet nicht hinein, die Russen nur wenig und schlecht, Franzosen haben zu wenig Benzin, daß sie kaum die Innenstadt besuchen können. Ein Bekannter von mir, der in einem Vorort wohnt und mit den Franzosen Fühlung hat, sagt, sie bedauern es, daß sie zu ihm nicht kommen können, aber für 2 Stunden, 40 km könnten sie keine Autos aufwenden. Der Russe macht sich im Stadtbild von Berlin wenig bemerkbar. Wenn man aber nach Potsdam kommt, wo sich das russische Hauptquartier befindet, wimmelt's von Russen.

Wenn man die Bevölkerung ansieht – ich hatte durch meine öfteren Untergrundbahnfahrten genügend Gelegenheit dazu –, so stellt man fest, daß sie sich kaum in ihrem Aussehen von den Menschen hier unterscheidet. Ich müßte unvorsichtig sein, wenn ich das feststellen wollte. Allerdings ist es mir in Potsdam aufgefallen, wieviel schlecht aussehende Kinder im Alter von 10–15 Jahren zu sehen sind. Wenn man die Berliner selbst fragt – in der Untergrundbahn, ich bin selbst früher 8 Jahre lang in Berlin ansässig gewesen, kam mir jetzt vor wie ein kleines Kind, man findet sich in den Verkehrsmitteln und überhaupt in der Stadt nicht zurecht –, so kommt man mit den Leuten ins Reden. Die Untergrundbahn ist in Ordnung – bis auf ein Stück zwischen der S-Bahn an der Stelle zwischen Linden und Berliner Bahnhof. Sie fährt rasch, im 10- und manchmal 5-Minuten-Verkehr in der Innenstadt, fast wie im Frieden. Die Stadtbahn ist allerdings gerade in der letzten Zeit durch die Stromreduzierungen so qualvoll voll, daß es kein Vergnügen ist, mit ihr zu fahren. Auch die Elektrische in Potsdam ist geradezu unerhört voll; es ist ein großes Mißvergnügen, mit ihr zu fahren. Der Berliner hat sich seine Schnauze bewahrt und nimmt die Natur eines Stachelschweines an.

Was die Stimmung in Berlin betrifft, so macht sich in manchen Kreisen die gleiche pessimistische Lethargie bemerkbar wie hier. Die Stimmung ist in einem unglaublich ausgesprochenen Maß scharf gegen die Russen, und zwar aus den verschiedensten Gründen: Zunächst einmal haben sich die russischen Truppen bei der Einnahme von Berlin nach dem einhelligen Urteil, das ich gehört habe, von Leuten, die ich sehr gut kenne, die zuverlässig sind, sehr schlecht benommen. Was von den vielen Vergewaltigungen gesagt worden ist, scheint im großen und ganzen – wenn auch natürlich etwas übertrieben – doch im allgemeinen zu stimmen. Es wurde vor allen Dingen damit begründet, daß noch große Schnapslager entdeckt und ausgebeutet wurden und die Russen dann

im Suff völlig hemmungslos waren. Da sie sich vielfach an den Frauen vergriffen haben, hat dies dazu geführt, daß man in der Zeit der ersten russischen Besatzung stillschweigend von den Gesetzen wegging und jede Abtreibung erlaubt hat. Vielfach sind Geschlechtskrankheiten verbreitet worden. Die Russen hätten sich, wie erzählt wird, diese in Polen meistens geholt. Ich habe mit zwei deutschen Ärztinnen über diese Dinge gesprochen, und sie bestätigten mir, daß viele Frauen, die nicht gesundheitlich geschädigt wurden, diese Dinge seelisch langsam überwunden hätten. Am meisten hätten ältere Frauen, die unverheiratet und bis dahin enthaltsam gelebt haben, darunter gelitten. Was aber die Stimmung gegen die Russen so scharf herausstellt, ist doch wohl im wesentlichen das, wie mir scheint, berechtigte Gefühl der Unsicherheit, daß niemand weiß, wann er etwa plötzlich einmal einem Gewaltakt unterliegt in der russischen Zone. Es wurde auch von Plünderungen erzählt, die Banden in russischer Uniform durchführen, so ähnlich wie man hier schon Plünderungen von Banden in amerikanischer Uniform erlebt hat. Doch oft sind es reine Willkürakte der GPU. Die Willkür der Russen hat ein System, d. h. es wird eben in der Behandlung der Menschen vielfach ein Unterschied gemacht, wo sie politisch stehen. Von sehr einwandfreier Seite wurden mir Fälle erzählt, wo junge Leute das Abitur wie hier bei diesen Überholungskursen noch einmal machen müssen, wenn sie studieren wollen; wenn sie aber SED-Mitglieder sind, brauchen sie diese Kurse nicht zu machen. Je nachdem, welcher Partei der einzelne angehört, wird er halt benachteiligt oder begünstigt.

Über die Deportationen habe ich nicht weiter gesprochen. Mindestens besteht der sogenannte „freiwillige Zwang“ wie in der Nazi-Zeit, wahrscheinlich nicht einmal der. Auch diese Dinge hörte ich von alten Bekannten, die zum Teil durchaus auf der russischen Seite stehen und die mir nichts anderes gesagt haben. Auch Personen, die nun im Zentralorgan der Russen tätig sind³²⁴, sprachen sich über die Schwierigkeiten in der Tätigkeit sehr deutlich und sehr akzentuiert aus. Eine Art der Zusammenarbeit, wie sie dann doch hier mit den amerikanischen Stellen ist, gibt es einfach dort nicht. Überdies sind die Zuständigkeiten in einer ganz anderen Art verteilt. Im Grunde genommen sind die deutschen Behörden im russischen Gebiet doch nur Ausführungsorgane. Sie schlagen vor, und die eigentlichen Entscheidungen fallen in der Regel woanders. Dann sind dort z. B. in den Zentralämtern – so eines der interessantesten Gespräche, das ich hatte, und zwar mit dem uralten Greis Schiffer, ehemaliger Reichsminister, 87 Jahre alt, frisch und geistig kräftig, über interessante Kompetenzen und politische Probleme, wie ich sie vor 30–40 Jahren mit ihm durchgesprochen hätte – die Zuständigkeits-

³²⁴ Gemeint sind die bereits 1945 gebildeten elf deutschen Zentralverwaltungen für die sowjetische Zone.

abgrenzung zwischen seiner Behörde und den Länder-Behörden sehr ungenau. Die Zentralbehörde hat sich die Ernennung der Präsidenten der Landgerichte, Generalstaatsanwälte vorbehalten, auf Vorschlag der Länder. Es geht in den einzelnen Fällen einmal so und einmal so, das eine Land macht es ganz mit, das andere nicht ganz usw. Die Abgrenzung ihrer Zuständigkeiten gegenüber den Ländern ist schwankend, gegenüber der russischen obersten Behörde ist noch schwankender und eigentlich vielfach von den Personen und von den Launen abhängig, aber sie besteht und ist also so etwas wie eine bizonale Behörde, nur daß kein Mensch ganz genau weiß, was zu fassen ist. Der Verkehr in Berlin: Die einzelnen Sektoren merkt man nicht. Bald kommt an einer Straße ein Schild „Hier beginnt die englische oder die französische Zone“. Der Verkehr geht darüber hinweg, es gibt da keinerlei Hinderungen. Auch in Potsdam – in der russischen Zone – ist es so. Dort ist das militärische Hauptquartier der Russen. Das politische Hauptquartier der Russen ist in Karlshof, das der Franzosen in Frohnau, der Engländer am Fehrbelliner Platz, im früheren Oberkommando des Heeres. Das Hauptquartier der Amerikaner ist in Dahlem. Dort sitzt OMGUS in einem Riesending, wie mir gesagt wurde, im früheren Luftgaukommando. Die Engländer sitzen in einem Fuchsbau, wo sich kein Mensch hinein- und herausfindet.

Nun will ich einmal anfangen, von meinen Verhandlungen mit den Amerikanern zu berichten. Ich wurde da systematisch herumgereicht. Mein Führer war der Ihnen auch nicht unbekannte Herr Dayton, der ja bei OMGUS sitzt. Am ersten Morgen wurde ich gleich zu General Parkman gebracht, der mich freundlich aufnahm, mich zum Abendessen einlud. Ich hatte eine lange Unterhaltung mit ihm. Das Äußerliche ist so: Man kommt an, muß in eine Straße gehen, wo man einen Paß für OMGUS, eine Karte zum Mittagessen in der Kantine des deutschen Personals und Lebensmittelkarten bekommt. Dayton hat mich im Auto abgeholt. Ich wohnte im Parkhotel in Zehlendorf, sehr teuer, sehr gute Bedienung. Das Mittagessen im deutschen Kasino muß man mit RM –,50 bezahlen.

Das Wichtigste, was ich bei meinen Unterhaltungen mit den Amerikanern gemerkt habe, ist zunächst einmal dies, daß die Amerikaner dabei sind, die deutsche Frage sehr energisch weiterzutreiben. Sie wollen nicht nur die Frage des Zusammenschlusses der Zonen, sondern die Frage des Friedens mit Deutschland und die Frage der deutschen Einheit beschleunigt lösen. Sie erwähnten auch, daß diese Frage im nächsten Jahr schon gelöst sein wird, and zwar ist Voraussetzung für den wirklichen Friedensschluß eine Zentralregierung und ein Zentralparlament, auf die sie hinausgehen. Ich kann Ihnen auch sagen, und das müssen Sie diskret behandeln, daß mein Eindruck durch eine Landkarte, die sie mir gezeigt haben, verstärkt wurde, daß die Amerikaner

die Absicht haben, dafür einzutreten, daß die Grenze im Osten ziemlich verändert wird, und zwar um Mittelpommern, den Regierungsbezirk Frankfurt/Oder, Regierungsbezirk Liegnitz, also eine Linie, die von Mittelpommern etwa auf Breslau zuläuft, wobei das Gebiet von Schlesien, südlich von Breslau und westlich der Oder bestritten ist. Da wollen sie offenbar noch mit sich reden lassen. Oberschlesien bleibt polnisch. Das wäre immerhin eine sehr große Veränderung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Damit hängen offenbar bestimmte Vorstellungen, wie es am besten wäre, den deutschen Bundesstaat einzurichten, zusammen. Und zwar sind alternative Vorschläge gemacht worden – ich sprach mit dem zuständigen Referenten eine Stunde lang. Den Vorschlag, der etwa 8–9 Länder umfassen soll, scheint man am praktischsten und richtigsten zu finden. Genau erinnere ich mich nicht mehr. Hier nur einiges: Rheinland, Westfalen bleiben, wie es ist. Bayern scheint man noch in einen südlichen und nördlichen Teil zu teilen. Sicher ist man der Meinung, das Aschaffener Gebiet zu Hessen zu tun. Dafür wollen sich die Amerikaner einsetzen, eine Idee, die, wie meine ältesten Mitarbeiter wissen, schon bei der Begründung von Groß-Hessen eine gewisse Rolle gespielt hat.³²⁵ Sie war nur damals nicht auf großes Verständnis gestoßen, und zwar zum Teil durch Gegenströmungen aus anationalistischem Interesse heraus, z. T. wirtschaftlich begründet. Man will zu Rheinland-Westfalen das linksrheinische Gebiet nehmen, wie es jetzt ist, zu Hessen das Gebiet Koblenz, Trier und Rheinhessen. Ich wurde dann über die Pfalz gefragt, denn dem Referenten war vorgetragen worden, die Pfalz gehöre zu Rheinhessen, man spreche hier und dort den gleichen Dialekt. Ich habe dem betreffenden Herrn gesagt, daß ich mich anheischig machte, jeden Menschen sofort zu klassifizieren. Zwischen Weinheim und Mannheim verlief deutlich die Linie des Dialektes. Ich habe [mich] durchaus dafür ausgesprochen, daß, wenn Württemberg-Baden zusammenbleiben, die Pfalz dazu gehöre. Inzwischen ist mir gesagt worden, daß die Mannheimer eigentlich die Tendenz hätten, sich nach dem Norden zu entwickeln. Das würde freilich die Sache etwas ändern. Meine Meinung ist die, daß es gut wäre, wenn möglichst viel rechtsrheinische Länder auch linksrheinisch beteiligt wären. Das ist ein wichtiges politisches Prinzip.

³²⁵ Zu den auf ältere Raumordnungspläne zurückgehenden hessischen Vorschlägen im Vorfeld der Gründung des Landes Hessen, das Aschaffener Main-Viereck einzubeziehen, vgl. Walter Mühlhausen, Die Entscheidung der amerikanischen Besatzungsmacht zur Gründung des Landes Hessen 1945. Darstellung und Dokumentation zum 40. Jahrestag der Landesgründung, in: Nassauische Annalen 96 (1985), S. 197–232, hier: S. 212. B. selbst hatte in einem „Memoire über die Verwaltungseinteilung“ vom 28.5.1945 gefordert, den Bezirk Aschaffenburg in die Provinz Rhein-Main zu integrieren; vgl. Bergsträsser, Zeugnisse, S. 405.

Dann bin ich nach Vorschlägen über einige Dinge der zukünftigen Reichsverfassung [...] gefragt worden. Man ist demnach dabei, daß man schon Pläne macht über die Reichsverfassung, Entwürfe. Man versucht, sich über die Kompetenzen zwischen Reich und Ländern Gedanken zu machen. Man fragte mich, ob das Reich eigene Einnahmen haben solle usw. Ich habe mich sofort dahin ausgesprochen „wer Geld ausgibt, soll es auch selber einnehmen“. Das schien mir die neutralste Art. Das Reich muß seine eigenen Einnahmequellen haben. Ich habe mich inzwischen mit Herrn Professor Gerloff in Verbindung gesetzt und werde dann ein Memoire in dieser Linie nach Berlin richten.³²⁶ Das Wichtigste dabei ist aber die Tatsache, wie nahe man diesen ganzen Dingen doch schon ist. Wir müssen uns alle darauf einrichten, daß wir uns in der nächsten Zeit mit all diesen Dingen beschäftigen, müssen unsere Meinungen an amerikanische Stellen geben, damit aus Unkenntnis heraus kein Unsinn entsteht.

Eine andere wichtige Sache, über die ich von einem anderen Herrn bei OMGUS befragt worden bin: die Frage der kommunalen Selbstverwaltung. Man macht jetzt eine Denkschrift über die kommunale Selbstverwaltungsordnung in Wiesbaden, Kassel und Darmstadt. Ich habe mich natürlich für die hiesige ausgesprochen, die anderen seien Parallelisierungen, die mir verwaltungspolitisch falsch erscheinen, überdies seien sie sehr teuer. Der Referent selbst war der Meinung, daß diese Ordnung in Wiesbaden und Kassel einen politischen Fehler habe, indem keine eigene Kontrolle dabei sei.

Die dritte Frage, die ich nun auch noch besprochen habe und die im Augenblick wichtig ist und interessant, ist die Frage der Denazifizierung. Die Denazifizierung wird bearbeitet von Dr. Dorn. Er war früher in Frankfurt a. M., Universität, spricht gutes Deutsch. Ich hatte damals mit ihm immer sehr gute Verbindung gehabt. Um so erstaunter war ich, daß Dr. Dorn sich – nicht mir persönlich gegenüber, aber im allgemeinen – in einem etwas groben Ton über die Denazifizierung ausließ, und zwar sich steigerte bis zu der Formulierung: Die Deutschen hätten das jetzt übernommen, zwei Monate Zeit ließe man ihnen jetzt noch. Wenn die Denazifizierung nicht oder in der Art weiter durchgeführt werde wie bisher, würde die Militärregierung die Denazifizierung wieder selbst in eigene Regie nehmen, dann sei natürlich an eine Selbstverwaltung oder Regierung mit Landtagen gar nicht zu denken. Die Entwicklung würde dadurch ganz zurückgehen. Ich bin natürlich der Meinung, daß diese

³²⁶ Zur Vorbereitung dieser Ausarbeitung vgl. Eintragungen 22., 23. und 27. 11. 1946; ein entsprechender Text ist nicht nachweisbar.

Suppe nicht ganz so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde.³²⁷ Ich machte Gegenargumente geltend, vor allen Dingen dahin, die Denazifizierung sei deswegen schwierig, weil wir nicht über genügend Personal verfügten, worauf er sagte, da müßten wir gute Kräfte aus der Verwaltung nehmen, selbst wenn die Verwaltung dann stillstehen müsse. Dann habe ich mir die Dinge überlegt, in seiner Gegenwart nur diese Äußerungen und einige andere Dinge dagegen gesagt, wobei mir einen Augenblick ein Schauer über den Rücken ging, in dem er mir erklärte, für die Denazifizierung sei in dem Ministerium in Bayern gar nichts gemacht worden, in Württemberg sei die Sache auch schief gegangen, in Hessen auch nicht gut, allerdings sei Binder krass gewesen, habe aber einen Rundfunkvortrag gehalten, in dem er dieses Gesetz kritisiert hat.³²⁸ Wir müßten energische Leute haben: „Sie wären der Mann, der das machen könnte.“ Von den Hauptschuldigen (ca. 550) seien über 300 zu Mitläufern geworden (in Bayern), das sei doch unmöglich. Ich sagte, daß ich über diese Dinge nicht Bescheid wisse, ich hätte drei Monate Verfassung gemacht, hätte mich um diese Details nicht kümmern können, in meinem Regierungsbezirk wäre die Sache in Ordnung. Ja, das wisse er auch. Ich habe an Minister Binder natürlich auch eine kleine Aufzeichnung gemacht. Es scheint mir so zu sein, daß man, um der öffentlichen Meinung in Amerika entgegenzukommen, einige nationalsozialistische Schlachtopfer präsentieren muß, und die amerikanische Presse braucht dringend den Gestank dieser Opfer.³²⁹ Ich wollte Ihnen das doch zur Abrundung dieses ganzen Bildes sagen, weil es für die Gesamtbeurteilung der politischen Situation notwendig ist.

Im übrigen, um auch das zu erwähnen, kann ich persönlich nur sagen, daß ich in diesen ganzen Tagen von amerikanischer Seite sehr angenehm behandelt worden bin. Ich war eigentlich jeden oder jeden zweiten Abend bei den Amerikanern zum Essen eingeladen; dabei wurden politische Gespräche geführt. Ich hatte – durch einen alten Bekannten, der bei OMGUS als deutscher Berater tätig ist und den erlauchten Namen Mommsen trägt, er arbeitet in der Wirtschaftsabteilung – Gelegenheit, mit Engländern in Verbindung zu kommen. Ich habe mit einem Herrn, der mich bat, ins englische Hauptquartier zu kommen, gesprochen, der speziell die Frage „Deutschland und Länder“ usw. bearbeitet.

³²⁷ Tatsächlich waren die Amerikaner mit der bisherigen Durchführung durch die deutschen Stellen dermaßen unzufrieden, daß Clay schließlich auf der Länderrats-sitzung am 5.11.1946 drohte, die Entnazifizierung wieder von den Amerikanern übernehmen zu lassen. Akten Vorgesch. BRD I, S. 1015; vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 320.

³²⁸ Manuskript der Rundfunkansprache Binders in: StA-DA, H 1 RP Liste 21/27.

³²⁹ B.s. Einschätzung der amerikanischen Presse entsprach der wachsenden Unzufriedenheit in der amerikanischen Öffentlichkeit. Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, S. 149; Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 413.

Ich habe mit ihm auch die Probleme durchgesprochen, um so angenehmer, als er mir sofort erklärte, er sei seit 20 Jahren Sozialdemokrat (also Labour-Party). Es stellte sich heraus, daß eine sozialdemokratische Bezirksstadtverordnete in London, die ich sehr gut kenne, mit ihm auch gut bekannt ist. Die Engländer scheinen doch sehr stark in derselben Linie wie die Amerikaner in der Lösung der deutschen Frage vorgehen zu wollen. Ich werde auch diese Gelegenheit und Verbindung benutzen, um da meine Auffassung zu sagen.

Mit den Russen bin ich nicht in Verbindung gekommen, aber ich werde das nächste Mal mit Ihnen auf zwei Wegen in Verbindung kommen. Der eine führt über meinen alten früheren Fraktionskollegen, den jetzigen CDU-Mann Lemmer. Der andere Weg ist kurios: ich habe natürlich auch sofort die Verbindung mit meiner Partei gesucht, habe sie samstags nachmittags bei einer kleinen Unterhaltung zunächst gefunden, dann am Montag in meiner Partei einen Besuch gemacht, am Dienstag ebenso. An diesem Tag entwickelte sich etwas sehr Kurioses. Ich ging um $\frac{1}{3}$ hin, erfuhr, daß ich sehr ungelegen käme, denn um 3 Uhr sei Parteausschuß-Sitzung, alle Großkopfen seien dabei beteiligt. Ich ging mittlerweile zu den kleineren Geistern, ließ mir Flugblätter und ähnliches Material geben. Plötzlich stürzte einer der SPD-Leute, der an der Sitzung beteiligt war, ins Zimmer, sagte zu mir: „Sie müssen sofort heraufkommen. Oben ist bei unserer Sitzung ein russischer Major. Er hat ja das Recht, zu all diesen Sitzungen zu kommen. Aber wir wollen vor ihm nicht das verhandeln, was wir ursprünglich verhandeln wollten.“ Ich ging natürlich mit ihm, wurde feierlich begrüßt und habe eine halbe Stunde über die hessische Verfassung gesprochen, so wie man gewünscht hatte. Nach meinen Ausführungen, während die Sitzung weiterging, ging ich zu dem Major hin und sagte, ich würde mich gern mit ihm unterhalten. Wir sprachen dann hauptsächlich darüber, wie die Sozialisierung in unserer Verfassung auszulegen sei. Ich habe heute die Verfassung an ihn abgeschickt, um die er mich bat. Wenn ich gelegentlich wieder nach Berlin komme, werde ich mit maßgebenden russischen Personen die Verbindung aufnehmen. Das halte ich auch für notwendig.

Ein weiteres sehr wichtiges Problem: Durch, wie ich im Anfang sagte, die scharfe Stellung der Bevölkerung gegen die Besatzungsmacht ist natürlich sowohl die Niederlage der SED bei den Wahlen wie der große und von der Partei selbst nicht in diesem Maße erwartete Erfolg der SPD zu erklären.³³⁰ Die SED gilt allgemein als völlig abhängig von den Russen und tut in einer, wie mir scheint, seltsamen Ungeschicklichkeit alles, um dies zu verstärken. Am Donnerstag hingen überall in Berlin

³³⁰ Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen am 20.10.1946 hatte die SPD 48,7% erreicht; die SED war mit 19,8% weit abgeschlagen (CDU 22,1%, LDP 9,4%).

große Plakate, die zu einer Großveranstaltung der SED anlässlich des 29. Jahrestages der Oktoberrevolution aufforderten. Das ist nun vom Standpunkt der SED aus, meiner Kenntnis der Psychologie der Berliner nach, absolut das Dümme, was sie überhaupt machen können, sich in diese enge Verbindung mit diesen russischen Dingen zu bringen. Die SPD verdankt ihren Erfolg einerseits dem Gegensatz der Bevölkerung gegenüber den Russen, zweitens der Agitation, wie ich von vielen Seiten gehört habe.

Am Sonntag nachmittag machte ich Besuche, hatte 1½ Stunde Zeit, um Forschungen über die öffentliche Meinung anzustellen. Ich ging in ein Kaffee, setzte mich zu drei Mädels an den Tisch, bot jeder von ihnen eine amerikanische Zigarette an, sagte: „Das tue ich nicht Eurer schönen Augen wegen. Da ich 16 Jahre nicht in Berlin war, sollt Ihr mir erzählen, wie es in Berlin aussieht“. Die eine war Stenotypistin, die andere arbeitete im väterlichen Baustoff-Handel-Geschäft, die dritte hatte bei den Amerikanern gearbeitet. Augenblicklich arbeitete sie nichts, sie hatte sich einen amerikanischen Freund zugelegt. Sie erklärten: „Ja, was sollte man wählen: SED – das sind die Russen; LDP – ist reaktionär, natürlich auch nicht; CDU – ist katholisch, also auch nicht, folglich: SPD“. Es ist da immer noch so – ich kenne diese Einstellung aus Norddeutschland, meine Frau stammt dort her³³¹ –, daß das, was katholisch ist, für den nicht katholischen Deutschen so ungefähr der Teufel ist. Früher wurde immer erzählt, man brauche einen Katholiken nur anzusehen, wenn man ihm genau ins Gesicht sieht, der ist eben falsch. Zum Teil hat man infolgedessen aus Überzeugung, zum Teil aus Verlegenheit in Berlin die SPD gewählt, und so ist der Sieg der SPD entstanden. Wenn in der russischen Zone die SPD zugelassen wäre, würde sie in allen Gebieten ähnliche Erfolge gehabt haben.

Nun ergibt sich aus dieser Situation ein Problem: In Berlin muß jetzt regiert werden. Die SPD wird wohl den Oberbürgermeister, eine große Anzahl von Bürgermeistern, Stadträten usw. stellen.³³² Es ist aber keine absolute Mehrheit, und nun taucht die Frage auf: Wie wird diese sozialdemokratische Staatsregierung sich mit der russischen Militärregierung stellen? Das ist jetzt nicht nur eine Frage für Berlin, sondern für die Deutschen überhaupt. Ich will da eine Einschaltung machen: Wenn man so durch Berlin geht und mit den Deutschen redet, hat man doch

³³¹ B.s Frau Martha war in Zerbst (Anhalt) geboren. Für den Südhessen Bergsträsser war dies schon Norddeutschland.

³³² Am 5.12.1946 wurde der Sozialdemokrat Otto Ostrowski zum Bürgermeister von Berlin gewählt. Er trat aber schon im April 1947 auf Drängen der eigenen Partei zurück. Insgesamt gehörten 19 von 20 Bezirksbürgermeistern der SPD an.

das Gefühl, nicht nur weil die vier Mächte ihre Vertretungen da haben, sondern überhaupt, obwohl die Stadt schwer mitgenommen ist: Das ist doch eigentlich die Reichshauptstadt! Ich wenigstens hatte das Gefühl, sie wird von außen auch so angesehen. Und wenn man nun sieht, wie schnell man, trotz der schlechten Verkehrsmittel, wieder für alle möglichen Dinge seine persönlichen Anknüpfungspunkte bekommt, sagt man sich: Hier ist eben einfach ein Mittelpunkt. Um so bedeutender wird das Problem: Wie wird man dort mit den Russen auskommen? Dieses Problem ist mir von vornherein klar, denn Sie wissen ja alle, daß ich immer den Standpunkt vertreten habe, daß wir als Deutsche den größten Fehler machen, wenn wir uns von einer Macht so sehr fernhalten oder uns einer so sehr anschließen. Beides erweckt Mißtrauen bei den anderen Mächten und die Empfindung, wir würden an der Uneinigkeit der anderen unsere Suppe kochen. Diese Frage ist in Berlin sehr schwierig, weil die ganzen Stimmungsgegensätze auf beiden Seiten dagegen sprechen: bei den Russen der Ärger, daß ihre Partei so furchtbar hereingefallen ist, bei der SPD das Gefühl: Ja, die russische Militärregierung schikaniert uns, wo sie nur kann. Dieses Problem wird nun auch von amerikanischer und englischer Seite aus gesehen, und von beiden Seiten aus versucht man, dieses Problems Herr zu werden.

Ich bin einen Tag später von Berlin zurückgefahren, weil ich von amerikanischer Seite aus eingeladen wurde, einige leitende Persönlichkeiten der SPD nach Zehlendorf zu bringen, um sich über diese Dinge zu unterhalten, wobei ich nun sagen muß, daß der Vorsitzende der SPD, Franz Neumann, ein sehr ruhiger, klar denkender Mensch ist. Das gleiche Problem wurde mir auch von Lemmer und Jakob Kaiser (CDU) gestellt, die beide genau dasselbe sagten. Lemmer erzählte mir, daß er mit einem der russischen Generale jetzt in eine sehr gute Verbindung gekommen sei. Es gäbe aber dabei große Anstrengungen; man wird zum Abendessen um 9 Uhr eingeladen, dauernd werden Trinksprüche auf die Gesundheit aller Anwesenden ausgebracht, und man müsse jedesmal sein Glas austrinken.

Wenn es wirklich so kommt, daß wirklich ein Friede zustande kommen soll, müssen Wahlen kommen, dann muß die SPD in der ganzen russischen Zone zugelassen werden. Man scheint darin einig zu sein, wenigstens die Engländer und Amerikaner, auch Russen, daß eine vorläufige Regierung gebildet wird, aber der Friedensvertrag von einer Regierung parlamentarischer Art unterstützt werden soll; ob schon mit einer Reichsverfassung oder ohne – das ist eine Frage, die ich nicht erörtern will, weil ich zu einer endgültigen Auffassung nicht gekommen bin.

Kurz will ich noch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der russischen Zone streifen. Man kann in Berlin einige Dinge frei kaufen, die es anderswo nicht gibt: Kochtöpfe, Pinzetten und ähnliche Kleinigkeiten. Im übrigen blüht genau wie hier ein ungeheurer Handel mit Bildern, weil

eben Leute, die keine andere Möglichkeit haben, das benutzen, um sich dafür anderes auf dem Schwarzen Markt zu kaufen. Ich habe vom Schwarzen Markt nichts gesehen. Eine Zeit lang soll er am Reichstagsgebäude betrieben worden sein, 30000 Menschen hätten sich dort bewegt. Manches wird in Kaffees verkauft, doch ich hatte keine Zeit, um mir das anzusehen. Die Preise sollen, wie man erzählt, ungefähr so sein: ein paar Damenstrümpfe RM 250,-, Butter genausoviel, eine Zigarette RM 8,-. Allerdings: Wer keinen Schwarzen Markt benutzt und nicht irgendwelche sonstigen Möglichkeiten hat, lebt in Berlin sehr schlecht; er muß höchstens die Möglichkeit haben, durch gute Freunde oder Bekannte etwas zu erhalten. In der russischen Zone fallen auch die CARE-Pakete aus. Das, was man in den Hotels bekommt, ist so jämmerlich wenig, wenn auch gut zubereitet, daß es für mich ungefähr eine Vorspeise wäre. Ich habe einmal in einer kleinen Kneipe gegessen; es war dann so, daß ich bis abends um 6 Uhr ganz gut aushalten konnte von $\frac{1}{2}$ an. Doch auch da gewinnt man kein genaues Bild, denn es gibt Leute, die doch alles haben. Ich war bei Verwandten, der Mann ist Spezialarzt, hat also eher Möglichkeiten, etwas zu bekommen. Wir aßen wie im tiefsten Frieden. Eine merkwürdige Einrichtung: der Club des Kulturbundes in der Jägerstraße – das Haus wurde von den Russen zur Verfügung gestellt, ebenso die Lebensmittel. Dort kostete ein Abendessen RM 6,-, beste französische Küche, absolut friedensmäßig. Wer von Ihnen einmal nach Berlin kommt, dem rate ich sehr, sich irgendeinen Freund aufzutun, der Mitglied des Clubs ist. Ich besuchte einen Professor auf Empfehlung unseres gemeinsamen Freundes Leopold Bauer. Dort traf ich einen anderen Herrn, der bei mir studiert hatte und der mir die Gastkarte überreichte. Das ist nun wieder ein Platz, wo man ganz Berlin findet: den Leiter des Aufbauverlags, dann Regierungspräsident Friedensburg, Lemmer, Schäffer, alles! Ein paar Stunden in diesem Club, und man sieht die Masse der Menschen und hat die Masse der Verbindung.

Interessant war mir ein Gespräch mit Lemmer: Wir sollten um Gottes Willen nicht Leute aus der russischen Zone hierher ziehen. Das gäbe eine Entvölkerung, und sie leiden genau wie wir an dem Mangel an guten Kräften, und die Entvölkerung würde dort zu einer großen Gefahr. Wir sollten uns also auf die Leute beschränken, die in der amerikanischen Zone ansässig sind.

Freitag, 8. November 1946

Morgens von Berlin angekommen. Abends in Neu-Isenburg zum Film mit Knothe zusammen, der sehr gut aufgelegt und sehr nett war. Der Filmstreifen soll in Läden usw. für die Partei Reklame machen.

Samstag, 9. November 1946

Gießen: Ansprache an die Abiturienten, Lichtsperre, halbdunkler Saal. 9. November als Ausgangspunkt bei der Rede. König gut einleitend.³³³ Bei Königs gegessen. Mittagsschlaf im Auto. Nachmittags zu Hause gearbeitet. Abends Volkshochschule – schlecht organisiert. Ich werde da nicht mehr reden.

Sonntag, 10. November 1946

Morgens Zeitungen gelesen. Nachmittags zu Löbe. Formvollendete Rede. Gute Gedanken. Löbe mit einigen Prominenten der Partei zum Wein. Löbe dann zum Abendessen, er erzählte reizend. Die Anwesenden ersichtlich dankbar über dieses Arrangement. In der Versammlung etwa 3000 Menschen. Das politische Interesse flaut ab. Die Kälte tut das ihrige.³³⁴

Montag, 11. November 1946

Mit Hoffmann über Universitätssachen gesprochen. Über die Gemeinschaftskunde geschimpft mit voller Absicht. – Nachmittags Bericht über Berlin an die Regierungsdirektoren, Stock, Oberbürgermeister und Brentano. Brentano in voller Fahrt, boshafte Bemerkungen. – Mit Jockisch Theaterfragen besprochen. Wir werden ihn wohl zum Intendanten machen.³³⁵ Abends zu Hause Schreibtisch aufgeräumt.

Dienstag, 12. November 1946

Abends „Orpheus“, glänzende Vorstellung. – Dr. Rasp: die Bibliothek geht vorwärts. – Bei der Militärregierung von Berlin erzählt.

Mittwoch, 13. November 1946

Mit Weyand darüber gesprochen, wie man es machen kann, Leute aus dem Lager für Aufbauarbeit zur Verfügung zu bekommen. – Abends Be-

³³³ Oberstudiendirektor Friedrich König war im gleichen Jahr wie B. im elsässischen Kaysersberg geboren.

³³⁴ Der ehemalige Reichstagspräsident Löbe sprach auf einer Kundgebung der SPD-Darmstadt; vgl. „Darmstädter Echo“ 12.11.1946 (Wir begrüßen die sozialistische Verfassung des hessischen Volkes).

³³⁵ Dr. Walter Jockisch, der sich bereits zu Jahresbeginn mit seiner „Orpheus“-Inszenierung in Darmstadt eingeführt hatte, leitete das Darmstädter Theater von Herbst 1946 bis Sommer 1948.

sprechung der Kandidatenfrage. Knothe wie Apel sehr einsichtig. Knothe in seiner etwas übertriebenen Art anerkennend und liebenswürdig für mich.

Donnerstag, 14. November 1946

Besuch von Mr. Bolten von OMGUS. Diskussion über Wahlrecht. Er hält den Proporz für richtig, wenn die politischen Parteien so stark voneinander in den Auffassungen differieren wie bei uns. Ich sagte ihm, für mich sei das Wichtigste der Kompromiß, und erörterte das Stichwahlssystem. Die Aktion für das Proportionswahlrecht in Heidelberg (Alfred Weber und Sternberger) ist so ungeschickt aufgezogen wie möglich. Flugblätter an der Universität verteilen für so etwas, ist kindisch.³³⁶ Beweis meines alten Wortes, daß es Leute gibt, die für die Politik zu gescheit sind.

Nachmittags in Frankfurt. Längere Zeit bei Bieberfeld. Er wollte die Stimmung gegen die Amerikaner mit mir erörtern. Ich sagte ihm sehr deutlich, daß die ausschließlich beruhe auf Wohnungsbeschlagnahme und einigen ähnlichen Ungeschicklichkeiten. Man könne es nicht verstehen, daß ein Offizier eine große Villa bewohne. Er meinte, es hätte doch wohl politische Gründe. Ich bestritt das absolut und werde ihm einige inzwischen aufgelaufene Fälle das nächste Mal erzählen. [...]

Vorlesung, Erzählung aus Berlin. Großes Interesse, große Sprechstunde hinterher. Abendessen bei Weyand. Mit Knothe und Nischalke über die Ministerpräsidentenfrage gesprochen. Knothe scheint mir gegenüber jetzt sehr günstig eingestellt zu sein. Ich äußerte mich eingehend über Brill. Landfremd, ungeschickt, unverträglich [...].³³⁷ Bei Weyand Aufregung wegen Severing, der krank hier ankam. Er reist Montag ab, Gallenanfall. Seine Tournee abgesagt. Seine menschlich reizende Art tut einem wohl. Vollendeter Takt.

Freitag, 15. November 1946

„Die das Leben ehren“ – seltsames Stück.³³⁸ Eine Art Ibsen'scher Gesellschaftskritik, aber ohne Ibsens dramatischen Glanz, halbwegs nihilistische Tendenz. Typische Reaktion gegen den Kapitalismus in Amerika. Sehr gute Aufführung, aber das Publikum wird das Stück nicht gern sehen. Wir

³³⁶ Die Heidelberger Gruppe um Sternberger und Weber trat nicht für, sondern gegen das Verhältniswahlrecht ein und propagierte das Mehrheitswahlssystem. B. meinte hier ein Flugblatt von Sternberger, das der Verfassungberatenden Landesversammlung zugesandt worden war, in: AHLT. Dazu: Dolf Sternberger, Über die Wahl, das Wählen und das Wahlverfahren, in: Die Wandlung 11, 1946, S. 923–942.

³³⁷ Streichung von persönlichen Bemerkungen.

³³⁸ „Die das Leben ehren“ von Clifford Odets.

brauchen Stücke, die hinaufziehen, nicht die herabziehen. Pessimismus und Nihilismus genug im Land. Das jüdische Milieu des Stückes war kaum angedeutet, wodurch es für mich, da ich dieses Milieu kenne, an Charme verlor. – Morgens war Kultusminister Schramm hier: Diskussion der Verfassungsartikel über die Schule. Ich halte ein Schulgesetz für durchaus möglich, wenn es nicht die Frage der Konfessions- und Simultanschule behandelt, denn nur die ist durch die Verfassung bis zum Jahre 1950 auf Eis gelegt.

Samstag, 16. November 1946

König von der DANA ein Interview gegeben.³³⁹ Nachher Gespräch mit ihm über moderne Kunst. Die jungen Leute hängen alle noch allzu eng am Realismus. Ich wies ihn auf die Rembrandt-Zeichnungen in der Ausstellung in Wiesbaden. – Mit Schomann anlässlich eines Falles interessantes Gespräch über wirtschaftliche Dinge. Ich sagte ihm, daß es notwendig sei, möglichst viele Leute zur Selbständigkeit zuzulassen. Das Verfahren des Landeswirtschaftsamtes, den Leuten zu sagen, man wolle ihnen die Genehmigung nicht geben, weil sie Geld verlieren könnten, ist kindisch. Der Staat ist keine Hebamme und kein Kindermädchen.

Nachmittags kam Gassner und dann ein Polizist, der bei der CIC arbeitet. CIC verlangt von der Dieburger Straße Fragebogen.³⁴⁰ Die Leute sind schrecklich beunruhigt, denn der Polizist sagt, er käme von der Kriminalpolizei, und die Kriminalpolizei sagte auf Anruf, er käme nicht von ihr. Solche Ungeschicklichkeiten, die beunruhigen, dürfen nicht vorkommen. – Dann bei Severing. – Abends Musik gehört.

Sonntag, 17. November 1946

Morgens etwas spaziergegangen. – Nachmittags in Rimbach. Während der Rede überlegt, wie ich die Rede halte. Die abends in Hofheim ging daraufhin recht gut. Ich komme immer mehr dazu, Plaudereden zu halten, mit Beispielen und Einzelheiten. Das interessiert die Leute.

Dienstag, 19. November 1946

Mit Stock über Politik und Ministerpräsidentenfrage gesprochen. Mit Ahl, Elsesser Flüchtlings-Unterbringung behandelt. Die Ministerpräsidenten scheinen sich nicht deutlich genug zu wehren.

³³⁹ Offensichtlich nicht erschienen.

³⁴⁰ Das Haus Dieburger Straße 156, das B. als Dienstwohnung zugewiesen worden war; vgl. Anm. 58/1947.

Donnerstag, 21. November 1946

Artikel fürs „Echo“.³⁴¹ Zur Militärregierung, langes Gespräch mit Sheehan über Metzger. Man ist sehr gegen ihn verschnupft, weil er eine Besprechung über Wohnungsfragen, an der ein Oberst, Leiter der Community, teilnehmen wollte, mit der Begründung absagte, er habe eine Sitzung des Parteivorstands in Frankfurt und könne auch die übrige ganze Woche nicht, da er im Untersuchungsausschuß in Wiesbaden sei.³⁴² Sheehan wies darauf hin, daß schon Kelly mit Metzgers Amtsführung nicht zufrieden gewesen sei. – Dann zu Knoblauch, dem Intelligence-Officer. Sehr nette Unterhaltung über politische Fragen. Er hatte mit Fräulein von Galen meine Rede in Nieder-Ramstadt gehört und kann deutsch genug, so daß er sie verstanden hatte. Sie hat ihm ersichtlich Spaß gemacht. Es ist deutlich, daß wir gute Verbindung halten können. Von dort ins Zimmer von Oberst Skarry gerufen, wo Landin war und die Frage Metzger wieder mit mir besprach. Er ist deswegen herübergekommen. Ich suchte zu beschwichtigen und betonte, daß ich manche Mängel schon längst gesehen hätte, aber keine Kompetenz habe, einzugreifen und auch persönliche Schwierigkeiten, außerhalb meiner Kompetenz mich einzuhängen. Sachlich könnte ich Landin nicht unrecht geben. L. will aber versuchen, die Sache einzurenken. Ich redete ihm dazu eifrig zu, glaube aber nicht, daß es auf die Dauer klappen wird. Der Oberst der Community [Skarry] betrachtet Metzgers Haltung als „offence“ und nicht mit Unrecht. Ich sah, wie richtig es war, obwohl ich es offiziell nicht nötig gehabt hätte, immer einmal zu Sheehan zu gehen und ihn zu informieren, empfand auch gestern wieder, wie absolut einwandfrei man mich drüben behandelt. Auch der neue Offizier gab mir selbstverständlich den Vortritt und öffnete die Zimmertüren.

Nachmittags nach Frankfurt a. M. Lange Unterhaltung mit Bieberfeld. Ich habe ihm nochmals über Wohnungen, den Zaun in der Villenkolonie Eberstadt und ähnliches berichtet. Er will sich mit mir noch über die Denazifizierung unterhalten. Ich mußte aber zur Sitzung zum Oberbürgermeister. Dort Diskussion der Vorbereitungen der Feier für 1848. Alle

³⁴¹ „Darmstädter Echo“ 23. 11. 1946 (Dein Ja der Verfassung).

³⁴² Der von der Verfassungsberatenden Landesversammlung im Oktober eingesetzte Untersuchungsausschuß sollte unter Metzgers Vorsitz die Vorwürfe prüfen, daß höchste Regierungsbeamte unberechtigtweise zusätzliche Fleisch- und Butterpakete erhalten hätten. Da sich die Regierungsmitglieder, insbesondere Ministerpräsident Geiler, weigerten, vor dem Ausschuß auszusagen, löste er sich Ende November auf und überließ es dem neu zu wählenden Landtag, die Vorwürfe erneut aufzugreifen. Vgl. „Darmstädter Echo“ 16. und 27. 11. (Aus dem Untersuchungsausschuß); „Hessische Nachrichten“ 22. und 27. 11. 1946 (Untersuchungsausschuß stellt Arbeit ein).

meine Vorschläge wurden freudig begrüßt und angenommen. Sehr nettes Zusammenspiel mit Beutler.³⁴³ Nach dem Kolleg nach Hause. Todmüde und früh geschlafen.

Freitag, 22. November 1946

Mit Friedrich vielerlei besprochen. Ich hoffe, die Abteilung kommt in Ordnung. Mit Walk ein Wirtschaftsprogramm durchgegangen. Er arbeitet jetzt auch mit Hilpert offenbar gut zusammen. – Nachmittags in Frankfurt a. M. zum Sender. Der alte Ton des Verfassungsausschusses lebte wieder auf. Dann zu Gerloff, zwei Stunden mit ihm über die Finanzenzuständigkeit von Reich, Länder und Gemeinden verhandelt. Daraufhin am nächsten Tag eingehendes Gespräch mit Boll. Er wird die Dinge bearbeiten, und ich werde sie nach Berlin schicken können. Vorlesung: landwirtschaftliche Probleme.

Abends in Neu-Isenburg. Sehr gut vorbereitete und sehr volle Versammlung. Man hatte mein Thema „Ernährung, Währung, Verfassung“ auf die Handzettel gedruckt. Kinobilder zum Eingang mit einem von Jugendlichen gesprochenen Text. Sehr wirkungsvoll. Wenn man sich Mühe gibt, kann man's machen. Aber die Gedankenlosen bringen nichts fertig.

Samstag/Sonntag, 23./24. November 1946

Stock, verärgert, da ihm die Listenveränderung nicht speziell noch einmal mitgeteilt worden war.³⁴⁴ Ich bückelte ihn zurecht. Über Fragen Ministerpräsident. Ich sagte sehr deutlich meine Meinung über Brill, die er teilt. – Mit Boll nochmals die Regelung der zukünftigen Finanzzuständigkeiten zwischen Reich, Länder und Gemeinden erörtert für Mattusch. – Abends in Weilburg. Noch lange Unterhaltung, auch über Wiesbadener Ämter.

Sonntag abend auf der Hehrmühle im Schlitzer Land. Wunderbar gegessen (Gans). Sehr nette und angeregte Unterhaltung mit dem selbständig denkenden und gebildeten Mühlenbesitzer Schäfer.

Montag, 25. November 1946

Mit Duderstadt über die Tauschgeschäfte der Firmen zum Aufbau der Firmen gesprochen. Dasselbe dann mit Walk hier, der über Duderstadts klare Darstellung erfreut war und die ihm sehr zupasse kommt. Nachmittags

³⁴³ UB-MR, NL Bergsträsser: Protokoll über die Sitzung der wissenschaftlichen Kommission für die Vorbereitung der Hundertjahrfeier der Paulskirchenversammlung, 21.11.1946.

³⁴⁴ Gemeint ist hier die Listenveränderung im Wahlkreis I, wo B. an erster, Stock an zweiter Stelle stand.

lange Besprechung über die Kartoffellieferungen und die Möglichkeiten, Kartoffeln aus dem Lande herauszuziehen. Allgemein wurde es verurteilt, daß eine Zeit lang nur 1½ Zentner zum Einkellern gegeben wurden. Die Kartoffelhändler bekommen nichts heraus. Bayern lieferte erst, als von hier aus Aufkäufer hingeschickt wurden, genau wie beim Vieh. Es ist eben die völlige Unordnung der unteren Verwaltung in Bayern, die nicht durchgreift. – Abends in Bensheim, sehr gute Versammlung.

Dienstag, 26. November 1946

Lange Unterhaltung mit Dr. Degen über den Hirtenbrief des Bischofs.³⁴⁵ Ich habe mich ungemein scharf ausgesprochen. Der Hirtenbrief ist direkt dumm, denn er verschärft die Gegensätze, was nicht im Interesse der Kirche ist. Degen war ersichtlich nicht erbaut von dem Hirtenbrief, sagte selbst, er sei kurios. Ich erinnerte an unser Gespräch mit Guyot, wo ich schon gesagt hatte, ich glaube nicht an den Kirchenfrieden und sagte, wenn es zu einem neuen Kulturkampf komme, wisse man wenigstens genau, wer ihn begonnen habe. Ich sprach abends in der Versammlung in Frankfurt-Riederwald sehr deutlich darüber. Versammlung sehr gut besucht, beste Stimmung. Die Folge des Hirtenbriefes wird sein, daß die CDU protestantische Wähler verliert. Das kann uns ja gleichgültig sein. – Dr. Köhler: Bedenken wegen des Mitbestimmungsrechts, die ich nicht teile. Gegen die Sozialisierung hat er eigentlich nichts einzuwenden. – Nachmittags in Mainz mit Frau Markscheffel gesprochen, Pariser Adressen geben lassen. Kurz in Olm, Weintrunk.

In Wiesbaden beim M.G.: Dubock und Hillman. Dann bei Witte wegen des Druckes der Verfassungsausschuß-Protokolle. Er brachte von sich aus die Rede auf Brill und lehnte ihn scharf ab. Ich begründe meine Ablehnung und sagte, er solle sich doch mit nassauischen zukünftigen Abgeordneten in Verbindung setzen. Er wollte auch mit den Kurhessen sprechen. In der Staatskanzlei miserabel gegessen, nettes Gespräch mit Hoch.

³⁴⁵ Kanzelverkündigung des Bischofs Antonius Hilfrich von Limburg vom 21. 11. 1946, in: Kropat, Hessen, S. 148 (Dok. 93). Die Kanzelverkündigung des Mainzer Bischofs Stohr in „Darmstädter Echo“ 30. 11. 1946. Der Limburger Hirtenbrief sprach von einem „schmerzlichen“ Verfassungskompromiß: „Wir vermissen den Namen Gottes in der Verfassung, den Namen des Schöpfergottes, in dem alles Recht seine Quelle und jede Gesetzgebung ihre Norm hat. Deshalb finden wir verschiedene Stellen, die bedenklich an die Art des totalen Staates erinnern, so insbesondere bei dem Schulartikel, der die Gemeinschaftsschule als Regelschule festlegt und keinen Raum gibt für die Bekenntnisschule ...“ Gleichzeitig riefen die Bischöfe dazu auf, nur Kandidaten christlicher Gesinnung zu wählen.

Mittwoch, 27. November 1946

Bolls Aufzeichnungen mit ihm durchgearbeitet. – Nachmittags Brentano über den Hirtenbrief. Er sprach sich sehr scharf über diese unsinnige Haltung der 3 Bischöfe aus und sagte, der Bischof von Mainz sei von lauter alten Leuten umgeben, die, wie er selbst, reine Dogmatiker seien. Der Generalvikar Kastell sei herrschsüchtig und intolerant. Er habe seinerzeit zu hintertreiben gewußt, daß der Bischof zum Begräbnis seines, Brentanos, Vater gekommen sei, weil er auch nicht nach seiner Pfeife habe tanzen wollen.³⁴⁶ Seine Mutter habe ihm schon am Sonntag nachmittag, nachdem sie den Hirtenbrief morgens gehört habe, gesagt, das sei doch unsinnig. Ich drängte ihn, möglichst bald eine deutliche Distanzierung herbeizuführen, da sonst die Zusammenarbeit unserer beiden Parteien psychologisch gefährdet sei. Daß wir das Kultusministerium jetzt verlangten, wird wohl kaum zu umgehen sein. Ich ging bei all dem davon aus, daß wir vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus kein Interesse daran haben, daß die CDU Wähler an die LDP verliert, die politisch viel unsicherer ist wie die CDU. Brentano war sich natürlich darüber klar, daß das seiner Partei bei den Wahlen Schwierigkeiten mache, besonders beim evangelischen Teil. Er hielt das Auftreten der Bischöfe für blödsinnig, genau wie ich.

Abends „Ingeborg“.³⁴⁷ Gute Vorstellung. Wir können unser Schauspiel, wenn wir gute Regisseure haben, wieder völlig auf die Höhe bringen, trotz der Verluste aus dem vorigen Winter. – Dazwischen ein erstes Telefongespräch der hiesigen Militärregierung, was mir sagte, meine Ausreise sei nicht bewilligt, und ein zweites aus Wiesbaden, was mir sagte, sie sei bewilligt. Das letzte Gespräch kam von Bolten indirekt. Logik!

Donnerstag, 28. November 1946

Nach 12 Uhr Prinz und Prinzessin Ludwig abgeholt, mit ihnen nach Hofheim zu Major Hillman. Festessen zum Thanksgiving-Day. Erst Drinks, dazu geräucherte Austern und Kürbis-Schnitten, dann Essen: Hummer mit Zutaten, Suppe, Truthahn, Kuchen. Wir haben alle wacker eingehauen. Meine Frau, die in der Nähe der Prinzessin saß, sagte, diese habe auch sehr tüchtig eingehauen. Typisch für die Situation. Dann Kaffee und weitere Drinks. Sie hatten es uns wirklich so nett gemacht wie nur irgend möglich und schienen sich herzlich zu freuen. Kolleg, dann Bischofsheim.

³⁴⁶ Die Grabrede für den 1927 in Darmstadt verstorbenen hessischen Justizminister und Zentrumsabgeordneten Otto von Brentano hielt der Mainzer Domkapitular Prof. Georg Lenhart; vgl. Otto Schlander, Otto von Brentano di Tremezzo. Ein Offenbacher Politiker zwischen Monarchie und Republik, Offenbach 1981, S.85f.

³⁴⁷ „Ingeborg“ von Curt Goetz.

Dort mit Frau Schwamb zusammen lang beim Bürgermeister [Graf]. – Es dankt mir nicht, wie an diesem Tage, acht verschiedene Sorten Alkohol getrunken zu haben, denn bei Hillman gab es Wein und Sekt, in Bischofsheim trank ich in der Kneipe ein Glas Wein und abends aus zwei verschiedenen Flaschen.

Freitag, 29. November 1946

Lange Unterhaltung mit den Leitern der Veith-Gummiwerke über die Kompensationsgeschäfte. Sie waren so klug, bei all diesen Geschäften den Betriebsrat mit einzuschalten, also genau das zu tun, was ich Herrn Duderstadt auf seine Mitteilung hin vorgeschlagen hatte. Sie machten eine interessante Rechnung auf, wie wenig sie durch das Landeswirtschaftsamt und wie viel sie durch Kompensationsgeschäfte bekommen haben. Walk wie ich waren in der Meinung bestärkt, daß man das legalisieren müsse. Inzwischen hat Walk mit Dr. Mueller gesprochen, der gleicher Meinung ist, ebenso Hilpert. – Lange bei Knoblauch, Captain, Information, der mich über allgemeine und besondere Dinge ausfragte in der sehr angenehmen Art, daß er meine Antworten immer aufschrieb und mir vorlas. Er hat derartige Arbeit in Frankreich und auch in den USA schon gemacht. Klug und sehr angenehm. – Nachmittags Sitzung der Regierungsdirektoren über die Zuständigkeit der Personalabteilung. Das Wichtigste davon ist, daß alle Schwierigkeiten daher kommen, daß in Wiesbaden keine einheitliche Methode angewendet wird. Es wurde beschlossen, daß die Abteilungen sich an ihre vorgesetzten Dienststellen darstellend wenden und um Regelung bitten. – Dazwischen Ritzel, der genau so gegen Brill eingestellt ist wie ich und mich einlud, im Januar in die Schweiz zu kommen. Solche Besuche seien jetzt wichtig. – Abends Aschaffenburg. Gute Versammlung, früh zu Hause.

Samstag, 30. November 1946

Sitzung mit den Regierungsdirektoren, über den Organisationsplan der Behörde. Wir beschlossen, die Umorganisation liegen zu lassen bis dem Landtag etwa eine neue Vorlage gemacht wird. – Nochmals bei Knoblauch, der mir Empfehlungen nach Paris gab. – Abends gute Versammlung in Pfungstadt.

Sonntag, 1. Dezember 1946

Wahllokalfahrt Darmstadt–Oppenheim, über Mainz, wo Markscheffel besucht und Empfehlungen geholt, zurück über Bischofsheim nach Groß-Gerau. In Bischofsheim sehr schlechte Wahlzellen festgestellt; Änderung verlangt. – Dann zu Hause.

Montag, 2. Dezember 1946

Viel über die Wahlergebnisse mich unterhalten; Artikel für „Echo“.³⁴⁸ Meine Auffassung ist, daß wir nur eine Koalition machen können, der auch die KPD angehört. Es wird nicht leicht sein, CDU und KPD unter einen Hut zu bringen. Es wird nicht mit Brill gehen. Wenn wir die Koalition der Mitte machten ohne KPD, würden wir uns derselben Gefahr aussetzen wie nach 1918, daß die Mitte allmählich zerrieben wird. Ich höre, daß die LDP gern in die Regierung ginge. Das ist bei ihrer negativen Haltung natürlich nicht möglich, aber wir haben gegenüber der CDU das Druckmittel, daß SPD, KPD und LDP eine anständige zwei Drittel-Mehrheit haben, die wir in Kulturfragen in Bewegung setzen könnten, wenn die CDU nicht mitmacht. – Regierungsdirektor Schafft aus Kassel besprach die morgige Sitzung in Wiesbaden mit uns. Gleiche Meinung über Kompetenzverteilung und über die Wichtigkeit der Jugendbildung, wobei Staatsbürgerkunde im Mittelpunkt stehen muß. – Nachmittags die Wahlstatistik noch genau durchgearbeitet für das Kolleg.

Dienstag, 3. Dezember 1946

Wiesbaden. Erst bei Wahrhaftig wegen meiner Reise. Er wollte telefonieren und aufklären. Ich habe ihn allerdings nachmittags nicht mehr erreicht. Dann zu der Dezernentensitzung des Kultusministeriums, wo die Frage der Zuständigkeit zwischen Regierungspräsident und Ministerium behandelt wurde. Ich sagte in meiner aggressiven Art dasselbe, was Hoch nachher mit ganz anderer Begründung auch sagte, daß nämlich das Ministerium nicht zu viel an sich heranziehen solle, weil es das nicht leisten könne. Interessant war, daß Kassel ganz in unserer Linie vorging, Renn-eisen aber einen scharfen Zentralismus aus politischen Gründen vertrat. Ich antwortete darauf, Zentralismus führe immer zu Diktatur, und fand großen Beifall. Auch mit meinen Bemerkungen darüber, daß die Direktoren von der Schreibearbeit entlastet werden müßten, um ihren Anstalten ein Gesicht zu geben. Die Frage selbst wurde natürlich vertagt. – Schramm krank.

Beim Mittagessen Bartsch, der mir erzählte, er habe meine letzte Vorlesung in Frankfurt a. M. gehört und den Eindruck gehabt, daß es wäre, wie wenn ein Mann auf einem furchtbar vollen Bahnhof an den Zug geht und dabei keinem auf die Füße tritt. Das war die Vorlesung über Bischöfe, Kirche, Staat. Er sagte, ich sollte doch die Professur für Politik in Frankfurt

³⁴⁸ Ergebnis der Wahlen zum Landtag: SPD 42,7%, CDU 30,9%, LDP 15,7% und KPD 10,7%. Die Verfassung wurde in der Volksabstimmung mit 76,8% Ja- gegen 23,2% Nein-Stimmen, Art. 41 mit 72% Ja- gegen 28% Nein-Stimmen angenommen. B.s Artikel im ‚Darmstädter Echo‘ 3. 12. 1946 (Die Hessischen Landtagswahlen).

a. M. annehmen, andere Leute könnten das nicht machen. – Nachmittags bei Zinnkann. Mit Caspary zusammengetroffen, der mir sagte, in seiner komischen Art, er habe sich die Ministerpräsidentenfrage genau überlegt und er werde für Bergsträsser stimmen, er gefiele ihm zwar nicht ganz, aber er sei der einzig Mögliche. Dann mit Zinnkann und Stock die ganze Situation durchgesprochen. Genannt sind Bergsträsser, Brill, Stock. Stock erklärte, er sei für Bergsträsser, nach wie vor.³⁴⁹

Dezember 1946:

Bericht über meine Pariser Reise (11. Januar 1947).³⁵⁰

Die Absicht meiner Pariser Reise war, alte Beziehungen, die ich zu dortigen, direkt politischen und für Politik interessierten Persönlichkeiten hatte, wieder aufzunehmen. Ich ging dabei von dem Gedanken aus, daß Frankreich das am deutschen Problem am meisten interessierte Land ist, was sich aus der Nachbarschaft und der geschichtlichen Entwicklung erklärt, und sagte mir, daß jede Möglichkeit, dort Verbindungen anzuknüpfen, für die Lösung der deutschen Frage nützlich sein könne, und dies nicht nur für Deutschland, sondern, da die deutsche Frage eine Frage der Weltpolitik und des Weltfriedens ist, für alle.

Meine Beziehungen begannen damit, daß ich alte Freunde aufsuchte, so den sozialdemokratischen Abgeordneten Grumbach, der ein Schulfreund aus meiner elsässischen Jugendzeit ist; so den Professor für Deutsch an der Sorbonne, Vermeil, und den früheren Direktor im Ministerium des Äußeren, Comert, die ich beide seit langen Jahren kenne. Durch sie kam ich auch mit anderen Persönlichkeiten, vor allem mit Abgeordneten verschiedener politischer Parteien in Verbindung.³⁵¹ Im übrigen habe ich durch eine Empfehlung auch Gelegenheit gehabt, den ehemaligen Botschafter François-Poncet zu besuchen. Auch traf ich einen Herrn des Auswärtigen Amtes und einen leitenden Herrn des Deutschland-Amtes. Letzterer hatte von meiner Anwesenheit gehört und mich gebeten, zu ihm zu kommen. Mit ihm besprach ich vor allen Dingen auf seine Bitte und seine Fragen hin Erziehungsfragen, über die

³⁴⁹ Die maschinenschriftlichen Aufzeichnungen enden nach „er sei für Bergsträsser nach wie“. Handschriftlich wurde noch „vor“ hinzugesetzt. Die Vermutung liegt nahe, daß die maschinenschriftliche Aufzeichnung fortgeführt, die Folgeseiten aber später entnommen wurden. – B.s Hoffnung, Ministerpräsident zu werden, erfüllte sich nicht: Stock führte die neue Koalitionsregierung von SPD und CDU.

³⁵⁰ In: UB-MR, NL Bergsträsser 2.

³⁵¹ In einem Brief an den Parteivorstand der SPD nennt B. darüber hinaus noch Max Cohen-Reuß, Daniel Mayer und Raymond Laurent; UB-MR, NL Bergsträsser 2: B. an den Parteivorstand der SPD, 17.12.1946.

er sich informieren wollte, weil er sie für die französische Zone bearbeitet.

Das Gesamtergebnis meines Eindrucks ist das: Es besteht ein überaus starkes Interesse für alle deutschen Angelegenheiten und gleichzeitig das Gefühl, daß man eigentlich nicht genau unterrichtet sei, da man nur etwas über die französische Zone weiß, in der die politische Entwicklung ja später eingesetzt hat wie etwa in der amerikanischen und auch in der englischen. Man war also sehr interessiert an sachlichen Aufschlüssen. Besonders gefragt wurde ich überall nach der Gesinnung der Jugend und der Möglichkeit, sie zur Demokratie zu erziehen. Ferner interessierte sehr stark die Kohlenfrage, in der ich den Vorschlag machte, ein europäisches Syndikat zu bilden, und die Frage der deutschen Einheit, wobei ich immer betonte, daß Rhein- und Ruhrgebiet Gebiete seien, die man aus Deutschland nicht herausnehmen könne (vgl. meine Denkschrift an die Militärregierung vom 7. 3. 1946)³⁵², allerdings auch hervorhob, daß es mir völlig begreiflich sei, daß Frankreich die Möglichkeit größter Sicherheit haben wolle, daß das Ruhrgebiet nicht wieder eine Waffenschmiede werde. Ich betonte, daß kein vernünftiger Deutscher gegen eine Kontrolle in dieser Beziehung etwas einwenden könne.

In der Frage der deutschen Einheit war doch allmählich bei den Personen, mit denen ich sprach, die Überzeugung durchgekommen, daß sie selbstverständlich sei, man sie also nicht hindern könne. Nur bestanden Befürchtungen darüber, daß ein zentralistisches Deutschland leichter zu einem neuen Kriege geneigt sein könne als ein föderatives. Ich stimmte dem insofern zu, als ich betonte, daß Zentralismus mit Diktatur eng verwandt sei, wobei ich darauf hinwies, daß ja der französische Verwaltungszentralismus unter der Diktatur Napoleons I. entstanden sei.³⁵³ Und ich sagte, man könne dem durch Klauseln in der Reichsverfassung – besonders auch über die finanzielle Regelung, d. h. die Verteilung der Einnahmen – entgegenwirken. Für die Einnahmen sei das richtige, daß der, der das Geld ausbebe, auch über die Einnahmen zu beschließen

³⁵² Vgl. Anm. 88/1946. Interessant sind in diesem Zusammenhang die näheren Ausführungen B.s in dem Brief an den sozialdemokratischen Parteivorstand: „Der Modus, den man finden könne, sei vielleicht der, die ganzen Kohlevorkommen Europas, mit Ausschluß Rußlands und vielleicht auch Englands, in ein allgemeines Syndikat einzubringen, gemeinsam zu verwalten und nach Bedarf zu verteilen. Ich machte diesen Vorschlag, weil er geeignet wäre, die französischen politischen Absichten auf das Ruhrgebiet von vornherein abzubiegen. Die Herren, mit denen ich darüber sprach, fanden diesen Vorschlag alle erwägenswert. Er ist übrigens nicht in meinem eigenen Hirn entsprungen, sondern ergab sich in einer Unterredung.“

³⁵³ Anspielung auf das von Napoleon I. eingeführte Präfektursystem, das eine Zentralisierung der Verwaltung und eine Beschneidung der Selbstverwaltung bewirkte. Der Präfekt an der Spitze des Départements war nur der Zentralregierung verantwortlich, die ihn ernannte und abberief.

habe, also eine reine Trennung zwischen den Einnahmen der deutschen Republik, den Einnahmen der Länder und den Einnahmen der Städte und anderen Selbstverwaltungskörpern. Da die vier Siegermächte sich darin einig seien, eine Demokratie in Deutschland zu schaffen, gehöre meiner Meinung nach dazu, unbedingt eine Volksvertretung bei der Zentralregierung, das heißt, ich lehnte es ab, die Zentralregierung ohne Kontrolle durch das Volk nur [aus den] Länderregierungen zusammenzusetzen. Zur Zuständigkeit der Zentralregierung müsse alles Wirtschaftliche gehören, auch die Gesetzgebung über die Wirtschaft. Das wurde nirgends bestritten, denn die wirtschaftliche Einheit ist auch nach der Meinung der Franzosen für Deutschland notwendig. Ich verfehlte nie hervorzuheben, daß die demokratische Zukunft Deutschlands abhängig von den zukünftigen Lebensaussichten der Bevölkerung sei, wiederholte also immer den Gedanken, den ich in meiner Rundfunk-Ansprache an Amerika am 1.11.1945³⁵⁴ schon ausgesprochen hatte: Eine demokratische Regierung kann nur bestehen, wenn sie ihrer Bevölkerung Arbeit und Brot geben kann. Dem klaren Sinn der Franzosen machte das natürlich Eindruck.

Persönlich bin ich von all den Personen, mit denen ich sprach, nicht nur höflich, sondern entgegenkommend behandelt worden. Die alten Freunde, die ihrerseits in der Widerstandsbewegung gestanden hatten und wußten, daß ich die ganzen Jahre hindurch auch in der Widerstandsbewegung stand, behandelten mich kameradschaftlich. Alle Unterredungen, die ich hatte, auch die etwa mit François-Poncet, dauerten sehr lange und waren sehr gründlich. Ich hebe dies hervor, weil an sich in Paris, wie in den meisten Großstädten, die Menschen oft gehetzt sind und wenig Zeit haben. Diesmal kam ich nirgends unter einer Stunde weg, und manche Unterredungen dauerten zwei und mehr. Parlamentariern verschiedener Gruppen schlug ich vor, in einiger Zeit vielleicht einmal ein ganz formloses Zusammentreffen französischer und deutscher politischer Persönlichkeiten in der französischen Zone zu arrangieren, worauf man einging. Ich hoffe, dies in einiger Zeit – vielleicht in Mainz – zustande zu bringen. Ich schlug die französische Zone vor, weil dorthin zu kommen für Deutsche wie Franzosen gleich einfach ist. So hoffe ich, eine Entwicklung, die ich für nötig und nützlich halte, ein wenig gefördert zu haben.

³⁵⁴ Vgl. Eintragung 2.11.1945 mit Anm. 27/1945.